

## Die deutsche Frage

Wie gehen wir mit  
Migranten um?  
Die Flüchtlingskrise  
gefährdet Merkels  
Kanzlerschaft



**Enthüllt**  
**Korruption bei Bilfinger: Wie der deutsche  
Traditionskonzern Beamte bestach**

**Hysterische Eltern  
Hilfe! Mein Kind  
hat Husten!**

**LITERATUR SPIEGEL**  
**Bücher, die  
glücklich machen**

**LITERATUR**

**SPIEGEL**





seat.de/arona

# Ego sagt Sportwagen. Pflicht sagt Minivan. Ich sage Arona.

**Der SEAT Arona  
mit bis zu 2.000 €<sup>1</sup>  
Wechselprämie.**

## **Do your thing.**

Bist du bereit zu entdecken, was du wirklich willst? Der SEAT Arona wartet schon auf dich. Mit dabei: dynamisches Design. Neueste Technologie. Und starke Features wie Voll-LED-Scheinwerfer<sup>2</sup> und Ausparkassistent<sup>2</sup>. Du bist bereit? Dann los.



**SEAT CARE**

**4 Jahre sorgenfrei unterwegs mit Garantie plus Inspektion & Verschleiß.  
Ab 14,90 € im Monat.<sup>3</sup> Mehr Infos auf [www.seat.de](http://www.seat.de).**

<sup>1</sup>Die SEAT Deutschland GmbH, Max-Planck-Str. 3-5, 64331 Weiterstadt, gewährt ab dem 01.04.2018 bis zum 30.06.2018 eine Wechselprämie von bis zu 2.000 € beim Kauf eines neuen SEAT Arona und gleichzeitiger Inzahlungnahme eines Pkw, der nicht zu den Marken des VW Konzerns gehört und zum Zeitpunkt der Inzahlungnahme mindestens 6 Monate auf den Käufer des Neuwagens zugelassen war. Nur gültig für Privatkunden. Die Wechselprämie wird als Nachlass auf den Kaufpreis gewährt, ihre Höhe ist abhängig von der gewählten Variante des SEAT Arona. <sup>2</sup>Optional ab Style. <sup>3</sup>Ein Angebot der SEAT Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig. Alle Leistungen sind gebunden an die Vertragslaufzeit des Leasingvertrags bzw. Service-Management-Vertrags mit der SEAT Leasing. Bei Überschreiten der vereinbarten Gesamtfahrleistung entfällt der Leistungsanspruch des Kunden. Nicht für gewerbliche Leasingkunden, Sonderabnehmer und Großkunden. Der Angebotspreis ab 14,90 € (inkl. MwSt.)/Monat gilt für die SEAT Arona Modellreihe. Mehr Infos auf [SEAT.de](http://SEAT.de). Abbildung zeigt Sonderausstattung.



Hausmitteilung  
Betr.: Titel, Erdoğan, Guy Stern



YOUNES MOHAMMAD / DER SPIEGEL

**Salloum, Schwester von Ali B.**

Wie verhält man sich als Mutter, wenn man vermutet oder sogar weiß, dass der eigene Sohn ein furchterliches Verbrechen begangen hat? Hält man zu ihm? Informiert man die Polizei? Gedenkt man des Opfers und seiner Familie? Die Mutter von Ali B., der gestanden hat, die 14-jährige Susanna aus Wiesbaden getötet zu haben, musste sich diese Fragen stellen, ob sie wollte oder nicht. Nachdem sie mit ihrem Sohn und weiteren Familienangehörigen aus Deutschland geflohen ist, wohnt sie nun in einem Motel in der Stadt Dohuk im Nordirak. Hier traf sie, nach der Auslieferung ihres Sohnes, die SPIEGEL-Redakteurin Raniah Salloum, um ihren Sohn zu verteidigen, wie es nur eine Mutter kann. Salloum fand eine zerrissene Familie vor, auf der einen Seite die Mutter mit der Tochter, auf der anderen die jüngeren Brüder des mutmaßlichen Täters, die erst während des Gesprächs mit der Journalistin erfuhren, dass sie nicht wieder nach Deutschland würden zurückreisen können. Salloum: »Ihre Schwester hatte sie wohl belogen und ihnen die Rückkehr nach sechs Monaten versprochen.« Welche Folgen der Mord hat, vor allem in der deutschen Politik, schildert der zweite große Text des Titelkomplexes: Ein Team aus der Berliner Redaktionsvertretung beschreibt den Machtkampf zwischen Angela Merkel und Innenminister Horst Seehofer, dessen Ausgang über das politische Erbe der Bundeskanzlerin mitentscheiden wird. **Seiten 24, 16**

Die Türkei unter Recep Tayyip Erdoğan ist kein Land, in dem Menschen gern mit Journalisten sprechen, schon gar nicht über Politik. Es dauerte mehrere Monate, bis Türkei-Korrespondent Maximilian Popp Zugang zum inneren Zirkel des türkischen Präsidenten gefunden hatte. Seine Gesprächspartner gaben ihm – zunächst zögerlich, doch dann überraschend offen – Einblick in den türkischen Herrschaftsapparat. Sie zeichneten das Bild eines Staatschefs, der auf dem Zenit seiner Macht steht und besessen ist von dem Gedanken, diese zu verlieren. Und der Angst haben muss, bei einem Regierungswechsel im Gefängnis zu landen. Erdoğan hat für den 24. Juni Neuwahlen ausgerufen. Die Umfragen sagen ein knappes Ergebnis voraus. Im Präsidentenpalast in Ankara breitet sich eine Art Endzeitstimmung aus. »Bei einigen Regierungsmitgliedern scheint es so, als bauten sie für den Fall einer Niederlage vor«, sagt Popp. **Seite 82**



EMIN OZMEN / DER SPIEGEL

**Popp**



PARVIN NAZEMI / DER SPIEGEL

**Stern, Doerry**

Vor 80 Jahren emigrierte Guy Stern aus Hildesheim in die USA, seine Eltern und seine Geschwister wurden von den Nazis ermordet. Im SPIEGEL-Gespräch mit Redakteur Martin Doerry forderte der inzwischen 96 Jahre alte Germanistikprofessor aus Detroit nun ein entschiedenes Eintreten gegen den neuen Populismus und gegen jede Relativierung der NS-Verbrechen. Stern erzählte auch von einem Film, der Bilder seiner Eltern bei deren Deportation zeige. Er selbst könne sich diese Szenen nicht anschauen, das würde ihn zu sehr belasten. Nach dem Gespräch fragte Doerry den Emigranten, ob er damit einverstanden sei, wenn der SPIEGEL trotzdem Ausschnitte aus dem Film veröffentliche. Nach kurzem Zögern stimmte Stern zu. Seine Frau werde »diese Fotos abkleben«, bevor sie ihm das Heft mit dem Interview aushändige. Am Ende zähle »nur die Wahrheit«. **Seite 120**

**SOCIAL  
DESIGN  
AWARD**

Jetzt mit-  
machen beim  
Wettbewerb  
2018!

## GUTE IDEEN FÜR EINE LEBENDIGE NACHBARSCHAFT



### Worum geht es?

Wenn Nachbarn sich füreinander engagieren, sich helfen, gemeinsame Aktionen entwickeln – dann wird aus einem Nebeneinander ein Miteinander. Wir suchen die besten Ideen und Projekte, die aus einem Viertel eine lebendige Nachbarschaft machen.

### Wie kann man teilnehmen?

Mitmachen kann jeder! Die Einreichungsphase für den Social Design Award läuft bis zum 31. August 2018. Die Wettbewerbsunterlagen und das Onlineformular für die Beiträge gibt es unter [www.spiegel.de/socialdesignaward](http://www.spiegel.de/socialdesignaward)

### Wie läuft der Wettbewerb ab?

Aus den Beiträgen wählt die Jury die besten Ideen aus, diese werden Anfang Oktober 2018 auf SPIEGEL ONLINE vorgestellt. Die Leser können dort ihren Favoriten wählen. Die Gewinner geben wir am 11. Dezember 2018 in SPIEGEL WISSEN 6/2018 und auch auf SPIEGEL ONLINE bekannt.

### Was gibt es zu gewinnen?

Vergeben werden ein Jurypreis und ein Publikumspreis. Beide Preise sind jeweils mit 2500 Euro dotiert. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

**DER SPIEGEL  
WISSEN**

**SPIEGEL ONLINE**

In Kooperation mit



# Inhalt

72. Jahrgang | Heft 25 | 16. Juni 2018

## Titel

**Regierung** Wie Angela Merkel die Macht entgleitet ..... 16

**Kriminalität** Warum der Asylantrag von Ali B., dem mutmaßlichen Mörder der 14-jährigen Susanna, liegen blieb – und was seine Mutter über ihren Sohn sagt ..... 24

**Fahnder** Der Chef der Bundespolizei und seine umstrittene Kommandoaktion im Irak ... 28

**Verbrechen** Nachdem ein Asylbewerber ein Mädchen umgebracht hat, ist die Kleinstadt Kandel Ziel rechter Demonstranten ..... 30

## Deutschland

**Leitartikel** Trump und Merkel – zwei Verlierer einer wilden politischen Woche ..... 8

**Meinung** Im Zweifel links / So gesehen: Video wirkt .... 10

*Bundeswehr-Hacker bereit zu Gegenschlägen / Einfrieren von Eizellen auf Kassenkosten / Bewaffnen sich »Reichsbürger« illegal?* ..... 12

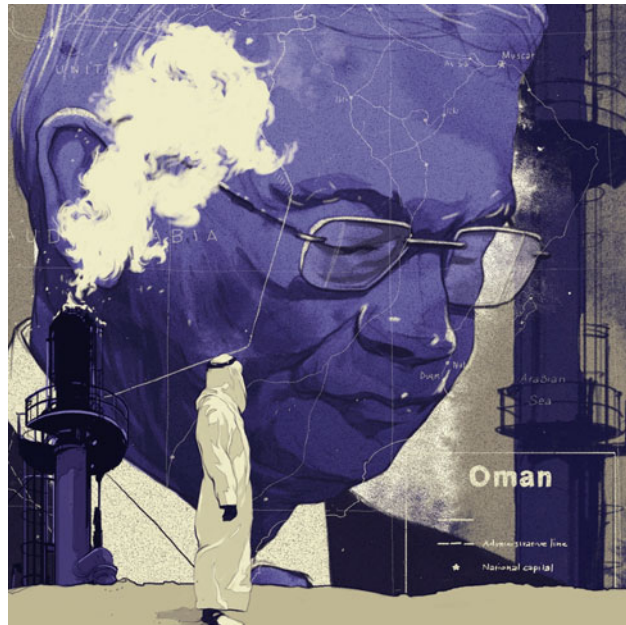
**Europa** Deutschland und Frankreich finden keine gemeinsame Linie ..... 34

**SPD** Die Leiden des ehemaligen Parteichefs Sigmar Gabriel ..... 38

**Geheimdienste** Der Westen tut sich im Fall Skripal immer noch schwer, die Schuld Russlands hart zu beweisen ..... 40

**Terrorismus** Ein Islamist stellte in seiner Kölner Wohnung hochgiftiges Rizin her ..... 42

**Altersvorsorge** Aufstand der Senioren gegen Kassenbeiträge auf Betriebsrenten 43



## Das Bilfinger-Dossier

Der Konzern Bilfinger steht unter US-Aufsicht, weil er bei Auslandsgeschäften geschmiert hat. Eine Fülle interner Papiere lässt nun Ex-Chef Roland Koch schlecht aussehen – und ein Gerichtsprozess auch die neue Führung. **Seite 58**



## Die Schöne und der Krieg

Sie ist die »Ex von Mick«, selbst 40 Jahre nach der Scheidung, aber auch: Menschenrechtlerin, unterwegs in den Krisengebieten der Welt. Jetzt fuhr Bianca Jagger in ihre Heimat Nicaragua, wo die Bürger gegen das Regime aufbegehren. **Seite 88**

**Lobbyismus** Glücksspiel-Unternehmer umgarnen die FDP ..... 46

**Zeitgeschichte** In der jungen Bundesrepublik dominierten Altnazis das Innenministerium ..... 47

## Gesellschaft

*Früher war alles schlechter: Benzinpreise / Träumen Harley-Fahrer noch von Amerika?* ..... 48

**Eine Anzeige und ihre Geschichte** Warum ein Arzt in Pirmasens seine Praxis verschenken will ..... 49

**Nöte** Ein griechischer Makler verkauft seine Heimat an ausländische Investoren in aller Welt ..... 50

**Homestory** Wie ein Hund zu Hause das Kommando übernimmt ..... 55

## Wirtschaft

*Blackrock-Vize fordert Neuordnung der Bankenaufsicht / Frauenförderung: mangelhaft / Palladium-Boom dank Dieselkrise* ..... 56

**Korruption** Interne Papiere belegen, wie der Bilfinger-Konzern sein Auslandsgeschäft in Schwung hielt ..... 58

In Indien gehören Schmiergeldzahlungen bei Behörden-gängen zum Alltag ..... 62

**Diesellaffäre** Volkswagen und Daimler müssen mit weiteren schweren Konsequenzen rechnen ..... 66

**Analyse** Trumps Vorschlag, die Zölle zwischen den G-7-Staaten abzuschaffen, ist eine gute Idee ..... 68



**Europa** SPIEGEL-Gespräch mit Frankreichs Finanzminister Bruno Le Maire über die Reform der Eurozone ..... 70

**Gesundheit** Die Krankenkassen verplempern Millionen, um neue Kunden zu werben ... 73

#### Ausland

*Hungerstreik eines politischen Gefangenen zum WM-Start in Russland / Neuer äthiopischer Premier weckt Hoffnungen auf mehr Demokratie* ..... 74

**USA** Nach den Gipfeln in Kanada und Singapur – die neue Weltordnung unter Trump ..... 76

**Brexit** Zwei Jahre Chaos .... 80

**Türkei** Das »System Erdoğan«: wie der Präsident über Palast, Partei und Land herrscht ... 82

**Nicaragua** Unterwegs mit der Menschenrechtlerin Bianca Jagger in einem Land, das sich gegen das Regime auflehnt ..... 88

#### Sport

*Warum die Fußball-WM in die USA soll / Magische Momente: Minigolf-Weltmeister Walter Erlbruch über die Geheimnisse seiner Sportart* ..... 91

**Karrieren** Joachim Löw auf dem Weg zur Legende ..... 92

**Idole** Brasilien leidet mit Superstar Neymar ..... 98

#### Wissenschaft

*Wohnsiedlung aus dem Drucker / Ethik-Nachhilfe für Technikstudenten / Analyse: Wenn Pillen depressiv machen* ... 100



LARS BARON / FIFA / GETTY IMAGES

## Legende Löw

Nichts hasst Fußballbundestrainer Joachim Löw so sehr wie Unruhe, die in sein Team getragen wird. Ausgerechnet wenige Tage vor der WM, auf seinem Weg, eine Trainerlegende zu werden, trifft auch ihn die deutsche Migrationsdebatte. **Seite 92**

## Gipfelstürmer

Den Europäern droht Donald Trump mit einem Handelskrieg, dem »talentierten« Despoten Kim macht er Zugeständnisse. Rettet der US-Präsident mit seiner impulsiven Außenpolitik die Welt – oder stürzt er sie ins Chaos? **Seite 76**



SCIENCE PHOTO LIBRARY / MAURITIUS IMAGES

## Leichtes Fieber? Notarzt!

Wann ist ein Kind so krank, dass es zum Doktor muss? Viele verunsicherte Eltern bringen ihren Nachwuchs selbst mit banalen Leiden in die Praxen und Kliniken – oder rufen schon bei leichtem Fieber den Notarzt. **Seite 102**

**Medizin** Notfall Schnupfen – wie überforderte Eltern die Kinderärzte nerven ..... 102

**Geschichte** Im SPIEGEL-Gespräch beschreibt der Sozialhistoriker Uwe Spiekermann die gesellschaftsverändernde Kraft der künstlichen Lebensmittel 105

**Mobilität** Wer baut den besten Antrieb für Elektrofahräder? ..... 108

#### Kultur

*Martin Schulz über das »Literarische Quartett« / Schriftsteller Knausgård am Grill / Kolumne: Zur Zeit* 110

**Literatur** Das von Friedenspreisträger Jan Assmann kommentierte Meisterwerk »Joseph und seine Brüder« von Thomas Mann ..... 112

**Töchter** Xenija Sobtschak, Glamourgirl der russischen Politik, präsentiert einen Film über ihren Vater, den Putin-Förderer Anatolij Sobtschak ..... 118

**Erinnerungskultur** SPIEGEL-Gespräch mit dem 96-jährigen NS-Zeitzeugen Guy Stern über den neuen Rassismus und Nationalismus in Europa 120

**Filmkritik** Ian McEwans Bestseller »Am Strand« kommt in die Kinos ..... 123

**Bestseller** ..... 117  
**Impressum, Leserservice** ... 124  
**Nachrufe** ..... 125  
**Personalien** ..... 126  
**Briefe** ..... 128  
**Hohlspiegel / Rückspiegel** ... 130



*Die neuen Ford Active-Modelle*

*Bereit zum  
Erleben.*







Mal rauskommen, aktiv sein und sich gut fühlen. Dafür stehen die neuen Ford Active Crossover-Modelle. Dabei verbinden sie Dynamik und Fahrspaß mit den Vorteilen eines SUV, wie beispielsweise eine erhöhte Sitzposition oder mehr Bodenfreiheit. Damit sind sie: Bereit zum Erleben.



**Eine Idee weiter**



## Krisenwelt

**Leitartikel** Internationale und deutsche Politik in wüsten Zeiten

**M**anchmal, in entscheidenden Momenten, sieht der Mensch zwei Wege, die in unterschiedliche Richtungen führen, und er stellt sich die Frage: Welcher ist richtig?

Der Weg Donald Trumps? Oder jener Angela Merkels?

Beim Treffen der G 7 nahe Québec waren dies die Antipoden: der Wilde und die Vernünftige, die Zerstörung und die mühsame Suche nach Kompromissen, Wut und Klugheit. Und Trump, zu spät gekommen und zu früh gegangen, jagte den Gipfel und damit das transatlantische Bündnis aus der Ferne per Tweet in die Luft, weil er sich halt wieder so furchtbar aufregen musste. Ausgerechnet über den allzeit freundlichen Justin Trudeau.

Ausgerechnet über ein Kanada, welches wohl von jedem Land der Welt als Nachbar gewünscht würde. Dann flog Trump nach Singapur, um den nordkoreanischen Diktator Kim Jong Un zu treffen, und Merkel flog nach Berlin, wo ihr Innenminister Horst Seehofer wartete. Und wenige Tage später ist die Welt erneut eine andere.

Trump hat durch eine historische Begegnung ein wenig Entspannung herbeigeführt. Nordkorea ist weniger bedrohlich geworden, das ist ein Verdienst Trumps, denn Kommunikation ist stets besser als keine Kommunikation. Der andere wird durch die Begegnung menschlicher, weniger mystisch, weniger übergroß, daher weniger furchteinflößend. Trotzdem ist Trump gescheitert: Das ausgehandelte Schriftstück ist schwach, da unkonkret, ohne nordkoreanische Zusagen, ohne Zeitplan. Es ist nicht ansatzweise so konkret wie Barack Obamas (und Europas) Abkommen mit Iran, das Trump kündigte, weil es zu viele Lücken gelassen habe. Gescheitert ist Trump auch deshalb, weil er die Aussetzung der Manöver mit Südkorea versprach, ohne den Partner zu fragen; und weil er Kim umgarnt, geradezu liebkost hat, ohne dessen Verbrechen zu benennen, die vielen, vielen Ermordeten, die bis zu 120 000 politischen Gefangenen und Gefolterten.

Das sind die USA von 2018: Ihr Präsident verdammt Trudeau und bejubelt den »talentierten« Herrn Kim – wer so redet, hat keinen Kompass, keine Haltung und stellt Gegner über Freunde und Diktaturen über Demokratien. Der falsche Weg, fraglos. Langfristig kann Trumps Weg nicht zu Stabilität führen. Dafür brauchte es Werte. Vorbereitung. Und Führung, also Konsequenz, Strategie, Taktik.

Trump bevorzugt Emotionen, Spontaneität, Spaltung und, leider, vor allem Egozentrik.

Es wäre eine Volte der Geschichte, wenn in diesen Tagen ausgerechnet Angela Merkel, die wilde Männer wie Trump mit ihrer Umsicht zu bändigen versucht, durch wütende bayerische Männer hinweggefegt würde; jene Merkel, die angeblich vor 19 Monaten eine Träne im Augenwinkel hatte, als sich Obama von ihr verabschiedete, der sagte, sie sei nun »ganz allein« als Verteidigerin der Demokratie.

Und doch: Merkel hätte es selbst verschuldet. Natürlich ist sie Trump intellektuell überlegen, und gründlicher ist sie sowieso; wer vertraute nicht lieber ihr als ihm einen Staat

an? Aber Merkel hat ihre mitfühlende und richtig gemeinte Flüchtlingspolitik von 2015 miserabel organisiert. Die Völkerwanderung unserer Gegenwart baut sich seit Jahrzehnten auf, sie kam nicht überraschend. Die Bundesregierung hat Behörden und Bürger nicht vorbereitet, auch die europäischen Partner nicht, sie hat das Thema so lange ignoriert, bis die Krise da war.

Und, das ist ebenso fahrlässig, Merkel erklärt kaum etwas. Sie ließ 2015 all die Fotos mit Flüchtlingen zu, ohne Worte. Zur NSA-Affäre 2013 sagte sie, aus einem Auto steigend, dass Ausspähen unter Freunden gar nicht gehe. Sie verabschiedete nach Fukushima die deutsche Atomkraft und erklärte kaum die Gründe. Sie ließ den für Europa streitenden Emmanuel

Macron acht Monate lang auf eine Antwort warten und gab sie dann per Interview, ohne Rede im Bundestag, in Paris oder Brüssel, stillos und inhaltsarm.

Die Antwort auf den Amateur Trump und den Verfall des alten Westens kann nur in einem professionell geführten Europa und also in der Achse Frankreich–Deutschland liegen. Gegen Autokratien und Diktaturen wird die liberale Demokratie nur bestehen, wenn sie nahezu fehlerlos agiert und so stark ist, wie sie eben sein kann. Aber Merkel handelt kaum mehr, da sie sich der eigenen Spielräume beraubt hat – eine erschöpfte Kanzlerin.

Hin und wieder wird aus einem entscheidenden Moment ein grausamer, denn der Mensch muss erkennen: Verdammt, keiner der zwei Wege führt zum Ziel. »Catch-22«, nach Joseph Hellers großem Weltkriegsroman, heißt diese Ausweglosigkeit. Links wartet der sichere Tod durch Erschießen. Rechts allerdings: ein Minenfeld. Klaus Brinkbäumer



Staatschefs Kim, Trump



Sie werden Ihren Standort ändern und  
trotzdem immer im Mittelpunkt stehen.

Willkommen an Bord einer Kreuzfahrtflotte, die jedem Vergleich vorausfährt –  
mit kleinen, individuellen Schiffen und größter persönlicher Freiheit.  
Mehr über unsere Luxus- und Expeditionsreisen erfahren Sie unter

[www.vor-uns-die-welt.de](http://www.vor-uns-die-welt.de)



V O R   U N S   D I E   W E L T



HAPAG <sup>18</sup>/<sub>91</sub> LLOYD  
CRUISES

Jakob Augstein **Im Zweifel links**

## Ein tränenreicher Abschied



Sie erlauben eine persönliche Bemerkung? Neulich Nacht habe ich von Angela Merkel geträumt. Im Ernst. Das denke ich mir nicht aus. Mit Träumen scherzt man nicht. Angela Merkel und ich saßen beim Mittagessen. Aber keiner sprach ein Wort.

Wahrscheinlich ist das eine Prophezeiung: Es ist ja bekannt, dass die Ära Merkel sich ihrem Ende nähert. Aber der Traum weist darauf hin, dass jetzt alles sehr schnell gehen könnte. Nicht nur der Traum. Auch Horst Seehofers Politik weist darauf hin. Plötzlich kann man sich vorstellen, dass über den Streit um die Flüchtenden die Koalition zerbricht. Was die CSU betrifft, lässt sich sagen: Vor der Wahl in Bayern wiederholt die Partei einen Fehler, den andere vor ihr gemacht haben. Sie versucht, den politischen Konservatismus durch seine Radikalisierung zu retten. Das wird nicht funktionieren. Aber darum geht es gerade nicht.

Es geht um diese Kanzlerin. Nehmen wir mal an, ihr politisches Ende wäre nah. Ich müsste mich eigentlich freuen. Aber ich freue mich nicht. Ich habe mir das Ende der Ära Merkel wirklich schon lange gewünscht. Aber doch nicht so. Doch nicht für die eine Sache, die sie richtig gemacht hat.

Die Aufnahme der Flüchtenden war eine historische Tat. Gleich danach hat

auch Merkel wieder sehr vieles falsch gemacht und die Willkommenskultur zur Rausschmeißerkultur verkommen lassen. Aber für einen kurzen historischen Moment hat die Kanzlerin die Würde Deutschlands gerettet, Europas, des Westens. Das ist schon sehr viel.

Und ausgerechnet darüber könnte sie nun stürzen? Die Götter haben einen sonderbaren Humor.

Das herausragendste Merkmal dieser Kanzlerin bestand immer darin, möglichst keine Merkmale zu haben. Wie oft bin ich an dieser Frau ohne Eigenschaften verzweifelt, deren einzige Agenda die Macht war. Im Jahr 2011 habe ich geschrieben: »Sie bekämpft niemanden, weil man sich damit nur noch mehr Feinde schafft. Sie will nichts, weil jedes Wollen auch Verzicht bedeutet. Sie hat keine Visionen, weil Visionen verlangen, den Blick zu verengen.« Merkel erinnerte mich damals an die Cheshire Cat aus »Alice im Wunderland«: Sie löst sich in Luft auf, wenn man sie greifen will – und zurück bleibt nur ihr spöttisches Grinsen. Und nun steht diese Frau einmal für etwas – und fällt darüber?

Wenn ich diesen Traum erneut träumen könnte, würde ich nur ein Wort sagen wollen: Danke.

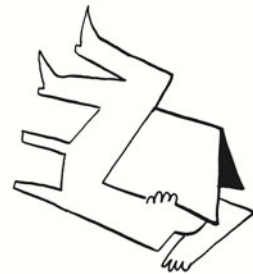
An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein, Jan Fleischhauer und Markus Feldenkirchen im Wechsel.

**So gesehen**

## Video wirkt

Ein Trailer sagt mehr als tausend Worte.

● Eigentlich war es keine schlechte Idee, gerade in Zeiten der Gefühlspolitik. Donald Trump hatte nicht viel Zeit, um Kim Jong Un rumzukriegen, und politische Argumente, Verträge, Paragraphen sind bekanntlich nicht sein Ding. Warum also nicht etwas Emotionales, was fürs Herz, aus der Traumfabrik natürlich. Man weiß ja, wie sehr die Familie Kim das westliche Kino liebt. Ziemlich genial eigentlich, Kim ein Werbefilmchen vorzuspielen, das dem nordkoreanischen Diktator eine Hauptrolle in der Weltgeschichte anbietet: Willst du mit mir Held sein, Kim?



Trump und Kim, die zwei vom Schicksal Auserwählten, man stellt sich vor, wie sie in der Hotelsuite in Singapur sitzen und zusammen auf Trumps iPad Video gucken. Für den beabsichtigten Zweck war der Film auch wirklich gut gemacht: die vertrauten Bilder totalitärer Propaganda, aufbereitet im Stile Hollywoods.

»Destiny Pictures presents«: Schicksalsmusik, Heldentum, die Welt retten. Der Plot dazu ist ganz einfach: entweder atomare Vernichtung oder glückliche Kinder und galoppierende Schimmel. Die Propagandaabteilung im Weißen Haus hat schon was drauf.

Man muss sich trotzdem fragen, ob da nicht etwas schiefgelaufen ist. Wer hat denn am Ende die Zugeständnisse gemacht? Von Kim ist nichts Konkretes bekannt. Aber kaum hatten die beiden zu Ende geguckt, verzichtete Trump auf die gemeinsamen Militärmanöver mit Südkorea. Man kennt das ja, dass der Redner von den eigenen Worten so gerührt ist, dass ihm die Stimme bricht. So war es auch mit dem Video. Der Film war genial, er hat gewirkt. Nur auf den Falschen.

Christiane Hoffmann

**Kittihawk**







**Je komplexer ein Thema ist,  
desto wichtiger ist mir der  
Hintergrund.**



Jeden Tag besser informiert: mit herausragenden Geschichten von SPIEGEL und SPIEGEL ONLINE – gebündelt in einem neuen digitalen Abo-Angebot. [www.spiegel.de/plus](http://www.spiegel.de/plus)

**Gutes lesen. Mehr verstehen.**

**SPIEGEL**

# Deutschland

»Wir sind nach Deutschland gekommen, weil man uns hier mit offenen Armen empfangen hat.« ► S. 24



Bundeswehr

## Gerüstete Cyberkrieger

Ministerium warnt vor möglichen neuen Bedrohungslagen durch Quantencomputing.

● Die Cybertruppe der Bundeswehr könnte im Fall eines Angriffs auf deutsche Netze zurückschlagen. In einem internen Bericht schreibt das Verteidigungsressort, die Hacker des Zentrums Cyber-Operationen seien mittlerweile »in der Lage, aktiv im Cyber-Raum aufzuklären und zu wirken«. Bisher hatte die in Graftschaft bei Bonn stationierte Einheit Gegenschläge im Netz – »Hackbacks« – praktisch nur in Planspielen getestet. Der Ausbau der Fähigkeiten sei ein »essenzieller Beitrag zur gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge«, betont das Ministerium, weshalb es die Hackertruppe von heute knapp 100 auf künftig 300 Mann aufstocken wolle. Ob der Bundeswehr Gegenschläge erlaubt werden sollen, wird in der Politik freilich kontrovers diskutiert.

Das Ministerium warnt in seinem Papier davor, dass der technologische Fortschritt etwa durch Quantencomputing zu »einer neuen, vielleicht sogar kritischen Bedrohungslage« führen könne.

Quantencomputer könnten dereinst »sämtliche derzeit üblichen asymmetrischen Kryptoverfahren« zur Verschlüsselung überwinden. Dadurch könne eine »fundamentale Bedrohung wesentlicher kritischer Infrastrukturen« entstehen – etwa im Banken-, Bahn- oder Flugverkehr. Quantencomputer sind erheblich leistungstärker als herkömmliche Rechner; Prototypen waren 100 Millionen Mal schneller als aktuelle Computer.

Die US-Konzerne IBM, Microsoft und Google liefern sich ein Wettrennen bei der Entwicklung mit chinesischen Wettbewerbern wie Baidu. Die EU-Kommission legt eine »Quanten-Flaggschiff«-Initiative im Wert von einer Milliarde Euro auf, China baut gerade ein Quantenlabor für zehn Milliarden Dollar. Eine Studie des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik warnt vor der rasanten Entwicklung der Quantencomputer und plädiert für »eine starke nationale Cybersicherheitsbehörde«. MGB, ROM

AfD-Fraktion

### Ankunft in der Realität

● Nach acht Monaten im Bundestag kommt die AfD im Mainstream an: Wie ihre politischen Gegner wollen die AfD-Abgeordneten ihren Fraktionschefs künftig Funktionszulagen zahlen. »Unsere Vorsitzenden Alexander Gauland und Alice Weidel haben eine herausragende Position in der Fraktion und leisten besonders harte Arbeit«, sagt Uwe Kamann, Sprecher der nordrhein-westfälischen AfD-

Abgeordneten. Für die restliche Fraktionsführung solle es zumindest eine pauschale Aufwandsentschädigung geben, fordert Kamann: »Wegen ihrer Ämter entstehen ihnen zusätzliche Kosten etwa für Reisen.« Obwohl die AfD stets die angebliche Selbstbedienungsmentalität bei den »Altparteien« anprangert, ist die Mehrheit der Fraktion laut Kamann für die Sonderzulagen. »Die Realität holt uns ein«, sagt auch Dirk Spaniel, Chef der Landesgruppe Baden-Württemberg. Ebenfalls rächt sich für die AfD, dass sie anfangs die

geringe Präsenz der Politiker im Plenum lautstark beklagte. Auch ihre Reihen sind oft leer – zum Ärger ihrer Anhänger. »Da sind wir vielleicht etwas voreilig vorgeprescht«, sagt Steffen Kotré, Sprecher der AfD-Abgeordneten aus Brandenburg, »es gibt zu viele Arbeitstermine parallel zu Plenarsitzungen.« Ein Antrag der AfD-Fraktion gegen Paralleltermine scheiterte vorerst im Bundestag. Die Fraktion hat nun beschlossen, dass auch AfD-Abgeordnete aus wichtigen Gründen im Plenum fehlen dürfen. AMA

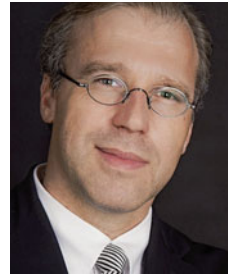


## Eizellen einfrieren auf Kassenkosten

● Die Regierungskoalition will es Krebskranken ermöglichen, Eizellen oder Samen bei drohender Unfruchtbarkeit auf Kassenkosten einfrieren zu lassen. Die Bewahrung der Zeugungs- oder Empfängnisfähigkeit müsse »Teil der Krankenbehandlung werden, auf die Versicherte Anspruch haben«, heißt es im Entwurf eines Positionspapiers, das die Arbeitsgruppe Gesundheit der Unions-Bundestagsfraktion erstellt hat. Die gesetzliche Krankenversicherung soll demnach die Kosten für »Entnahme, Aufbereitung, Kryokonservierung und Lagerung von Keimzellen und Keimgewebe« übernehmen. Frauen könnten unbefruchtete Eizellen oder Eierstockgewebe für spätere Kinderwunschbehandlungen einfrieren lassen; bei Männern gilt das für Spermien oder Hodengewebe. Auch die SPD hat für den Vorschlag Sympathien signalisiert. Er soll in das geplante Gesetz zur Verbesserung der ambulanten Versorgung eingefügt werden. »Hier geht es nicht um das Einfrieren zu Karrierezwecken, sondern um medizinische Ausnahmen. Wir müssen erkrankten Frauen und Männern helfen, ihren Kinderwunsch zu erfüllen«, sagt Karin Maag, Unions-Gesundheitsexpertin. Jährlich erkranken rund 15 000 junge Erwachsene an Krebs. Ein Verlust der Fruchtbarkeit droht als Nebenwirkung der Behandlung. Die Kosten für Entnahme und Einfrieren von Eizellen können sich pro Patient Anbietern zufolge auf bis zu 2300 Euro summieren. **cos**

## »Viele werden enttäuscht sein«

*Stephan Wernicke, 52, Chefjustiziar des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, über die neu geschaffene Musterfeststellungsklage*



**SPIEGEL:** Der Bundestag hat ein Gesetz beschlossen, wonach unter anderem private Verbraucherverbände ab November im Namen von Geschädigten gegen Unternehmen vor Gericht ziehen können, um einen Musterprozess durchzuführen. Ein wichtiger Anlass dafür ist der VW-Dieselskandal. Was halten Sie von dem Gesetz?

**Wernicke:** Das Anliegen ist ja berechtigt. Aber so, wie das Gesetz jetzt gestrickt ist, werden viele Verbraucher am Ende enttäuscht sein. Und wir befürchten auch unangemessene Folgen, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen.

**SPIEGEL:** Warum haben Verbraucher weniger davon als erhofft?

**Wernicke:** Das Gesetz zielt politisch auf komplexe Schadensereignisse, bei denen der einzelne Verbraucher als Kläger gegenüber einem Unternehmen strukturell benachteiligt ist. Gerade beim Dieselskandal dürften sich die Hoffnungen auf diese Musterklagen aber nicht erfüllen. Denn die Sachverhalte sind so unterschiedlich, dass es am Ende gar kein feststellendes Urteil für alle Dieselmotoren geben kann, noch nicht einmal bei einem Hersteller. Stattdessen wird es nur Urteile für ein bestimmtes Baujahr eines bestimmten Modells mit einer bestimmten Typengenehmigung geben. Und wollen

die Verbraucher eine konkrete Leistung wie etwa Schadensersatz, müssen sie hinterher individuell noch mal klagen.

**SPIEGEL:** Und die Nachteile für kleine und mittlere Unternehmer?

**Wernicke:** Großunternehmen können sich gegen die Klagen, die oft von privaten

Investoren im Hintergrund betrieben werden, einigermaßen wehren. Kleinere Unternehmen dürften aber, selbst wenn sie rechtmäßig gehandelt haben, oft zu einem Vergleich gezwungen sein, weil sie bereits ein solcher Prozess ungeheuer belastet. Der Mittelstand droht hier unter die Räder zu kommen.

**SPIEGEL:** Was schlagen Sie vor?

**Wernicke:** Dem Verbraucher würde es helfen, wenn es nicht nur eine Feststellungsklage gäbe, sondern wenn in einem solchen Musterverfahren gegebenenfalls auch gleich geklärt werden könnte, was das betreffende Unternehmen zu leisten hat. Eine solche umfassende Musterklage müsste dann aber exklusiv von einer neutralen, öffentlich-rechtlichen Ombudsstelle geführt werden, nach skandinavischem Vorbild. Eine solche Stelle könnte zum Beispiel aus dem Bundesverband der Verbraucherzentralen hervorgehen.

**SPIEGEL:** Dessen Chef hat das neue Gesetz aber gelobt.

**Wernicke:** Moderner Verbraucherschutz setzt Koordinierung auch innerhalb Europas voraus. Das können nur öffentliche Stellen leisten. **HIP**



Berliner Bürgermeister Brandt 1958

### Zeitgeschichte

## BND bespitzelte Willy Brandts Freundin

● Der Bundesnachrichtendienst (BND) hat den SPD-Vorsitzenden, Kanzler und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt (1913 bis 1992) deutlich früher und intensiver bespitzelt als bislang bekannt. BND-Akten zufolge notierte bereits am 27. November 1950 ein Mitarbeiter der Organisation Gehlen (Vorläufer des BND), Brandt sei ein »großer Arbeiter« und »erheblicher Streber«. Brandt war damals Bundestagsabgeordneter. 1958 sammelte der BND Informationen über eine Freundin Brandts (»sehr gut aussehend«). Die Frau wurde laut BND auch vom Amt für Sicherheit der Bundeswehr (heute Militärischer Abschirmdienst)

überwacht. Die Geheimdienstler schrieben, Brandt habe die Wohnung der Freundin »mehrfach eindeutig« genutzt, wie Observationen der Kollegen vom Amt ergeben hätten. Brandt war damals Regierender Bürgermeister West-Berlins. Bislang gingen Experten davon aus, dass der BND erst 1960 vom Kanzleramt Konrad Adenauers (CDU) den Auftrag erhielt, das Privatleben des SPD-Rivalen auszuforschen (**SPIEGEL** 15/2017). Die neuen Akten hat der Geheimdienst auf Antrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung herausgegeben. Es sind gut 30 Blatt, darunter Zeitungsartikel. Zwei weitere Dokumente sind noch gesperrt, ansonsten sei nicht mehr über Brandt im Archiv zu finden, so der BND. Bernd Rother von der Brandt-Stiftung hält diese Aussage für »schwer nachvollziehbar«. **KLW**



Sony Center in Berlin

Grunderwerbsteuer

## »Hase-und-Igel-Spiel« zwischen Ländern und Konzernen

● Die Finanzminister der Bundesländer wollen eines der größten Steuerschlupflöcher bei Grundstückskäufen schließen. Am kommenden Donnerstag wollen sie sich auf einen Reformvorschlag einigen, der sogenannte Share-Deals einschränken soll. Durch die Gesetzeslücke können Unternehmen beim Immobilienkauf Millionen Euro an Grunderwerbsteuer sparen, während Häuslebauer zahlen müssen: Der Trick ist nämlich so aufwendig, dass er sich erst ab 25 Millionen Euro Kaufpreis lohnt. Für die Länder geht es dabei um horrenden Summen, wie ein Beispiel aus Berlin zeigt: Von den 66 Millionen Euro Steuer, die eigentlich auf den kanadischen Pensionsfonds Omers für den Kauf des Berliner Sony Center zugekommen wären, sah das Land Berlin keinen Cent. Bei dem Trick kauft das Unternehmen nicht die Immobilie, sondern bis zu 94,9 Prozent der Anteile (Shares) an einem Unternehmen, dem die Immobilie gehört. Werden die restlichen 5,1 Prozent erst fünf Jahre später übertragen, wird keine Grunderwerbsteuer fällig. Schätzungsweise eine Milliarde Euro an Steuern entgeht den Ländern so jedes Jahr.

Künftig soll die Haltefrist von fünf auf zehn Jahre angehoben werden. Und auch Kapitalgesellschaften, vor allem Aktienge-

sellschaften und GmbHs, sollen die Steuer nicht mehr so gut umgehen können. In Hessen, wo viele Wolkenkratzer am Fiskus vorbei den Eigentümer wechseln, hatte sich Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) mehr erhofft. »Das wird kein großer Wurf«, gibt er zu. Ein umfassenderer Vorschlag war von einem Gutachter als verfassungswidrig eingestuft worden, sodass der Minister seinen großen Plan reduzieren musste. »Ich bin zufrieden, aber nicht euphorisch«, sagt Schäfer, der noch nicht prognostizieren kann, ob die geplanten Einzelmaßnahmen das Steuerschlupfloch schließen werden.

Im Norden der Republik ist man optimistischer. »In Schleswig-Holstein gehe ich davon aus, dass so die Hälfte der Share-Deals steuerpflichtig wird«, erklärt Finanzministerin Monika Heinold (Grüne). Die Bundesländer könnten dadurch jährlich einen dreistelligen Millionenbetrag mehr einnehmen. Doch es gibt noch einen anderen Grund, warum der Fiskus am Ende leer ausgehen könnte: »Letztlich ist das ein Hase-und-Igel-Spiel. Die Steuerspezialisten sitzen schon in den Startlöchern, um neue Umgehungsmöglichkeiten zu finden«, sagt Steuerexpertin Sibylle Barent vom Eigentümerverband Haus & Grund. RED

»Reichsbürger«

## Sorge vor illegalen Waffenarsenalen

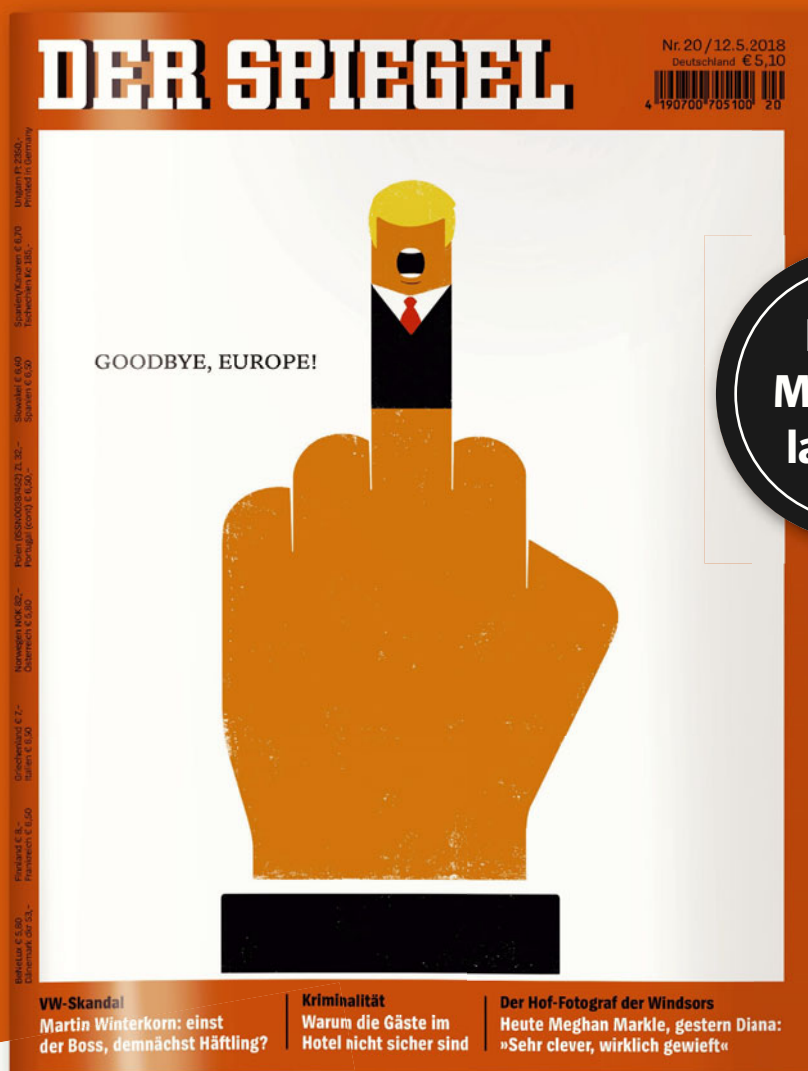
● Die Sicherheitsbehörden fürchten, dass sich sogenannte Reichsbürger, die der Bundesrepublik die Legitimität absprechen, illegal Schusswaffen besorgen könnten. Das geht aus einer vertraulichen Analyse von Bundeskriminalamt (BKA) und Verfassungsschutz hervor. Seit dem Tod eines bayerischen Polizisten, der im Oktober 2016 von einem Anhänger der Reichsbürger-Ideologie erschossen wurde, versuchen die Behörden, die Szene zu entwaffnen. Bislang wurden mindestens 446 »Reichsbürgern« ihre einst legal beschafften Waffen abgenommen. Als Reaktion könnte innerhalb der Szene nun »vermehrt ein illegaler Waffenbesitz angestrebt« werden, heißt es in dem Papier. Die Arsenale, die bei Hausdurchsuchungen im »Reichsbürger«-Milieu beschlagnahmt wurden, sind teils enorm. In Bayern fanden die Behörden im Februar unter anderem eine Pumpgun sowie eine Maschinenpistole mit Schalldämpfer. In Nordrhein-Westfalen nahmen sie einem Szene-Ehepaar 93 Waffen und 200 Kilogramm Munition ab. Ein saarländischer »Reichsbürger« betrieb sogar jahrelang ein Waffengeschäft – bis ihm die Erlaubnis entzogen wurde. Teilen der Szene trauen BKA und Verfassungsschutz »Gewalttaten zur Durchsetzung ihrer Forderungen« zu, in Einzelfällen »bis hin zur Verletzung oder gar Tötung von Personen«. Deutschlandweit zählen die Behörden inzwischen rund 18 000 »Reichsbürger und Selbstverwalter«. Die meisten Szene-Angehörigen registrieren die Verfassungsschutzämter in Bayern (rund 4000), Baden-Württemberg (3000), Nordrhein-Westfalen (2750) und Sachsen (1500). SRÖ, WOW



Privatschild in Brandenburg



# Flexibel bleiben: Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten!



## Der SPIEGEL jede Woche frei Haus:

- ohne Risiko jederzeit kündbar
- 6 % günstiger als im Einzelhandel
- kostenloser Urlaubsservice
- mit dem LITERATUR SPIEGEL
- vergünstigte Tickets für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen  
[www.spiegel-live.de](http://www.spiegel-live.de)

## Ja, ich möchte den SPIEGEL lesen!

Ich lese den SPIEGEL für nur € 4,80 pro Ausgabe statt € 5,10 im Einzelkauf und entscheide selbst, wie lange ich den SPIEGEL lesen möchte.

Einfach jetzt anfordern:

 [abo.spiegel.de/flexibel](http://abo.spiegel.de/flexibel)

 **040 3007-2700** (Bitte Aktionsnummer angeben: SP18-215)

# Duell aus Schwäche





**Regierung** Weil die CSU um ihre Macht in Bayern fürchtet, will Parteichef Seehofer die Kanzlerin zur Kehrtwende in der Flüchtlingspolitik zwingen. Der Streit könnte die Große Koalition sprengen und Angela Merkel das Amt kosten.



Kanzlerin Merkel

MARC STEFFEN UNGER



EMMANUELE CONTINI / IMAGO

# Bundesinnenminister Seehofer, Österreichs Kanzler Kurz: Pakt der Merkel-Gegner

**E**s ist wie immer bei den beiden, der Konflikt kommt schleichend daher, fast beiläufig. Noch am Mittwoch vergangener Woche sitzen Angela Merkel und Horst Seehofer friedlich auf der Regierungsbank im Bundestag. Die Kanzlerin steht kurz vor ihrer Reise nach Kanada zum G-7-Gipfel, und sie will Seehofers »Masterplan« zur Migrationspolitik mit in den Flieger nehmen.

»Denkst du an die Übermittlung des Papiers?«, flüstert Merkel dem Innenminister zu.

Der sagt: »Angela, das liegt schon bei dir im Kanzleramt.«

Zum Wochenende dann verabreden sich die beiden für ein Telefonat, Merkel bittet nur darum, bis Mittag schlafen zu dürfen, weil sie erst am frühen Sonntagmorgen vom Gipfel zurückkommt. Um 13 Uhr sprechen Merkel und Seehofer endlich miteinander. Die Kanzlerin lobt ausführlich das Papier ihres Innenministers, was diesen gleich misstrauisch macht. Stehen nicht Punkte in seinem Papier, die Merkel eigentlich auf die Palme bringen müssten?

Schutzzonen für Flüchtlinge in Transitländern, in denen Asylanträge bearbeitet werden?

Kürzung der Leistungen für Flüchtlinge? Verschärfung des Abschieberechts?

Mit 62 von 63 Punkten könne sie prima leben, sagt Merkel. Nur eine Sache sei problematisch: die Zurückweisung von

Flüchtlingen an der deutschen Grenze. Sie wolle eine europäische Lösung, sagt sie.

»Stell doch einfach dein Papier vor, und lass diesen einen Punkt weg«, schlägt sie vor.

Komme nicht infrage, antwortete Seehofer. Er sehe nicht, wie das Flüchtlingsproblem europäisch gelöst werden könne. Darauf warte er schon seit Jahren. Er brauche jetzt ein Signal. Die Stimmung wird immer frostiger. Am Ende droht Seehofer damit, sein Papier ohne die Zustimmung der Schwesterpartei im CSU-Vorstand zu präsentieren.

Spätestens da muss Merkel klar geworden sein, wie weit Seehofer und die CSU die Dinge treiben wollen.

Die beiden haben sich schon manchen Streit geliefert. Es war Merkel, die einst Seehofer ins politische Abseits beförderte, vor über 13 Jahren, im Streit um die Kopfpauschale. Im Flüchtlingsjahr 2015 wiederum war es Seehofer, der Merkel so heftig bekämpfte, dass das Wort Union vielen nur noch als hämischer Witz erschien.

Jetzt geht es wieder um die Flüchtlingskrise, sie ist nun schon seit Jahren das deutsche Trauma, doch dieses Mal ist vieles anders, die Machtverhältnisse in der Union haben sich gedreht. Als am Dienstag das Thema in der Unionsfraktion zur Sprache kommt, springt kein einziger Unionsabgeordneter der Kanzlerin bei. Für einen Mo-

ment scheint es so, als drehte die Fraktion Merkel schweigend den Rücken zu. Als die Frage aufkommt, ob man nicht einfach zur Abstimmung schreiten solle, ist es Seehofer, der interveniert. Er will den Streit nicht auf die Spitze treiben – jedenfalls noch nicht.

Wer soll das Land führen, wenn man Merkel zum Rücktritt zwingt?

Die Saarländerin Annegret Kramp-Karrenbauer, deren Regierungserfahrung sich in der Führung einer Staatskanzlei erschöpft, die in anderen Teilen der Republik als etwas größeres Landratsamt gilt? Jens Spahn, der gerade seine Freundschaft mit einem US-Botschafter zelebriert, der sich in Berlin aufführt wie einst ein römischer Statthalter in der Provinz? Ursula von der Leyen, die im Moment nur Schlagzeilen mit ihrer maroden Bundeswehr macht?

Die Welt gerät gerade aus den Fugen, noch nie gab es einen amerikanischen Präsidenten, der die Grundlagen der westlichen Weltordnung, die Uno, die Nato, die WTO, so offen infrage stellt. In dieser Lage nun wird die Bundesregierung zur Gefangenen einer Regionalpartei, die darum fürchtet, im Oktober die absolute Mehrheit im Münchner Landtag zu verlieren. Und Merkel fehlt ganz offenkundig die Kraft, sich der Revolte in den Weg zu stellen.

Es ist, als bräche eine alte Wunde wieder auf. Schon im Bundestagswahlkampf hatten CDU und CSU über die Frage ge-







**Flüchtlinge bei Ingolstadt:** Als bräche eine alte Wunde wieder auf

stritten, ob es eine Obergrenze für Flüchtlinge geben sollte, bis zum Wahltag gab es keine Versöhnung, und am Ende profitierte nur die AfD, die zog mit 12,6 Prozent in den Bundestag ein, während die Union ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949 einfuhr. Die CSU hat daraus den Schluss gezogen, dass es keinen Sinn ergibt, Konflikte zu vertagen. Notfalls müsse sie ihren Willen auch gegen die Schwesterpartei durchsetzen.

Deshalb wollen die Bayern Merkel dazu zwingen, Flüchtlinge an der deutschen Grenze zurückzuweisen. Faktisch sind das wohl nur einige Tausend Menschen, aber es geht um das Symbol: Dass Merkel in jenen schicksalhaften Tagen im Spätsommer 2015 nicht angeordnet hat, die deutschen Grenzen zu schließen, gilt in rechten Kreisen als die Ursünde der merkelschen Flüchtlingspolitik.

Doch der Streit reicht tiefer. Viele in der Union sind der Meinung, dass Merkel ganz grundsätzlich den falschen Pfad eingeschlagen hat, dass ihre Politik der linken Mitte, die in der Flüchtlingspolitik gipfelte, die AfD erst groß werden ließ. Die Union müsse sich endlich wieder um das rechte demokratische Spektrum kümmern, sagt CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt, und so wie er denken viele: Edmund Stoiber, der keine Gelegenheit auslässt, Merkel einen Tritt zu verpassen. Gesundheitsminister Jens Spahn, der sich in der Sitzung des CDU-Präsidiums am Don-

nerstagsmorgen offen gegen Merkel stellte. Und Bayerns Ministerpräsident Markus Söder. Alle drei sähen es offenkundig gern, wenn Merkel stürzen würde.

»Wir sind im Endspiel um die Glaubwürdigkeit«, sagt Söder. Spricht man so, wenn man noch Kompromisse will?

Bis zum Redaktionsschluss am Donnerstagabend war offen, ob sich Merkel und Seehofer noch einmal zusammenraufen. Für beide geht es inzwischen ums politische Überleben. Kann Seehofer noch Merksels Minister bleiben, wenn er ihre Richtlinienkompetenz so offen infrage stellt? Und wie soll sie noch eine Regierung führen, wenn sie in einer so entscheidenden Frage nur mit Mühe die eigene Fraktion hinter sich versammeln kann? Die CSU droht damit, Seehofer könne die Zurückweisungen als Innenminister auch ohne die Zustimmung der Kanzlerin anordnen. Das wäre dann das Ende der Koalition.

Wenn man die Genese des Konflikts rekonstruiert, dann wird deutlich, dass es um ein Duell aus Schwäche geht. Zwischen Seehofer, den die Angst seiner Partei vor der AfD treibt. Und Merkel, deren Flüchtlingspolitik in Europa gescheitert ist.

#### **Samstag, 12. Mai, CSU-Zentrale, München**

Der Vorstand der Partei hat sich zu einer Strategiekonferenz versammelt, um über den bevorstehenden Landtagswahlkampf zu beraten. Es herrscht Krisenstimmung.

Seit Wochen zeigen die Umfragen, dass die CSU die absolute Mehrheit im Freistaat verfehlen wird, weil die AfD wie festgefroren bei rund zwölf Prozent liegt. Die Teilnehmer sind sich einig, dass spätestens seit dem Skandal um die Bremer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge Merksels Asylpolitik wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte gerückt ist. Und sie kennen die Analyse ihrer Landesleitung, wonach es vor allem das Einknicken in der Flüchtlingsfrage war, das zu dem schlechten CSU-Ergebnis bei der Bundestagswahl im vergangenen Herbst geführt hat.

Während die Runde überlegt, was in der zugespitzten Debatte zu tun ist, kommt Parteichef Seehofer ein Vorschlag in den Sinn, mit dem ihm seine Beamten bereits seit seinem Amtsantritt in den Ohren liegen: Asylsuchende, die schon in anderen Ländern als Flüchtlinge registriert sind, sollen an der deutschen Grenze zurückgewiesen werden. Der Präsident der Bundespolizei, Dieter Romann, hat einen entsprechenden Vorschlag immer in der Jackentasche, wenn er sich mit Seehofer trifft.

Bei den Koalitionsverhandlungen hatte die CSU diese Forderung noch fallen gelassen, weil ihr ein anderes Vorhaben wichtiger erschien: die Einrichtung sogenannter Anker-Zentren, in denen Asylbewerber einquartiert und rasch anerkannt oder abgeschoben werden sollten. Doch wenn der Plan nicht genügend Rückhalt finde und

die Flüchtlingszahlen an der Grenze zwischen der Türkei und Griechenland wieder stiegen, so schlägt Seehofer der Runde nun vor, müsse man über das Z-Wort vielleicht noch einmal nachdenken. Dabei weiß Seehofer, wie Merkel darüber denkt. Bei einer Kabinettsklausur in Meseberg im Monat zuvor hat er ihr bereits vorgeschlagen, bestimmte Personen an der Grenze zurückzuweisen. Die Kanzlerin lehnte ab, weil sie keinen deutschen Alleingang in Europa wollte. Sechs Tage später erscheint in der »Bild«-Zeitung ein Interview des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder. Darin sagt er: »Wenn Anker-Zentren nicht funktionieren, wird es an der Grenze Zurückweisungen geben müssen.« Damit ist Seehofer festgelegt.

### **Dienstag, 5. Juni, Luxemburg**

Auf der Tagesordnung beim Treffen der EU-Innenminister steht ein Großprojekt, über das seit fast drei Jahren ergebnislos diskutiert wird: Merkels Vorschlag für eine europäische Asylreform, nach der Flüchtlinge an den Außengrenzen der Staatengemeinschaft aufgenommen, überprüft und nach festen Quoten auf die Mitgliedsländer verteilt werden sollen.

Eigentlich ist die Zusammenkunft die letzte Chance für einen Durchbruch bei den festgefahrenen Verhandlungen, bevor sich beim Gipfel Ende Juni die Staats- und Regierungschefs mit dem Thema befassen wollen. Auf dem Tisch liegt ein Kompromissplan der bulgarischen Ratspräsidentschaft, doch schnell wird klar, dass auch dieser Vorschlag keine Chance hat.

Es beginnt schon damit, dass wichtige Protagonisten gar nicht anreisen. Seehofer lässt sich durch seinen Parlamentarischen Staatssekretär Stephan Mayer vertreten, und für seinen italienischen Kollegen, den Boss der rechtsextremen Lega, Matteo Salvini, kommt ein EU-Botschafter, anstatt mit der Weisung, einen Kompromiss abzulehnen. Italien werde nicht länger »das Flüchtlingslager Europas sein«, hatte Salvini erst am Wochenende gesagt.

Auch Mayer dämpft die Erwartungen. Der Innenstaatssekretär ist an diesem Tag ganz Seehofers Mann und weniger Vertreter der deutschen Regierungschefin, die sich noch immer einen Flüchtlingskompromiss wünscht. Es gebe »erhebliche Defizite« am aktuellen Vorschlag der EU-Ratspräsidentschaft, sagt Mayer. Es gelte »Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit«. Als ob nicht bereits unzählige Botschaftertreffen, Ministerräte und EU-Gipfel über das Thema debattiert hätten.

Etliche Länder lehnen Merkels Quotenlösung seit Langem aus grundsätzlichen Erwägungen ab, weil sie überhaupt keine Flüchtlinge aufnehmen wollen. Und so twittert der Vertreter Belgiens, Innenstaatssekretär Theo Francken von der rechtsna-

tionalen NVA: »Die Dublin-Reform ist tot. Es gibt absolut keinen Konsens.«

Selbst Merkel hat inzwischen erkannt, dass sich ihre Flüchtlingspolitik in Europa als Fehlschlag erwiesen hat. »Ich glaube nicht, dass die Quotenverteilung mit Mehrheitsentscheidung zu irgendeiner Befriedung beigetragen hat«, sagt sie einen Tag später auf einem Kongress konservativer Europaabgeordneter in München. Stattdessen müsse die EU nun »ein System der flexiblen Solidarität entwickeln«.

Nicht jedem ist klar, dass die Kanzlerin mit diesem Satz eine Ungeheuerlichkeit ausdrückt – »flexible Solidarität«, diese Formel benutzte bislang stets Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, Merkels Lieblingsfeind in der Flüchtlingskrise. »Flexible Solidarität«, das heißt aus Sicht der Ungarn nichts anderes, als dass es sich die EU-Mitglieder künftig aussuchen dürfen, ob sie Asylsuchende aufnehmen, mehr Polizisten für die Grenzschutztruppe Frontex schicken oder, wie Viktor Orbán, einen Zaun bauen.

### **Freitag, 8. Juni, Quedlinburg**

CSU-Chef Seehofer unternimmt bei einer Tagung der Innenminister einen letzten Versuch, seine Länderkollegen von Sinn und Wirksamkeit seiner Anker-Zentren zu überzeugen. Der CSU-Chef glaubt an die Idee, doch in den vergangenen Wochen hat sich gezeigt, dass er unter seinen Ressortkollegen damit ziemlich alleinsteht. Bringt nichts, machen wir längst, funktioniert nicht, so lautet die Einschätzung der meisten Landesregierungen. Außer Bayern will sich bisher nur Sachsen an einer Pilotphase beteiligen, die anderen Länder lassen Seehofer erst einmal hängen. »Ich wünsche viel Spaß bei der Suche nach geeigneten Standorten«, hatte der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) gelästert. Seehofer weiß jetzt: Mit den Anker-Zentren wird er im Wahlkampf kaum punkten können.

### **Sonntag, 10. Juni, Berlin-Adlershof**

Merkel tritt in der Talkshow von Anne Will auf. Die Kanzlerin will eigentlich ihre Außenpolitik erklären, aber ganz am Ende wird sie gefragt, ob sie Seehofers Idee mittragen könne, Flüchtlinge an der deutschen Grenze abzuweisen. Merkel sagt, dass sie für eine europäische Lösung sei. Und sie fügt hinzu, dass Ungarn mit seiner Außengrenze zu Serbien »in gewisser Weise die Arbeit« mache.

Merkel vertritt inzwischen eine ähnlich harte Linie in der Flüchtlingspolitik wie Orbán. Aber die Kanzlerin will sie, anders als Seehofer, an den Außengrenzen Europas durchsetzen, nicht Deutschlands.

### **Montag, 11. Juni, Kanzleramt**

Merkel und Seehofer telefonieren noch einmal miteinander, aber sie kommen

sich nicht näher. Am Nachmittag meldet die »Bild«-Zeitung, dass die für Dienstag geplante Vorstellung des Masterplans wegen Differenzen zwischen Seehofer und Merkel abgesagt sei. Am Abend, im geschäftsführenden Fraktionsvorstand der Union, müssen Fraktionschef Volker Kauder und Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer erkennen, dass mehrere führende CDU-Kollegen aufseiten der CSU stehen. Der Abgeordnete Christian von Stetten fordert sogar ein Fraktionsvotum über das Thema. Und auch bei den Landesgruppensitzungen der bayerischen wie der nordrhein-westfälischen Unionsabgeordneten ist die Mehrheit klar für Seehofer.

### **Dienstag, 12. Juni, Reichstagsgebäude, Berlin**

Im dritten Stock, vor dem Sitzungssaal der Unionsfraktion, ist die Stimmung aufgeheizt. Seit dem Wochenende, an dem die Medien nahezu pausenlos über den Mordfall Susanna berichten, fühlen sich in der Union zahlreiche Abgeordnete an die Zeit nach der Kölner Silvesternacht vor zweieinhalb Jahren erinnert. Wie damals machen viele Bürger Merkel und deren Willkommenskurs für die Gewalttaten verantwortlich.

Die Abgeordneten stehen in Gruppen im Fraktionssaal beieinander und beobachten, wie Merkel, Kauder, Seehofer und Dobrindt die Köpfe zusammenstecken. Sie vereinbaren, den Streit nicht auf der Fraktionssitzung auszutragen. Man wolle in den nächsten Tagen einen Konsens finden, verkündet Kauder schließlich.

Doch wenn der Fraktionschef gedacht haben sollte, damit das Thema erledigen zu können, sieht er sich getäuscht. Sofort recken die Abgeordneten ihre Arme in die Höhe. Als Erster tritt der Chef der Jungen Union, Paul Ziemiak, ans Mikrofon. Er habe ja heute früh im Radio gehört, dass die zerstrittenen Politiker endlich Frieden geschlossen hätten, sagt Ziemiak. »Leider ging es in der Meldung um Donald Trump und Kim Jong Un«, fügt er sarkastisch hinzu. Nach Ziemiaks Auftritt meldet sich ein Unionsabgeordneter nach dem anderen zu Wort; darunter bekannte Kritiker von Merkels Flüchtlingspolitik wie der CSU-Abgeordnete Alois Rainer, der Seehofer auffordert, keine faulen Kompromisse einzugehen. Er sei für Merkel schon einmal durchs Feuer gegangen, klagt Rainer in einer emotionalen Rede. Noch mal halte er das nicht durch.

Viel bedrohlicher aber ist für Merkel, dass sich diesmal auch treue Unterstützerinnen wie die Bremer Abgeordnete Elisabeth Motschmann gegen die Kanzlerin stellen. In Bremen seien die Dinge aus dem Ruder gelaufen, sagt Motschmann. »Wir brauchen jetzt eine Lösung.«





BERND VON JUTRCZENKA / DPA

**AfD-Fraktionsspitze:** Ventil für die Wut



ROBERT GRAHN / EUROLUFTBILD.DE

**Flüchtlingsunterkunft in Hamburg:** »Ich wünsche viel Spaß bei der Standortsuche«

In den Wahlkreisen gebe es nur ein Thema, es müsse endlich etwas geschehen, sagt der Mittelstandspolitiker von Stetten. Und noch auffälliger ist, dass niemand die Kanzlerin verteidigt, weder Wirtschaftsminister Peter Altmaier noch CDU-Generalsekretärin Kramp-Karrenbauer. Um eine Eskalation zu verhindern, ergreift schließlich Seehofer noch vor Ende der Debatte das Wort. Er erläutert seinen Masterplan, dann wendet er sich direkt an Rainer: »Lieber Alois, du weißt, wie es in mir aussieht, aber wir müssen jetzt erst die Gespräche zu Ende bringen.«

Nach Seehofer spricht Merkel. Ihre Unterstützer sind erschrocken, wie verbittert die Kanzlerin wirkt. Merkel erläutert zunächst, dass sie keine nationale, sondern eine europäische Lösung wolle. Dann bricht sich ihre ganze Enttäuschung Bahn: Sie habe den Türkei-Deal verhandelt, sie habe die Operation »Sophia« gegen Schleuser im Mittelmeer durchgesetzt, sie habe sich für Abkommen mit Libyen starkgemacht und es geschafft, dass die Flüchtlingszahlen deutlich gesunken seien. Dafür habe sie nie ein Wort des Dankes gehört.

In diesem Moment haben viele Abgeordnete das Gefühl: Das Band zwischen der Kanzlerin und ihrer Fraktion ist zerrissen, möglicherweise endgültig.

#### **Dienstag, 12. Juni, Restaurant Cordobar, Berlin**

In der Weinkneipe unweit des Szenetreffpunkts Hackescher Markt sitzen am späten Abend die CDU-Politiker Spahn und Ziemiak zusammen. Sie haben extra einen Tisch am Fenster gewählt, damit sie gut gesehen und von draußen fotografiert werden können. Schließlich haben sie einen prominenten Gast dabei: Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz.

Zwei Tage später erscheint ein Foto des Cordobar-Treffens, wie erwünscht, in der »Bild«-Zeitung, die schon seit Monaten gegen Merkels Flüchtlingspolitik schießt. Doch was als Symbol des Aufstands gegen die Kanzlerin gedacht ist, wird paradoxerweise zum Signal für ihre Unterstützer: Von einer Achse aus Kurz, Spahn und Ziemiak wollen sich selbst diejenigen in der CDU, die mit Merkels Politik hadern, nicht vor den Karren spannen lassen.

#### **Mittwoch, 13. Juni, Kanzleramt**

Merkel lädt Seehofer in ihr Büro, dazu Söder und den hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier, beide haben im Oktober Wahlen zu bestehen. Es ist der Versuch, den leidigen Streit endlich aus der Welt zu schaffen. Merkel bietet dem CSU-Chef an, jene Flüchtlinge an der Grenze abzuweisen, deren Asylanträge in Deutschland schon einmal gescheitert sind. Seehofer hält das für einen

Witz. Wie soll man es im Bierzelt als Erfolg verkaufen, dass man bereits abgelehnte Asylbewerber nicht mehr ins Land lässt? Für Seehofer ist das eine pure Selbstverständlichkeit. Söder sagt: »Wenn wir nicht langsam kapieren, dass es fünf vor zwölf für die Demokratie in Deutschland ist, dann wird es schwierig.«

Bouffier appelliert an die CSU, den Streit nicht auf die Spitze zu treiben: »Wir müssen zusammenhalten. Die Situation an der Grenze ist derzeit nicht so dramatisch.« Söder erwidert: »Volker, wie viel Kilometer Außengrenze hast du denn?«

Seehofer bietet an, die Zurückweisung erst dann in Kraft zu setzen, wenn der EU-Migrationsgipfel Ende Juni keine greifbaren Ergebnisse bringen sollte. Merkel lehnt ab. Sie könne es sich nicht gefallen lassen, wenn ihr Verhandlungsmandat derart eingeschränkt werde.

Wie vergiftet die Atmosphäre in der Union ist, lässt sich an den Interpretationen ablesen, die nach dem Treffen die Runde machten. In der CDU heißt es, man dürfe sich von der CSU nicht erpressen lassen. Die Mitstreiter Seehofers wiederum behaupten, Merkel wolle nur auf Zeit spielen und die CSU an der Nase herumführen:

»Merkel will die Zurückweisungen nicht. So einfach ist das.«

#### Donnerstag, 14. Juni, Reichstag

Merkel ruft den CDU-Teil der Fraktion zusammen, die Lage ist mindestens so angespannt wie zwei Tage zuvor. Aber diesmal ist Merkel besser vorbereitet. Bereits am Morgen hat sie das Parteipräsidium in einer Telefonkonferenz auf ihre Linie eingeschworen. Es gibt breite Zustimmung. Nur zwei Präsidiumsmitglieder widersprechen: Spahn und der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer. Die Stimmung in der Bevölkerung sei verheerend, sagt Kretschmer. Wenn man Seehofer jetzt ausbremse, »schadet das uns allen«.

In der Fraktion redet Merkel diesmal gleich nach der Begrüßung durch Kauder: »Die Lage ist ernst, das weiß jeder«, sagt sie. Dann erläutert sie ihre Position. Keine nationalen Alleingänge. Sie wolle sich in den zwei Wochen bis zum EU-Gipfel um eine Lösung bemühen. Dann sei eine Bestandsaufnahme nötig. »Ich weiß, zwei Wochen sind knapp, aber ich setze mir selbst dieses Korsett, weil ich weiß, dass die Zeit drängt.«

Merkel gewinnt die meisten Abgeordneten mit dem Argument, die CSU wolle ihr

nicht einmal diese zwei Wochen zubilligen. Dabei hat Seehofer in der Nacht zuvor angeboten, die Zurückweisungen erst nach dem Gipfel in Kraft zu setzen. Als Seehofers Leute von Merkmals Vortrag erfahren, sind sie außer sich. Die Kanzlerin lüge, heißt es.

Als erster Abgeordneter, das spielt Merkel ebenfalls in die Hände, redet Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble. Sein Wort hat auch im konservativen Unionsflügel Gewicht. Merkel habe seine volle Unterstützung für eine europäische Lösung, sagt er. Schäuble spricht von einer historischen Stunde für die Union. Man dürfe jetzt nicht mit dem Feuer spielen und die Stabilität Europas aufs Spiel setzen. Er sei bereit, selbst noch einmal mit den Kollegen von der CSU zu reden.

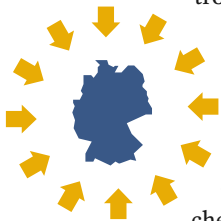
Ein Abgeordneter nach dem anderen kritisiert das Verhalten der CSU. Karin Maag, die gesundheitspolitische Sprecherin, sagt: »Ich verstehe nicht, warum wir mehr als vier Stunden lang über einen Masterplan streiten müssen, den noch niemand gesehen hat. Ich möchte diesen Plan endlich mal lesen.«

Am Rande der Sitzung liefern sich Abgeordnete von CDU und CSU kleine Scharmützel. Der CSU-Abgeordnete Ge-

## Das Recht an den deutschen Grenzen

### Was geschah bei der sogenannten Grenzöffnung im September 2015?

Der Begriff »Grenzöffnung« entspricht nicht der Realität. An den meisten europäischen Binnengrenzen waren Grenzkontrollen abgeschafft, im Zuge der Flüchtlingskrise wurden sie wieder eingeführt, bis heute. Die Bundesregierung wies die Bundespolizei aber an, Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl suchen, einreisen zu lassen. Das musste auch so sein – nach europäischem Recht ist der Staat, an dessen Grenze Asyl beantragt wird, zunächst in der Pflicht zu prüfen, welcher Staat für das Asylgesuch zuständig ist. Das lässt sich nicht an der Grenze entscheiden. Bevor es die Grenzkontrollen gab, reisten Flüchtlinge einfach so nach Deutschland ein.



### Darf Deutschland Flüchtlinge, die aus einem EU-Staat wie Österreich einreisen, an der Grenze abweisen?

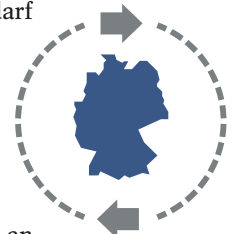
Das entspräche zwar dem deutschen Asylgesetz, dessen Vorschriften werden aber von europäischem Recht überlagert, vor allem von den sogenannten Dublin-Regeln. Danach sollen die Flüchtlinge in den Staat gebracht werden, der für ihr Asylverfahren zuständig ist. Meist ist es das Land, über das sie in die EU eingereist sind. Es gibt aber zahlreiche Ausnahmen, etwa wenn Familienangehörige bereits in einem anderen EU-Land Asyl beantragt haben. Den zuständigen Staat zu ermitteln ist nicht ad hoc an der Grenze



möglich, Asylsuchende können auch gegen die Entscheidung klagen. Gelingt es den deutschen Behörden nicht, den Flüchtling innerhalb von sechs Monaten in das eigentlich zuständige Land zu schicken, wird Deutschland selbst zuständig. Während der Flüchtlingskrise hat die Bundesregierung vorübergehend darauf verzichtet, Asylsuchende in andere EU-Staaten zurückzuschicken. Das hat sie inzwischen wieder geändert.

### Können wenigstens Flüchtlinge, die bereits in einem anderen EU-Land Asyl beantragt haben, an der Grenze zurückgewiesen werden?

Nicht einfach so, denn es könnte sein, dass aufgrund von Sondervorschriften doch Deutschland für deren Asylverfahren zuständig ist. Selbst Flüchtlinge, die Deutschland bereits einmal nach den Dublin-Regeln in ein anderes Land überwiesen hat und die dann ein zweites Mal kommen, darf Deutschland nach jetzigem Recht nicht abweisen – die Sachlage könnte sich ja geändert haben. Das hat der Europäische Gerichtshof Anfang dieses Jahres entschieden. Ein solches Prozedere könnte aber möglicherweise akzeptabel sein, wenn Staaten wie Deutschland und Österreich kooperieren. Österreich könnte für Flüchtlinge, die an der deutschen Grenze Asyl begehren, aber zuvor schon in einem anderen EU-Land im Asylverfahren sind, prüfen, wer zuständig ist, und den Flüchtling dann dorthin überstellen. Wenn das aber nicht innerhalb von sechs Monaten gelingt, müsste Österreich bereit sein, selbst das Asylverfahren zu übernehmen. Dietmar Hipp





org Nüßlein trifft auf dem Weg zum Kaffeestand seinen CDU-Kollegen Gunther Krichbaum, es geht sofort um Merkel: »Das deutsche Volk interessiert sie nicht, die Abgeordneten interessieren sie nicht. Und ihr macht das mit. Ihr spinnt doch.«

Ein sichtlich verärgelter Krichbaum erwidert: »Ihr macht es euch etwas sehr einfach.«

In der Sitzung der CSU-Landesgruppe, die getrennt tagt, setzt Söder gleich zu Beginn den Ton: »Wir müssen das jetzt machen.« Seehofer legt noch einmal seine Position dar, dann fügt er an: Es gehe nicht um eine Macht-, sondern um eine Sachfrage. An dieser Stelle ist vereinzelt Kichern zu hören.

Nach und nach melden sich fast alle CSU-Abgeordneten, um Seehofer zu unterstützen.

Nur wenige warnen vor einem Bruch mit der CDU. Der Augsburger Rechtsexperte Volker Ullrich sagt: »Hier geht es um den langfristigen Frieden zwischen CDU und CSU. Es ist schädlich für unser Image, wenn wir uns streiten.«

Den Vorschlag, den Masterplan gleich am Freitag auf einer Sondersitzung des CSU-Vorstands beschließen zu lassen, weist Seehofer zurück. Er wolle, dass alle Vorstandsmitglieder dabei sein könnten, sagt er. In Wirklichkeit will er Zeit gewinnen. Anders als Söder ist er nicht an einem Sturz Merkels interessiert. Am Montag tagt der CSU-Vorstand ganz offiziell in München, dort wird sich dann, das war der Plan am Donnerstagabend, Seehofer das Einverständnis der Parteispitze geben lassen, notfalls auch gegen den Willen Merkels die Grenzen für Flüchtlinge dichtzumachen.

Es wäre, daran gibt es kaum einen Zweifel, der Bruch der Koalition. Merkel kann es nicht hinnehmen, wenn ein Minister sich in so einer entscheidenden Frage über ihre Meinung hinwegsetzt.

**E**s ist nicht ohne Ironie, dass sich Merkel und Seehofer, die sich mit so viel Machtwillen nach oben gekämpft haben, nun gegenseitig in den Abgrund ziehen. Wenn Merkel stürzt, dann wird auch Seehofer sein Ministeramt verlieren und in der CSU sofort die Frage gestellt werden, ob es nun nicht auch einen Neuanfang an der Parteispitze geben müsse.

Seehofer hatte sich ja nur deshalb als CSU-Chef halten können, weil er nach dem verlorenen Machtkampf mit Söder nach Berlin ging. Der bayerische Ministerpräsident aber, daran hat in der Partei niemand einen Zweifel, will die Macht nicht



**Fraktionskollegen Merkel, Seehofer, Kauder:** »Du weißt, wie es in mir aussieht«

teilen. Auch deshalb drängt er auf einen unversöhnlichen Kurs gegen Merkel. »Bei der Zuwanderung dürfen wir keine halben Sachen mehr machen«, sagte Söder am Donnerstag.

Die CSU ist wie gefangen von der Angst vor der AfD, deren Kraft sich fast gänzlich aus der Wut gegen Merkel speist. Noch im Bundestagswahlkampf hatte Merkel zahlreiche Auftritte in Bayern, aber das Finale zusammen mit Seehofer auf dem Münchner Marienplatz geriet zu einem Desaster, die beiden wurden von einer wütenden Menge ausgepiffen. Daraus hat die Partei ihre Konsequenzen gezogen. In Söders Wahlkampf in Bayern ist derzeit kein einziger Auftritt Merkels vorgesehen.

Söder gehört wie Dobrindt, Spahn und FDP-Chef Christian Lindner zu einer Generation von Politikern, die schon erkennbar für die Zeit nach Merkel planen. Alle vier eint die Überzeugung, dass die Grenzen zwischen den politischen Lagern wieder klarer erkennbar werden müssen – und dass ihre Karriere erst dann richtig beginnt, wenn Merkel das Kanzleramt geräumt hat.

Lindner jedenfalls tat alles dafür, um den Streit zwischen den beiden Schwesterparteien anzukurbeln. Seine Fraktion formulierte einen Antrag für eine namentliche Abstimmung im Bundestag über die Frage, wer Seehofers Asylplan unterstützt. Damit klar wird, wer in der Union noch zu Merkel steht – und wer nicht.

Dringlicher als je zuvor stellt sich die Frage, ob es richtig war, dass Merkel im Herbst 2016 die Entscheidung traf, noch einmal als Kanzlerin anzutreten. Damals war gerade Trump zum neuen US-Präsidenten gewählt worden, außerdem ging durch Europa ein Riss. Merkel kandidierte

auch deshalb noch einmal, weil sie das Gefühl hatte, in diesen krisenhaften Zeiten nicht einfach die Brücke verlassen zu können.

Als sie am 21. März ihre erste Regierungserklärung nach ihrer Vereidigung hielt, nach quälend langen Verhandlungen für eine neue Koalition, sagte Merkel, es gehe ihr darum, die Spaltung Deutschlands zu überwinden. Merkel hatte im Wahlkampf erlebt, welcher Hass ihr entgegenschlug, auf manchen Bühnen war sie kaum zu verstehen, so ohrenbetäubend war der Lärm, und die Wut suchte sich dann ein Ventil in Gestalt einer Partei, die nun im Bundestag sitzt und deren Vorsitzender die NS-Zeit als »Vogelschiss« der deutschen Geschichte bezeichnet.

»Ich möchte, dass am Ende dieser Legislaturperiode diese Bilanz gezogen wird: Unsere Gesellschaft ist menschlicher geworden, Spaltungen und Polarisierungen konnten verringert, vielleicht sogar überwunden werden, und Zusammenhalt ist neu gewachsen«, sagte Merkel in ihrer Regierungserklärung, die sie in weiten Teilen nicht ihren Redenschreibern überlassen, sondern selbst geschrieben hatte. Nur: Wie kann das mit Merkel gelingen?

Sie ist ja selbst der Grund jener Polarisierung, die sie zu bekämpfen sucht.

Melanie Amann, Anna Clauß, Peter Müller, Ralf Neukirch, René Pfister, Michael Sauga, Wolf Wiedmann-Schmidt

Video-Kommentar  
**An der Grenze**

[spiegel.de/sp252018fluechtlinge](https://spiegel.de/sp252018fluechtlinge)  
oder in der App DER SPIEGEL





YOUNES MOHAMMAD / DER SPIEGEL

**Foto des Tatverdächtigen auf dem Handy seines Bruders:** »Wir sind in Kurdistan, und Ali ist allein in Deutschland«

# »Das Beste für die Familie«

**Kriminalität** Der mutmaßliche Mörder Ali B. suchte in Deutschland vor allem ein besseres Leben, nicht Schutz vor Krieg und Verfolgung. Sein Asylverfahren und die Erzählungen seiner Angehörigen zeigen die Schwierigkeiten des deutschen Staates mit solchen Fällen.

**M**anche Sätze bekommen, lange nachdem sie verhallt sind, einen anderen Sinn. Verlieren ihre Unschuld, lassen einen frösteln, als hätten sie schon immer einen Schrecken in sich getragen, der sich nun offenbart. »Ich will nur, dass meine Kinder eine Zukunft haben«, sagte Kalida M. den deutschen Beamten. Blicke die Familie im Nordirak, dann würde sie wohl in die Kämpfe zwischen Türken und Kurden hineingezogen. So begründete die Frau, damals 46, im Oktober 2016 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Offenbach ihren Asylantrag.

Sie fürchte, dass ihre Familienangehörigen getötet oder selbst zu Tätern werden könnten, heißt es in ihrem Anhörungsbogen. »Ich will aber nicht, dass meine Kinder jemanden ermorden«, sagte sie. Nur darum sei sie nach Deutschland gekommen.

Heute steht fest, dass sich der Wunsch der Kalida M. nicht erfüllt hat. Fernab der

Konflikte in der Heimat, nach fast drei Jahren in relativem Wohlstand wurde Kalidas ältester Sohn zum Täter. Ali B., das viertälteste Kind von Kalida M. und ihrem 14 Jahre älteren Ehemann Hashim B., hat gestanden, die 14-jährige Susanna F. umgebracht zu haben. Die Ermittler glauben, dass der 21 Jahre alte Iraker das Mädchen vorher vergewaltigt hatte und diese Tat verdecken wollte. Ali B. bestreitet das.

Der Kriminalfall bewegt die Republik. Kanzlerin Angela Merkel sprach von einem »abscheulichen Mord«. Das Verbrechen fällt nicht nur in eine Zeit, in der sich die Regierung darüber entzweit, in welchem Ausmaß Deutschland künftig noch Flüchtlinge ins Land lassen soll (Seite 16). Es heizt die emotionale Diskussion darüber weiter an.

Ali B. und seine Familie durften trotz eines abgelehnten Asylantrags bleiben, nach der Tat konnten sie sich in den Irak absetzen. Daher stehen in dem Fall gleich mehrere staatliche Institutionen in der Kritik, darun-

ter die Polizei, die zögerlich nach Susanna F. suchte, und die Verwaltungsgerichte, die das Verfahren verschleppten. Und weil der deutsche Staat recht hemdsärmelig dabei vorging, den Verdächtigen aus dem Irak zurückzuholen, muss sich auch der Präsident der Bundespolizei rechtfertigen (Seite 28).

In Mainz und Wiesbaden, wo Ali B. und Susanna F. aufeinandertrafen, stehen solche Fragen nicht im Vordergrund. Die Menschen trauern. Am Dienstag wurde das Mädchen auf dem jüdischen Friedhof in Mainz begraben. Auf der Grabstätte stehen zwei Lichter und violette Astern. Der Stein trägt noch keine Inschrift.

Als Susanna am 22. Mai verschwand, hatte sich ihre Mutter sofort Sorgen gemacht und am Tag darauf die Polizei informiert. Seit dem 6. Juni hat sie die Gewissheit, dass ihre Tochter tot ist. Die Polizei veranlasste zunächst keine umfangreichen Suchaktionen nach der Achtklässlerin. Die 14-Jährige hatte zuvor schon mehrfach die Integrierte





YOUNES MOHAMMAD / DER SPIEGEL

**Badende in Sachu:** Die Männer werden Händler, Wachmänner oder Bauarbeiter

Gesamtschule in Mainz-Bretzenheim geschwänzt. Doch war das ein Grund, nicht mit Hochdruck zu ermitteln?

Susanna gehörte, so drückt es eine Freundin aus, zu einer Gruppe von »Stadtchilern«: Die Mädchen, zumeist mit Migrationshintergrund, und die Jungs, fast alle Asylbewerber, hingen vor dem Wiesbadener Burger King oder am Kochbrunnenplatz ab, sie kauften sich Chips und Cola, rauchten Shisha, manchmal kifften sie. Zur Clique gehörten auch zwei jüngere Brüder Alis. Susanna sei in den einen der beiden verliebt gewesen, erzählen Freunde. Ali sei hingegen nur selten dabei gewesen. Er war schließlich fünf, sechs Jahre älter als die anderen.

Am Tag ihres Todes schrieb Susanna einer Freundin um 14.46 Uhr: »Komm mal Stadt«. Sie sei mit vier Freunden unterwegs, darunter ein Bruder von Ali. Über die Kommunikationskanäle der Jugendlichen kursierten später Gerüchte darüber, was dann passierte. »Ihr nennt euch moslem an Ramadan bringt dein Bruder ein 14-jähriges Mädchen um, er soll sich schämen!«, schrieb ein Mädchen aus Frankfurt in die virtuelle Gruppe an einen Bruder von Ali. Ein anderer Nutzer antwortete ihr und verteidigte offenbar die Flucht der Familie B. in den Irak: »Jede Familie würde sein Kind schützen. Vielleicht hast du nicht so eine Familie. Urteile nicht über Menschen und Familien wenn du nichts genaueres weißt.«



Weder die Polizei noch die Mutter erfuhren, dass es Jugendliche gab, die von Susannas Schicksal wussten oder zumindest etwas ahnten. Währenddessen klapperte Susannas Mutter auf der Suche nach ihrer Tochter verschiedene Flüchtlingsunterkünfte ab, in denen Susanna zu Besuch gewesen war. Sie wandte sich dabei sogar an Familie B., ohne Erfolg. Die Mutter formulierte einen Facebook-Post an die Bundeskanzlerin: »Sehr geehrte Frau Merkel, ich wende mich mit diesem Hilferuf an Sie, weil ich mich vom deutschen Staat sowie von unserem Freund und Helfer (Polizei) im Stich gelassen fühle.«

Zu diesem Zeitpunkt war Susanna längst tot. Der irakischen Polizei schilderte Ali B. nach seiner Festnahme in Kurdistan folgenden Tathergang: Er und Susanna F. seien sich in der Stadt begegnet, dann seien sie zu einem älteren Freund gegangen. Sie hätten dort getrunken, gekifft und Tabletten genommen. Der 35-jährige Kurde aus der Türkei stand zwischenzeitlich unter Tatverdacht, er ist aber wieder frei.

Susanna und er seien weitergezogen, habe Ali erzählt. Nach wenigen Minuten, in der Nähe von Büschen und Bäumen, habe er das Mädchen gefragt, ob es abseits der Straße Sex mit ihm haben wolle. Laut Tarek Ahmed, dem Polizeichef von Dohuk, sagte Ali aus: »Sie wollte zuerst nicht. Ich habe sie dann mehrmals gefragt, und nachdem ich sie drängte, hat sie Ja gesagt.«

Ali B. habe das nicht für eine Vergewaltigung gehalten.

Danach seien beide zurück zur Straße, berichtet Polizeichef Ahmed: »Er sagte, sie sei dann ohne Grund hingefallen, habe am Kopf geblutet und ihn dafür verantwortlich gemacht. Sie habe gesagt, dass sie das der Polizei melden werde.« Da habe Ali B. laut eigener Auskunft Angst bekommen. Er habe gesagt: »Deswegen habe ich sie erwürgt und ihre Leiche versteckt.« Die Schilderung des irakischen Polizisten stimmt mit dem überein, was Ali nach seiner Überführung in Deutschland bei der Staatsanwaltschaft aussagte. Ein Anwalt war bei diesem Geständnis nicht dabei, weil der junge Kurde auf den Beistand verzichtet hatte.

Die Wiesbadener Ermittler gehen davon aus, dass Ali das Mädchen zum Geschlechtsverkehr gezwungen hat.

Nachdem Susanna nicht nach Hause gekommen war, rief ihre Mutter sie auf dem Handy an. Niemand nahm den Anruf entgegen. Stattdessen kam eine Textnachricht zurück: »Ich komm nicht nach Hause. Ich bin mit mein Freund in Paris. Such mich nicht. Im komm nach 2 oder 3 Wochen«. Wer hat diese Nachricht geschrieben? Dass Ali, der kaum Deutsch konnte und nur bis zur fünften Klasse die Grundschule besucht hatte, sie selbst verfasst hat, bezweifeln Freunde. Vielleicht hatte er Mitwisser in der Familie.

Einige Tage später meldete sich eine Freundin von Susanna bei der Mutter und

gab dieser den Hinweis, die Tochter liege tot neben den Bahngleisen. Am 3. Juni sagte ein 13-jähriger Flüchtling bei der Polizei, wo Susannas Leiche zu finden sei und wer sie umgebracht habe. Doch es dauerte weitere drei Tage, bis die Polizei den Platz fand, wo ihr Körper abgelegt war, bedeckt mit Zweigen und Blättern.

Am Fundort in der Wiesbadener Gemarkung Am Kalkofen haben Freunde und Unbekannte Grablichter und Blumen abgelegt, dazu Briefe, die der Regen unleserlich gemacht hat. Auf ein Leintuch am Metallzaun daneben sind weitere Botschaften gekritzelt. »Ruhe in Frieden, kleiner Engel«, aber auch: »Opfer der Toleranz«.

Hat der deutsche Staat im Fall Susanna Fehler gemacht? Gab es Bereiche, in denen er gar versagt hat? Vieles deutet auf Versäumnisse hin, aber die sind unterschiedlicher Art. Der Umgang der Polizei mit dem Vermisstenfall, die schleppenden Ermittlungen werfen Fragen auf. Aber bisher offenbart der Fall vor allem, wie schwer sich der deutsche Staat im Umgang mit Asylverfahren tut. Es ist nicht so, dass in diesem Verfahren bislang skandalöse Fehler offenbar geworden wären. Das Problem ist vielmehr, dass ein solch zäher, quälend langsamer Ablauf des Verfahrens üblich geworden ist.

Ungewöhnlich waren allerdings die Umstände der Ausreise der Familie B.: Sie konnte fast zwei Wochen nach der Tat mit Ali unbehelligt die Bundesrepublik verlassen, mit einem sogenannten Laissez-passer-Dokument des irakischen Generalkonsulats. Dieses erklärt hierzu: »Es ist Sache der Bundespolizei zu klären, wie die Ausreise zustande gekommen ist.«

Die Familie flog am 2. Juni von Düsseldorf nach Istanbul, danach weiter nach Arbil. Die One-Way-Tickets kosteten 667 Euro pro Person, plus Umbuchungsgebühren, weil eigentlich ein früherer Flug geplant war. Insgesamt bezahlte Familie B. mehr als 8000 Euro für acht Familienmitglieder. Am 8. Juni stürmten irakische Polizisten das Haus des Onkels von Ali B. und nahmen ihn fest. Ali schlief im Innenhof unter einem Rosenstrauch. Er habe sich nicht gerührt, berichten Augenzeugen. Seine Mutter habe dagegen geschrien und getobt. »Wenn ich gewusst hätte, dass das passiert, wäre ich nicht nach Sachu zurück«, habe sie gerufen.

**Der Fall ist auch in Kurdistan** ein Politikum, über die sozialen Medien wissen die Menschen, was passiert ist, viele haben Verwandte in Deutschland, der autonomen kurdischen Regierung sind die Beziehungen zur Bundesrepublik wichtig.

Die Familie B. hat sich in einem Motel in Dohuk eingemietet. In einem dunklen Zimmer sitzen die Eltern von Ali B., zwei Brüder und die jüngste Schwester auf dem



FOTOS: YOUNES MOHAMMAD / DER SPIEGEL

Sofa, zwischen ihnen ein Tisch mit leeren Teegläsern, Zigaretten und einem Aschenbecher. »Ich weiß nicht, was ich machen soll. Wir sind in Kurdistan, und Ali ist allein in Deutschland«, sagt die Mutter. Sie trägt ein besticktes Kleid, ein Haargummi hält ihre blond gefärbten Haare zusammen. Ihr laufen die Tränen über die Wangen. Auch Ali B.s Vater weint, ein ausgezehrer 61-Jähriger, den man für 90 halten könnte.

Familie B. stammt aus Sachu, einer Stadt mit 350 000 Einwohnern in Kurdistan. Die Region gehört zu den sichersten im Irak, der Handel ist ein wichtiger Wirtschaftszweig. Viele Menschen leben davon, dass sie Möbel, Lebensmittel oder gefälschte Markenkleider aus der Türkei importieren, um sie weiterzuverkaufen. Doch Familie B. war arm. Der Vater arbeitete im Zollamt am Grenzübergang und hatte einen Zweitjob als Nachtwächter für die Goldschmuckhändler auf dem Markt.

Nachts schlief er in der überdachten Marktgasse, wo sich die Läden aneinanderreihen, mit der Pistole in der Hand. Immer wenn der Vater nicht konnte, musste Ali B. einspringen. »Wir fanden das nicht gut, dass ein kleiner Junge auf unseren Schmuck aufpasst, aber so war es«, erzählt einer der Schmuckhändler vor Ort. In Sachu werden die Männer Händler, Wachmänner oder Bauarbeiter. Wozu in der Schule bleiben, anstatt Geld zu verdienen? »Der Vater sagte immer, dass er auswandern wolle«, erzählen die Goldhändler.

Die Eltern starteten am 5. Oktober 2015 mit ihren acht Kindern aus dem Nordirak in Richtung Deutschland, Vater Hashim, Mutter Kalida, Ali B. und sieben Geschwister: mit dem Bus in die Türkei, dann drei Tage bis zur Ägäis, im Boot nach Griechenland. Schließlich über die Serbienroute

nach Deutschland, so wie Hunderttausende andere. Elf Tage seien sie unterwegs gewesen, berichteten sie später den deutschen Behörden, 13 000 Dollar hätten sie für die Reise an Schlepper bezahlt. Um das Geld zusammenzubekommen, habe die Familie den kompletten Hausrat verkauft.

Familie B. floh nicht vor Krieg und politischer Verfolgung, sondern in ein besseres Leben. Doch wer genau kam und aus welchen Motiven, das überprüfte im Herbst 2015 kaum jemand. An manchen Tagen überquerten damals Tausende die deutsche Staatsgrenze. Ob den Menschen Schutz zusteht, wird erst im Asylverfahren geklärt, oft Monate oder sogar Jahre später.

Die ersten Monate verbrachte die Familie im Erstaufnahmelaager Gießen, im April 2016 wurde sie nach Wiesbaden verlegt. Ali kam mit seinen Eltern und fünf seiner Geschwister in den Stadtteil Erbenheim. Die Unterkunft, ein viergeschossiger weiß getünchter Zweckbau, liegt nicht weit entfernt von der eingleisigen Bahnstrecke, an der später Susannas Leiche gefunden wird.

Am 27. September 2016, fast ein Jahr nach ihrer Ankunft, stellte die Familie B. beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) einen Antrag auf Asyl. Die Behörde war in dieser Zeit überlastet, sie kam mit den Anträgen nicht nach. Am 24. Oktober fuhren Ali und seine Eltern ins Bamf-Anhörungszentrum in Offenbach.

Dort erzählten sie, dass sie keine irakischen Ausreisepapiere mehr besäßen. Der Schleuser habe sie auf der Bootsfahrt nach Griechenland ins Meer geworfen. Tatsächlich besäßen die B.s noch ihre Ausweise. Denn die legten sie gut eineinhalb Jahre später dem Generalkonsulat in Frankfurt am Main vor, als sie für ihre hektische Ausreise die Laissez-passer-Papiere brauchten.





**Dokumente der ausgereisten Familie,  
Trauerbekundungen für die getötete  
Susanna, Ort der Festnahme im Irak**  
»Nicht geeignet für die Rückkehr«

Von Ali sind in den Akten einige Sätze zu seinem Gastland überliefert. »Wir sind nach Deutschland gekommen, weil man uns hier mit offenen Armen empfangen hat«, sagte er bei der Anhörung. »Andere Länder haben das nicht gemacht.« Die Familie fühle sich »sehr wohl und sicher«.

Die Mutter erzählte auf dem Amt in Offenbach: Sie habe als Automechanikerin im Betrieb ihres Vaters gearbeitet. Ihr Mann sei Landwirt, er habe im Irak für die PKK als Träger arbeiten müssen, bis er Probleme mit dem Rücken und den Augen bekommen habe. Nun habe sie Angst, dass die PKK ihre Kinder in ihre Dienste zwingen könne.

**Die Entscheider im Bamf** waren von den wenig detaillierten Aussagen nicht überzeugt. Die Asylanträge von Ali, seinen Eltern und sechs seiner Geschwister wurden Ende Dezember 2016 abgelehnt. Nur einer weiteren Schwester wurde ein subsidiärer Schutz gewährt. Diese hatte geschludert, sie sei von ihrem Ehemann im Irak misshandelt und mit Todesdrohungen überzogen worden.

Deutschland verlassen musste die Familie B. trotz der abgelehnten Anträge nicht. Laut Eintrag im Ausländerzentralregister durfte Ali B. in Deutschland bleiben. Die Familie war zu einem Wiesbadener Rechtsanwalt gegangen, der dann Klage einreichte, am 9. Januar 2017 beim Verwaltungsgericht Wiesbaden. Dazu schrieb er: »Eine weitere Begründung folgt.«

Doch es folgte nichts, ein Jahr und fünf Monate nicht, bis zum heutigen Tag. Er habe nie eine Begründung abgeschickt, sagt der Anwalt, der seinen Namen nicht gedruckt sehen will. »Die Eltern sind nie gekommen, um über weitere Fluchtgründe zu sprechen«, sagt er. Und das



Verwaltungsgericht habe ihn nie aufgefordert, die Klage zu erläutern. Also blieb das Verfahren liegen und Familie B. in Deutschland.

Das bestätigt die Wiesbadener Verwaltungsrichterin, in deren Büro die Klage von Ali B. seit April 2017 wartet. Das Gesetz sehe vor, dass der Anwalt von sich aus innerhalb eines Monats nach Ausstellung der Ablehnung eine Klagebegründung einreichen müsse, sagt sie. Und wenn er es nicht macht? Dann passiere im Moment leider gar nichts, gibt die Richterin zu. Man komme mit der großen Menge von Asylverfahren kaum noch nach. Im Verwaltungsgericht Wiesbaden stapelten sich derzeit rund 5900 unbearbeitete Fälle, viele davon aus dem Jahr 2016.

Dass das Verfahren anderthalb Jahre lang liegen blieb, ist nicht ungewöhnlich. »Das ist ein riesiger Berg«, sagt der Präsident des Verwaltungsgerichts Stuttgart, Malte Graßhof. Noch heute landeten mehr Fälle auf den Tischen der Richter, als diese abarbeiten könnten. Dass die Wiesbadener Richterin den Anwalt von Ali B. nicht anhielt, seine Klage zu begründen, wie es das Asylgesetz eigentlich vorsieht, änderte vielleicht nicht einmal etwas – womöglich wäre es ohnehin nicht schneller vorangegangen.

Beim Alter und beim Namen von Ali B. gab es kleinere Ungereimtheiten, er ist vermutlich schon 21 Jahre alt und nicht 20, was bedeutet, dass er vor Gericht als Erwachsener behandelt wird. Aber die Staatsanwaltschaft geht nicht davon aus, dass er gezielt sein Alter oder seine Identität verschleiern wollte.

In der Wiesbadener Unterkunft belegten die B.s vier Zimmer im Erdgeschoss. Sie hätten diesen Flur als ihr Eigentum betrachtet, beklagen andere Bewohner. Es

habe Streit gegeben, weil die Familie sehr dominant aufgetreten sei, vor allem die Mutter, aber auch Ali und seine Brüder. Der Vater sei schwer krank gewesen, zuletzt halbseitig gelähmt.

Und Ali B.? In der Erbenheimer Flüchtlingsunterkunft war der junge Mann nicht beliebt. Zunächst sei er zurückgezogen gewesen, dann aber immer forscher und überheblicher aufgetreten. Er habe Geld mit Drogenhandel verdient, junge Mädchen angesprochen, mit teuren Markenklamotten angegeben, so berichten es andere Asylsuchende, die ihn kannten.

**Bei der Wiesbadener Polizei** fiel er mehrfach auf. Im April 2017 gab es eine Schlägerei zwischen zwei Gruppen, doch es war nicht klar, welche Rolle er dabei spielte. Im März 2018 rempelte er in der Innenstadt eine Stadtpolizistin an, spuckte und schlug um sich. Er wurde über Nacht festgehalten. Im April sollen er und ein Mittäter einen Mann mit dem Messer bedroht haben, um ihm sein Handy abzunehmen. Das Verfahren läuft noch.

Und dann ist da noch die Geschichte jenes elfjährigen Mädchens, das sagte, ein »Ali« habe sie im März in der Erbenheimer Asylbewerberunterkunft vergewaltigt. So erzählte es das Mädchen seiner Schwester. Die Polizei erfuhr erst am 17. Mai davon, wenige Tage vor Susannas Tod. Doch das Mädchen hat bislang bei der Polizei keine Aussage gemacht.

Alis Schwester Huzan sagt, dass Ali eine Freundin aus Russland hatte, die auch in der Unterkunft wohnte und bei ihm übernachten durfte. Die Mutter des Mädchens habe von der Verbindung gewusst. Und was war sonst auffällig? Huzan sagt, sie habe auf Alis linkem Unterarm blutige Striche gesehen, als habe sich dieser selbst ver-

**Fahnder** Dieter Romann, Präsident der Bundespolizei, holte den mutmaßlichen Mörder Ali B. aus dem Irak nach Deutschland zurück – in einer spektakulären Aktion. War das rechtens?

## Der Chef macht's selbst

● Der Anruf des Bundespolizeichefs erreichte Horst Seehofer auf der Innenministerkonferenz im sachsen-anhaltischen Quedlinburg. Seehofer stellte sein Handy laut. Seine Länderkollegen sollten live hören, was Dieter Romann am Freitag vergangener Woche zu berichten hatte: Kurdische Sicherheitskräfte, erzählte Romann, hätten Ali B., den mutmaßlichen Mörder der 14-jährigen Susanna F., im Irak festgenommen. CSU-Mann Seehofer verkündete das stolz auf der Abschlusspressekonferenz.

Romann plante da schon seinen nächsten Scoop. Tags darauf reiste er in die Kurdenprovinz, um den Verdächtigen persönlich abzuholen, mit einer Handvoll Kämpfer der Spezialeinheit GSG-9, unbewaffnet, in T-Shirts und kurzen Hosen. Außerdem nahm der Polizeichef drei bewaffnete Sky Marshalls mit, die zur Sicherheit der Passagiere in Flugzeugen mitreisen.

Für viele Deutsche ist Dieter Romann seit dem vergangenen Wochenende ein Held, ein zupackender Spitzenbeamter, der gezeigt hat, wie entschlossen deutsche Ermittlungsbehörden handeln können. Im Innenausschuss des Bundestags wurde der »Rominator« (»Bild«-Zeitung) am Mittwoch mit Beifall empfangen. Romann habe mit seiner Aktion das Vertrauen in den Rechtsstaat wiederhergestellt, hieß es.

Es gibt aber auch Kritik. Denn die hemdsärmelige Aktion des Polizeichefs fand in einer rechtlichen Grauzone statt. Ein Auslieferungsersuchen, wie zwischen zwei souveränen Staaten üblich, kann viele Monate dauern. Das wollte Romann offenbar nicht abwarten. Die irakische Zentralregierung in Bagdad kritisierte die Mission Romanns inzwischen als »Rechtsverstoß«. Ein Anwalt aus Karlsruhe erstattete wegen des Verdachts der Freiheitsberaubung eine Strafanzeige gegen ihn.

Auch für Seehofers Pressestelle ging die Romann-Aktion offenbar zu schnell. Erst teilte seine Sprecherin mit, weder Seehofer noch das Ministerium seien vorab informiert worden. Auch habe kein Bundespolizist die

Lufthansa-Maschine im Irak verlassen. Beides stimmte nicht.

Romanns Mission begann mit einem Anruf bei einem alten Bekannten: Dilshad Barzani, Vertreter der kurdischen Regionalregierung für Deutschland. Sein Bruder Masoud war von 2005 bis 2017 Präsident der Kurdenregion. Romann gab Barzani die Personalien des in Deutschland gesuchten Ali B. durch, der gemeinsam mit Familienangehörigen nach dem mutmaßlichen Mord an Susanna F. aus Deutschland ausgereist war. Das war heikel, weil die deutsche Polizei zwar schon nach Ali B. per Haftbefehl suchte, es aber noch keine internationale Fahndung gab. Keine 24 Stunden später nahmen kurdische Sicherheitskräfte den 21-Jährigen in dessen Heimatort Sachu fest.

Danach sprach Romann mehrmals mit Dilshad Barzani. Der soll gefragt haben:

»Holst du ihn selber ab?«, was der Bundespolizeichef als Aufforderung verstanden habe. Romann sagte zu.

Seehofer informierte er zunächst nicht, aber allein wollte Romann dann auch nicht handeln. Er informierte die für die Bundespolizei zuständige Abteilung B im Innenministerium und flog dann mit zwei Leuten aus seinem Stab und dem Spezialkommando am Samstag von Frankfurt am Main mit einer Linienmaschine der Lufthansa nach Arbil.

In einer Regierungslounge auf dem Flughafen der Provinzhauptstadt traf der deutsche Polizeichef seinen Bekannten Barzani und den Innenminister der Kurdenregion. Das Treffen dauerte 40 Minuten. Es gab Tee und Obst, Romann bedankte sich und versprach, dass Ali B. nach 20 bis 30 Jahren wieder wohlbehalten nach Kurdistan zurückkomme. Der Innenminister hob die Hände, als Zeichen für »bloß nicht«.

Bevor die Maschine zurück nach Deutschland flog, rief Romann Seehofer an. Der ließ sich dem Vernehmen nach versichern, dass alles rechtmäßig ablaufe. Danach hätte er keine Einwände mehr gehabt.

Kurz danach meldete sich Sicherheitsstaatssekretär Hans-Georg Engelke bei Romann.

»Was macht ihr da?«, soll Engelke den Bundespolizeichef gefragt haben. »Und auf welcher Rechtsgrundlage?« Romann verwies in dem Gespräch auf einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts im Fall des ehemaligen KZ-Aufsehers John Demjanjuk, der im Jahr 2009 aus den USA nach Deutschland abgeschoben wurde.

Glücklich sei man im Innenministerium nicht über Romanns Hauruckaktion, heißt es. Aber ausbremsen wollte man ihn auch nicht.

Die Verantwortlichen einigten sich auf die Lesart, die Kurdenregierung im Nordirak würde Ali B. nicht nach Deutschland ausliefern, sondern abschieben.

Das Auswärtige Amt erfuhr über den Residenten des Bundesnachrichtendienstes in Arbil von der Operation. Dem Geheimdienstler war die Sache offenbar merkwürdig vorgekommen. Auch die Diplomaten im Auswärtigen Amt waren nicht begeistert. Sie glauben, dass die Regierung in Bagdad einem Auslieferungsersuchen ein paar Wochen später ohne Probleme zugestimmt hätte.

Später meldete auch ein Beamter aus der Strafrechtsabteilung des Justizministeriums Bedenken an. In einer Mail ans Innenministeri-



**Polizeichef Romann:** Das Leben gerettet?



um und ans Auswärtige Amt bezog er sich ebenso auf den Fall Demjanjuk. Das Bundesverfassungsgericht hatte damals festgestellt, die Abschiebung des ehemaligen KZ-Wärters nach Deutschland sei nicht zu beanstanden. Die Begründung des Gerichts: Die US-Behörden hätten alle entscheidenden Schritte übernommen und zu verantworten, die Deutschen hätten den Gesuchten nur in Empfang genommen – auf der Basis eines Haftbefehls. Ein förmliches Auslieferungsverfahren gab es nicht.

Wenn deutsche Stellen im Fall von Ali B. weitergehende Maßnahmen ergriffen hätten als damals im Fall Demjanjuk, dann könnte die Justiz das Tun von Romann anders bewerten, warnte der Fachmann aus dem Justizministerium.

Droht womöglich das Scheitern eines Prozesses gegen Ali B.? Es ist durchaus üblich, Auslieferungsverfahren zu vermeiden und Verdächtige auf anderem Weg nach Deutschland zu holen. »Diese Praxis gibt es öfters«, sagt der Göttinger Professor für Internationales Strafrecht Kai Ambos. Häufig gehe es dabei um IS-Kämpfer. Wer ein Auslieferungsverfahren umgehe, verstoße zwar gegen Völkerrecht, sagt Ambos. Das könne, müsse aber nicht zu Problemen im Strafverfahren führen. »Als Verteidiger würde ich das vorbringen«, sagt Ambos, »aber diese Vorschriften sind nicht grundsätzlich individual-schützend.« Soll heißen: Über diese Rechtsverletzung kann sich zwar der irakische Staat beschweren, Ali B. selbst würde damit wohl keinen Erfolg haben.

Dieter Romann betonte im Innenausschuss: Kein Bundespolizist habe den Iraker im »Ausland oder im Luftfahrzeug der Freiheit« beraubt. Die Festnahme sei erst auf deutschem Boden erfolgt. Da ihm im Irak die Todesstrafe gedroht habe, »haben wir Ali B. das Leben gerettet«, behauptete der Bundespolizeichef. Ganz so einfach ist es nicht. Denn dazu müsste Deutschland der irakischen Justiz Beweise zur Verfügung stellen. Für einen Prozess, in dem die Todesstrafe droht, ist das kaum denkbar.

Am Samstagnachmittag hob die Maschine mit der Flugnummer LH 697 in Arbil ab. Ali B. saß zwischen den GSG-9-Beamten. Er trug keine Handschellen.

Melanie Amann, Jürgen Dahlkamp, Hubert Gude, Dietmar Hipp, Christoph Schult, Wolf Wiedmann-Schmidt

letzt. Er sei im vergangenen Jahr auch immer »so traurig« gewesen.

Von den Kindern fiel es offenbar nicht nur Ali schwer, in Deutschland zurechtzukommen. Der Bruder Shaban flog nach einer Schlägerei von der Schule, der Verlobte einer Schwester sitzt im Gefängnis.

Wer länger mit den B.s spricht, ahnt, was schon vor dem Mord in der Familie falsch lief. Die Söhne mussten Kritik ihrer Eltern offenbar nicht fürchten. Shaban schildert mit Stolz in der Stimme, wie ihn die Schule rauswarf. Die Mutter zündet sich dazu kommentarlos eine Zigarette an, der Vater schweigt. »Ich habe mich schon immer um die Familie kümmern müssen, auch in Kurdistan«, sagt Huzan, die gut Deutsch spricht. Erst vor Kurzem habe sie einen Job als Altenpflegerin in Deutschland angefangen, doch nach zwei Wochen sei es schwierig geworden, weil sie häufiger zu spät gekommen sei.

»Ich mache immer das Beste für die Familie«, sagt Huzan. »Ali ist mein Leben«, sagt die Mutter. Die beiden Frauen verteidigen den Sohn, den Bruder, der in Deutschland im Gefängnis sitzt. Dass er wahrscheinlich eine Vergewaltigung und einen Mord begangen hat, wollen sie nicht glauben, sie sprechen die Wörter nicht aus. Stattdessen sagen sie: »Vielleicht hat Ali Scheiße gebaut.«

Die Schuld suchen sie bei anderen. »Wir müssen fragen, wer hat ihm Drogen gegeben?«, sagt Huzan. »Wir müssen fragen, wie kann es sein, dass eine 14-Jährige bei einem 35-jährigen Türken Alkohol trinkt und Drogen nimmt? Wo sind die Eltern?«

Ob Ali aus seiner Familie oder aus seiner Heimat ein bestimmtes Frauenbild mit nach Deutschland brachte und ob dies bei der Tat eine Rolle spielte, werden wohl die Ermittlungen zeigen. Ihr Bruder habe nicht an die Liebe geglaubt, erzählt Huzan, die Schwester. »Aber dann lag er in seinem Zimmer und heulte, weil ihm irgendjemand erzählt hat, dass seine Freundin mit einem anderen Jungen in den Bus eingestiegen ist.« Wieso das? »Ja, typisch Flüchtling oder Ausländer halt«, sagt Huzan. »Die sind eifersüchtiger als Deutsche und wollen, dass das Mädchen nichts mit einem anderen Jungen macht.«

Über das Thema Frauen tauschte sich Ali, den in der Heimat alle als schüchtern beschreiben, mit seinem ein Jahr älteren Cousin Ahmed, 22, aus. Ali habe immer gesagt: »Es gibt keine wahre Liebe, das ist alles Lüge«, erinnert sich sein Cousin. »Ich weiß nicht, warum er so dachte. Er hat in Sachu nie eine Freundin gehabt.«

Dem Cousin erzählte Ali von seinen Träumen. »Er sagte, er wolle ein eigenes Restaurant aufmachen.« Doch konkrete Pläne dazu gab es in der Familie offenbar nicht. »Sie erzählten, dass es ihnen gut gehe in Deutschland«, sagt Ahmed. »Man

würde sich um sie kümmern, sie müssten nicht hart arbeiten. Sie würden essen, lernen und ein Gehalt vom Staat bekommen.«

Den Verwandten und den Freunden in Kurdistan haben die B.s nach ihrer Rückkehr erzählt, sie würden für ein halbes Jahr Urlaub in der Heimat machen, damit sich der Vater erhole.

In zwei bis drei Monaten sei er wieder da, er sei derzeit auf Urlaub im Irak, »wegen der Klamotten«, sagte Alis kleiner Bruder Hadzi diese Woche in einem offenen Videochat mit einem Kumpel aus Wiesbaden. Er sagte auch einen Satz zu dem getöteten Mädchen: »Ja, wallah, richtig traurig wegen Susanna, ich hab so viel geweint.« Und als ihn jemand nach dem Bruder fragte, antwortete er: »Warum sollte ich meinen Bruder hassen?«

Nur langsam wird der Familie bewusst, dass sie so bald nicht nach Deutschland zurückkehren wird. Mit ihrer Ausreise dürfte es ihnen schwerfallen, die Klagen gegen die Asylbescheide beim Verwaltungsgericht weiterzubetreiben. Es besteht zwar keine Wiedereinreisesperre, eine solche wird üblicherweise bei Abschiebungen vermerkt. Doch da sie überstürzt ausreisten, bekamen die B.s keine Heimkehrprämie. Die Sozialleistungen hat die Stadt Wiesbaden eingefroren.

Huzan zeigt den Laissez-passer-Ausweis des irakischen Konsulats. »Da steht drin, dass er sechs Monate gültig ist«, sagt die Schwester. Vorn auf dem Dokument steht allerdings »One Way« und auf Arabisch »Nicht geeignet für die Rückkehr«. Huzan spricht ein bisschen Englisch, die Mutter Arabisch, die Söhne können kein Englisch und Arabisch lesen.

»Was heißt denn One Way?«, fragt Shaban, der 17-jährige Bruder, der von der Schule geflogen ist. »Sie hat uns angelogen!«, sagt Shaker, der hoffte, in Deutschland auf dem Bau arbeiten zu können. Die Mutter hatte ihren Kindern offenbar vermittelt, der Ortswechsel sei nur vorübergehend. Nun versinkt Shaker in den Polstern und rührt sich nicht mehr. »Ich habe jetzt erst verstanden, dass wir nicht zurückkönnen.« Er steht auf und geht ins Nebenzimmer. Später hört man ihn ins Handy rufen: »Und wenn ich zurückschwimme!«

Hussein Ahmad, Laura Backes, Matthias Bartsch, Maik Baumgärtner, Jürgen Dahlkamp, Jörg Diehl, Jan Friedmann, Dietmar Hipp, Andrew Moussa, Raniah Salloum, Jean-Pierre Ziegler

Video  
**Wie Ali B. in  
Deutschland lebte**

[spiegel.de/sp252018susanna](https://spiegel.de/sp252018susanna)  
oder in der App DER SPIEGEL



# Hass in der Stadt

**Verbrechen** Seitdem ein Flüchtling unter Verdacht steht, die 15-jährige Mia erstochen zu haben, ist die Kleinstadt Kandel zu einem Wallfahrtsort rechter Demonstranten geworden.

**D**ie Leiche der 14-jährigen Susanna F. aus Mainz lag noch unentdeckt neben einem Bahngleis in Wiesbaden-Erbenheim, als anderthalb Autostunden weiter südlich Demonstranten auf die Straße gingen. Auch in Kandel, einer kleinen Stadt am Südwestrand der Republik, ging es um den Tod eines Mädchens, zumindest vordergründig. Hier hatte ein »Frauenbündnis« bereits zum achten Mal in diesem Jahr zu einer »Großdemo« auf dem Marktplatz geladen.

Ungefähr 160 Männer und Frauen versammelten sich, es gab Deutschlandfahnen und »Stoppt den Moscheenbau«-Plakate, die Demonstranten riefen »Widerstand!«, »Schande!« und »Merkel muss weg!«. Dann kam eine kleine dunkelhaarige Frau auf die Bühne. Sie sagte, dass sie anders als fast alle Demonstranten in Kandel wohne, und bat um Gehör. »Zwei Minuten« werde man ihr geben, entschied der Versammlungsleiter, dann werde »der Strom abgeschaltet«.

Die 66-Jährige legte energisch los. »Was wollt ihr von uns? Was haben wir euch getan?«, rief sie wütend ins Mikrofon. »Ihr treibt euch hier in Kandel rum und terrorisiert uns!« Sie verlange »Respekt vor unserer Stadt und vor unseren Bürgern«.

Die Frau musste immer lauter schreien, um gegen die anschwellenden Sprechchöre auf dem Platz durchzudringen. »Judas, Ju-

das!«, brüllten ihr Demonstranten entgegen. »Auf Wiedersehen!«, grölten andere. Schließlich wurde sie unter Gejohle von der Bühne komplimentiert.

An jenem Samstag vor zwei Wochen wusste noch niemand auf dem Kanderer Marktplatz von dem gewaltsamen Tod der Susanna F. aus Mainz. Aber es ging um einen ähnlichen Fall: den Tod der 15-jährigen Mia V., einer Schülerin aus Kandel. Sie war Ende 2017 von ihrem Ex-Freund »bestialisch umgebracht« worden, wie ein Redner über den Platz rief.

Dieser Ex-Freund war als Asylbewerber ins Land gekommen, wie der mutmaßliche Mörder von Susanna. Und wie der Afghane Hussein K., der Ende 2016 eine Studentin in Freiburg vergewaltigte und absichtlich ertrinken ließ.

Seit Mias Tod ist der Ortsname Kandel zu einem Kampfbegriff im Streit um die Asylpolitik in Deutschland geworden. Er fällt oft zusammen mit Freiburg und künftig wohl auch mit Wiesbaden oder Mainz. Was in Kandel gerade passiert, kann ein Warnsignal dafür sein, wie der Streit um die richtige Flüchtlingspolitik die Gesellschaft spaltet und verroht.

Die südpfälzische Kleinstadt an der Grenze zu Frankreich ist seit Monaten ein Wallfahrtsort für Asyl- und Merkel-Geg-

ner, Anhänger von AfD und Pegida, für Identitäre, NPD-Leute und andere Rechtsextremisten, aber auch für Gegendemonstranten, Verteidiger einer liberalen Asylpolitik, Linke und Antifa-Aktivisten. Im März zogen an einem Samstag mehr als 4500 Demonstranten durch die Straßen des 9000-Einwohner-Ortes. Es gab bis zu vier verschiedene Demonstrationzüge an einem Tag, oft mühsam getrennt von etlichen Polizeieinheiten.

Teilnehmer, die der Merkel-Regierung die Schuld an Mias Tod geben, lieferten sich Rangeleien und hitzige Wortgefechte mit Linken, die für offene Grenzen streiten.

»Viele Bürger haben inzwischen das Gefühl, dass ihnen die Stadt nicht mehr gehört«, sagt Volker Poß, 57, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kandel. An den Samstagen, an denen Demonstrationen oder Protestzüge angekündigt seien, sei

die Innenstadt meist schon Stunden zuvor leer, auch wenn sich nur 150 oder 200 Leute angekündigt hätten.

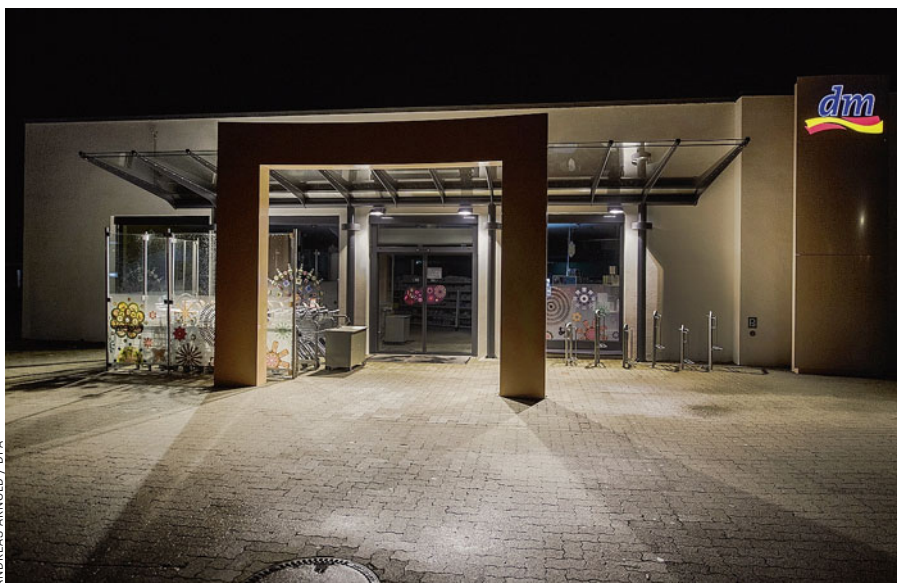
»In Berlin würde eine Veranstaltung mit dieser Teilnehmer-

zahl so gut wie gar nicht auffallen«, sagt Poß. Aber in einer kleinen Stadt wie Kandel sei die Wirkung enorm. Ladeninhaber schlossen ihre Geschäfte zu, Hochzeitsfeiern seien abgesagt worden, Anwohner trauten sich nicht mehr auf die Straße: »Manche haben richtig Angst, weil unter den Demonstranten zum Teil aggressive und gewaltbereite Leute sind«, sagt Poß.

Unmittelbar nach Mias Tod hatte der Bürgermeister dazu aufgerufen, besonnen zu reagieren und Asylbewerber bitte nicht unter Generalverdacht zu stellen. Er hatte darauf hingewiesen, dass man in Kandel immer sehr friedlich mit Flüchtlingen zusammengelebt habe und stolz darauf sein könne, dass die Integration in der Stadt bisher gut funktioniert habe. Seitdem rufen die Demonstranten mindestens so häufig »Poß muss weg!« wie »Merkel muss weg!« auf dem Kanderer Marktplatz.

Manchmal rufen sie aber auch »Hurensohn!« oder »Kuppler!«, wenn sie den Bürgermeister zufällig in der Nähe des Demonstrationsortes entdecken. Sie werfen ihm vor, sich für eine Begegnungsstätte in der Stadt eingesetzt zu haben, in der sich Asylsuchende und ehrenamtliche Betreuer treffen können.

Damit habe Poß Kontakte gefördert, die den mutmaßlichen Mord an Mia erst möglich gemacht hätten, behauptet eine weißhaarige Demonstrantin aus dem württembergischen Öhringen. Sie verteilt einen Stapel Papiere, aus denen hervorgehen soll, dass der tödliche Brandanschlag auf eine türkische Familie in Solingen vor 25 Jahren in Wahrheit doch nicht von deutschen Rechtsextremen verübt worden sei,



ANDREAS ARNOLD / DPA

**Tatort Drogeriemarkt im rheinland-pfälzischen Kandel:** Übersteigerte Eifersucht und Rache





»Frauenbündnis«-Demonstration auf dem Kandler Marktplatz: »Angst, Schmerz, Pein und Tod«

wie immer behauptet werde. Alles nur eine große Verschwörung von Politik, Medien und Justiz.

»Und hat der Nafri Samenstau, dann gönn ihm doch 'ne deutsche Frau!«, hetzt kurze Zeit später ein Mann, der als Robert angekündigt worden ist, der erste Hauptredner der »Frauenbündnis«-Kundgebung an diesem Junisamstag. »Nafri«, also junge Männer aus Nordafrika, und andere männliche Asylsuchende bezeichnet er als »Seuche« oder als »Geschwür«, das »Angst, Schmerz, Pein und Tod« hinterlasse.

»Für Mia«, hat das »Frauenbündnis Kandel« auf seinen Demonstrationsaufruf geschrieben. Doch um das getötete Mädchen sei es den meisten Demonstranten nie gegangen, sagt Arne Dembek, evangelischer Pfarrer in Kandel. Das Mädchen gehörte zu seiner Konfirmandengruppe: »Ein wunderbarer Mensch«, sagt er über sie.

Der Pfarrer macht sich Sorgen um seine Stadt, die eigentlich schon genug zu tun habe, ihre Trauer um das Mädchen zu bewältigen. Die Bewohner fühlten sich missbraucht für eine politische Botschaft, die nur sehr wenige in der Stadt in dieser radikalen Form teilten. »Wir haben den Eindruck, unsere Stadt wird gekidnappt«, sagt

Dembek. Keiner dieser Demonstranten mache sich offenbar Gedanken darüber, wie es den Eltern des toten Mädchens gehe, wenn Mias Name als Transportmittel populistischer Parolen über den Marktplatz gebrüllt werde, klagt ein Bekannter der Familie.

Was im vergangenen Jahr in Kandel wirklich passiert ist, wird vom kommenden Montag an detailliert aufgearbeitet, vor dem Landgericht in Landau. Dort beginnt der Prozess gegen Abdul D., den Ex-Freund von Mia, der das Mädchen am 27. Dezember mit einem Küchenmesser in einem Drogeriemarkt erstochen haben soll. Mindestens siebenmal habe der Täter zugestochen, heißt es in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft, ein Stich traf tödlich »im Bereich des Herzens«.

Es ist kein sympathisches Bild, das die Ermittler von dem Angeklagten zeichnen. Schon bei seiner Ankunft in Deutschland im April 2016 habe der Afghane die Behörden offensichtlich belogen, indem er als Geburtsjahr 2002 angegeben habe.

Als vermeintlich 14-jähriger Flüchtling ohne Eltern musste er nicht in eine enge Gemeinschaftsunterkunft ziehen. Er kam, deutlich besser betreut, in einer Jugendeinrichtung im rheinland-pfälzischen Land-

kreis Germersheim unter, die sich auf unbegleitete Minderjährige spezialisiert hat. Das Jugendamt des Kreises schickte ihn auf eine Schule nach Kandel. Dort lernte er Mia kennen, die sich offenbar in ihn verliebte. Sie wurden ein Paar.

Gut möglich, dass Abdul D. sich damals ziemlich rosige Vorstellungen über seine Zukunft in Deutschland machte: Schulausbildung, Freundin, betreute Unterbringung, er hatte einen guten Start. Sein Asylantrag wurde Anfang 2017 abgelehnt, aber eine Duldung schützte ihn, zumindest vorläufig, vor der Abschiebung.

Seiner Freundin gegenüber verhielt er sich ausgesprochen mies, so schildern es ihre Freunde. Abdul D. sei von Eifersucht zerfressen gewesen, er habe Mia permanent kontrollieren wollen. Einmal schlug er einen anderen Schüler auf dem Pausenhof, angeblich soll es da auch um Mia gegangen sein. Die Polizei schaltete sich ein.

Die Situation eskalierte Anfang Dezember, nachdem Mia die Beziehung beendet hatte. Abdul D. habe ihr massiv gedroht, so die Ermittler: Er werde sie abpassen, bestrafen und intime Fotos von ihr verbreiten. Mitte Dezember zeigten Mia und ihr Vater Abdul D. wegen Beleidigung, Be-

## SPIEGEL GESCHICHTE

SAMSTAG, 16. 6., 20.15 – 21.10 UHR | SKY

## Hitler vor Gericht

Die Dokumentation schildert die Geschichte des jüdischen Anwalts Hans Litten, der bereits 1931 versuchte, Hitler zu stoppen.

## SPIEGEL TV MAGAZIN

SONNTAG, 17. 6., 22.25 – 23.25 UHR | RTL

## Unschuldig in der Todeszelle? – Der Fall Clinton Young



Todeskandidat Young

Clinton Young soll sterben. Seit mehr als 16 Jahren sitzt er in Texas in der Todeszelle, als 18-Jähriger soll er zwei Menschen getötet haben. Oder war er nur zur falschen Zeit am falschen Ort? Eine Journalistin macht sich auf die Suche nach der Wahrheit.

## SPIEGEL TV REPORTAGE

DIENSTAG, 19. 6., 23.10 – 0.15 UHR | SAT.1

## Kreuzfahrt to Hell – Die Heavy-Metal-Cruise

Die Reise war schon nach wenigen Minuten ausverkauft: Rund 80 Tonnen Technik, 45 000 Dosen Bier und 2150 Passagiere cruisten im April durchs Mittelmeer. An Bord ausschließlich Heavy-Metal-Fans. Zur Begrüßung gab's Ohrstöpsel, Halstabletten und Präservative – Equipment für fünf Tage Ausnahmezustand.

## ARTE RE:

DONNERSTAG, 21. 6., 19.40 – 20.15 UHR | ARTE

## Tötung aus Verzweiflung? – Gattenmörderinnen in Rumänien

Hunderte Frauen sitzen in Rumänien wegen Gattenmords im Gefängnis ein. Sie lebten zuvor in ärmlichen Verhältnissen auf dem Land und hatten früh geheiratet. Oft gehen der Tat viele Jahre des Missbrauchs voraus, auch der gemeinsamen Kinder.

drohung und Nötigung an. Die Polizei stellte den jungen Afghanen ein paar Tage später zuerst telefonisch und dann persönlich zur Rede.

Am Vormittag des 27. Dezember suchten zwei Beamte Abdul D. in seiner Wohngemeinschaft für junge Asylbewerber in Neustadt an der Weinstraße auf, wo er seit September wohnte. Die Polizisten überreichten ihm eine Vorladung, man erwarte ihn Anfang Januar zur Vernehmung.

Kurz danach brach Abdul D. nach Kandel auf. Am Bahnhof dort sah er am frühen Nachmittag Mia mit zwei Jungs aus einem Bus aussteigen, so die Rekonstruktion der Ermittler. Er folgte den dreien, kaufte in einem Supermarkt zwei Messer und stach kurz darauf mit einem davon zu.

Die Staatsanwaltschaft wertet die Tat als heimtückischen Mord. Mia sei arg- und wehrlos gewesen, das Tatmotiv übersteigerte Eifersucht und Rache. Abdul D. habe Mia dafür bestrafen wollen, dass sie ihn verlassen und einen neuen Freund habe, so die Ermittler.

Laut einem medizinischen Gutachten, das die Staatsanwälte dem Gericht vorlegten, war Abdul D. zur Tatzeit zudem nicht erst 15, sondern wahrscheinlich rund fünf

## Ein anderer will die Existenz des Bürgermeisters »langsam mit einem Messer« auslöschen.

Jahre älter. Der Gutachter setzte ein »absolutes Mindestalter« des Afghanen fest: siebzehneinhalb Jahre, knapp unter der Volljährigkeit. Das Landauer Gericht will daher nach Jugendstrafrecht verhandeln, unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Der Fall wirft grundsätzliche Fragen auf: Wie lässt sich verhindern, dass Jugendämter das Alter eines Asylbewerbers so eklatant niedriger einschätzen als medizinische Gutachter mit ihren Röntgengeräten? Auch als nach der Tat die Zweifel an der Altersangabe von Abdul D. immer lauter wurden, wich der Landkreis Gernsheim nicht von der Position ab, der Afghane sei noch nicht volljährig. Allenfalls eine Varianz von »plus/minus 1 Jahr« sei zu den behaupteten 15 Lebensjahren möglich. Was sich offensichtlich als falsch erwies.

Gab es weitere Versäumnisse bei den Behörden? Polizei und Kreisverwaltung stritten nach der Tat, ob sie einander ausreichend informiert hätten und ob nach den Anzeigen von Mia und ihrem Vater mehr hätte getan werden müssen. Hätte nach dem Besuch der Polizisten und der Vorladung sich sofort ein Betreuer um Abdul D. kümmern müssen? Zu dem Zeitpunkt war offenbar niemand da.

Im Ort wurde die Frage diskutiert, ob man jene Asylsuchende von Anfang an besser im Blick haben müsse, die neben Aggressionspotenzial ein mittelalterliches Frauenbild aus ihren Heimatländern mitbrächten. Aber wer sollte solche Männer identifizieren? Die Polizei? Die Betreuer? Andere Sozialarbeiter?

Für den Marktplatz von Kandel ist das viel zu differenziert. »Rausschmeißen, und zwar alle!«, ruft am 2. Juni einer der Demonstranten. Da hat »Ernst«, der zweite Hauptredner des Tages, gerade auf der Bühne mit fränkischem Akzent über einen Mann referiert, den er als »Unterhosen-neger« bezeichnet. Angeblich mache ein dunkelhäutiger Mann mit psychischen Problemen Nürnberg unsicher.

Keiner dieser Redner und kaum einer der Demonstranten komme aus Kandel, sagt der Bürgermeister. Wenn er an den Demonstrationstagen eine Runde durch die Stadt mache, stoße er auf Kennzeichen aus ganz Deutschland, sogar aus Österreich und der Schweiz, sagt Poß: »Da werden manchmal ganze Busladungen angekarrt.«

Doch ob importiert oder nicht: Der Hass ist in der Stadt, und er trifft besonders ihren gewählten Repräsentanten. »Deine Fresse wird zu Konfetti geschnitzelt«, steht in einer der vielen Wutmails, die Poß in den vergangenen Monaten bekommen hat. Ein anonymes Schreiben drohte Poß, man werde nach Mias Tod nun »IHRE Kinder abschlachten, dann das Weib«. Ein anderer würde die Existenz des Bürgermeisters am liebsten »langsam mit einem Messer« auslöschen. In einigen E-Mails wird demonstrativ die Privatadresse des Politikers genannt. »Da muss man schon schlucken«, sagt Poß.

Im Mai war Poß beim Bundespräsidenten eingeladen, der sich mit ihm und anderen Kommunalpolitikern über »Gewalt gegen Mandatsträger« unterhalten wollte. Der Termin habe ihm gutgetan, sagt Poß, Frank-Walter Steinmeier sei wirklich interessiert gewesen. Aber viel Hoffnung habe er nicht, sagt der Bürgermeister, dass der Spuk bald ein Ende haben könnte. Das »Frauenbündnis Kandel«, dessen Veranstaltungen stets von einem Mann angemeldet würden, habe schon bis ins nächste Jahr hinein monatliche Demonstrationstermine in Kandel beantragt.

Nachdem vor einigen Tagen der Mord an Susanna F. bekannt wurde, die aus Mainz stammte, verbreitete sich unter den »Frauenbündnis«-Anhängern schnell ein Aufruf zu einer Mahnwache auf dem Mainzer Marktplatz. Es kamen zwar nur 35 Aktivisten, aber Bürgermeister Poß ist besorgt über die Überschrift, unter der die Aktion stattfand: »Kandel ist überall«.

Matthias Bartsch



# Highlights für Studenten

12 x DER SPIEGEL + UNI SPIEGEL + Prämie für nur €24,90!



## JBL-GO-Bluetooth-Lautsprecher

Streamt Musik vom Smartphone oder Tablet sowie Freisprechfunktion via Bluetooth. Zuzahlung: €1,-.



## 10€ Amazon.de Gutschein

Erfüllen Sie sich einen Wunsch: über eine Million Bücher sowie DVDs, Spiele, Technikartikel und mehr.



## Steckschlüsselsatz

130-teilig, inkl. Umschaltknarre. Hersteller: Brüder Mannesmann. Zuzahlung: €1,-.



## ABUS-Fahrradschloss

Mit Vierkantkette, Stahlschloss und Textilschlauch. Länge: ca. 75 cm. Zuzahlung: €1,-.



## King-Messerset in Magnetbox

Fünf farbenfrohe Küchenmesser mit einer antibakteriellen Ausstattung und rutschfesten Griffen. Zuzahlung: €1,-.



## Ferngesteuerter »Porsche 918 Spyder«

Gute Fahreigenschaften und elegante Optik. Im Maßstab 1:24, komplett vormontiert. Zuzahlung: €1,-.

Alles inklusive für Studenten



Jetzt den SPIEGEL testen  
und Prämien-Highlight wählen!

Sichern Sie sich 12x den SPIEGEL für nur €24,90 frei Haus. Sie sparen über 59% und erhalten ein Prämien-Highlight dazu! Dieses Angebot gilt nur für Studenten.

Einfach jetzt anfordern:

[abo.spiegel.de/studenten-highlights](http://abo.spiegel.de/studenten-highlights)

**040 3007-2700** (Aktionsnummer: SP18-098)

# Zunehmend gereizt

**Europa** Kurz vor dem deutsch-französischen Ministertreffen kommen die Beratungen über eine Reform der EU nicht voran. Paris ist enttäuscht über die deutsche Antwort auf Macrons Initiative. Vor allem bei Handel und Verteidigung prallen widersprüchliche Interessen aufeinander.

**D**ie Inszenierung war ähnlich wie bei Emmanuel Macrons großer Europa-Rede an der Pariser Universität Sorbonne: Umringt von ausgewähltem Publikum, legte Außenminister Heiko Maas in dieser Woche dar, welche Lehren Europa aus der Politik von US-Präsident Donald Trump ziehen sollte. Maas verlangte einen »radikalen Schulterschluss« mit Frankreich. »Es darf gerade auch wegen der Unsicherheit im transatlantischen Verhältnis nicht den Hauch eines Zweifels geben, dass wir gerade jetzt Hand in Hand arbeiten«, sagte er im Berliner Postbahnhof.

Ob er etwas genauer sagen könne, was Deutschland und Frankreich in den kommenden Wochen vorschlagen würden, wollte ein junger Zuhörer in der anschließenden Fragerunde wissen. Er könne das, antwortete Maas, »noch nicht abschließend beantworten, weil wir in vielen Punkten im Moment noch sehr intensiv am Diskutieren sind«.

In Wahrheit heißt das: Deutschland und Frankreich sind weit davon entfernt, »Hand in Hand« zu arbeiten. Während man in Berlin und Paris öffentlich ein ums andere Mal beschwört, wie wichtig gerade jetzt die deutsch-französische Achse sei, sind die Differenzen unverändert groß.

Wenn sich am kommenden Dienstag das deutsche und das französische Kabinett in Schloss Meseberg treffen, dürften Macron und Kanzlerin Angela Merkel Mühe haben, den Dissens nicht allzu offensichtlich werden zu lassen. Der französische Präsident ist frustriert, weil die Antwort auf seine Reformvorschläge so spät kam und so bescheiden ausfiel. Zugleich ist man in vielen wichtigen Fragen nicht einer Meinung: im Handelsstreit mit Trump, bei der Reform der Eurozone und in der europäischen Außen- und Verteidigungspolitik.

Hinter den Kulissen wird heftig gerungen. Seit Wochen verhandeln die zuständigen Ministerien in Berlin und Paris miteinander, ein knappes Dutzend Papiere wurde entworfen, doch bislang konnten sich die beiden Regierungen nicht auf substanzielle Ergebnisse einigen.

Dabei sind die Erwartungen an das Duo Merkel-Macron groß, Europa muss endlich eine Antwort auf die antieuropäische

Politik des US-Präsidenten finden. Trumps »America first«-Egoismus böte eigentlich die Chance, dass die Europäer endlich »souverän« werden, wie Macron es seit Längerem fordert. Deutsche und Franzosen sind nach dem Eklat auf dem G-7-Gipfel in Kanada zur Einheit verdammt.

Doch in Paris herrscht Enttäuschung über die deutsche Antwort auf Macrons Initiative zu einem europäischen Neubeginn. Ein »hübsches Signal« seien die Vorschläge, heißt es in Macrons Umfeld, aber sie gingen eindeutig nicht weit genug.

Vor allem beim Eurozonenbudget fordern die Franzosen mehr. Merkels Idee, den Rettungsfonds ESM für kurzfristige Hilfen für EU-Länder zu nutzen, sei zwar interessant, sagt Frankreichs Finanzminister Bruno Le Maire im SPIEGEL-Gespräch (siehe Seite 70). »Aber um es klar zu sagen:

**»Wir wollen die  
Diplomatie stärken,  
die Franzosen  
das Militärische.«**

Das allein ist nicht genug. Dieser Vorschlag macht ein eigenes Eurozonenbudget nicht überflüssig.«

In den jeweiligen Hauptstädten ist die Tonlage zunehmend gereizt. »Sicher glauben die Deutschen, dass sie bereits weitreichende Zugeständnisse machen«, sagt ein Berater Macrons. Das aber sehe man in Paris ganz anders. Berlin müsse endlich damit klarkommen, dass in Paris nun »zum ersten Mal seit 15 Jahren« ein Partner auf Augenhöhe regiere. Und genauso, wie man den Umbau zu Hause vorantreibe, halte man auch an den Forderungen zum Umbau der EU fest. Daran sei man wohl in Berlin nicht mehr gewöhnt.

Auf deutscher Seite reagiert mancher inzwischen genervt auf die französischen Forderungen. Macron liege falsch, wenn er glaube, nur weil er vor einigen Monaten eine Rede gehalten habe und diese seither wiederhole, müssten alle nach seiner Pfeife tanzen, sagt ein deutscher Diplomat. Er nennt das die »Methode Macron« – eine klare Retourkutsche für den Vorwurf, Merkels Methode sei es, die Dinge auszusitzen.

Die internationale Gemeinschaft tickte eben anders als Frankreich, so der Merkel-Vertraute. »Nur weil Macron etwas gesagt hat, müssen wir das noch lange nicht tun.« Berlin lasse sich nicht auf die Rolle reduzieren, Macrons Forderungen zu erfüllen, um eine Blamage abzuwenden.

Nicht nur bei der Reform der Eurozone, auch in der europäischen Verteidigungspolitik stoßen in Deutschland und Frankreich zwei unterschiedliche Philosophien aufeinander.

Den Reformbedarf der »Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« (Gasp) leugnet niemand. Auf dem Papier gibt es sie bereits seit dem Vertrag von Maastricht 1992. Doch die vor 15 Jahren gegründeten »Battle Groups« wurden noch nie eingesetzt, und die EU-Außenbeauftragte ist weit davon entfernt, eine europäische Außenministerin zu sein.

Das Konsensprinzip führt dazu, dass sich die 28 Mitgliedstaaten oft nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können. Ein einziges Land kann wichtige Entscheidungen mit einem Veto blockieren. »Wir müssen den Fluch der Einstimmigkeit beenden«, forderte Außenminister Heiko Maas bei seiner Europa-Rede. Doch damit enden auch schon fast die Gemeinsamkeiten mit den Partnern in Paris.

Am deutlichsten zeigen sich die unterschiedlichen Philosophien bei der Frage, wie sich Europa militärisch aufstellen sollte. Auf deutsche Initiative hin vereinbarten 25 EU-Staaten im vergangenen Dezember, in der Verteidigungspolitik gemeinsame Projekte anzustoßen. Zwar schloss sich auch der französische Staatspräsident der »Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit« (PESCO) an. Wie wenig er allerdings daran glaubt, zeigt die Tatsache, dass er ein Konkurrenzprojekt vorantreibt.

Schon in seiner Sorbonne-Rede hatte Macron die Idee einer »Europäischen Interventionsinitiative« vorgestellt. Ihm schwebt vor, dass sich eine Art Koalition der Willigen unter französischer Führung zusammenschließt, um künftig mit Streitkräften auf Krisen und Konflikte zu reagieren. »Wir wollen die Diplomatie stärken, die Franzosen das Militärische«, fasst ein deutsches Kabinettsmitglied die Lage zusammen.

Paris sprach bereits im März mit neun potenziellen Partnern, darunter auch den





ZUMA / ACTION PRESS

**Staatspräsident Macron:** »Hübsches Signal«

EU-Außenseitern Dänemark und Großbritannien. Dänemark macht in der EU-Verteidigungspolitik aufgrund einer Sonderregel nicht mit. Und die Briten scheiden im März 2019 aus der EU aus.

CSU-Verteidigungsexperte Florian Hahn, der im Pariser Verteidigungsministerium über die Pläne unterrichtet wurde, sieht die Idee daher skeptisch. »Ich bin mir nicht sicher, ob es sinnvoll ist, neben EU und Nato eine dritte Form der militärischen Zusammenarbeit aufzubauen«, sagt er. Beim Koalitionspartner SPD stößt schon der Name der neuen Krisenreaktionstruppe übel auf. »Mit dem Begriff Intervention kann man bei uns nur verlieren«, warnt ein hochrangiger Genosse.

Auch wenn es um die Ausstattung der Bundeswehr geht, bremst der Koalitionspartner. Die SPD hatte im Wahlkampf das Ziel der Nato, bis zum Jahr 2024 zwei Prozent der Jahreswirtschaftsleistung für Verteidigung als »Aufrüstungsspirale« bezeichnet. In den Haushaltsberatungen stimmte Finanzminister Olaf Scholz lediglich einer Erhöhung auf 1,5 Prozent bis 2025 zu – sehr zum Ärger der Union.

»Die derzeitigen Pläne von Minister Scholz ignorieren den dringend notwendigen Bedarf der Bundeswehr«, heißt es

in einem Papier der CDU/CSU-Verteidigungsexperten. Demnach würde der Wehretat in den Jahren nach 2021 sogar wieder sinken. »Das wird die Union nicht zulassen«, warnt Unionsfraktionsvize Johann Wadephul. »Eine solche mittelfristige Finanzplanung widerspricht eindeutig dem Koalitionsvertrag.«

Eine unterfinanzierte Bundeswehr gefährde Deutschlands internationale Handlungsfähigkeit, lautet die Kritik der Union,

### Im Handelsstreit mit den USA haben Berlin und Paris sehr unterschiedliche Interessen.

die auch in Paris geteilt wird. Frankreich investierte bereits im vergangenen Jahr 2,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in seine Streitkräfte.

Ein anderes Ärgernis aus Macrons Sicht ist der deutsche Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Dabei hatte eine Kommission um den ehemaligen Verteidigungsminister Volker Rühe bereits 2015 eine vorsichtige Reform des Parlamentsvorbehalts vorgeschlagen.

»Wir haben damals eine große Chance vertan, unseren Partnern Verlässlichkeit zu zeigen und die Kontrolle von Einsätzen durch das Parlament zu erhalten«, kritisiert Rühe.

Doch nur eine Minderheit von Abgeordneten der Koalition unterstützt weiterhin eine Reform. »Wenn Deutschland international verlässlich sein will, müssen unsere Partner uns abnehmen, dass wir im Fall des Falls auch schnell handlungsfähig sind«, sagt der SPD-Verteidigungspolitiker Fritz Felgentreu. »Ich kann die Skepsis der Franzosen gegenüber dem deutschen Parlamentsvorbehalt verstehen, insbesondere wenn wir die notwendige gemeinsame strategische Kultur entwickeln wollen«, sagt der CDU-Außenexperte Roderich Kiesewetter. »Wir brauchen einen an die internationalen Verpflichtungen Europas angepassten Parlamentsvorbehalt.«

So schwerwiegend die deutsch-französischen Differenzen bei den europäischen Reformen sind, noch gefährlicher wäre es, wenn es US-Präsident Trump gelänge, Berlin und Paris im Handelsstreit auseinanderzutreiben. Schwer ist das nicht, denn auch hier haben Deutschland und Frankreich sehr unterschiedliche Interessen.

Die Deutschen wollen, dass die EU-Kommission mit den Amerikanern ein Ab-

Mit Trikots aus **atmungsaktiven Chemiefasern** behält die deutsche Elf auch im EM-Finale ein kühles Köpfchen.

# 1954

Das eigentliche Wunder von Bern: Fußballschuhe mit den ersten Schraubstollen aus **Polyamid**.



# 1996



Stadionfeeling ohne Stadion: Lichtstarke LED-Videowände aus **Halbleitern** machen es möglich.

# 2006



## Die Chemie: 2018 schon sicher im





XANDER HEINL / IMAGO

**Außenminister Maas:** »Eigene Orthodoxien über Bord werfen«

kommen über Industriezölle aushandelt, um Strafzölle gegen die europäische Autoindustrie zu vermeiden. Doch Macron hat kein Interesse daran, den Amerikanern entgegenzukommen. Er befürchtet, dass sich Trump als Nächstes die Agrarprodukte vornehmen könnte. Damit würde er die französischen Bauern treffen. Macrons Sorge ist nicht unberechtigt. Das weiß man auch in Berlin.

Für die Deutschen dürfte allerdings im Moment nichts im Verhältnis zu Paris wichtiger sein, als Trumps Angriff gegen die deutsche Autoindustrie gemeinsam abzuwehren. In Meseberg werden die Deutschen den Franzosen daher etwas anbieten müssen, um ihnen die Unterstützung für Verhandlungen mit Trump abzutrotzen.

Aus Sicht der SPD muss sich vor allem Merkel bewegen. Es sei gut, dass die Kanzlerin endlich auf Macron reagiert habe, sagte Außenminister Maas im Berliner Postbahnhof. »Aber wir müssen weitergehen und den Mut haben, unsere eigenen Orthodoxien über Bord zu werfen.«

Matthias Gebauer, Julia Amalia Heyer,  
Peter Müller, Christoph Schult,  
Gerald Traufetter

# 2008

Die für alle großen Turniere eingeführte Sitzplatzpflicht löst dank farbiger und robuster **Kunststoffe** stehende Ovationen aus.



Höhenflüge garantiert: Die Fußbälle mit **speziellen Kunststoffen** sorgen bei feinen Technikern für Freudensprünge.

# 2018



Ob neue Fußballschuhe, riesige LED-Videowände oder atmungsaktive Trikots – Ihre Chemie ist für Sie immer einen Spielzug voraus.

**Entdecken Sie mehr**  
unter [www.ihre-chemie.de](http://www.ihre-chemie.de).

## Endspiel dabei.

**Ihre Chemie.**  
Freuen Sie sich auf die Zukunft.

# Bloß weg

**SPD** Eine Wahlanalyse rechnet mit der Ära Sigmar Gabriels ab, der langjährige Vorsitzende gilt in der Partei plötzlich als Hauptschuldiger für den Zustand der Sozialdemokraten. Wie geht Gabriel mit dem Vorwurf um? Eine Autofahrt.

Ex-Parteichef Gabriel

FLORIAN GAERTNER / PHOTOTHEK / IMAGO

**M**ittwochmorgen, kurz nach sieben, das Crowne Plaza Hotel in Berlin: Sigmar Gabriel spaziert aus der Lobby, er ist in Eile, gleich geht sein Flieger nach Frankfurt. Gabriel steigt in einen Dienstwagen. Auf dem Dach ein Blaulicht, vor ihm ein Sicherheitsbeamter. Privilegien aus seiner Zeit als Außenminister. Dieser Tage sind sie viel wert, er kommt noch immer schnell und sicher Richtung Flughafen. Bloß weg hier.

Es ist mal wieder ziemlich ungemütlich für Gabriel. Im Schatten des gescheiterten G-7-Gipfels hat Andrea Nahles, die oberste Sozialdemokratin, Anfang der Woche einen Bericht vorgestellt, der die SPD-Wahlkatastrophe aufarbeitet und die Hauptschuld für die Lage der Partei recht unumwunden einem Mann anhängt: dem ehemaligen Vorsitzenden Sigmar Gabriel. Über Jahre sei die SPD »Geisel seiner Launen, Selbstzweifel und taktischen Manöver« gewesen, heißt es in dem Papier, an dem auch ein ehemaliger SPIEGEL-Redakteur mitschrieb. An einer Strategie habe Gabriel nie ein Interesse gehabt, die Mitarbeiter in der Parteizentrale seien unter ihm zum »Spielball undurchsichtiger Machtkämpfe« geworden.

Rums.

Auch andere Schuldige werden in dem Bericht genannt, von einer »kollektiven

Verantwortungslosigkeit« ist die Rede. Aber niemanden trifft es so hart wie den Niedersachsen.

Acht Jahre Versagen, so in etwa lässt sich das Urteil über die »Ära Gabriel« in dem 108 Seiten starken Papier zusammenfassen. Es ist eine Vernichtung, die Nahles auch die nicht so ganz plausible Erzählung erleichtern soll, alles, was nach Gabriel komme, sei Neuanfang.

Und jetzt? Kann er diese Abrechnung einfach so auf sich sitzen lassen?

Gabriel streckt sich auf seinem Rücksitz, lächelt kurz und blickt aus dem Fenster. Immer diese Fragen zu Partei-Klein-Klein. Hat er doch abgehakt. Eigentlich. Er ist Außenminister a. D., er hat vor der Uno-Vollversammlung geredet und mit Emmanuel Macron Papiere verfasst. Kriege und Krisen – das ist jetzt seine Flughöhe. Neulich war er beim Mittagessen mit Henry Kissinger, dem Grandseigneur der amerikanischen Außenpolitik. Kissinger ist 95 Jahre alt und hat den vollen Durchblick. Gabriel bewundert solche Leute, die sich nicht mehr mit Details abgeben, sondern mit den großen Fragen dieser Zeit. Die Wahlanalyse? Habe er nicht einmal gelesen, sagt Gabriel. Keine Zeit, kein Interesse. Sollen sie schreiben, was sie wollen.

Jetzt, wo er ein neues Leben nach der Spitzenpolitik begonnen hat, tangiert ihn

das nicht mehr. Das ist seine Botschaft, jedenfalls offiziell.

Bloß weg.

Es gab Zeiten, da ist die Partei verrückt geworden an seiner Ungeduld und seinen Schlangenlinien. Kein klarer Kurs, nirgends. Erst über den Grexit sinnieren, dann Alexis Tsipras umgarnen. Erst Flüchtlinge umarmen, dann zu Pegida gehen. Er hat mal einer 32-jährigen Frau, die weder Hartz IV noch Bafög bekam, öffentlich Hilfe versprochen und sich dann monatelang nicht bei ihr gemeldet. Er hat auch mal einem Parteifreund den Generalsekretärsposten versprochen und sich dann anders entschieden. Solche Torheiten bleiben hängen. Weiß er alles.

Aber solch ein Abschied? Als wäre er ein Schwerverbrecher?

Gabriels Wagen fährt die Hardenbergstraße hinunter, hinten der Zoo, vorn der Platz, der Ernst Reuter gewidmet ist, dem großen Sozialdemokraten, der einst Berlin regierte. Die Frage lautet, wie einst über Gabriel geredet werden wird.

Gabriel hat viele Fehler gemacht, klar. Aber keiner war seit Willy Brandt länger Vorsitzender als er. Und es gab Phasen, da war er der perfekte Parteichef. Einer, der Lärm machen konnte und Vollgas gab, als die SPD halb tot dalag. Der der Union 2013 einen tiefroten Koalitionsvertrag aufdrückte. Der Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten machte. Ein Spie-



ler der Macht. Und: Gabriel hat sich auch getraut, zuweilen das ideologische Korsett seiner Partei zu dehnen. Mal einen anderen Blick zuzulassen, sich den Spiegel vorzuhalten. Wir leben in einer Blase, hat er den Genossen zugerufen. Geht raus, macht was.

Das traut sich nicht jeder in der SPD.

Aber anders als Reuter und Brandt, zwei Ikonen der Sozialdemokratie, soll Gabriel nun als Mann gelten, der die Partei ins Koma stürzte, aus dem sie vielleicht nie wieder aufwacht.

Natürlich beschäftigt ihn das. Neulich, im Kreis von Vertrauten, war der Bericht Thema. Er habe genau Bescheid gewusst, heißt es. Zum Beispiel darüber, was alles in dem Papier fehlt: die guten Seiten seiner Ära. Dass er viele Gewerkschaftsbosse bei der SPD gehalten hat. Dass er – trotz seiner Wenden – in der Flüchtlingskrise auch früh ein Gespür dafür hatte, dass die Stimmung im Land kippen könnte.

Von wegen er hat den Bericht nicht gelesen.

»Ich bekenne mich dauerhaft schuldig«, spottete Gabriel gegenüber seinen Leuten. »Ich werde in mein Testament schreiben, dass mich der SPD-Parteivorstand nach meinem physischen Ableben ausstopfen und im Willy-Brandt-Haus in den Keller stellen darf. Und immer wenn ein Schuldiger gesucht wird, dürfen sie mich rausholen.« Die Analyse ist ein allzu durchschaubarer Versuch, so sieht er es, ihn zum Sündenbock zu machen. Ist das so falsch?

Gabriel war lange Deutschlands mächtigster Genosse, aber er ist auch ein großes Kind. Trotzig, uneinsichtig. Und sensibel, das auch. Als er vor seinem erzwungenen Abgang als Minister frustriert seine Tochter zitierte, um sich über den Bart von Martin Schulz lustig zu machen, tat ihm das leid.

Aber er brauchte Tage, bis er sich zu einer Entschuldigung durchrang. Gabriel liebt es, hin und wieder Außenseiter zu sein. Aber er hasst es, als Bösewicht hingestellt zu werden und das auch noch öffentlich diskutieren zu müssen.

Nahles, das muss man wissen, hat den Bericht nicht in Auftrag gegeben. Die Idee stammt aus der Zeit, in der Martin Schulz noch Parteichef war. Nahles weiß, wie gefährlich der Eindruck wäre, sie wolle alle Verantwortung auf ihren Vorgänger abwälzen. Wäre auch ein Witz, sie ist ja seit fast 25 Jahren an vorderster Front dabei. Und viel besser läuft es auch nicht gerade, seit Gabriel ins hintere Glied gerückt ist.

In der Fraktion sind viele unruhig. Dienstagnachmittag, die SPD-Abgeordneten kommen zu ihrer Sitzung zusammen. Auch Gabriel ist da, ausnahmsweise mal. Nahles referiert über den Asylstreit in der Union, die Erneuerungsideen ihrer Partei. Zum Bericht sagt sie wenig.

Florian Post, Parlamentarier aus Bayern, ist genervt. Er spricht das Papier offensiv an. »Diese Schuldzuweisung an Gabriel ist mir zu plump«, wirft Post der Fraktionschefin entgegen. »Wo waren eigentlich die anderen in den letzten Jahren: Scholz, Stegner, Schäfer-Gümbel?« Nahles ist verärgert. Sie muss beschwichtigen. Niemand sei hier ganz allein schuldig, stellt sie klar. Jeder müsse sich in dieser Lage an die eigene Nase fassen, das betreffe ebenfalls sie selbst. Außerdem mache sie sich auch nicht alle Punkte der Analyse zu eigen.

Gabriel hat keinen Kontakt zu Nahles. Schon seit Monaten nicht mehr. Er will nicht, sie will nicht. Er könnte die Gelegenheit nutzen und mit einer eigenen Abrechnung die neue Führung in der SPD vor Probleme stellen. Das ist auch eine interessante Form von Macht: jederzeit

in der Lage zu sein, den eigenen Laden aufzumischen. Aber er möchte das nicht. Jedenfalls nicht jetzt. Er sorgt aus Sicht von Nahles und Co. schon für genügend Unruhe mit seinen Gastbeiträgen zur Außenpolitik, seinen Interviews und Nebenjobs.

Gabriel hat schon viele führende Sozialdemokraten erlebt, denen die Sicherungen durchgebrannt sind, nachdem sie gehen mussten. Oskar Lafontaine zum Beispiel. Der sitzt jetzt daheim im Saarland und brütet mit seiner Frau über einer linken Sammlungsbewegung, bei der niemand wirklich mitmachen will. Oder Peer Steinbrück. Der wirkt, als wollte er mit jedem neuen Buch die SPD noch ein Stück weiter in den Abgrund stoßen. So klein will Gabriel sich nicht machen.

Aber bei ihm weiß man halt nie. Er hat sich schon häufig in Selbstdisziplinierung versucht. Das war nur selten erfolgreich.

Sein Wagen fährt am Flughafen Tegel vor. Gate A7, kurz nach halb acht. Noch ein paar Termine, noch ein paar Wochen, dann hat er Urlaub.

Ab nach Schweden. Mit seiner Familie will er im Wohnmobil durchs Land fahren. Und im Herbst geht er nach Harvard. Wissenschaftlicher Elfenbeinturm. Auch mal nicht schlecht. Gabriel hat schon Ideen für seinen Aufenthalt. Er will Experten einladen, die mal von außen auf den Euro gucken. Und die Europa vielleicht auch hart kritisieren. Muss man aushalten, findet Gabriel. Er will mal wieder einen anderen Blick zulassen. Kann nicht schaden.

»Tschüss«, sagt er. Veit Medick

► **Lesen Sie auch** zur Situation der SPD auf Seite 111 die Kolumne »Zur Zeit« von Nils Minkmar.

# BEGLEITEN SIE UNS IN EIN NEUES ZEITALTER

— Reisen in der Hurtigruten Hybrid-Klasse.



GRÖNLAND  
SPITZBERGEN  
ANTARKTIS  
NORDWEST-PASSAGE



**MIT DEN WELTWEIT ERSTEN** Hybrid-Expeditionsschiffen MS Roald Amundsen und MS Fridtjof Nansen hat die Zukunft der Expeditions-Seereisen begonnen. Ihre hochmoderne, nachhaltige Technologie, der herausragende Komfort sowie 100 % Außenkabinen, viele davon mit Balkon, sorgen für ein unvergleichliches Reiseerlebnis. Gleiten Sie lautlos zu den spektakulärsten Orten der Erde.

Mit Hurtigruten, dem Experten für polare Gewässer.

**15-TAGE-EXPEDITIONSREISE FRANZ-JOSEF-LAND**  
mit Norwegen und Murmansk ab 6.977 € p.P.

Im Reisebüro oder [www.hurtigruten.de](http://www.hurtigruten.de) | Tel. 040 874 084 62  
Mo.–Fr. 8:30–20:00 Uhr • Sa. 9:00–18:30 • So. 10:00–18:30 Uhr  
Jetzt gratis Katalog bestellen: [www.hurtigruten.de/kataloge](http://www.hurtigruten.de/kataloge)  
Hurtigruten GmbH • Große Bleichen 23 • 20354 Hamburg

# Nowitschok im Schlafwagen

**Geheimdienste** Der Westen tut sich im Fall Skripal immer noch schwer, harte Belege für die Schuld Russlands zu liefern.

**S**ie waren in einer Pralinenschachtel verborgen. Zwei kleine Ampullen, gefüllt mit Nowitschok. Schon eine Berührung mit dem Gift endet meist tödlich. Es tritt Schaum vor den Mund, die Muskeln erlahmen, am Ende bleibt das Herz stehen.

Die Frau eines russischen Wissenschaftlers war mit der gefährlichen Schachtel in einem Passagierflugzeug nach Schweden geflogen. Es war der 31. Januar 1997. Da Verwandte in Halland an der schwedischen Westküste wohnten, fiel die Reise nicht auf. Agenten der schwedischen Sicherheitspolizei Säpo schirmten die Frau dennoch ab, um sie vor etwaigen russischen Verfolgern zu schützen. Dann übernahmen sie die Proben.

Göran Olofsson, ein schwedischer Chemiewaffenexperte, erinnert sich, dass er das Gift in einer Aluminiumkiste verstaute, geschützt durch mehrere Schichten Aktivkohle. Diese sollte das Nowitschok unschädlich machen, falls es austrat. Tags darauf reisten zwei Säpo-Leute mit der Kiste in einem Schlafwagenabteil ins rund tausend Kilometer entfernte Chemiewaffenforschungszentrum der schwedischen Streitkräfte in Nordschweden, wo das Gift analysiert und später vernichtet wurde.

Die schwedische Öffentlichkeit zeigte sich empört, als sie von dem Transport des ultragefährlichen Kampfstoffs in einem normalen Schlafwagen erfuhr. Für den Bundesnachrichtendienst (BND) war die Aktion hingegen ein Erfolg.

Die Deutschen hatten den Ehemann der Nowitschok-Kurierin als Agenten geführt; der Waffenexperte aus Moskau galt als »sehr ergiebige« Quelle. Von ihm wusste der BND seit Langem, dass der Kreml heimlich das neuartige Gift herstellte, entgegen internationalen Vereinbarungen. Es fehlte nur eine Probe, um herauszufinden, wie die Russen das Gift mischten, denn dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten. Und die Schweden teilten bereitwillig ihre Analyse mit der Bundesregierung.

Der BND war auf den Coup so stolz, dass er ihn – angereichert mit einigen Desinformationen – sogar durchsickern ließ. Der Agent und seine Frau hatten Russland inzwischen verlassen und befanden sich in Sicherheit. Die »Süddeutsche Zeitung« und andere Blätter berichteten im März

1997 von dem Überläufer und der Probe des »völlig neuartigen Giftgases«, die im Westen sei.

Heute will sich in der Bundesregierung niemand mehr zu der Schweden-Aktion äußern, denn inzwischen ist Nowitschok ein Politikum. Seit dem Anschlag auf den britisch-russischen Doppelagenten Sergej Skripal und dessen Tochter in England vor einigen Wochen ist das Gift weltbekannt.

Britische Ermittler fanden Reste des Stoffs im Blut der Skripals und an Orten, die Vater und Tochter aufgesucht hatten. Großbritanniens Regierungschefin Theresa May und ihre Kollegen Donald Trump, Emmanuel Macron und Angela Merkel beschuldigen Russland, für den Chemiewaffeneinsatz verantwortlich zu sein, was



**Anschlagsoffer Julija, Sergej Skripal**  
Überraschende Genesung

Präsident Wladimir Putin vehement bestritten. Die Kontrahenten wiesen jeweils Dutzende Vertreter der anderen Seite aus.

Längst ist aus dem Streit um Skripal ein Informationskrieg geworden, in dem der Westen einen strategischen Nachteil hat: Er muss seine Vorwürfe belegen; Russland genügt es, Zweifel zu verbreiten. Doch statt umfassend aufzuklären, bleibt der Westen immer noch harte Belege schuldig.

Anders als behauptet wurde Nowitschok nicht nur in Russland, sondern ebenfalls im Westen produziert.

Anders als behauptet gibt es keinen deutlichen Beleg, dass Putin dem Doppelagenten Skripal die Ermordung angedroht hat.

Anders als behauptet hat Skripal in Großbritannien keineswegs ein beschauli-

ches Rentnerleben geführt, sondern war dem Agentengewerbe treu geblieben.

Unstrittig sind bislang folgende Fakten: Die Briten hatten Skripal in den Neunzigerjahren mit viel Geld als Spion angeworben. Der einstige Fallschirmjäger war damals für den militärischen Nachrichtendienst Russlands in Spanien stationiert. 2004 verhafteten ihn die Russen, sechs Jahre später wurde er von den Amerikanern bei einer Austauschaktion herausgeholt. Am 4. März dieses Jahres wurden Skripal und seine Tochter Julija in Salisbury vergiftet.

Zwar befreit Russland nichts von dem Verdacht, hinter dem Anschlag zu stecken. Putins Ruf ist längst ruiniert. Er hat in der Ukraine Krise internationale Verträge gebrochen und die Weltöffentlichkeit belogen, wie er selbst zugab. Er deckt die Mörder eines anderen Ex-Agenten, Alexander Litwinenko, der 2006 in London mit Polonium vergiftet worden war.

Doch mehr als drei Monate nach dem Attentat auf die Skripals liegen immer noch keine eindeutigen Beweise für eine Schuld des Kreml vor.

So haben May und andere darauf verwiesen, dass Nowitschok von den Sowjets entwickelt und nach dem Ende der Sowjetunion von Russland produziert worden war. Skripals Attentäter müssten aus Russland kommen, da nur Russland Nowitschok herstelle, so die Botschaft.

Dabei wusste der Westen schon vor dem Mauerfall von der Existenz des Kampfstoffs, und spätestens in den Neunzigerjahren verfügten erst die USA, dann auch Großbritannien und die Niederlande über Nowitschok, wie der SPIEGEL berichtete (Nr. 17/2018). Als der BND nach seiner Schweden-Aktion ausgewählte Nato-Verbündete informieren wollte, musste er feststellen, dass diese über den Kampfstoff längst im Bilde waren. Die »wussten bereits Bescheid«, erzählt ein Beteiligter, der sich immer noch darüber ärgert, dass die Alliierten ihrerseits die Deutschen nicht informiert hatten.

Kürzlich räumte zudem Prags Präsident Miloš Zeman ein, sein Land habe noch im November des vergangenen Jahres mit Nowitschok experimentiert: »Wir wissen, wo, wir wissen, wann; also wäre es eine Heuchelei, so zu tun, als wäre nichts geschehen.« Bis dahin hatte die tschechische Regierung vehement bestritten, mit Nowitschok etwas zu tun zu haben. Und aufgrund der BND-Aktion steht nun auch Schweden am Pranger.

Für Putin sind solche Enthüllungen ein Erfolg, schließlich warf sein Außenministerium nach dem Anschlag auf die Skripals genau diesen Ländern vor, Nowitschok-Programme zu betreiben.

Da hilft es wenig, dass Briten, Amerikaner und Deutsche inoffiziell versichern,





RUFUS COX / GETTY IMAGES

**Ermittler in Salisbury am 8. März:** Ultragefährlicher Kampfstoff

der Westen arbeite lediglich an Schutzprogrammen. Um Gegenmittel entwickeln zu können, sei es notwendig, Nowitschok-Substanzen zu produzieren. Oder dass man eine andere Variante des Kampfstoffs herstelle als jene, die in Salisbury Verwendung fand.

Man kann keine Zweifler überzeugen, wenn man nur einräumt, was schon bekannt ist – oder sich ausschweigt. So allerdings scheint es die Bundesregierung zu halten. Sevim Dağdelen, die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Bundestag, wollte kürzlich wissen, was es mit der BND-Aktion in Schweden auf sich habe und ob andere Nato-Mitglieder über Nowitschok-Proben verfügten.

Das seien »Informationen, die in besonders hohem Maße das Staatswohl betreffen«, dies könne man nicht preisgeben, antwortete das Kanzleramt auf Dağdelens parlamentarische Anfrage. Und Außenminister Heiko Maas (SPD) wiederholt nur formelhaft: »Fakten und Indizien weisen nach Russland.«

Es rächt sich, dass die Briten mit einer öffentlichen Schuldzuschreibung nicht gewartet haben, bis mehr Fakten auf dem Tisch lagen. Manche Belege sind nicht so eindeutig, wie sie erscheinen. So verbreiteten die Briten, Putin habe öffentlich gedroht, Überläufer zu töten. Als Beleg

gilt ein Interview Putins aus dem Dezember 2010.

Wenige Monate zuvor war Skripal aus einem russischen Arbeitslager entlassen und auf dem Wiener Flughafen ausgetauscht worden. Es war eine größere Aktion: einige Westspione, die in Russland einsaßen, gegen zehn russische Agenten, die in den USA enttarnt worden waren.

In dem Interview wurde Putin zu dem Austausch befragt. Er versicherte, russische Geheimdienste würden »Verräter« nicht mehr liquidieren wie noch zur Stalin-Zeit, fügte aber hinzu, ein Verräter werde seinen Verrat »tausendmal bereuen«. Darf man daraus ableiten, Putin stehe persönlich hinter dem Skripal-Anschlag, wie Londons Außenminister Boris Johnson behauptet?

Die CIA-Spitze, die den Austausch der Spione organisiert hatte, wunderte sich damals jedenfalls, wie gelassen die Russen mitmachten. Ex-Präsident Bill Clinton weilte zufällig während der Austauschverhandlungen in Moskau. Ihm erklärte Putin, er hoffe, das Erreichte in den amerikanischen-russischen Beziehungen werde unter der Spionageangelegenheit nicht leiden.

Skripal scheint jedenfalls keine übermäßige Angst gehabt zu haben. Nach seinem Austausch zog er nach Salisbury und war schon bald wieder im Agentengeschäft unterwegs. Wie die »New York Times«

und die tschechische Wochenzeitung »Respekt« berichteten, traf er sich mit Geheimdienstlern aus Tschechien, Estland, möglicherweise auch aus Spanien. Ob er altes Wissen verkaufte, was in diesem Milieu üblich ist, oder aber versuchte, russische Kollegen anzuwerben, was ein Verstoß gegen ungeschriebene Regeln gewesen wäre, ist unklar.

Die britische Behauptung, Skripal sei ein symbolisches Opfer, mit dem Moskau habe deutlich machen wollen, dass Verrätern nie vergeben werde, ist jedenfalls fragwürdig.

Es ist nicht das erste Mal, dass eine westliche Regierung in der Auseinandersetzung mit Moskau ihrerseits trickst. Außenminister Johnson hatte unmittelbar nach dem Anschlag behauptet, dass in Salisbury verwendete Nowitschok stamme aus Russland. Das wisse er vom Chef des britischen Chemiewaffenlabors Porton Down – was dieser umgehend dementierte.

Inzwischen haben die Skripals das Krankenhaus verlassen. Der Genesungsprozess sei überraschend gut verlaufen, sagte der verantwortliche Arzt in der BBC.

Putin erklärte, er freue sich darüber. Das mag sein oder auch nicht.

Klaus Wiegrefe

Mail: klaus.wiegrefe@spiegel.de

# Mann, Gift und Mäuse

**Terrorismus** In Köln wurde ein Islamist verhaftet, der den hochgiftigen Stoff Rizin herstellte. Er hatte bereits zweimal versucht, nach Syrien auszureisen.

**A**ls die Polizisten am Dienstag die Wohnung von Sief Allah H. durchsuchten, fanden sie Samen einer Pflanze, die Wunderbaum genannt wird. Und sie fanden Aceton, Kaltkompressen, eine Paste und Mäuse. Wüstenrennmäuse.

Vieles von dem, was die Polizisten in Schutzanzügen in der Wohnung sahen, hatten sie erwartet. Die Ermittler fürchteten, H. stelle in seiner Wohnung Rizin her, ein hochgefährliches Gift. Vielleicht versuche er sogar, daraus zusammen mit einer Bombe eine Biowaffe herzustellen. Die Nagetiere schienen nichts damit zu tun zu haben.

Inzwischen jedoch fragen sich die Ermittler, ob die Mäuse Teil der Tatvorbereitung gewesen sein könnten. Sie versuchten, sich in die Position eines Mannes hineinzudenken, der mit einem der gefährlichsten Giftstoffe der Welt hantiert, in einer Wohnung mit seiner schwangeren

Frau und vier Kindern. Deshalb glauben die Ermittler nun, dass die Mäuse eine Art Giftdetektor waren. Zur Sicherheit von Familie H.

Erwiesen ist bislang nur, dass der 29-jährige Tunesier es schaffte, Rizin herzustellen. Deswegen sitzt er in Untersuchungshaft. Aber die Polizisten glauben, einen Anschlagplan eines islamistischen Terroristen durchkreuzt zu haben. Ob die Ermittler des Generalbundesanwalts dies später werden beweisen können, ist eine andere Frage. Denn Hinweise auf ein mögliches Anschlagziel oder einen Zeitpunkt für eine Attacke haben sie nicht.

H. reiste 2016 in die Bundesrepublik ein. Er schien unauffällig, heiratete eine deutsche Frau. Das Paar lebte fortan in einer Wohnung im Kölner Problemstadtteil Chorweiler, nicht weit von der Zentrale des Bundesamts für Verfassungsschutz.

Er war wohl schon damals ein sehr konservativer, vielleicht radikaler Muslim. Bei der Polizei wurde er wegen häuslicher Gewalt aktenkundig. Den Sicherheitsbehörden fielen keine Kontakte zur hiesigen Salafistenszene auf.

Doch schon einige Monate nachdem er in Deutschland angekommen war, wollte H. die Bundesrepublik wieder verlassen. Gleich zweimal versuchte er, nach Syrien zu reisen, wo die Terrormiliz »Islamischer Staat« Schrecken verbreitete. Er hatte dabei offenbar Hilfe von IS-Anhängern, doch seine Reise in den Dschihad endete jeweils in der Türkei, wo Sicherheitskräfte ihn stoppten.

Er kam zurück nach Chorweiler, und die türkischen Behörden informierten die deutschen Behörden. Doch gegen H. wurde kein Ermittlungsverfahren eingeleitet, er wurde nicht als islamistischer Gefährder eingestuft.

Aufmerksam wurden die deutschen Sicherheitsdienste erst, als H. im Mai 2018 tausend Samen des Wunderbaums, auch bekannt als Rizinussamen, beim Versandhändler Amazon bestellte. US-amerikanische Stellen informierten die deutschen.

Von da an überwachte der Verfassungsschutz H. Die Beamten hörten sein Telefon ab, sie beobachteten ihn. Sie analysierten sein Facebook-Profil und entdeckten seine Sympathie für den IS.

Wasserdicht war der Fall da noch lange nicht. Rizinussamen kann man auch zur Herstellung homöopathischer Globuli verwenden – gegen allerlei Beschwerden.

Doch als H. im Internet Aceton bestellte, fingen die Behörden die Lieferung ab. Mit diesem Stoff lässt sich Rizin aus den Samen des Wunderbaums lösen. Schon kleinste Mengen des Gifts können tödlich sein – je nach Größe und Gehalt der Samen und der Art, wie der Stoff in den menschlichen Körper gelangt.

Die Verfassungsschützer übergaben den Fall an die Polizei Köln und den Generalbundesanwalt. Die Polizei schlug sofort zu. H. wurde festgenommen, ein Spezialeinsatzkommando in Schutzmontur durchsuchte die Wohnung. Spezialisten der Feuerwehr rückten an.

Generalbundesanwalt Peter Frank ließ eiligst Wissenschaftler des Robert Koch-Instituts per Hubschrauber einfliegen. Der Ankläger musste spätestens am Folgetag Beweise für einen Haftbefehl sammeln, nämlich das Gift in der Wohnung. Sonst hätte der Mann wieder freigelassen werden müssen.

Der Nachweis von Rizin ist nicht einfach, vor allem unter Zeitdruck. Das mussten britische Ermittler 2005 feststellen, die einer Gruppe Islamisten vorwarfen, 2003 einen Anschlag mit dem Stoff geplant zu haben. Detektoren des militärischen Forschungsinstituts in Porton Down hatten in einer Wohnung Rizin festgestellt. Doch später kam heraus, dass die Wissenschaftler Fehler gemacht hatten: Der Prozess endete mit Freisprüchen.

In Chorweiler fanden die Spezialisten nun »Spuren des Gifts an einem Gegenstand in der Wohnung«, wie es in einem internen Vermerk heißt.

H., so schien es den Ermittlern, orientierte sich bei seinen Bestellungen die ganze Zeit an einer Anleitung des IS zum Bau einer Rizinbombe. Den ersten Teil hatte er schon geschafft.

Jörg Diehl, Matthias Gebauer, Fidelius Schmid



BENJAMIN HORN / EIBNER-PRESSEFOTO

**Polizist in Schutzmontur in Chorweiler:** Kleinste Mengen können tödlich sein





## Rentnerin Hilbrandt

»Fast ohnmächtig geworden«

# Doppelt abkassiert

**Altersvorsorge** Millionen Betriebsrentner fühlen sich vom Staat betrogen, weil sie hohe Sozialabgaben zahlen müssen. Die Koalition sucht nach Lösungen.

**M**aria Hilbrandt hat ihr Berufsleben in der Verwaltung der Hamburg-Mannheimer Versicherung verbracht. Für die Produkte der Assekuranten hegte sie schon von Berufs wegen Sympathien. Vor mehr als zwei Jahrzehnten hat die heute 67-Jährige ihre erste Betriebsrente über ihren Arbeitgeber abgeschlossen, eine sogenannte Direktversicherung. Damals war sie überzeugt, dass das eine gute Sache sei. Die Policen wurden von der Steuer gefördert, die Einmalauszahlungen zu Rentenbeginn sollten von Sozialabgaben befreit sein. So jedenfalls hatte es der Gesetzgeber damals versprochen.

Doch als Hilbrandt im Jahr 2016 ihre Betriebsrente ausgezahlt bekam, erhielt sie Post von ihrer Krankenkasse. Sie müsse auf die Summe den vollen Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag leisten, gestaffelt über zehn Jahre, hieß es da. Insgesamt voraussichtlich rund 20 000 Euro. »Als ich das gelesen habe, bin ich fast ohnmächtig geworden«, sagt Hilbrandt. Für sie ist jeder Cent wichtig. Weil sie wegen eines Krebsleidens frühzeitig in den Ruhestand gehen musste, liegt ihre gesetzliche Rente bei bescheidenen 980 Euro im Monat.

Schuld an Hilbrandts Schock ist eine Neuregelung, die 2004 in Kraft trat: Weil die gesetzlichen Krankenkassen klamm

waren, hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung in Absprache mit der Union ein Paket politischer Grausamkeiten auf den Weg gebracht. Sie strich Brillen und Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der Kassen – und beschloss, von Betriebsrentnern künftig die vollen Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zu kassieren. Genauer: sowohl den Arbeitgeber- als auch den Arbeitnehmeranteil.

Vor allem Senioren, die ihre Verträge lange zuvor abgeschlossen hatten, fühlen sich betrogen. Seit Jahren kämpfen sie für eine Besserstellung, vergebens. Bislang galt in der Politik die eherne Regel, dass es schlicht nicht zu bezahlen sei, das Gesetz von 2004 rückgängig zu machen. Doch jetzt, da die Krankenkassen Rekordüberschüsse angehäuft haben, gerät die Sache wieder in Bewegung: Die Große Koalition prüft mögliche Erleichterungen für Betriebsrentner.

Schon in den Koalitionsverhandlungen hatte die SPD gefordert, die Krankenkassenbeiträge für Betriebsrenten auf den Arbeitnehmeranteil zu halbieren. Die Union war angesichts der Milliardenkosten vor wenigen Monaten noch dagegen.

Nun kommt das Thema auch deshalb wieder auf, weil viele Betriebsrentner ihrer Wut lautstark Luft machen. Mehr als 1000

der geschätzt sechs Millionen Betroffenen haben sich im »Verein Direktversicherungsgeschädigte« zusammengefunden, der deutschlandweit zu Stammtischen einlädt. Die Senioren protestieren vor dem Reichstagsgebäude und drohen im Internet, dafür zu sorgen, dass die CSU bei der Landtagswahl im Oktober »nicht die schönste, sondern die schlimmste Nacht ihres Lebens erlebt«.

Auf die Politik hat der Widerstand Eindruck gemacht. »So gut wie jeder Bundestagsabgeordnete wird in seinem Wahlkreis mit dem Thema konfrontiert«, sagt der CDU-Politiker Maik Beermann, zu keinem Thema außer der Flüchtlingsfrage erhalte er mehr Post.

Ende April schrieb Beermann einen Brief an Fraktionschef Volker Kauder, den mehr als 40 Unionsabgeordnete unterzeichneten: Das Thema dürfe nicht allein der SPD überlassen werden. Die »Doppelverbeitragung« sei »eine Ungerechtigkeit unseren Wählerinnen und Wählern gegenüber«. Viele Versicherte hätten schließlich schon in der Ansparphase auf ihre Einzahlungen Krankenkassenbeiträge gezahlt.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) bat seinerseits vor Kurzem darum, eine Lösung in einen aktuellen Gesetzentwurf von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) aufzunehmen. Dazu kam es wegen der drohenden Kosten nicht, in einem Brief von Ende Mai sicherte Spahns Staatssekretär aber zu, das Thema »lösungsorientiert zu prüfen«.

Am vergangenen Dienstag präsentierte Spahn seinen Fraktionskollegen in einer Sondersitzung erste Zahlen. Sie wirkten auf viele Teilnehmer abschreckend, Spahn hat an einer teuren Lösung kein Interesse. Würde man rückwirkend die Belastung für alle Betriebsrentner rückgängig machen, wäre dafür voraussichtlich ein Einmalbetrag von rund 40 Milliarden Euro fällig, rechnete Spahn der Runde vor.

Günstiger wäre die von der SPD vorgeschlagene Lösung, in Zukunft von Betriebsrentnern nur noch den halben Kassenbeitrag zu verlangen. Das würde jährlich etwa 2,6 Milliarden Euro kosten.

Für Senioren wie Maria Hilbrandt, die ihre kleine Rente mit einem Job aufbessern muss, wäre schon das eine Erleichterung. Das Problem ist: Die Masse der Beitragszahler müsste mit einer Erhöhung der monatlichen Beitragssätze um 0,2 Prozentpunkte rechnen. Damit würden auch Geringverdiener zur Kasse gebeten, die wohl nie von einer Betriebsrente profitieren werden. Es ist ein politisches Dilemma, das kaum zu lösen ist.

Cornelia Schmergal, Anne Seith

# Lieblingsprämie sichern!

JETZT LESER WERBEN – SIE MÜSSEN SELBST NICHT ABONNENT SEIN.



## 100 € Amazon.de Gutschein

Über eine Million Bücher sowie 250 000 CDs, DVDs, Spiele, Technikartikel und vieles mehr stehen zur Auswahl.



## € 100,- BestChoice-Universalgutschein

Insgesamt stehen Ihnen 200 Händler mit über 25 000 Filialen oder Online-Shops zur Auswahl. Ohne Zuzahlung.



## € 100,- DriversChoice-Tankgutschein

Extra Benzingeld für Sie: Der Tankgutschein ist deutschlandweit bei über 8500 Tankstellen gültig. Wir wünschen Ihnen eine gute Fahrt! Ohne Zuzahlung.



## € 100,- Prämie

Erfüllen Sie sich oder Ihren Lieben einen besonderen Wunsch, oder legen Sie die € 100,- für eine größere Anschaffung zurück!





## iPad 32 GB Wi-Fi in Spacegrau

Neues Modell mit A10-Fusion Chip und iOS 11,  
9,7"-Retina-Display, Fingerabdruck-Sensor und  
8-MP-Kamera. Zuzahlung: € 229,-.

Rosenzweig &amp; Schwarz, Hamburg

Ich bin der neue SPIEGEL-Leser.

- Wertvolle **Wunschprämie** für den Werber.
- Der Werber muss selbst kein SPIEGEL-Leser sein.
- Zum Vorzugspreis: statt ~~€ 5,10~~ nur € 4,80 je Ausgabe inkl. Lieferung.
- Auf Wunsch das Digital-Upgrade für nur € 0,70 je Ausgabe inkl. SPIEGEL-E-Books.

- 100 € Amazon.de Gutschein (5075)
- € 100,- BestChoice-Universalgutschein (5644)
- € 100,- DriversChoice-TankGutschein (5645)
- Samsung Galaxy Tab A 10,1" 32 GB (5664) Zzgl. € 129,-
- iPad 32 GB (5694) Zzgl. € 229,-
- € 100,- Prämie (2160). Meins Konto für die Überweisung:

**Anschrift des Werbers:**

Straße, Hausnr.

PIZ						Ort
-----	--	--	--	--	--	-----

**Anschrift des neuen Lesers:**

Straße, Hausnr.

Geburtsdatum				

P17

Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen)

E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

**Gleich mitbestellen!**

☐ Ja, ich möchte zusätzlich das Digital-Upgrade für nur € 0,70 pro Ausgabe beziehen statt für ~~€ 4,99~~ im Einzelkauf. SP18-015

SD18-015

☐ Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Der neue Abonnent liest den SPIEGEL für zunächst 52 Ausgaben für zurzeit € 4,80 pro Ausgabe statt € 5,10 im Einzelkauf, das Digital-Upgrade zusätzlich für € 0,70 pro Ausgabe. Das Abonnement verlängert sich automatisch und ist dann jederzeit zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.

**Ich zahle bequem per SEPA-Lastschrift\*** vierteljährlich € 62,40, Digital-Upgrade halbjährlich € 18,20

[illegible]

Datum

Unterschrift des neuen Lesers

SP18-106

Gläubiger-Identifikationsnummer DE50ZZ00000030206



**Coupon ausfüllen und senden an:**  
**DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg**



**040 3007-2700**



**abo.spiegel.de/p18**

Der Werber erhält die Prämie ca. vier Wochen nach Zahlungseingang des Abonnementbetrags. Der Vorzugspreis von € 0,70 für das Digital-Upgrade gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,60 für das E-Paper. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht: [www.spiegel.de/agb](http://www.spiegel.de/agb). SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: [aboservice@spiegel.de](mailto:aboservice@spiegel.de)

\* **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

# Nur Gewinner

**Lobbyismus** Die deutsche Glücksspielindustrie liebt die FDP – und die FDP die Glücksspielindustrie. Szenen einer symbiotischen Beziehung.

**C**hristian Lindner war erschöpft. In einer kräftezehrenden Rede vor dem Bundesparteitag hatte der FDP-Chef zum Rundumschlag ausgeholt. Gegen die führungsschwache Kanzlerin, gegen die grassierende Bürokratie – und gegen potenziell illegale Ausländer, die angeblich in den Warteschlangen deutscher Bäckereien lauern.

Atem holen konnte der Liberale unweit der Parteitagsbühne, an einem Infostand der Glücksspiellobby. Die freundlichen Herren vom Verband der Deutschen Automatenwirtschaft e. V. (DAW) fanden an jenem Maiwochenende warme Worte für Lindner. Und Lindner für sie: »Die Informationsarbeit durch Ihre Branche ist gerade in der gegenwärtigen Diskussion um die Glücksspielregulierung hilfreich!«, lobte Lindner, während im Hintergrund die Spielautomaten blinkten.

Die Tuchfühlung mit der FDP-Prominenz hatte sich der Daddel-Dachverband einiges kosten lassen. 7140 Euro Standmiete (inklusive Mehrwertsteuer) zahlte die DAW den Liberalen, um bei deren Par-

teitag Präsenz zeigen zu dürfen. Im Gegenzug konnten die Glücksspiellobbyisten mit »Spitzenpolitikern auf Bundes- und Landesebene« ins Gespräch kommen und ihre Positionen, etwa zu den »Landesspielhallengesetzen«, erläutern, wie die DAW auf ihrer Homepage berichtet.

Seit Jahren pflegen die Zockerlobby und die FDP ein Verhältnis, das nur Gewinner zu kennen scheint: Firmen aus der Glücksspielparte füllen verlässlich die Parteikasse, während die milliarden schwere Branche, besonders in Fragen der Marktregulierung, auf die wohlwollende Unterstützung der Liberalen hoffen darf.

Die zeigt sich bisweilen auch in kleinen Gesten – wie jüngst beim Parteitag in Berlin. Am Lobbystand der DAW posierte FDP-Chef Lindner noch schnell für ein PR-Foto mit einem Manager der Gauselmann-Gruppe, die mit Gewinnspielgeräten Milliardenumsätze macht. Der Schnappschuss zeugt von Verbundenheit: Die Unternehmen der ostwestfälischen Gauselmann-Gruppe gehörten in den vergangenen Jahren zu den treuesten Parteispendern der FDP. Auch im Rechenschaftsbericht für das Geschäftsjahr 2016 ist eine Zuwendung von 11 000 Euro vermerkt.

Firmenpatriarch Paul Gauselmann, 83, saß bis vor Kurzem im Vorstand des Dachverbands DAW und ist auch sonst berühmt für seine politische Landschaftspflege. Zwar beglückt der »Automatenkönig von Espelkamp« andere Parteien ebenfalls mit seiner Gunst, zur FDP aber hat er offenbar ein ganz spezielles Verhältnis. Wie das ARD-Magazin »Monitor« 2012 herausfand, hatte Gauselmann in den Jahren 2004 und 2007 über Treuhänder fast zwei Millionen Euro in das verzweigte Firmen-

geflecht der FDP investiert, namentlich in die Parteiunternehmen ProLogo und Altmann-Druck. Gauselmann bestritt damals jeden Vorwurf der verdeckten Parteifinanzierung.

2016 spendete laut Rechenschaftsbericht auch die Spielautomatenfirma Löwen Entertainment an die Liberalen, 14 500 Euro. Zuwendungen wie die Miete für Parteitagstagsinfostände bleiben indes anonym, sie können nahezu spurlos verbucht werden, etwa unter dem unverfänglichen Posten »Einnahmen aus Veranstaltungen«.

So wie jene 5950 Euro, die der Automaten-Dachverband bereits im vorigen Jahr an die FDP zahlte, für einen 20-Quadratmeter-Stand auf dem Bundesparteitag im April 2017. Dort, so ist auf der DAW-Homepage zu lesen, sei es »zu intensiven Gesprächen« mit Wolfgang Kubicki gekommen, damals Spitzenkandidat der schleswig-holsteinischen FDP für die Bundestagswahl. Spätestens seit Kubicki mithilfe, an der Waterkant ein liberales Glücksspielgesetz durchzusetzen, gilt er als Liebling der Lobby.

Von Anfang an zeigte der heutige FDP-Vize wenig Berührungängste mit der Zockerindustrie. Im Frühjahr 2011, unmittelbar vor einer wichtigen Ministerpräsidentenkonferenz zum Glücksspielstaatsvertrag, ließ er sich von dem Sportwirtschaftsblatt »Sponsors« zu einer exklusiven Tagung in ein Luxushotel auf Sylt einladen (SPIEGEL 14/2011). Dort erfreute er die versammelten Branchenvertreter mit einem alternativen »Gesetzesentwurf zum Glücksspielstaatsvertrag« und gönnte sich anschließend eine Gratisrunde auf dem nahe gelegenen Golfplatz.

Inzwischen ist Kubicki zum Vizepräsidenten des Bundestags aufgestiegen, lässt sich aber offenbar gern weiter von Glücksspiel-freunden einladen. Als der Dachverband DAW am Donnerstag in Berlin zum Kongress der Deutschen Automatenwirtschaft lud, sollte Kubicki das Impulsreferat für die Spielhalleneinrichter halten. Die mussten immerhin 345,10 Euro Eintritt zahlen – und wollten dafür auch Prominenz sehen.

Kubicki sei, so versprach die Einladung, »nicht nur eines der Schwergewichte in der deutschen Politik«, sondern gehöre auch »zu den Politikern mit großer persönlicher Kompetenz in Sachen Glücksspielregulierung«.

Unglücklicherweise musste Kubicki seinen Vortrag (»Plädoyer für einen offenen Markt mit fairen Regeln«) in letzter Minute absagen, wegen einer wichtigen Bundestagssitzung. Auf liberale Politprominenz musste die Glücksspiellobby dennoch nicht verzichten. Zu den Gästen der geschlossenen Veranstaltung zählte auch Hermann Otto Solms, der Bundesschatzmeister der FDP.

Sven Röbel, Andreas Wassermann



**Unternehmer Gauselmann:** Politische Landschaftspflege vom Automatenkönig



# Das vierte Reich

**Zeitgeschichte** Altnazis dominierten das Innenministerium in dessen Gründerzeit.

Eine Studie zeigt die Gefahr, die von den Beamten ausging.

**D**ie Runde traf sich erstmals 1957 in der ehemaligen Artilleriekaserne im Norden Bonns, dem Sitz des deutschen Innenministeriums. Niemand durfte erfahren, was die acht Beamten mit einigen Kollegen aus anderen Ressorts besprachen. Es herrschte Kalter Krieg, die Bundesrepublik und die DDR standen einander feindlich gegenüber. Die Staatsdiener sollten im Auftrag von Kanzler Konrad Adenauer heimlich Vorschläge für eine gesamtdeutsche Verfassung ausarbeiten.

Schnell war man sich einig: Wie die Bundesrepublik sollte das geeinte Deutschland auf keinen Fall aussehen.

Der Bundestag? Zu mächtig. Die Staatsgewalt würde sich »immer mehr im Parlament konzentrieren«, schimpfte ein Unterabteilungsleiter. Lieber die Abgeordneten nur dreimal im Jahr tagen lassen und ansonsten mit einem »Hauptausschuss« aus rund hundert Abgeordneten regieren.

Verfassungsbeschwerden? Abschaffen. Niemand sollte mehr vor das Verfassungsgericht ziehen können, wenn etwa der Staat die Meinungsfreiheit einschränkte.

Die Bedeutung der Grundrechte im Grundgesetz? Zu weitgehend. Man müsse die Grundrechte in größerem Maße als bisher einschränken können, erklärte ein Referatsleiter. Eine »stärkere Gemeinschaftsbezogenheit des Einzelnen« sei notwendig, etwa in Form von »Grundpflichten«.

Wie rückwärtsgewandt die Ministerialen dachten, zeigt ihr Namensvorschlag. Das wiedervereinte Deutschland sollte »Reich« heißen. Es wäre das vierte der deutschen Geschichte gewesen.

Das Bundesinnenministerium (BMI) ist für den Schutz der Verfassung zuständig. Dass ausgerechnet von diesem Ressort einst eine Gefahr für die junge Bundesrepublik ausging, zeigt nun eine Studie des Instituts für Zeitgeschichte und des Zentrums für Zeithistorische Forschung\*. Sie haben im Auftrag des BMI dessen Gründungsgeschichte untersucht.

Der Befund ist bedrückend: Die Historiker stießen in dem von der Union geführt



**Innenministerium in Bonn um 1955:** Antisemitismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit

ten Ministerium auf ein »antipluralistisches Politikverständnis«, eine Neigung zu »autoritären Lösungen«, zudem »Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit«.

Ehemalige Nationalsozialisten waren überdurchschnittlich häufig im BMI untergekommen. 1961 stellten Ex-NSDAP-Mitglieder mehr als zwei Drittel des Führungspersonals. Rund die Hälfte war zudem einst der SA beigetreten, der paramilitärischen Kampforganisation der NSDAP.

Da gab es den Juristen Gerhard Scheffler, der es zum Abteilungsleiter brachte und als Oberbürgermeister von Posen (heute Poznań) die polnische Bevölkerung drangsalierte. Wie er nach 1945 dachte, ist privaten Notizen zu entnehmen. Darin bezeichnete er Juden in Osteuropa als »mißratene Mischlinge, rassistisch schlimmster Sorte«, und räumte ein, das System der Bundesrepublik liege ihm nicht, von seinen »grundsätzlichen Auffassungen« her.

Ein anderer Verfassungsfeind im Amt war Ex-SS-Untersturmführer Paul Dickopf, der später das Bundeskriminalamt leitete. In einem Dokument bezeichnete er Russen als »Tiere«.

Immer wieder fanden die Historiker Vorschläge aus dem BMI, die gegen das Grundgesetz verstießen. So legte die Kulturabteilung einen Entwurf für ein Bundespressegesetz vor. Die »innere Sauberkeit der Presse« sollte durch »Aussonderung der unlauteren Elemente« unter Journalisten gewährleistet werden.

Auch der Entwurf der Abteilung »Öffentliche Sicherheit« für eine »Notverordnung über Sicherheitsmaßnahmen« im Krisenfall befremdet. Dieses Papier sprach dem Bundeskriminalamt das Recht zu, bei

einem Notstand in der Bundesrepublik politisch Unerwünschte ohne Haftbefehl vorbeugend festnehmen zu dürfen.

Die Gesundheitsabteilung des BMI berief Mediziner, die Menschenversuche in Konzentrationslagern durchgeführt hatten oder an der Ermordung Behinderter beteiligt gewesen waren, in den Bundesgesundheitsrat und beauftragte sie als Sachverständige. Die Staatsanwaltschaft warf Abteilungsleiter Josef Stralau sogar vor, im »Dritten Reich« dafür mitverantwortlich gewesen zu sein, dass in einer Heil- und Pflegeanstalt Kinder getötet worden waren.

Ausgerechnet Beamte aus diesem Milieu beschlossen 1954, die Verträglichkeit der Pockenschutzimpfung untersuchen zu lassen. Ärzte führten Knochenmarkpunktionen an Babys und Kleinkindern aus einem Waisenhaus durch, an einer praktisch rechtlosen Gruppe. Anschließend veröffentlichten die Mediziner ihre Erkenntnisse in einer Fachzeitschrift.

Immerhin beobachteten die Historiker Lerneffekte bei manchen Beamten. Die Öffentlichkeit und die Medien widersetzten sich in zunehmendem Maße den Vorstößen der Ewiggestrigen. Die einstigen Hitler-Anhänger hielten sich mehr und mehr zurück und gingen schließlich in Pension.

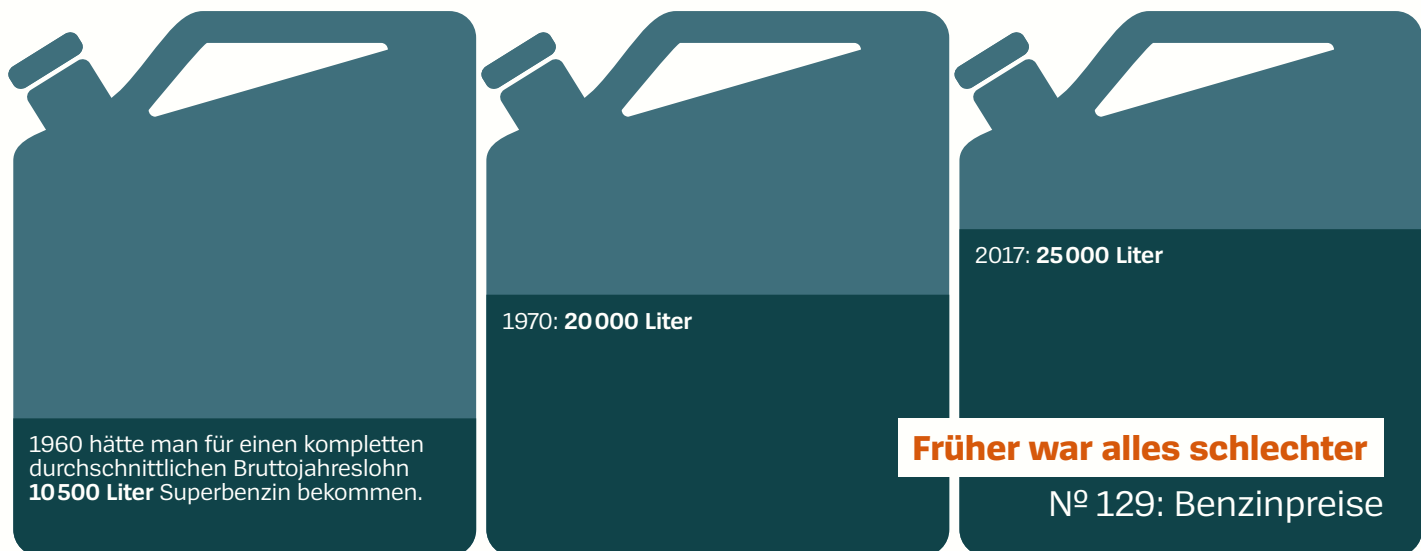
Das selbstbewusste Innenministerium war bislang stolz auf seine Geschichte. Kommende Woche wird wohl sein Chef Horst Seehofer die neue Studie präsentieren. Seine Vorgänger Otto Schily (SPD) und Wolfgang Schäuble (CDU) hatten sich jahrelang geweigert, die Historie des eigenen Hauses aufarbeiten zu lassen.

Jetzt weiß man, was sie zu befürchten hatten. Klaus Wiegrefe

\* Frank Bösch, Andreas Wirsching (Hg.): »Hüter der Ordnung«. Wallstein; 837 Seiten; 34,90 Euro.

# Gesellschaft

»Nur die Kirchen sind noch nicht auf dem Markt.« ► S. 50



**Normalerweise super.** Was haben Schlafzimmer und Tankstellen gemein? An beiden Orten klaffen Selbstwahrnehmung und Realität gern auseinander. Gerade bei Männern. Das Jammern über die hohen Spritpreise gehört zum deutschen Autofahrer wie der Führerschein. Schon wahr, 1970 hat der Sprit umgerechnet nur 30 Cent gekostet, der Tankwart trug eine lustige Kappe und fragte, ob er die Windschutzscheibe von Insekten säubern dürfe (auch die gab es damals noch). Aber ein Arbeitnehmer verdiente 1970 auch nur 600 Euro. Rechnet man aus, wie viel Liter Super man für einen durchschnittlichen Jahreslohn bekam, ergibt sich ein anderes Bild. Wir können uns heute zweieinhalbmal mehr Benzin leisten als unsere Großväter 1960. Die Ölkrise 1973 hat statistisch kaum eine Spur hinterlassen. Schon zwei Jahre später konnte

wieder ungeniert vollgetankt werden. Nie war Super so relativ billig wie Anfang der Neunziger. Da waren zwar jede Menge Trabants auf den Straßen, die Zweitaktgemisch tankten, aber es kostete den Westler real gesehen fast nichts, die neuen Bundesländer zu befahren. Außerdem kommt man heute dank besserer Motoren mit einem Liter Super sehr viel weiter als in den Sechzigern – sofern man PS-mäßig so bescheiden bleibt wie unsere Vorfahren. Wollte man die mit einem Jahresverdienst möglichen Autokilometer abbilden, wäre das Bild noch rosiger. Wobei ehrlicherweise die Verkehrsdichte mitberechnet werden müsste, die endlosen Lastwagenschlangen, all die »Staus über vier Kilometer Länge« und Bauarbeiten an der Anschlussstelle Hofoldingener Forst. alexander.smoltczyk@spiegel.de

Motorräder

## Träumen Harley-Fahrer noch von Amerika, Herr Schuster?

*Heinz Schuster, 68, Kassenwart des Harley-Davidson Clubs Deutschland, über das Verhältnis der Biker zu den USA*

**SPIEGEL:** Wie sauer sind die Harley-Freunde? Ihre Maschinen werden bald noch teurer, die EU plant Strafzölle als Antwort auf die Politik Donald Trumps.

**Schuster:** Wer sich heute eine Harley kauft, den schreckt das nicht, denke ich. Wir reden ja eher von Leuten über 50 Jahren; wer jetzt in die Midlife-Crisis kommt oder in den zweiten Frühling und 25 000 Euro zahlen will – der zahlt auch ein paar Tausend mehr.

**SPIEGEL:** Aber die Liebe zu den USA trübt das schon, oder? Das ist doch ein

Schlag für Menschen, die gern auf schweren Maschinen durch die Südstaaten fahren mit Bildern aus »Easy Rider« im Kopf.

**Schuster:** Schönes Klischee. Ich gebe zu: Bei mir hat das damals auch eine Rolle gespielt. Aber wenn Sie jetzt diesen Film sehen – keine Handlung, ewig nur rumfahren, komisches Kino eigentlich. Und doch bleiben diese Bilder. Auch bei vielen Jüngeren ist das so.

**SPIEGEL:** Und nun gibt es Bilder von Trump, wie er die Vorstände von Harley-Davidson empfängt. Stört Sie das?

**Schuster:** Tja, die einen lassen sich vor der WM mit einem türkischen

Präsidenten fotografieren, die anderen nach der Wahl mit einem amerikanischen. Trotzdem gucken die Leute weiter Fußball, fahren sie weiter Harley. Ich auch.

**SPIEGEL:** Und die USA sind für Sie immer noch der Sehnsuchtsort?

**Schuster:** Für mich? Nein. Die politische Entwicklung ist sehr unerfreulich, aber das ist nicht der einzige Grund. Natürlich war ich in den USA, Monument Valley, Mount Rushmore, das hat was. Aber dann fahren Sie zum Harley-Treffen in Sturgis, South Dakota, Sie fahren durch die Prärie, immer geradeaus, wo sind die Kurven? Da klatschen Ihnen Schwärme von Heuschrecken ins Gesicht, da ist glühende Hitze, dauernd bläst Ihnen jemand den heißen Föhn ins Gesicht – muss ich nicht haben. Im Sauerland ist es auch schön. Oder in der Eifel. BSU





# Schleuderware

Warum ein Arzt aus Pirmasens seine Praxis verschenken will

Es war Anfang des Jahres, als Dr. med. Günter Theis klar wurde, dass auch er »nur ein biologisches System« ist und besser in den Ruhestand treten sollte. Im September wird er 70, vor fünf Jahren hatte er einen schweren Unfall, und im Winter geriet sein Herz aus dem Takt, Theis hatte Vorhofflimmern. »Zwölf Stunden im Stuhl sitzen und arbeiten, das kriege ich noch hin«, sagt er. »Aber im Notfall an die Tür rennen, weil ich jemanden reanimieren muss – da wird's eng.« In 66953 Pirmasens, Volksgartenstraße 23, macht Doktor Theis deshalb zum 31. Dezember Schluss. Für seine Praxis sucht er nun einen Nachfolger.

Im April hat Theis seine Praxis bundesweit inseriert, er hat eine Anzeige aufgegeben im »Ärzteblatt Thüringen«, im Journal der Ärztekammer von Berlin, von Hessen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland. Die Anzeigen haben ihn einen mittleren vierstelligen Betrag gekostet. Der Text lautet: »Praxis zu verschenken! Tadelloser Umsatz! Kein Nacht- oder Notdienst!«. Er nennt eine E-Mail-Adresse, an die ihm Interessenten schreiben sollen: deindok@web.de.

Günter Theis, ein Mann mit Brille und Dreitagebart, ist ein klassischer Hausarzt, er therapiert Reizhusten, Erkältungen und Magen-Darm-Infekte. Die Leute kommen zu ihm »mit ihren Wehwehchen und privaten Problemen«, sagt er. Seine Patienten, mit denen er sich gern im pfälzischen Dialekt unterhält, seien »wie eine zweite Familie« für ihn. Seine Praxis liegt in einer ehemaligen Polizeistation, Baujahr 1913, Stuckdecken, drei Behandlungszimmer, gut 250 Quadratmeter, vier Arzthelferinnen, Sprechzeiten: Mo. bis Fr. von 8 bis 11.30 und 15 bis 18 Uhr, außer mittwochnachmittags.

Auf seinem Schreibtisch stehen Fotos der beiden Enkel. Er hatte Medizin in Homburg studiert, war Stabsarzt bei der Bundeswehr gewesen und hatte neun Jahre lang in einer Klinik gearbeitet, bevor er sich den Traum von der Selbstständigkeit erfüllte: Rund 150 000 Mark Ablöse zahlte Theis an seinen Vorgänger, als er sich 1981 in Pirmasens niederließ. Schon damals hatte er den Plan, mit dem Weiterverkauf der Praxis später einmal die Rente aufzubessern. Ein todsicheres Ding, dachte Theis. Er konnte sich nicht vorstellen, dass seine Praxis mal zur Schleuderware werden würde.

Die Geräte und Möbel, die er anbietet, sind nicht viel wert, in der Beziehung gebe es in der Praxis »einen Investitionsstau«, sagt Theis. Er hat aber, und das ist entscheidend, eine Patientenkartei mit mehr als 1200 Namen. Einige Familien behandelt er in vierter Generation. Eigentlich seien 100 000 Euro ein angemessener Preis für seine Praxis, findet Theis, aber die Hoffnung auf so eine Summe hat er längst begraben.

»Wenn mir einer auch nur 10 000 Euro bieten würde«, sagt er, »stiegen mir Tränen der Rührung in die Augen.«

Bei der Suche nach einem Nachfolger hat sich Theis an die Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz gewandt, doch dort habe man nur »stumm abgewinkt«. Bei der Landarztbörse, wo Ärzte aus ganz Deutschland ihre Praxis offerieren können, hieß es, er müsse damit rechnen, »zwischen zehn Jahre und ewig« zu warten, bis sich ein Interessent melde.

Günter Theis hat Assistenzärzte in seiner Praxis ausgebildet mit der Aussicht, dass einer vielleicht in seine Fußstapfen treten wird. Keiner will. Er verhandelte mit einem Krankenhaus in der Nähe, seine Praxis sollte Partner der Klinik werden; als Außenstelle eines medizinischen Versorgungszentrums wäre sie attraktiver. Theis hatte ein Gespräch mit der Verwaltung des Krankenhauses, dann brach der Kontakt ab.

Im deutschen Gesundheitssystem gehört Theis zu einer aussterbenden Art. Noch nie gab es mehr Ärzte als heute, aber in zwölf Jahren werden wohl gut 10 500 Hausärzte fehlen. Theis sagt: »Ich erkenne beim Nachwuchs eine Geringschätzung des Generalisten gegenüber dem Spezialisten.«

Jeder wolle am liebsten Chirurg werden, weil Chirurgen als Halbgötter gälten, dabei sei der Hausarzt, das meint Theis, der wahre Wunderheiler: Psychotherapeut, Orthopäde und Internist in einer Person. Ein echter Hausarzt habe auch keinen Feierabend, wenn er nach Hause gehe, sagt Theis, »und das

verträgt sich nicht mit der Work-Life-Balance der jungen Leute von heute.«

Der Nachwuchs macht es sich für Theis zu bequem. Er ist sich sicher, die jungen Ärzte wollten geregelte Arbeitszeiten, ein festes Gehalt, wollten sich keine Gedanken machen um das Medikamentenbudget, die Behandlungspauschale, das Kassenhonorar. »In der Klinik sagt der Chef dem jungen Arzt, was er zu tun und zu lassen hat«, so gefalle es den Neuen.

Ein Hausarzt wie Theis müsse sich trauen, Verantwortung zu übernehmen. Er müsse mit Regressforderungen rechnen und sich möglicherweise vor dem Sozialrichter verantworten. »Den bürokratischen Kram will sich kaum noch einer antun«, sagt Theis.

Schuld an alldem habe die Politik, denkt er. Mit Ausnahme von Hermann Gröhe seien alle Gesundheitsminister, die er erlebt habe, »eine Katastrophe« gewesen. Theis wünscht sich einen Me-

diziner als Minister, also einen richtigen Arzt, keinen »Kellerprofessor« wie Karl Lauterbach oder einen halb ausgebildeten Augenarzt wie Philipp Rösler, sondern einen, der die Probleme der Hausärzte kenne. Er sagt, er sei mit seinem Lebenswerk zufrieden, sei dankbar für die »ungeheure Breite an Erfahrung«, die er gemacht habe, aber wenn er noch mal anfangen könnte, würde er an die Universität gehen, als Forscher.

Bisher hat sich genau ein Mensch auf die Anzeige gemeldet, ein Investor aus Görlitz. Aber das ist auch schon wieder acht Wochen her. »Eigentlich bin ich ja Optimist, aber ich denke nicht, dass ich von dem je wieder was höre«, sagt Theis.

Die Homepage seiner Praxis hat er schon abgeschaltet. Den Schreibtisch soll sein Sohn bekommen. Das restliche Inventar, die Schränke, die Liegen und das Schulskelett, will er auf dem Flohmarkt verkaufen. Einige Patienten haben Theis gefragt, ob sie eines der Gemälde haben könnten, die an den Wänden hängen, bald, wenn er geht. Maik Großekathöfer



Theis

**Praxis zu verschenken! Tadelloser Umsatz!  
Kein Nacht- oder Notdienst!**

**Aus dem »Ärzteblatt Thüringen«**

# Lage, Lage, Lage!

**Nöte** Die Krise zwingt Griechenlands Bürger dazu, ihre Häuser zu verkaufen. Der Markt zieht ausländische Investoren an, die sich mit der Immobilie ein dauerhaftes EU-Visum sichern. Unterwegs mit einem griechischen Makler. *Von Barbara Hardinghaus*

**B**evor Konstantinos Petridis ins Auto steigt, um sein Land zu verkaufen, bleibt er an einem alten, schäbigen Haus stehen, schaut die Fassade entlang und sagt: »Das ist ein Diamant.«

Er schließt die Fahrertür auf, setzt sich an das Steuer eines weißen Škoda und lenkt ihn durch die Straßen der griechischen Hauptstadt Athen. Er fährt langsam. Er zeigt, was schon alles an ausländische Firmen verkauft ist: »Hier, das Hotel Tiare«, »da, das Hilton«, »und sehen Sie, dort das Café?«

Die Mittelkonsole in seinem Wagen ist gefüllt mit Schlüsseln, die einen neuen Besitzer brauchen. Er fährt vorbei an Geschäften, Bürogebäuden und Wohnhäusern, an fast jedem dritten klebt das Schild »Zu verkaufen!« Die ganze Stadt liegt da wie eine große Shoppingmall. Die leer stehenden Immobilien sind die Ware von Konstantinos Petridis.

Er ist Makler in einem Land, das die Finanzkrise auf den blanken Boden zurückgeworfen hat.

Petridis sagt, auch die Preise für Immobilien im ganzen Land seien ganz unten. Deshalb schläft er in manchen Nächten nur drei Stunden, er muss sich beeilen, denn schon bald wird das Land verkauft sein, so glaubt er, und Petridis, 32 Jahre alt, kennt sich aus, er ist einer der erfolgreichsten unter ihnen, den Ausverkäufern in seinem Heimatland.

Petridis fährt weiter durch die Stadt, biegt in kleine Gassen ein und sagt jetzt Sätze wie »Wir sind deutlich preisgünstiger als Spanien oder Portugal«. Oder: »Wir haben ein gutes Produkt zu einem niedrigen Preis.« Auch: »Die meisten unserer Kunden können ihr Glück kaum fassen.«

Männer wie Konstantinos Petridis singen keine melancholischen Lieder mehr, wenn sie ihre Heimat am Mittelmeer beschreiben, sie sprechen eine globalisierte Sprache, sie erzählt von Erwerb und Besitz.

Seitdem die Krise im Land 2009 begonnen hat, sind die Immobilienpreise in Griechenland um 42 Prozent gesunken, in einigen Gegenden noch stärker, auch in Athen, an der Straße Aristotelous, die im Zentrum liegt, nicht weit vom Parlament, und in der mittlerweile viele Migranten leben. Petridis nennt die Gegend nur das »Brooklyn von Athen«. »High Potential«, sagt er zufrieden. Nach seiner Theorie werden die Gewinne hier irgendwann, mitten im Zentrum, am höchsten sein. Er zeigt aus seinem Fahrerfenster wieder auf Läden, die meisten stehen leer. »Nur die Kirchen sind noch nicht auf dem Markt«, sagt er und fährt weiter, vorbei an einem Zigarettengeschäft, einem Laden mit Elektrozeug aus China, einem Handygeschäft, vor dem der Inhaber gerade die Decke eines Obdachlosen mit Gummihandschuhen in einen Müllcontainer schmeißt. Petridis parkt vor dem Geschäft, steigt aus und setzt seinen schwarzen Budapest Schuh auf den Asphalt. Petridis ist ein großer Mann, er trägt einen dunkelblauen Anzug, sein Schritt ist kräftig, er sieht nicht nach vorn, er blickt nur immer die Fassaden hoch, sagt: »Wir werden das ganze Viertel umbauen! Zu 100 Prozent.«

Am Haus mit der Nummer 12 bleibt er stehen. Dunkle Planen umhüllen das ehemalige Bürogebäude, sechs Stockwerke hoch. Es habe einem Bauingenieur gehört, der pleiteging und verstarb, sagt Petridis.

Hat der Mann sein Büro durch die Krise verloren?

»Natürlich!«, sagt er kurz. »Oder sehen Sie hier irgendwo Kräne?« Es wird seit Jahren nichts mehr gebaut in der Stadt, weil keiner mehr Geld hat und die Regierung eine Mehrwertsteuer auf Neubauten festgelegt hat, 24 Prozent.

Nach dem Tod des Vaters verkauften die Kinder des Bauingenieurs das Gebäude an Petridis, er verkaufte es weiter an zwei chinesische Geschäftsmänner aus Hongkong für 400 000 Euro, 1000 Quadratmeter Wohnfläche. Die beiden investierten weitere 500 000 Euro, damit sie schon bald, ab Sommer, 22 frisch renovierte Apartments mit Bad und Kochnische







**Makler Petridis auf einer seiner Baustellen in Athen:** »Die meisten unserer Kunden können ihr Glück kaum fassen«

und großer Fensterfront über das Internet, auf Seiten wie Airbnb, an Touristen vermieten können.

Petridis führt durch die Baustelle und sagt, solche Wohnungen brauche man fürs »Cityhopping«. Wenn Leute für einen Kurztrip nach Athen wollen.

Das Einzige, was vom alten griechischen Bürohaus geblieben ist, sind der Fahrstuhl und der alte Dionysos-Marmor auf den Treppenstufen. »Unten machen wir ein Café und eine Rezeption mit Wäscherei«, sagt Petridis. Er hat einen Mitarbeiter, der sich nur um Renovierungsanträge bei der Baubehörde kümmert. Ein

Partner baut in alte griechische Wohnungen Hightech-Spielzeug ein, »Smart Homes« nennt er sie, über Sprachkommandos öffnen sich Fenster, schalten sich der Fernseher und die Kaffeemaschine ein. Es gibt einen Kamin mit Bio-Ethanol und weiße Leuchtbänder im Fußboden. Diese Wohnungen liegen dann wie Raumschiffkapseln in einem traditionell griechischen Wohnhaus mit Balkonen, auf denen Geranien blühen und Wäscheleinen hängen.

Konstantinos Petridis ist Chef von Grekodom, einer Immobilienfirma, die derzeit 30 000 Immobilien in ganz Griechenland anbietet. »Die Menschen sind in Not«, sagt

er kurz, »und das Interesse aus dem Ausland an ihren Wohnungen und Häusern ist groß.«

»Grekodom« heißt so viel wie »das griechische Haus«. Das klingt nach weiß gekalkten Wänden vor blauem Himmel. Nach Schlaraffenland. Lichtdurchflutet. Hinter dem Firmennamen steht ein griechischer Konzern, die Mouzenidis-Gruppe, die seit 20 Jahren Jagd auf Touristen macht und russische Feriengäste mit der firmeneigenen Charter-Fluggesellschaft ins Land bringt. Als die Krise voranschritt, gründete der Konzern eine eigene Immobiliensparte, die sich darauf spezialisierte,

die Häuser der Krisenopfer an die Touristen zu verkaufen.

Konstantinos Petridis wurde Chef der Immobiliengesellschaft, er hat studiert, war bereits drei Jahre in der Gruppe, damals 26 Jahre alt, ein Russisch sprechender Grieche, der in Sibirien aufgewachsen ist, als Enkel eines griechischen Gastarbeiters, ein sogenannter Pontos-Grieche. Als Petridis acht Jahre alt war, kehrte seine Familie zurück in die alte Heimat, in den Norden des Landes, nach Thessaloniki.

Schon kurze Zeit später, in der vierten Klasse, sprach Petridis fließend Griechisch, wurde Schulvertreter und verdiente sein eigenes Geld, indem er Eishörnchen nahm, die andere Kinder weggeschmissen hatten, das Spielzeug aus dem Zipfel der Waffelpulte und es erneut verkaufte. Er verhandelte den Preis, wenn seine Eltern, beide Lehrer, ein Auto kauften. Er war schon immer gut darin, Leute zu überzeugen, sagt er. Während er studierte, kellnerte er und gründete, auf zwölf Quadratmetern, seine erste Immobilienfirma. Er nannte sie »Homeland«.

**Die Touristen**, die sein Unternehmen heute von Russland nach Griechenland fliegt, lesen die Gekodom-Inserate in ihren Reiseunterlagen und finden sie im Bordmagazin auf Seite 88, schauen die Werbeclips im Bord-TV an und finden das Gekodom-Büro gleich neben ihrer Reiseagentur im Zentrum der Stadt.

In der ersten Etage des Bürogebäudes, hinter Lamellen, ohne Tageslicht, sitzt der Chef persönlich, Petridis. In seinem Büro hängen Kabel aus der Wand, es ist kein einziges Bild aufgehängt. Gegen den Mittagshunger schiebt er sich Geschenkpralinen aus Brüssel in den Mund und erklärt dabei sein »aggressives Marketing«: Auf 200 Internetportalen inseriert er weltweit, mittlerweile richtet er seine Angebote nicht mehr nur an Russen. Seine Website ist in 15 Sprachen übersetzt. Es gibt Videos und am Ende auch Käufer, die ihr neues Eigentum nie wirklich gesehen haben. Petridis hat Mitarbeiter in Moskau und Sankt Petersburg, in der Ukraine, in Serbien, Usbekistan, Polen, Armenien, Georgien, der Türkei. Mittlerweile hat Petridis 30 Büros, auch im Ausland. Zu seiner Firma gehört zudem ein Bauunternehmen, das sich um die Umbauten der Häuser kümmert und gerade an der Straße Aristotelous die Fliesen, kleine braune Mosaik, klebt. Es gehören Anwälte dazu, die in allen Sprachen Verträge aufsetzen, und Angestellte, die die neuen Häuser verwalten. Bei Konstantinos Petridis bekommt der Käufer alles aus einer Hand.

Er verkauft sein Land an professionelle Großeinkäufer und an Kleininvestoren, die den Traum vom kretischen Steinhaus am Meer für 30 000 Euro leben wollen.

Er steht auf Immobilienmessen in Kiew oder Moskau und preist die griechische Sonne an. Seine eigene Regierung tut das schon länger. Es gibt ganze Inseln im Ionischen Meer, die verkauft sind an den Herrscher von Katar oder an reiche Russen. Der Hafen in Piräus ist längst im Besitz von Chinesen. An der Küste vor Athen hat ein arabisch-türkisches Konsortium ein Luxushotel gekauft, die griechische Staatsbahn gehört den Italienern, vergeben für 45 Millionen Euro.

Aktuell hat der Staat in seinem Immobilienportal, unter anderem, im Angebot: 171 000 Quadratmeter Strand in Ermioni auf dem Peloponnes, 627 000 Quadratmeter Land in Porto Cheli, einer Urlaubsgegend für Reiche, und die früheren olympischen Ruderwettkampfstätten. Was mit Staatseigentum begonnen hat, wird jetzt mehr und mehr mit Wohnungen und Häusern der griechischen Bürger fortgesetzt.

Petridis hat in seinem Handy Ranglisten für die erfolgreichsten seiner Büros erstellt. Gerade liegt das Büro Korfu an der Spitze. Und jeder Kauf, den Petridis' Mitarbeiter abwickeln, landet direkt auf seinem Handy. An diesem Mittag ist schon ein Apartment in Thessaloniki an einen Serben gegangen, ein Zimmer, 40 Quadratmeter, 26 000 Euro. Ein Pole hat zwei Grundstücke direkt am Meer auf der Chalkidiki gekauft, 1000 Quadratmeter für 500 000 Euro.

Ein Land zum Schnäppchenpreis.

Allein in den vergangenen zwei Wochen gab es 727 Anfragen von Interessenten, 129 aus Russland, 60 aus England, 38 aus Serbien, 33 aus Deutschland. 26 Wohnungen sind bereits verkauft.

»Ich möchte die Gefühle befriedigen«, sagt er – und meint natürlich die Gefühle seiner Kunden. Wenn er spricht, steht sein Gesicht still. Seine Hände allerdings sind ständig in Bewegung. Er bleibt selten einfach mal nur so sitzen, er sortiert die Dinge ständig neu, legt einen Stift parallel zum Block, den Block parallel zur Tastatur. Manchmal steckt er das Handy kurz in die Innentasche seines Sakkos, weil er einem Gespräch folgen möchte, aber das hält er nicht lange aus.

Er sei für die Leute Vater, Freund, Sohn. Petridis scannt die Wünsche seiner Kunden ab und rechnet sie um in Angebote.

Die Nationen hat er kategorisiert und ihnen Stichwörter zugeordnet.

Bei den Deutschen sei das oft einfach. Sie wissen meist schon

selbst, was sie wollen, sagt Petridis. Sie mögen Kreta, Korfu, Rhodos. Sie brauchen meist lange, bis sie kaufen, sind misstrauisch, aber verlässlich. Russen dagegen kaufen am schnellsten.

Petridis sind sie alle recht. Nicht nur sein Handy ist aufgeteilt in Sieger und Verlierer, seine Welt folgt dieser Einteilung. Vielleicht liegt das auch an seiner Herkunft. Er war immer Bürger zweiter Klasse, erst als Grieche in Russland, dann als Russe in Griechenland. Und so wurde Petridis zum Musterbeispiel des Verkäufers für einen Markt, der erst durch die Krise entstanden ist.

Heute bewegt er sich als Mittler zwischen dem alten Griechenland und der neuen globalisierten Welt. Vielleicht, weil es jemanden wie ihn weniger schmerzt, das zu tun, was er tut. Er verkauft das Land nicht an Ausländer, nur an Interessenten, deren Sprache er spricht, deren Mentalität er kennt, seit seiner Kindheit.

Die Frage ist, wann er eigentlich was ist.

»In Russland bin ich Grieche. Die Russen brauchen die Weisheit der Griechen.





In Griechenland bin ich Russe. Die Griechen brauchen die Härte der Russen.«

Mit dem kühlen Blick des Russen und der Freundlichkeit des Griechen bittet er nun aus seinem Büro, er habe einen Termin. Zwei Männer betreten den Raum. Sie reden eine halbe Stunde lang hinter geschlossener Tür. Sie sind gekommen, um Petridis zu verraten, welche Leute in der Stadt in Not sind. Sie stecken es dem Makler, damit sie, sollte es zum Verkauf der Immobilie kommen, zehn Prozent kassieren können. Auch Petridis hat Angestellte, die einfach so bei Leuten klingeln oder sie im Treppenhaus ansprechen und fragen, ob sie Sorgen hätten.

#### **Nutzen Sie die Not der Leute aus?**

»Ich helfe ihnen«, sagt Petridis, er sagt es ruhig und macht eine Pause. Dann beginnt er über die große Krise in Europa zu reden, die Griechenland am schwersten getroffen hat. »Die schlechten Nachrichten aus unserem Land«, sagt er, »waren für uns Makler die beste Werbung.«

Er meint Schlagzeilen wie die »Pleite-Griechen« im Jahr 2010. Mittlerweile be-

findet sich das Land im Jahr neun der Krise. Zwei von drei Griechen sind pleite. Die Krisenjahre haben Petridis erfolgreich gemacht, er steigerte seinen Umsatz jedes Jahr. Heute wohnt er mit seiner Familie auf 120 Quadratmetern, in einer Wohnung mit Terrasse in Richtung Meer. Seine Kinder lernen beide Sprachen, sie gehen samstags noch in eine russische Privatschule.

Zu Beginn liefen auch die Geschäfte bei Petridis zäh, es dauerte manchmal anderthalb Jahre, bis ein Ausländer eine griechische Immobilie kaufen konnte, einige Gebiete und Inseln des Landes waren tabu. Aber die Regierung erleichterte Petridis und seinen Kollegen die Arbeit. Inzwischen darf jeder alles kaufen. Sie senkte auch die Grunderwerbsteuer von 10 auf 3,09 Prozent und schuf das »Goldene Visum«, das bei dem Erwerb einer Immobilie im Mindestwert von 250 000 Euro dem Käufer, dessen Frau und Kindern, Eltern, Schwiegereltern, gleich drei Generationen also, eine unbegrenzte Reisefreiheit in der EU verspricht.

Seit 2009 ist die Zahl der Bankkredite, die länger als 90 Tage lang nicht bedient

wurden, von 7 auf 45 Prozent gestiegen. Und weil die Europäische Bankenaufsicht auf einen Abbau der faulen Kredite drängt, verkaufen die griechischen Banken diese für einen Bruchteil ihres Wertes an ausländische Firmen, wodurch ganze Bündel an Häusern und Wohnungen in ausländische Hände geraten. Drei Hilfspakete sind seit der Krise angelaufen, das letzte endet diesen Sommer, die Regierung hat die Renten und Pensionen der griechischen Bürger mehr als ein Dutzend Mal gekürzt, die Steuern und Abgaben erhöht, eine Immobiliensteuer eingeführt, die »Enfia«.

Neuerdings vollstreckt der Staat auch elektronisch, eine Art Zwangsversteigerung im Internet, was dazu führt, dass der eine oder andere griechische Bürger von ganz allein bei Petridis in der Ladentür steht und seine Wohnung lieber billig an ihn verkaufen will, als sie für noch weniger in der Onlineauktion zu verlieren.

Jetzt gerade will ein Apotheker sein Geschäft und sein Ferienhaus verkaufen. Jetzt gerade besichtigt einer von Petridis' Maklern eine Wohnung und macht Fotos mit seinem Smartphone, sie gehört einem orthodoxen Verein, dessen Mitglieder kein Geld mehr haben, oberstes Geschoss, 90 Quadratmeter, Innenstadt, direkt an der Metrostation »Victoria«, Balkon, Blick auf die Akropolis. Die Rechnung für Petridis geht so: Für 150 000 Euro kauft er, 40 000 Euro investiert er, für 240 000 Euro verkauft er weiter.

Die Fotos landen dann im Internet, in Petridis' Portalen weltweit, auch in Deutschland. Auf einigen Bildern seiner Inserate sind die Betten noch bezogen, stehen die Blumen in der Vase auf Spitzendeckchen, steckt das Marienbild im goldenen Rahmen.

Was machen Sie mit den Sachen?

»Wegschmeißen«, sagt Petridis.

Auf den Seiten von Petridis ist aktuell auch die Wohnung von Polyvios Charitidis inseriert. Charitidis ist Lehrer aus Athen, 57 Jahre alt. Und auch er ist offensichtlich verzweifelt.

Das Wohnhaus steht an der Straße Averof Nummer 24, unten im Café knabbern Papageien Erdnüsse, oben steht Charitidis zwischen seinen Umzugskartons und verpackt seine Vergangenheit. Der Kronleuchter ist abgeschraubt und liegt auf dem Parkett. Geschirr, Tassen, Teller, Dessertschalen stapeln sich auf dem Esstisch.

Die Wohnung hat mal seinen Eltern gehört, Charitidis zeigt sein altes Kinderzimmer, hinten am Gang. Hier spielte er Fußball, feierte Kindergeburtstage, hier hörte er sein erstes Pink-Floyd-Album. 118 Quadratmeter hat die Wohnung, Fischgrätdie-



#### **Krisenopfer Charitidis in seiner Wohnung**

»Die kollektive Psyche ist kaputt«



**Verkäufer Petridis bei einem Karaoke-Abend in Russland:** »Sie bekommen das Beste«

len, hohe Decken. Im November ließ er die Wohnung bei Petridis inserieren. Bislang waren vier Interessenten zur Besichtigung da, alles Griechen, denen die 65 000 Euro, die Charitidis sich erhofft, zu viel waren.

»65 000 Euro sind nicht viel«, sagt er. Er ist ein schlanker Mann, offen, freundlich, er hat eine Frau und einen Sohn, der schon bald studieren wird.

Charitidis ist nicht arm. Er hat ein Ferienhaus und ein weiteres Haus, in dem er mit seiner Familie lebt und das er noch abbezahlt. Sein Gehalt als Lehrer hat sich durch die Krise von 1500 Euro auf 1000 Euro reduziert, seine Frau verdient statt 2500 Euro jetzt 1800 Euro.

Davon kann man leben, aber nicht drei Immobilien finanzieren, auf denen neuerdings die Enfia liegt, für ihn rund 600 Euro im Jahr. Charitidis und seine Frau wollen ihren Sohn ins Ausland zum Studieren schicken, das machen viele ihrer Freunde, weil sie nicht glauben, dass sich durch ihre Regierung im Land noch etwas verbessert.

»Ich habe keine Hoffnung mehr«, sagt er und rollt weiter Sektgläser in Zeitungspapier. Er sieht es jeden Tag an der Schule, an der unterrichtet, es ist eine gute Schule in einer guten Gegend. Er sieht, wie sich die Krise bis zu ihnen, an den Mittelstand, vorgefressen hat. Er sieht Kinder ohne Schulbrot, Eltern, die sich scheiden lassen.

»Die kollektive Psyche ist kaputt«, sagt er. Die Griechen waren mal laut und wehrten sich. Die Griechen waren stolz auf ihr Land. Mittlerweile ist Charitidis froh, wenn er am Ende 60 000 Euro für seine Wohnung bekommt.

Und wenn ein Ausländer sie kauft?

»Bitte, gern. Ist mir egal«, sagt er. Er lächelt, denn er weiß, dass seine Antwort nach Aufgeben klingt. Als junger Mann hat er mal Anarchopartys gefeiert. Jetzt hofft er auf jemanden wie Petridis. Petridis ist nicht nur ein Ausverkäufer. Für Männer wie Charitidis ist er auch die letzte Hoffnung.

Petridis sitzt in seinem Büro wieder vor seinem Handy und sagt seine Petridis-Sätze: »Wir müssen noch aggressiver werden.«

Für Petridis hat die griechische Krise eine Quadratmeterzahl. Irgendwann ist alles weg.

**In einer warmen Frühjahrsnacht** steigt Petridis in ein Flugzeug von Athen nach Sotschi in Russland. Es gibt dort einen Immobilienkongress. Und Petridis ist akkreditiert, um hier sein Land ins Schaufenster zu stellen.

Petridis steigt als Russe in Athen ins Flugzeug und kommt am Morgen als Grieche durch die Drehtür des Pullman-Hotels in Sotschi. Petridis trägt eine Plastiktüte mit Metaxa-Flaschen, griechischem Weinbrand. Neben ihm läuft sein Verkaufsleiter von Kreta, sonnengebräunt. Das Treffen der Immobilienmakler aus ganz Russland dauert drei Tage. Es gibt Verkaufsstände, Vorträge, Workshops, 2000 Teilnehmer, fast alle sind Russen, bis auf ein spanisches Team. Und Petridis.

Er beginnt die Gespräche gleich in der Lobby, setzt sich zu einem russischen Kollegen, der regionale Projekte verantwortet und der jetzt hört, dass Petridis ein Grieche ist, der Russisch spricht. Sie reden, über Griechenland, die Sonne, die Strände,

über den Sonnenschutzfaktor in Cremes, die niedrigen Immobilienpreise und die guten Prognosen. Der Mann erzählt von seiner Frau und seinem Sohn und ihrer möglichen Zukunft in Russland.

Es dauert wenige Minuten, bis sie über das Goldene Visum reden, und der Russe fragt: »Haben Sie auch Erfahrungen mit Aufenthaltsgenehmigungen?«

»Ja, klar. Die Käufer können bis zu drei Generationen bekommen«, sagt Petridis.

In den vergangenen vier Jahren vergab sein Land 2170 der Goldenen Visa, darunter 945 nach China, 387 nach Russland, 171 in die Türkei. Diese Visa geben insgesamt 5359 Familienmitgliedern die Möglichkeit, frei in der EU zu reisen; zunächst bekommen sie das Visum für fünf Jahre, wenn sie ihre Immobilie nicht verkaufen, wird es verlängert.

Dem russischen Makler macht das alles gute Laune, er will noch diesen Sommer nach Griechenland fliegen und sich was anschauen.

Am Abend veranstaltet der Immobilienverband eine Karaoke-Show mit armenischem Essen in einer Markthalle am Hafen. Der Russe und Petridis sitzen an einem Tisch, und nach dem dritten Wodka haut der Russe Petridis auf die Schulter und sagt über den Tisch zu den anderen Gästen: »Guckt mal, dieser Mann hier besorgt euch ein Visum nach Europa.« Die Party geht voran. Die Makler aus Sibirien, Sankt Petersburg, Moskau stehen Schlange, sie wollen singen und trinken. Petridis hebt sein Glas, er zögert, es scheint, als fiele ihm die Rolle des Griechen in Russland schwerer als die des Russen in Griechenland.

Am nächsten Morgen sitzt Petridis an seinem Stand, er trägt ein weißes Hemd, wirkt erschöpft von der Nacht, hinter ihm hängt an Pappwänden ein Streifen griechische Küste, türkisblaues Wasser, Villen, Segelboote. Er verteilt Broschüren, Blöcke, Bleistifte, und jedem, der ihm etwas abnimmt, sagt Konstantinos Petridis: Sie bekommen das Beste!

In ein paar Stunden schon wird er weiterfliegen, von Sotschi zurück und dann gleich weiter nach Beirut, wo die nächste Messe beginnt. Dann wird er zurückkehren nach Athen, mit dem guten Gefühl, alles für sein Land getan zu haben.

Video  
**Wohnungsbesichtigung  
im neuen Athen**

spiegel.de/sp252018griechenland  
oder in der App DER SPIEGEL





# »Ich Chef, du nix«

**Homestory** Wie es meinem Hund gelungen ist, der Herr im Haus zu werden

Ich habe drei Kinder: zwei Söhne und einen Hund. Der Hund heißt Elmo, er ist ein Labradoodle, ein Mischling aus Labrador und Pudel, er sieht aus wie Fuchur, der Drache aus der »Unendlichen Geschichte«. Elmo verliert keine Haare, er stinkt nicht, wenn sein Fell nass ist, außerdem jagt er Katzen, was ich sympathisch finde. Die Züchterin bezeichnete ihn als »ausgeglichen und familientauglich«. Ich weiß ja, man soll einen Hund nicht vermenschlichen, das habe ich in der Hundeschule gelernt. Man soll ihn konsequent erziehen, soll ihn gezielt in seine Schranken weisen, damit er einen als Rudelführer akzeptiert. Es heißt, man müsse »Alpha« über den Hund werden. Leuchtet mir ein. Ich wollte deshalb ein starkes Herrchen sein.

Als Elmo bei uns einzog, habe ich vier Wochen lang bei ihm im Wohnzimmer auf einer Matratze geschlafen. Ich hatte in einem Buch über Welpenerziehung gelesen, das sei wichtig. Der Hund sollte nach der Trennung von seiner Mutter nachts nicht allein sein, und ich wollte eine Bindung zu ihm aufbauen. Damit Elmo schnell stubenrein wird, bin ich alle zwei Stunden aufgestanden und habe ihn vor die Tür getragen, zum nächsten Baum, wo er sein Geschäft erledigen konnte. Während er pinkelte, stand ich in Unterhose auf der Straße und jauchzte: »Feiiiiiii!« Wenn mich die Sonne morgens weckte, lag ich mit dem Kopf auf dem Parkett und Elmo ausgestreckt auf meinem Kissen. Statt ihm klarzumachen, dass er in meinem Territorium nichts verloren hat, bin ich auf das Sofa ausgewichen. Er war doch noch so klein, und es sah so süß aus, wie er da lümmelte.

Damals hätte ich es schon ahnen können. Als ich es mir auf der Couch bequem machte, um noch ein wenig zu dösen, schaute der Hund mich mit einem Blick an, der sagte: »Ich Chef, du nix!«

Nach und nach zementierte er seinen Status als Pascha. Elmo ist keine zähnefleischende Bestie, im Gegenteil, seine Stellung behauptet er mit dem geringstmöglichen Maß an Aggression: Er ist Meister darin, mit Charme zu manipulieren. Und ich tappte in jede Falle, die er mir stellte.

Zum Beispiel beim Abendessen. Elmo trippelte irgendwann zum Tisch, hockte sich neben meinen Stuhl, legte den Kopf schief, schaute mich mit seinen Kulleraugen an, dieses Mal flehend, und fiepte. Meine Frau warnte mich, ich solle den Hund auf keinen Fall füttern. Ich wusste, dass sie recht hatte, trotzdem brauchte Elmo nur drei Tage, bis er meinen Widerstand gebrochen hatte. Heimlich steckte ich ihm eine Scheibe Kochschinken zu. Seitdem stupst mich der Hund

beim Essen so lange mit der Schnauze an, bis ich ihm einen Happen reiche. Er hört erst damit auf, wenn er genug hat. Will ich ihn vorher ins Körbchen schicken, legt Elmo seinen Kopf in meinen Schoß, er sieht aus, als würde er weinen. Bei meiner Frau macht er so was nicht. Er hat sich das leichtere Opfer ausgesucht.

Als Elmo noch klein war, habe ich ihn die Treppen im Haus hoch- und runtergeschleppt, weil das Treppensteigen nicht gesund sein soll für die Hüfte junger Hunde. Während ich ihn auf dem Arm hatte,leckte er mir die Hand ab. Wie niedlich, dachte ich, er bedankt sich. Heute wiegt Elmo 14 Kilogramm und denkt nicht daran, auch nur eine Stufe zu laufen, wenn es nicht sein muss.

Unser Sofa hat einen empfindlichen Bezug; wenn meine Söhne abends fernsehen und dabei Schokolade oder einen Joghurt essen, sage ich alle paar Minuten, sie sollten aufpassen, dass sie keine Flecken machen. Wenn es dann doch passiert, werde ich sauer. Neulich habe ich für Elmo ein getrocknetes Rehohr gekauft, mit Fell dran. Die Verkäuferin meinte, das sei ein »herrlicher Kauartikel, hyperallergen, mit viel Kalzium und Ballaststoffen«. Außerdem reinige das Fell den Darm wie eine Bürste, wenn es ausgeschieden werde. Zu Hause verschlang Elmo das Ohr, es knirschte unangenehm, als er darauf biss. Plötzlich sprang er aufs Sofa und kotzte

alles wieder aus. Brauner Glibber breitete sich auf dem Stoff aus, aber das war mir egal. Ich machte mir Sorgen, Elmo könnte sich verschluckt haben und ersticken.

Überhaupt, unser Sofa. Meine Frau und ich waren uns anfangs einig: »Das Sofa und das Bett sind für den Hund tabu.« Irgendwann habe ich es ihm dann aber doch erlaubt, auf die Couch zu kommen. Weil ich es mag, wenn er sich an mich kuschelt, sich auf den Rücken dreht und gekrault werden will. Dummerweise ist es inzwischen so, dass Elmo sich nicht mehr aufs Sofa bitten lässt, sondern von selbst auf die Idee kommt,

sich darauf auszustrecken. Meine Frau und ich quetschen uns nun in die Ecke, und die Jungs sitzen auf dem Boden.

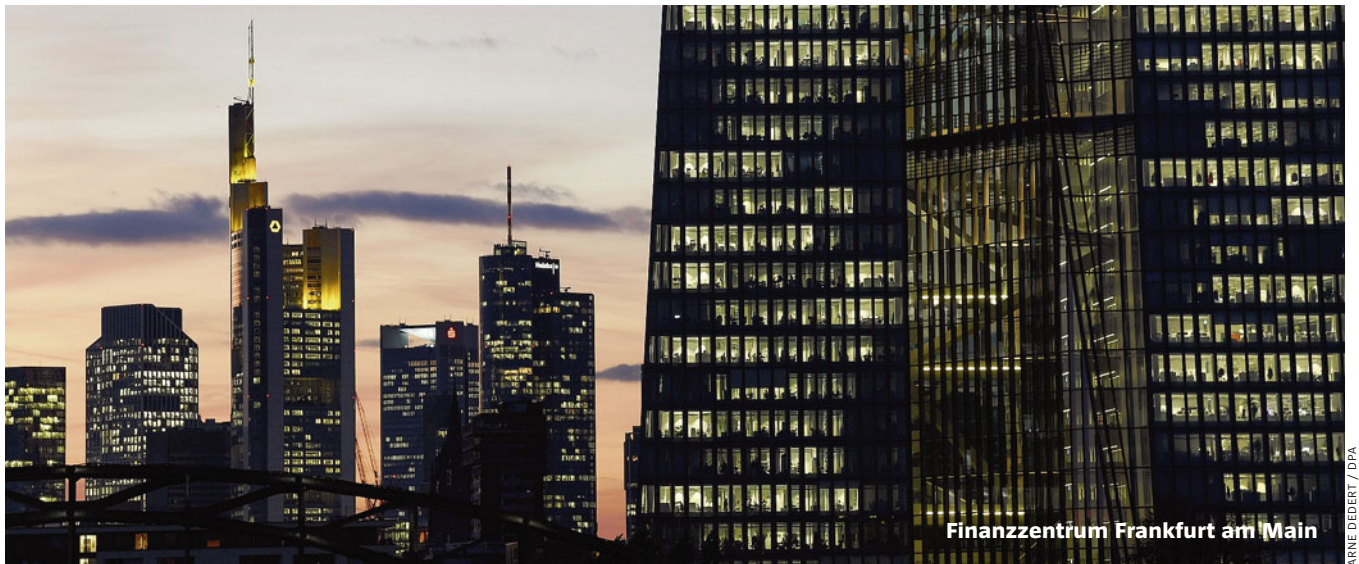
Als Nächstes eroberte Elmo unser Bett. Bereits die bloße Anwesenheit eines Haustiers tut dem Menschen gut, ein Hund senkt den Blutdruck und die Herzfrequenz – schon gut, alles Ausreden, denn vor ein paar Wochen habe ich einen großen Fehler gemacht. Ich habe ihn ins Bett geholt. Jetzt ist er immer der Erste dort. Damit ich überhaupt Platz habe, muss ich ihn ans Fußende schieben, was er nur widerwillig über sich ergehen lässt. Manchmal stupse ich nachts meine Frau an und sage, sie möge aufhören zu schnarchen, aber dann merke ich, dass der Hund schnarcht, der zwischen uns ruht. Nie käme ich auf die Idee, ihn zu wecken. Ich habe kapituliert. Ich drehe mich dann einfach um und versuche, wieder einzuschlafen.

Neulich habe ich einen Artikel in der Zeitung gelesen, darin hieß es, ein wirklich kluger Hund durchschaue einen Menschen schneller, als ihm lieb sei. Ich glaube, Elmo ist sehr intelligent. Vergangenes Wochenende saß ich in der Wanne, als meine Frau mit Elmo das Badezimmer betrat. Der Hund kam näher, schnüffelte am Schaum, dann legte er eine Pfote auf den Rand der Wanne und machte ein seltsames Geräusch. Er mag Wasser. Maik Großekathöfer



# Wirtschaft

Wer nicht sucht, der nicht findet. Vor allem nicht den Schmutz. ► S. 58



Finanzzentrum Frankfurt am Main

Finanzkrise

## »Das kann explosiv sein«

Blackrock-Vize Philipp Hildebrand attackiert Europas Bankenlobby und nationale Aufsichtsbehörden.

● Vor dem Reformgipfel der Europäischen Union fordert einer der mächtigsten Geldmanager der Welt, die Bankenaufsicht des Kontinents neu zu ordnen. »Es ist an der Zeit, den letzten Schritt zu einer echten europäischen Bankenaufsicht zu machen und die Macht nationaler Behörden weiter einzuschränken«, sagt Philipp Hildebrand, Vizechef der Fondsgesellschaft Blackrock. Nur so könne das Finanzsystem der Eurozone dauerhaft stabilisiert werden. Blackrock ist an allen großen börsennotierten Finanzkonzernen beteiligt, auch an der Deutschen Bank. Vieles sei besser geworden, seit 2014 die Bankenunion gestartet und die Aufsicht größtenteils auf die Europäische Zentralbank (EZB) übertragen wurde. »Doch der Streit um die faulen Kredite italienischer Banken und andere Beispiele zeigen, dass die Rolle der nationalen Behörden nach wie vor zu groß ist«, so Hildebrand.



Hildebrand

»Der starke Einfluss der Bankenlobby auf nationaler Ebene ist ein Problem.« Er führe dazu, dass schwache Banken nicht so hart angefasst würden wie nötig, um sie zu sanieren oder abzuwickeln. Ein Kernproblem sei es, dass die Banken in großem Stil Anleihen ihrer jeweiligen Regierung hielten und daher beider Schicksal eng miteinander verknüpft sei. »Wenn dann auch noch die nationalen Aufsichtsbehörden großen Einfluss haben, kann das explosiv sein.« Der Ex-Präsident der Schweizer Notenbank plädiert dafür, mehr Kompetenzen auf die EZB zu verlagern; nationale Behörden wie die deutsche BaFin wären dann nurmehr Filialen. Dies sei auch Voraussetzung dafür, dass es zu grenzüberschreitenden Fusionen und damit stärkeren Banken komme. Diese könnten Risiken besser streuen und unabhängiger von Wirtschaft und Regierung ihrer Nationen werden. BAZ, MHS

Landraub

## Ärzte gegen Menschenrechte?

● Die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe (ÄVWL), mit elf Milliarden Euro Kapitalvolumen eines der größten Versorgungswerke des Landes, bekommt Probleme mit ihrer Anlagepraxis. Eine Studie mehrerer NGOs, darunter Friends of the Earth und die Menschenrechtsorganisation Fian,

kritisiert ein 100-Millionen-Dollar-Investment in einen Fonds des amerikanischen Pensionswerkes TIAA. Der Fonds und mit ihm verbundene Firmen seien in Brasilien in Landraub und Menschenrechtsverletzungen verwickelt. In der Region Matopiba seien rechtlich strittige Landtitel erworben und das Gelände anschließend auch für den Sojaanbau bereinigt worden. Ein Sprecher des US-Pensionsdienstleisters betonte, man halte sich in Brasilien an alle Gesetze und habe strenge ethische Richt-

linien. »Bei solchen Vorwürfen müssen deutsche Aufsichtsbehörden nicht nur wie bisher den Werterhalt dieser Anlagen prüfen, sondern sie auf Einhaltung von Menschenrechten abklopfen und notfalls haftbar machen«, sagt Roman Herre von Fian. Die ÄVWL wolle keine Renditen durch Vernachlässigung humanitärer Gesichtspunkte oder mit Nahrungsmittelspekulation erzielen, lässt ein Sprecher wissen. Man werde die Fondsmanager um Aufklärung bitten. NKL



## ESM bleibt ESM

● Der Rettungsschirm ESM soll zu einem europäischen Währungsfonds ausgebaut werden, aber nicht so heißen. Darauf einigten sich Finanzminister Olaf Scholz (SPD) und sein französischer Kollege Bruno Le Maire bei ihren Verhandlungen über die Reform der Eurozone. Auch ESM-Chef Klaus Regling sprach sich intern gegen eine Umbenennung aus. Der ESM soll zahlreiche neue Zuständigkeiten bekommen. So wird er künftig eine größere Rolle bei der Bankenrettung spielen, die Etats der Eurostaaten überwachen und die Umschuldung von zah-

lungsunfähigen Ländern der Währungsunion moderieren. Vor allem die französische Seite lehnte die Umbenennung ab, um den Internationalen Währungsfonds (IWF) nicht zu düpieren. Frankreich hat eine besondere Beziehung zu der Washingtoner Organisation. Fünf der elf bisherigen IWF-Chefs kamen aus Frankreich. Der deutsche ESM-Chef Regling begründet seine Ablehnung eines neuen Namens damit, dass die Abkürzung ESM, sie steht für Europäischer Stabilitätsmechanismus, sich an den Finanzmärkten als ein Gütesiegel für Solidität etabliert habe. Der ESM legt eigene Anleihen auf, die mit den höchsten Bonitätsbeurteilungen versehen sind. REI

## Palladium boomt dank Dieselkrise

● Der Skandal um manipulierte Abgaswerte strahlt in die Märkte für Edelmetalle aus. Der Preis für Palladium steigt seit Monaten, eine Feinunze des silbrig glänzenden Metalls kostet mehr als tausend Dollar, so viel wie seit Anfang 2001 nicht mehr. Palladium wird in Autokatalysatoren ausschließlich bei Benzinern verwendet. Da deren Nachfrage wächst, während Dieselfahrzeuge schwer verkäuflich sind, klettern die Notierungen für das Edelmetall, das vor allem in Russland und Südafrika abgebaut wird. Ein weiterer Impuls für den Palladiumpreis könnte

kommende Woche vom Opec-Treffen in Wien ausgehen. Es wird damit gerechnet, dass die Ölminister eine Ausweitung der Fördermenge beschließen werden. Dies könnte den Benzinpreis drücken und den Verkauf hochmotorisierter Benziner in den USA stimulieren, vermuten die Analysten des Hanauer Edelmetallhandelshauses Heraeus: »Die Popularität von SUVs und Pick-ups, deren Katalysatoren mit mehr Palladium beschichtet sind, steigt weiter.« Solche Modelle machen zwei Drittel aller Leichtfahrzeuge in den Vereinigten Staaten aus. Wenn der Ölpreis falle, werde dies den Anreiz, auf kleinere Autos umzusteigen, schwächen, so die Heraeus-Experten, »und insbesondere die Palladiumnachfrage in den USA unterstützen«. AJU

## Glück in Tüten



SCIENCE PHOTO LIBRARY / IMAGO

## Mehr Wunsch als Wirklichkeit

● In deutschen Unternehmen findet noch immer wenig Personalentwicklung statt, die Frauen und Männern gleiche Chancen bietet. Das zeigt eine Umfrage von McKinsey im Auftrag der »Initiative Chefsache« unter mehr als 400 Führungskräften. Zwar waren zwei Drittel der Befragten der Überzeugung, eine faire Talententwicklung anzubieten. In der Praxis sieht das aber anders aus: So erklärten nur 44 Prozent der Befragten, es gebe in ihrem Unternehmen ein systematisches Talentmanagement, und nur ein knappes Drittel berichtete von standardisierten Kriterien für die Identifikation von Talenten. Gerade mal 27 Prozent der Befragten halten Gender Diversity, also Teams aus Männern und Frauen, für eines der zehn wichtigsten Themen der Geschäftsführung. Dass vielfältige Teams ökonomisch bessere Ergebnisse bringen, weiß nur eine Minderheit: 67 Prozent der Befragten gaben an, ihnen sei wichtig, Personen zu befördern, die ähnlich arbeiten und denken wie sie selbst. Weniger als der Hälfte ist klar, dass unbewusste Vorurteile (»unconscious bias«) sie daran hindern, objektiv zu entscheiden. »Noch immer liegt der Frauenanteil in deutschen Vorständen nur bei 8 Prozent. Damit sich das ändert, müssen Unternehmen ihre Talententwicklung an reinen Leistungskriterien ausrichten, erst dann haben Frauen und Männer gleiche Chancen«, sagt McKinsey-Deutschlandchef Cornelius Baur. Die Initiative Chefsache ist ein Netzwerk von Führungskräften aus Wirtschaft, Wissenschaft, öffentlichem Sektor und Medien; Schirmherrin ist Kanzlerin Angela Merkel. SAM

# Die Frau, die zu viel wusste

**Korruption** Eine Prinzessin, ein Ex-Ministerpräsident, ein Vorstandsboss, der für den Erfolg alles riskiert: Der Bilfinger-Konzern schreibt einen Krimi, wie ihn die deutsche Wirtschaft noch nicht gesehen hat.

**D**ies ist, soweit sich das sagen lässt, eine wahre Geschichte, obwohl man sie auch so hätte erfinden können: mit einer Fahnderin, die eine Prinzessin ist und einen Namen trägt, den man sich für einen Krimi nicht blumiger hätte ausdenken können. Marie-Alix von Meiningen. Und mit einem großen, unheimlichen Konzern, den man sich größer, unheimlicher kaum ausmalen würde. Ein Thriller mit mehr als tausend Seiten. Nur dass er jetzt wirklich vor einem deutschen Arbeitsgericht spielt. Nächste Woche. In Mannheim.

Im Januar 2017 fliegt Marie-Alexandra von Sachsen-Meiningen an den Persischen Golf. Sie ist eine Frau, die zu viel weiß, getrieben von einer gefährlichen Neugier, noch mehr wissen zu wollen. Über ihre Firma. Den Dreck, der aus schmutzigen Geschäften in allen Ecken der Welt herumliegen könnte. Das ist ihr Job. »Head of Investigations« steht auf ihrer Karte; Meiningen leitet die internen Ermittlungen, wenn beim Bilfinger-Konzern in Mannheim etwas nach Korruption aussieht. Sie macht das, um den Konzern zu schützen. Was sie zu diesem Zeitpunkt nicht weiß: dass dies ihre letzte Dienstreise für Bilfinger sein wird. Und vielleicht die letzte ihres Lebens.

Die Firma kämpft damals ums Überleben, der Mann, der ihr eine Zukunft einhauchen soll, heißt Tom Blades, und das neue Leben, das er verspricht, riecht nach Öl und Gas. Der Brite ist ein Petro-Manager durch und durch. Nach vier Bilfinger-Chefs in nur zwei Jahren, darunter Hessens Ex-Ministerpräsident Roland Koch, gilt er als Mann der letzten Hoffnung.

Seine Vision: Bilfinger – früher ein Baukonzern mit fast 70 000 Mitarbeitern, der das Olympiastadion in München schuf, Brücken, Tunnel, Staudämme – soll als technischer Dienstleister für die Industrie wiederaufstehen. Das neue Bilfinger soll große Werke am Laufen halten. Überwachen. Reparieren. Und das auch auf den Ölfeldern des Nahen Ostens. In einer Welt, in der sich fast alles um Schmiermittel dreht. Nicht nur die im Boden.

Blades braucht dort einen Erfolg. Und dieses dicke Ding steht kurz bevor. In Oman.

Nach Oman will im Januar 2017 aber auch Marie-Alix von Meiningen. Es ist

eine Reise ins Herz der Finsternis. Der Chef der Landestochter, der einen Großauftrag nach dem anderen hergezaubert hatte, ist angeblich spurlos verschwunden. Schon seit Monaten. War er in Schmiergeldgeschäften verwickelt? Waren all die Erfolge in Oman nur gekauft?

Sie kommt nicht bis Oman. Sie landet in Abu Dhabi, der ersten Station ihrer Reise, sie nippt bei einem Treffen mit Konzernkollegen an einer Tasse Tee, die man ihr reicht.

Kurz danach wird ihr schlecht, sie liegt im Hotel, drei Tage, Wahnvorstellungen, Fieberschübe, sie spuckt Blut, kriegt kaum noch Luft, fällt immer wieder in Ohnmacht, wie sie Freunden hinterher erzählt.

Sie schafft es irgendwie zurück nach Europa. Aber sie kommt nicht mehr dazu, der Sache in Oman nachzugehen. Am 9. März 2017 wird sie fristlos gefeuert. Angeblich, weil sie Privatermittler eingeschaltet hat, in Oman und anderswo, ohne den Dienstweg einzuhalten, mit all dem Kleingedruckten. Der Konzern hat extra einen Anwalt auf sie angesetzt, offenbar, um etwas zu finden. Irgendetwas.

Nur sechs Tage nach ihrem Rausschmiss verkündet Blades endlich sein dickes Ding: Der Deal mit der Ölgesellschaft von Oman ist durch, der Wartungsvertrag für das nördliche Ölfeld wird um drei Jahre verlängert. Ein 200-Millionen-Euro-Geschäft. Blades hat es geschafft: »Der Auftrag bestätigt unsere neue Strategie: Der Nahe Osten ist für uns ein Wachstumsmarkt mit Potenzial.« Und wie eine Erlösung muss ihm vorkommen, was die »Süddeutsche Zeitung« schreibt: »Der Auftrag ist auch ein Zeichen des Aufbruchs. Viele Beobachter hatten bezweifelt, dass es Blades gelingen wird, das Ruder herumzureißen.«

**Amerika macht sauber.  
Deutsche Konzerne versprechen  
blitzblanke Geschäfte.  
Die Welt aber bleibt schmutzig.**

Korruption in großem Stil, gibt es die überhaupt noch? In deutschen Konzernen, nach dem Siemens-Skandal? Als bei Sie-

mens 2006 das Schmiergeldsystem auf- und der Münchner Konzern fast auseinanderflog, schien ein Duell für alle Zeit entschieden. Exportweltmeister Deutschland gegen Weltpolizist USA; der Polizist hatte gewonnen. Auf der einen Seite Deutschland, das in fast jedes Land lieferte, auch in jedes korrupte. Auf der anderen Seite die USA, die sich für zuständig erklärten, jeden Schmiergeld-Deal auf

Erden zu verfolgen, wenn er etwas mit den Vereinigten Staaten zu tun hatte. Und sei es nur, dass in Dollar abgerechnet wurde.

Siemens musste allein in Amerika 800 Millionen Dollar Strafe zahlen. Danach waren die US-Sheriffs der Schrecken deutscher Vorstandsetagen.

Die Konzerne stockten ihre Compliance-Abteilungen auf, die auf saubere Geschäfte achten sollen, fuhren die Prozente für Vertriebsleute im Ausland herunter. Von solchen Maklerprovisionen – das war mal der Klassiker – ging früher das Schmiergeld für saudische Scheichs oder russische Apparatschiks ab, damit sie im Gegenzug die Aufträge vergaben.

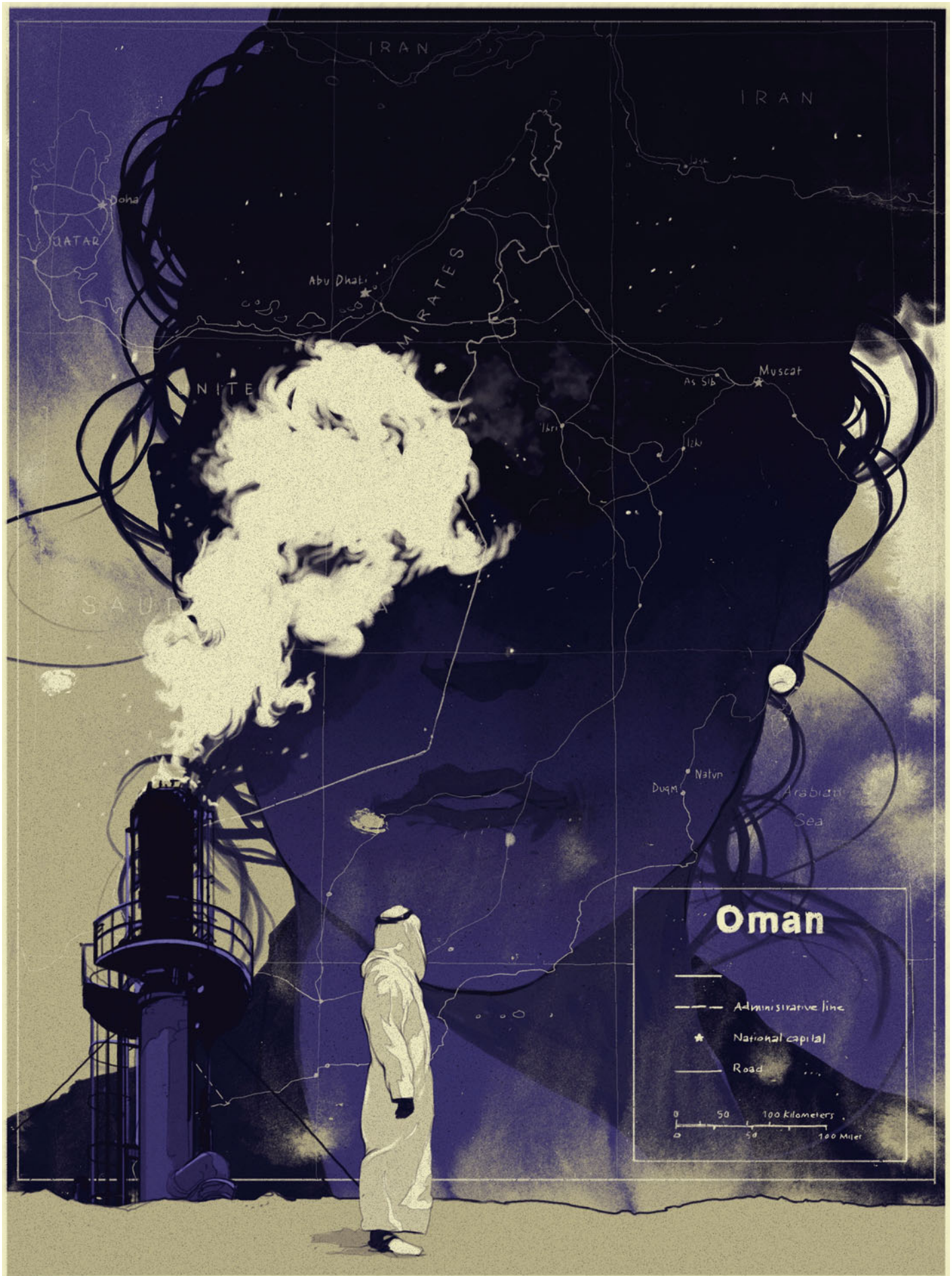
Seitdem erzählen deutsche Manager: Nichts läuft mehr so wie früher. Nun aber zeigt der Blick in das Innere des Bilfinger-Konzerns, dass es bei Weitem nicht so sauber läuft wie behauptet. Im Arbeitsgerichtsprozess zwischen Bilfinger und der geschassten Ermittlerin Marie-Alix von Meiningen geht es um Dutzende Untersuchungsberichte, die ein SPIEGEL-Team auswerten konnte. Und damit um Dutzende bisher unbekannte Korruptionsverdachtsfälle.

Die goldenen Deals in Oman gehören dazu, Geschäfte in Indien, Vietnam, Thailand, Bangladesch, Abu Dhabi, in Russland, Polen, Österreich, Brasilien; Fälle, die zum Teil bis 2015 reichen. Gleichzeitig entzaubern interne Ermittlungsberichte so erbarmungslos wie nie die Amtszeit von Roland Koch, der Bilfinger drei Jahre lang geleitet hat, von 2011 bis 2014.

Koch, ein Spitzenmann in der Politik, ein Lehrling in der Wirtschaft, hat demnach Bilfinger nicht nur mit der falschen Strategie in rote Zahlen gejagt. In seiner Zeit soll es den Vorstand kaum mal inte-







ressiert haben, ob etwas streng nach Korruption roch.

Dabei ist Bilfinger nicht irgendein deutscher Konzern. Bilfinger steht unter Aufsicht, seit die Firma hatte zugeben müssen, dass sie Politiker in Nigeria bestochen hat. Das US-Justizministerium hat ihr einen Aufpasser ins Haus geschickt, einen sogenannten Monitor. Seit 2014 arbeitet Bilfinger unter seinen Augen, auf Bewährung. Die Firma muss jeden Korruptionsverdacht melden und selbst aufklären. Sie muss berichten, was dabei herausgekommen ist. Wenn die Firma weiter trickst, droht ihr ein Strafverfahren in Amerika, darf sie in den USA vielleicht keine Geschäfte mehr machen, steht sie international am Pranger. Das könnte ihr Ende sein.

Aber wenn sie nicht trickst? Ist sie dann nicht genauso am Ende?

Die Weltkarte, wie sie die Korruptionsexperten von Transparency International zeichnen, besteht auch heute noch zu zwei Dritteln aus alarmroten Ländern, in denen Bestechung gängig ist. Auf einer Skala – null Punkte für hochkorrupt, 100 für absolut sauber – liegen in Afrika nur fünf, in Asien und dem Pazifik nur neun Staaten über 50. Auch die wichtigen Exportländer China, Indien, Brasilien, Russland: alle darunter. Der einzige Weg, um sicher sauber zu bleiben, wäre daher, auf Geschäfte in solchen Ländern zu verzichten. Erst recht für Bilfinger, die Firma unter der Lupe.

Der Arbeitsprozess in Mannheim führt mitten hinein in die Zwickmühle der deutschen Industrie: ohne Schmiergeld weniger Geschäft, mit Schmiergeld ein enormes Geschäftsrisiko – wenn man erwischt wird. Die Dokumente sprechen dafür, dass Bilfinger, allen Bekenntnissen zum Trotz, auch weiter auf Hochrisikogeschäfte gesetzt hat, um zu überleben. Und in Panik geriet, als die eigene Chefermittlerin zu tief bohrte. Auch wenn der Konzern das alles hart dementiert.

### **Roland Koch wird König. Roland Koch geht shoppen. Roland Koch muss zum Arzt.**

Am 30. September 2014 hat Mark Livschitz einen wichtigen Termin. Denkt er zumindest. Ob der Mann, den er sprechen will, das auch denkt – schwer zu sagen.

Livschitz, Anwalt aus Zürich, fünf Sprachen, zehn Jahre internationale Großkanzlei, ist der Monitor. Der Aufpasser des US-Justizministeriums, der seit 2014 durch jede Tür bei Bilfinger gehen darf. In jeder Tochterfirma, jederzeit, an jedem Ort der Erde. Am Ende wird er der US-Justiz sagen, wie er Bilfinger beurteilt: ob der Konzern sich endlich an die Regeln hält. Oder nur ein Feuerwerk abbrennt, für ihn, den Monitor. Wie in Disneyworld: buntes

Feuerwerk, Besucher gucken in die Luft, gehen zufrieden zum Ausgang. 2016 war der Besucher Livschitz nicht zufrieden; er ging nicht zum Ausgang. Er sorgte dafür, dass die Bewährung um zwei Jahre verlängert wurde. So etwas hatte es in Deutschland noch nie gegeben. Nicht bei Siemens, nicht bei Daimler, die vor Bilfinger einen US-Monitor hatten.

An diesem Tag im September 2014 sitzt Livschitz also vor Roland Koch. Der hat gerade als Bilfinger-Chef hingeschmissen, nach der zweiten Warnung, dass die Firma ihre Gewinnziele nicht schaffen würde. Livschitz will wissen, was der Vorstandsvorsitzende a. D. dafür getan hat, dass die Geschäfte bei Bilfinger sauber laufen. Das Treffen war vereinbart, die Dauer auch, Livschitz fragt, und plötzlich, die Zeit ist längst nicht um, sagt Koch, er müsse das leider abbrechen, er habe einen Arzttermin. Das wäre in etwa so, als würde man dem Papst bedeuten, er möchte sich mit dem Segen beeilen, man wolle sich nach der Audienz ja noch das Kolosseum ansehen.

Joachim Müller, damals der Bilfinger-Finanzvorstand, hat noch weniger Zeit. Dreimal macht Livschitz einen Termin, dreimal lässt Müller absagen – immer mit gutem Grund, wie Müller heute sagt. Beim dritten Mal ist Livschitz schon auf dem Weg, da ruft Müllers Sekretärin durch, ihr Chef fühle sich gerade unwohl und »beabsichtige«, nach Hause zu gehen. In seinem ersten Monitor-Bericht notierte Livschitz im Februar 2015: »Ich lehnte es ab, einen vierten eventuellen Interview-Termin auszumachen, weil ich Herrn Müllers Benehmen als unkooperativ wertete.«

Nicht nur Müllers: Der alten Riege um Koch bescheinigte Livschitz »reine Lippenbekenntnisse für die Galerie«, »Schaufenster-Übungen, um den Monitor bei Laune zu halten«. Die Firma habe »ein ernstes Problem mit ihrer Unternehmenskultur, offenbar verdorben durch das Erbe seiner früheren Spitzenmanager, die sich für Könige in ihren Schlössern hielten.«

Die Arroganz hatte man Koch schon nachgesagt, bevor er Ministerpräsident war. Dann aber kam die Kaltschnäuzigkeit hinzu, als er seine erste Hessen-Wahl gewann, brutalstmöglich, mit der Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Dann die Chuzpe, auch mal nur die halbe Wahrheit zu sagen, um den CDU-Spendenskandal zu überleben. Und die Zähigkeit, einfach auf seinem Sessel zu bleiben, obwohl es nach der Wahl 2008 nicht

mehr für eine Mehrheit reichte. Für seine Gegner aber auch nicht.

Elf Jahre ein Machiavelli im Amt, danach war Koch wie gemacht für den Chefposten einer Firma, die nicht im Ernst sauber werden wollte. Die höchstens so tat als ob, während es in Wahrheit um etwas anderes ging: Wachstum, um jeden Preis. Gleich zu Anfang kündigte Koch an, den Umsatz in fünf Jahren von acht auf elf, besser zwölf Milliarden Euro zu katapultieren. Wie sollte das gehen?

Bevor er ganz dringend zum Arzt musste, erklärte Koch dem Monitor, wie das schon immer bei Bilfinger gelaufen war: Man kaufte Firmen, die Gewinn machten, und ließ sie wuseln wie bisher.

Mehr Risiko geht kaum: Wie die Inder und alle anderen ihre Aufträge hereinholten – da mischte sich kein Deutscher ein. Hauptsache, am Ende stimmte das Geld. Und wo ein Teil des Geldes landete? Nicht mal die Buchhalter in Mannheim kannten alle Konten. Ende 2014 zählte Bilfinger 462 Töchter, keiner blickte mehr durch. Offenbar wollte auch keiner. Wer nicht sucht, der nicht findet. Vor allem nicht den Schmutz.

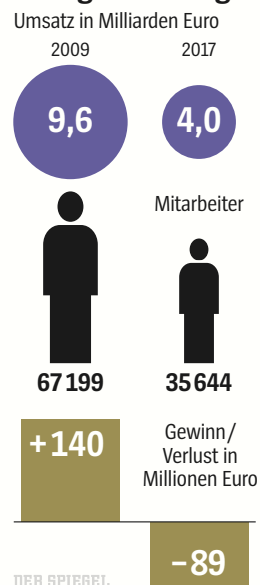
Von 30 Bilfinger-Töchtern, die Monitor Livschitz als stark korruptionsgefährdet einstufte, waren 22 erst nach dem Juli 2008 gekauft worden. Viele unter Koch, denn der sammelte für Bilfingers Größenwahn noch schneller Firmen ein als sein Vorgänger: 25 in drei Jahren.

Zum Beispiel schnappte er sich Tebodin, eine niederländische Ingenieurfirma mit Filialen weltweit. Jene Firma, bei der Marie-Alix von Meiningen später den verschollenen Landeschef von Oman suchen sollte. In Indien schmierten Tebodin-Manager Leute in den Behörden, in Vietnam auch (siehe Seite 62). Und in Abu Dhabi bestach Tebodin von 2010 bis 2013 Mitarbeiter des staatlichen Ölkonzerns, für Aufträge.

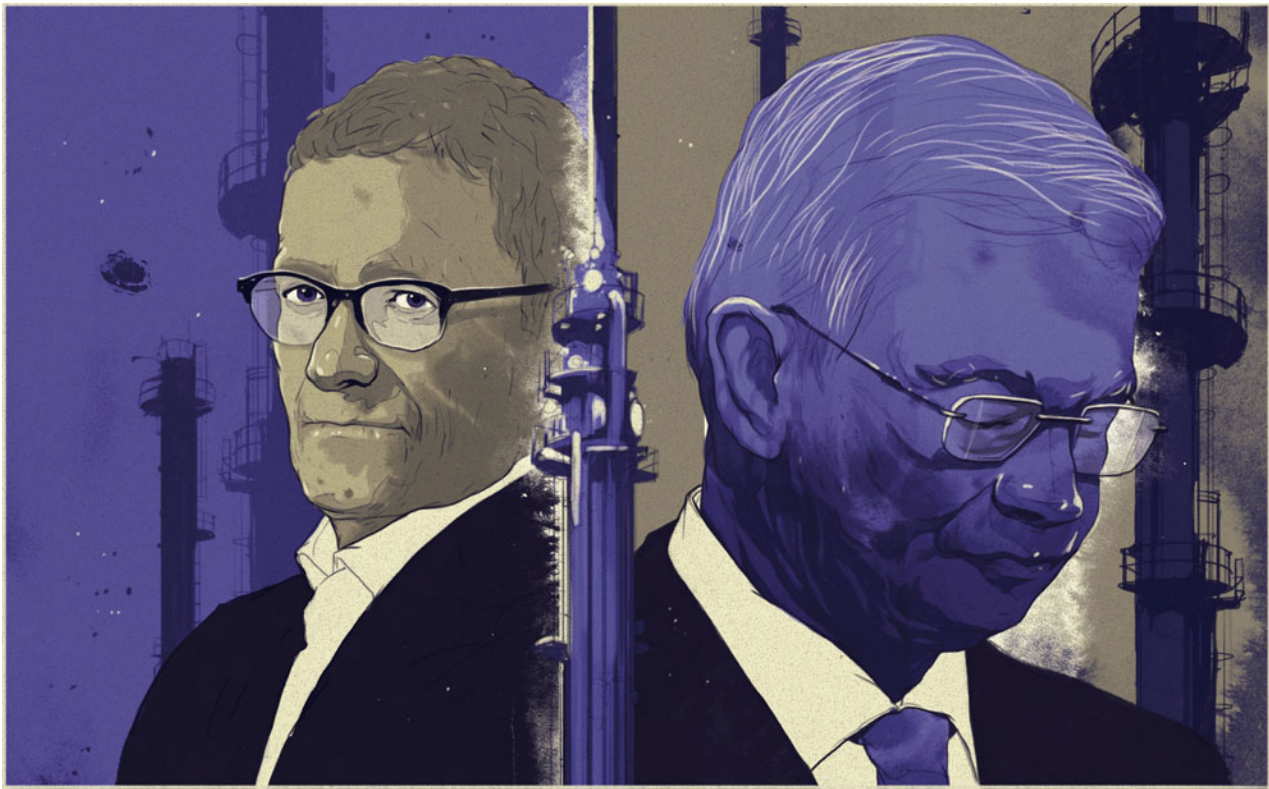
Als Politiker hatte Koch eines gelernt: in Beziehungen zu denken. Wer kennt wen, kann etwas bewegen, kommt durch die Hintertür, wenn vorn geschlossen ist? In der Politik hilfreich, in der Wirtschaft hoch riskant. Im Taunus etwa wohnt ein schillernder Unternehmer; Beziehungen sind sein Kapital. Der Mann rühmt sich, Koch schon in Fragen zu Saudi-Arabien beraten zu haben, als der noch Ministerpräsident war.

Anfang 2014 heuerte Bilfinger den Berater an. Offenbar ein mündlicher Vertrag, obwohl es bei Bilfinger

### **Bilfingers Abstieg**







Monitor Livschitz, Ex-Bilfinger-Chef Koch

die Vorschrift gibt: Verträge nur schriftlich. Im Juli flog er nach London. Mit dabei: ein Bilfinger-Manager. Sie trafen den Mitarbeiter eines Saudi-Konzerns, der ihnen verraten sollte, wie man bei seiner Firma Aufträge gewinnt.

Hinterher schickte der Bilfinger-Manager dem Saudi eine Mail: »Ich arbeite an einem machbaren Konzept, um Ihre wertvolle Hilfe ... zu bezahlen.« Auch der Vorstand in Mannheim bekam Post: Der Saudi werde bald befördert und sei dann für die Wartungsaufträge zuständig, die Bilfinger wolle. Zwar wurde aus dem Deal nichts, und angeblich hatte man ja nur so getan, als wollte man dem Saudi Geld geben, hieß es später. Aber für Firmenanwälte, die den Fall untersuchten, steht fest, dass man wohl schon das Angebot als »Verletzung der Korruptionsgesetze« werten müsse; von dem Berater im Taunus, der das eingestielt hatte, solle man bloß die Finger lassen.

Gegen Koch und alle Vorstände von 2006 bis 2015 hat der heutige Aufsichtsrat Klagen angekündigt, weil sie zu wenig gegen Korruption getan hätten. 120 Millionen Euro sollen sie zahlen. Koch zeigte sich davon überrascht; aus rechtlichen Gründen dürfe er dazu nicht viel sagen, nur das eine: Die Vorwürfe seien haltlos, er habe das Compliance-System sogar »entscheidend vorangebracht«. Wer den Bericht des Monitors liest, kann allerdings höchstens davon überrascht sein, dass Koch überrascht sein will.

Am Ende seiner Bilfinger-Zeit saßen nämlich in der Compliance-Abteilung ge-

rade mal 9 Leute, die Geschäfte auf ihre Sauberkeit prüften; 50 hätten es sein müssen, rechnete der Monitor hoch. Der Compliance-Chef war auch nur selten dabei, wenn der Vorstand tagte. Na und, er habe doch die Compliance-Themen selbst ganz gut draufgehabt, behauptete Koch im Gespräch mit Livschitz. Aber von 93 Punkten, die in Kochs letztem Halbjahr auf der Tagesordnung standen, drehten sich nur 3 um solche Fragen, wie Livschitz nachzählte.

Und wenn noch etwas gefehlt hat, um den laschen Ton an der Spitze auf die Spitze zu treiben, so war es ein Vorstandsbeschluss im Sommer 2014. Die letzte Sitzung von Koch: Der Vorstand ordnete an, dass sich die Gehaltsboni bei Bilfinger künftig auch danach richten, wie sehr man sich die Compliance-Regeln zu Herzen genommen hat. Die Boni aller Mitarbeiter. Nur nicht die der Vorstände.

**Der Alte kommt und geht. Ein Neuer kommt und geht. Eine Prinzessin kommt, das Alte bleibt.**

Danach holte die Firma erst mal den »Alten« zurück. Herbert Bodner, Kochs Vorgänger, zwölf Jahre an der Spitze. Sagt heute auch, er habe nicht geschlampt, die Geschäftsmoral »intensiv vorangetrieben«. Dem Monitor erzählte Bodner aber, als wisse das doch jeder, dass die Nigeria-Tochter, die beim Schmieren erwischt wurde, immer noch Schwarzgeld habe. Geld,

um den Leuten in den Behörden Beine zu machen, »Erleichterungszahlungen«. Das gehe ja gar nicht anders, nicht in Nigeria. Wahrscheinlich hatte Bodner sogar recht. Aber sein Plan, die Tochterfirma an irgendwen zu verscherbeln, der vermutlich in Nigeria so weitermachte, war nicht das, was Livschitz hören wollte. Falsche Antwort.

Der Nächste bitte: ein Norweger, Per Utnegaard; der sagte nun genau das, was Livschitz hören wollte. »Wir werden künftig jeden Verdacht auf einen Verstoß untersuchen«, »für mich gibt es da null Spielraum«. Utnegaard kündigte an, sich voll auf Europa zu konzentrieren; keine gefährlichen Geschäfte mehr in Asien, Afrika und im Nahen Osten.

Utnegaard hatte die Botschaft verstanden. Aber nicht den Konzern. Der Norweger kam nie an bei Bilfinger, seine Strategie, Geschäft zu machen, auch nicht. Am Ende sorgte Bilfinger noch für eine hübsche Pointe: Man hatte sich nämlich seine Reiseabrechnungen angeguckt, ganz akribisch, ob da alles sauber war. Utnegaard zahlte Geld zurück und verschwand still.

Dafür schlug Livschitz Krach. Kaum etwas ging voran. Der Monitor ließ Bilfinger zwei Jahre Aufsicht extra aufbrummen. Zeigte damit, dass er endgültig genug hatte von einer Firma, die offenbar nur die Tage zählte, bis sie ihn abschütteln konnte. Wieder brauchte Bilfinger ein großes Ausrufezeichen, dass man es doch ernst meinte. Und im April 2016 hatte eine Frau ihren ersten Arbeitstag, auf die das Jobprofil

»großes Ausrufezeichen« zutraf. Marie-Alix von Meiningen.

Eine Schweizerin. Neun Jahre in der Pharmabranche, die ersten sechs in der Rechtsabteilung von Novartis, danach drei bei Hoffmann La Roche. Interne Ermittlungen. Eine Frau, mit der man sich besser nicht anlegt. Davon abgesehen, ist sie allerdings auch eine Prinzessin von Sachsen-Meiningen, eine Herzogin von Sachsen. Sie hat die in diesen Kreisen übliche Mindestzahl an kapriziösen Vornamen (Marie, Alexandra, Beatrice, Elisabeth) samt Koseform (Alix). Und wenn die Bilder im Netz stimmen, hat sie auch mit Ende 30 noch das Aussehen eines Fotomodells. Schwarze Haare, hochgesteckt, Belladonna-Augen.

Vielleicht denken manche Männer deshalb, sie taue besser zur Schaufensterpuppe. Oder wenn schon Fahnderin, dann eine, die man sich als Puppe ins Schaufenster stellen kann. Damit es so aussieht, als würde Bilfinger endlich den Dreck aufkehren – während die Neue das in Wahrheit doch besser lassen sollte. 173 000 Euro sollte sie im Jahr verdienen. Fürs Ermitteln. Heute will der Konzern bis zu 1,8 Millionen Euro Schadensersatz von ihr. Weil sie angeblich zu schnell, zu viel, zu rücksichtslos drauflos ermittelt hat.

Meiningen möchte mit dem SPIEGEL nicht reden. Aber wie aus Prozessakten

## Korruptionsindex



hervorgeht, stand sie beim Start nach ihrer Zählung mit einer Kollegin vor 80 ungeklärten Fällen. Bilfinger spricht von 38. Kurz nachdem sie losgelegt hatte, verglich sie ihren Job mit der Notaufnahme in einem Krankenhaus: »Sie kann sich nur die dringendsten Sachen vornehmen«, notierte Monitor Livschitz; schwere Unfälle und arterielle Blutungen zuerst.

Immerhin: Für den Fall, dass Livschitz auf Verdächtiges stieß, hatte Bilfinger auch vorher schon eine US-Kanzlei eingesetzt, außerdem Wirtschaftsprüfer von KPMG. Die schauten sich die Bücher an, die Com-

puterfestplatten, führten Interviews mit Bilfinger-Leuten. Die Neue wollte mehr: richtige Fahnder, die in Staaten wie Nigeria, Libyen, Russland oder China ermitteln konnten. Nicht nur in den Bilfinger-Filialen, sondern auf der anderen Seite, dort, wo vermutlich Schmiergeld gelandet war. Ein Job, der gefährlich werden konnte, lebensgefährlich. Nichts für Buchhaltertypen in feinen Anzügen.

Für solche Spezialaufgaben gibt es private Ermittler, oft Ex-Geheimdienstler, die ihr altes Netzwerk nutzen. Die bekannteste Firma: Control Risks, eine andere: Orbis in London. Damals noch ein Insidertipp, heute berühmt dafür, dass einer der Gründer, Christopher Steele, das Dossier über die angeblichen Russlandkontakte von Donald Trump geschrieben hat.

Bei Bilfinger hätten aber selbst so sensible Aufträge durch die Konzernbürokratie laufen müssen. Mit einer Ausschreibung. Wochenlang. Öffentlich. Danach hätte man sich diskrete Nachforschungen auch sparen können. Im Mai 2016 traf sich Marie-Alix von Meiningen deshalb mit Axel Salzmann, dem neuen Finanzvorstand. Der nächste Übergangschef. Salzmann soll sinngemäß gesagt haben: »Vergessen Sie es. Ich möchte Ergebnisse!« Schließlich mache der Monitor Druck, dass Bilfinger alles aufklärt. Auf Fragen des SPIEGEL sagt Salzmann dazu heute nichts.

In Indien gehörte das Schmieren in Behörden zur normalen Arbeit.

## Ein schmutziger Job

● Ölung. Extragebühr. Unter-dem-Tisch-Gebühr. Entertainment-Gebühr. Geschenke. Ungebuchtes Geld. Bestechungsgeld. Schmiergeld. Nein, das ist kein Auszug aus einem Synonymwörterbuch, Stichwort »Korruptionszahlung«, sondern das Vokabular, auf das Ermittler der US-Kanzlei Shearman & Sterling 2016 in Papieren des Bilfinger-Konzerns gestoßen sind.

Genauer gesagt in Filialen in Indien, Vietnam und Thailand. In den Billiglohnländern arbeitete die Bilfinger-Tochter Tebodin für internationale Konzerne, die dort ihre Fabriken bauten. Zum Service gehörte es, die Genehmigungen der Behörden heranzuschaffen. In Südostasien, so lesen sich die Dokumente, war das meist gleichbedeutend mit: Beamte schmieren.

Wie notorisch das in Chennai lief – dem Zentrum der indischen Autoindustrie mit Firmen wie BMW, Ford, Daimler und Bosch –, erklärte der Chef des örtlichen Tebodin-Büros in einer Mail. Empfänger im

Februar 2014: eine japanische Firma. Die zog gerade für den Baumaschinenhersteller Komatsu eine Fabrik hoch und hatte sich über die hohen Genehmigungsgebühren beschwert, die Tebodin ansetzte.

Der Tebodin-Mann klärte die Japaner auf: »Ganz ehrlich, das ist ein schmutziger Job, den wir hassen. Besonders in Chennai sind die sogenannten Gebühren sehr, sehr hoch. Aber wie Sie vermutlich wissen, stehen die Parlamentswahlen vor der Tür, und jeder Beamte hat von den Parteien eine Quote bekommen, wie viel Wahlkampfmittel er einsammeln muss.« Dagegen sei nun mal nichts zu machen. »Chennai-Beamte sind die Schlimmsten, was sogenannte Extragebühren angeht ... das ist das Alltägliche hier in Chennai bei allen Themen, die mit Behörden zusammenhängen.«

Korruption als Business as usual: Befragt von den internen Ermittlern, erklärten die Tebodin-Manager, Bestechung sei so »ungezügelt« und »allgegenwärtig«, dass sie sich geradezu verfolgt gefühlt hät-

ten. Man habe dem kaum entgehen können. Die Anwälte notierten hinterher: »Wir haben herausgefunden, dass Bestechung, die mit Genehmigungen zusammenhängt, eine offene Praxis bei Tebodin Indien war, besonders im Büro Chennai.«

Das galt jedenfalls bis 2015, als Tebodin der Genehmigungsservice zu heikel wurde – 2016 wurden die Südostasien-Töchter verkauft. Vorher hatte man auch den Hettich-Konzern aus Westfalen betreut, der in Indien ein Werk für Möbeltechnik baute. Wieder erklärte ein Tebodin-Manager, dass ein Beamter Geld wolle. Darauf mailte ein Hettich-Mann: »Bedeutet das Schmiergeld/Korruption?« Antwort: »Ja, Schmiergeld.« Hettich ließ SPIEGEL-Fragen dazu unbeantwortet.

In Vietnam erneuerte Coca-Cola eine Fabrik. Für die Baugenehmigung schaltete Tebodin eine Anwaltskanzlei ein. Die hatte, so begründete das der Tebodin-Projektleiter, eine enge Beziehung zum »Ho Tshi-minh Volkskomitee und anderen Gremien«. 51 600 Dollar zahlte Tebodin an die Kanzlei, 45 000 Dollar sollen gleich an sieben Beamte weitergefließen sein. Bilfinger bestätigt »irreguläre Zahlungen« in Indien und Vietnam, will zu Einzelfällen aber nichts sagen.



Tatsächlich zeichnete er später Memos ab, die für die meisten Ermittlungsaufträge galten. Ob für alle und alles, darüber wird vor Gericht gestritten. Was auffällt: Gegen Salzmann, inzwischen auch ausgeschieden, geht der Konzern nicht vor. Nur gegen die Prinzessin.

Auch das weckt einen Verdacht, den Bilfinger empört von sich weist: dass es in Wahrheit um etwas anderes geht als um Geld und Vergaberichtlinien. Um Oman. Um ein Geschäft, das heute blitzblank erscheinen muss. Weil es für Bilfingers Zukunft steht und für den neuen Chef Tom Blades, der behauptet, auch in schmutzigen Ländern saubere Geschäfte machen zu können.

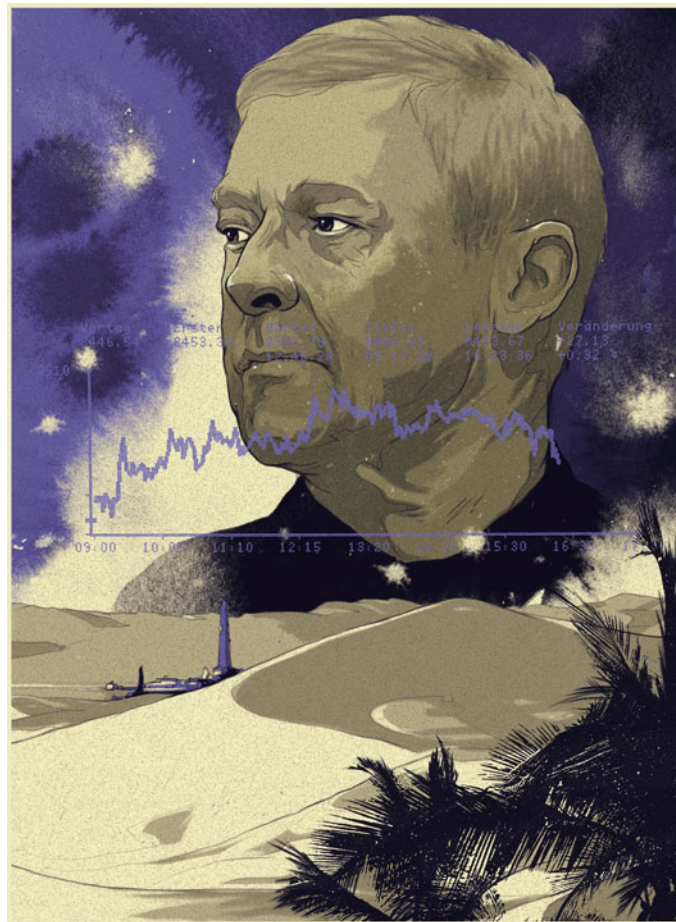
Blades, zäh, durchtrainiert, mit der Härte des Triathleten, jeden Morgen vor sieben Uhr im Büro, kennt den Nahen Osten. Er hat hier für den US-Konzern Schlumberger lange im Ölgeschäft gearbeitet, danach für die Öl- und Gaspartie von Siemens. Bei Bilfinger erklärte er den Nahen Osten zum neuen Wachstumsmarkt, neben Europa und den USA.

War das Oman-Geschäft korrupt, war auch die neue Strategie kaputt.

### Die Oman-Tochter macht blendende Geschäfte, ihr Chef eine Pilgerreise ins Gefängnis.

Oman. Sand, Steine, sengende Hitze. Eines dieser Sultanate, in denen nicht Wasser, sondern Öl die Wüste blühen lässt. Es regnet Petrodollars. Das Geld hat das Land verändert, Großflughafen, achtspurige Autobahnen, dazu jede Menge Rolls-Royce-, Porsche- und Bentley-Fahrer. Andererseits hat sich nichts geändert, seit hier noch Nomaden ihre Ziegen vor sich hertrieben. Der Sultan ist allmächtig, die Großfamilie das Netz, das alles zusammenhält. Und eine Geschäftsbeziehung ist auch eine Frage des Verwandtschaftsgrades. Erst die Familie, dann der Stamm, dann der Staat. Das Überlebensgesetz der Wüste.

Oman. 44 Punkte im Korruptionsindex. »In Oman gibt es keinen Deal ohne zuerst mal einen Neben-Deal«, erklärt ein einheimischer Geschäftsmann die Regeln, so nachzulesen in einem Ermittlungsbericht von Orbis. Und ein anderer Manager: »Du musst dich mit Partnern zusammenschließen, die das Ohr der Herrscherfamilie haben.«



Bilfinger-Chef Blades

Aber die Compliance-Regeln? Wenn man den Leuten hier mit Compliance-Regeln kommt, »kann es einem passieren, dass sie ihre Augenbrauen hochziehen und sagen: Wofür soll das denn gut sein?«.

In dieser Welt ist Tebodin & Partner zu Hause, spezialisiert auf die Wartung von Öl- und Gasanlagen. Seit 2012 gehört Bilfinger die Hälfte der Oman-Firma, die wie von Zauberhand in den Himmel schoss, Umsätze, Mitarbeiterzahl. Weltweit hat Bilfingers Tebodin gut 3000 Leute in 37 Büros. Allein in Oman gut 900.

Etwa weil man so gut und günstig arbeitet, dass die staatliche Ölfirma PDO gar nicht anders kann, als Tebodin einen Auftrag nach dem anderen zuzuwerfen? Oder doch eher, weil der Firmenslogan »Always close«, immer nah dran, für zwei Männer auf ganz eigene Weise zutrifft: Basil Macki und Salim Al Kindy?

Kindy: der Chef von Tebodin in Oman. Ein Manager, über den ein Freund sagt: »Salim wusste, wie man die Dinge hinbekommt.« Vor allem mit PDO, dem Staatskonzern. Für den hatte er früher nämlich selbst gearbeitet. Und dann die Mackis: Sie sind das, was man in Oman als »Öl-aristokratie« bezeichnet, eine der angesehensten Familien, mit einem Patron, Salim Macki, der auch mal einen Posten bei dieser Staatsfirma PDO hatte. Einen Spitzen-

posten, der ihn praktisch zum Ölminister von Oman gemacht hatte.

Am 25. Oktober 2010 gründete die Familienfirma der Mackis mit Tebodin ein Gemeinschaftsunternehmen, halbe-halbe. Für die Mackis unterschrieb Sohn Basil, für Tebodin zeichnete Kindy ab. Und was soll man sagen: Nur zwei Tage später bekam dieses Joint Venture einen der fettesten Aufträge der PDO. Den exklusiven Wartungsvertrag für das nördliche Ölfeld.

Mit dem SPIEGEL reden Macki und Kindy nicht.

Es dauert ein paar Wochen, bis in Mannheim die neue Ermittlerin auf den Oman stößt. Im Oktober 2016 bucht Marie-Alix von Meiningen ihr Flugticket, nur einen Tag später kündigt aber auch der Monitor Livschitz an, er wolle sich mal das Geschäft in Oman vornehmen. Jetzt brennt es. Oman ist die Cashcow von Tebodin, und bei Bilfinger in Deutschland hat Tom Blades den Chefessel übernommen.

Noch im Oktober meldet die Compliance-Abteilung in Mannheim der Prinzessin,

dass es da leider ein Problem gebe. In Oman. Man hatte sich die Firma der Mackis genauer angeschaut – Jahre nachdem sich die zugekaufte Bilfinger-Tochter Tebodin mit den Mackis zusammengetan hatte. Nun kam heraus: Ein Gericht hatte Basil Macki, den Juniorchef, zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Wegen Bestechung von PDO, dem Staatskonzern, von dem auch der Großauftrag für das nördliche Ölfeld kam. Das Urteil war nicht neu, sondern aus dem Jahr 2014.

Bilfinger hatte davon angeblich jahrelang nichts mitbekommen. Oder hatte Bilfinger von Schmiergeld lieber nichts mitbekommen wollen? So nämlich läuft das heute schon mal, eine übliche Korruptionsmasche in der Zeit nach dem Siemens-Skandal: Man gründet ein Joint Venture, ein Gemeinschaftsunternehmen mit einem einheimischen Partner. Was der treibt, lässt sich von deutschen Behörden nicht so genau kontrollieren. Und die Bücher der deutschen Firma bleiben sauber.

Aufschlussreich dazu eine Mail, die Basil Macki 2012 verschickte. Er kam gerade zurück von seiner »Runde« bei PDO. Einer der Manager hatte ihn beknetet: Ihr Joint Venture sollte doch bitte die PDO-Leute nicht mehr so mit Geschenken überhäufen; einmal im Jahr sei genug. Die »Ansicht war, dass wir zu viel geben und das

moralische Fragen aufwerfen könnte ... Ich sagte ihm, dass sein Vorgänger da noch anderer Meinung war«.

Basil Macki bekannte sich vor Gericht schuldig, einen wichtigen PDO-Mann regelmäßig geschmiert zu haben. Was eigentlich nicht verwundern konnte. Nicht in Oman. Trotzdem war es für die Verhältnisse in Oman geradezu ein Wunder, dass Macki verurteilt wurde.

2011 hatte es Unruhen gegeben, der Arabische Frühling erschreckte auch den Sultan, er versprach, etwas gegen Korruption zu tun. Was folgte, war die sensationelle, unglaubliche Compliance-Show, ein großer Zirkus, so sehen das zumindest Wirtschaftsanalysten. Ab Ende 2013 ließ der Sultan an die 30 Manager anklagen – weil sie seit Jahren bei PDO Schmiergeld kassiert oder umgekehrt PDO-Leute geschmiert hatten. Macki gehörte dazu. Nach den Urteilen kamen Begnadigungen; heute, so sagen omanische Manager, werde immer noch geschmiert, nur nicht mehr so plump.

Für Bilfinger war die Meldung, dass der junge Macki wegen Bestechung verurteilt worden war, im Herbst 2016 aber eine Katastrophe: Würde die Schmierspür zum Großauftrag 2010 führen? Und was würde das für die Vertragsverlängerung mit PDO bedeuten, an der Blades gerade arbeitete? Alles unter den Augen des Monitors, der selbst nach Oman reisen wollte?

Dabei war Macki nur das zweitgrößte Problem. Noch schlimmer war Kindy. Der Chef von Tebodin Oman war verschwunden, schon seit Februar 2016. Im Konzern behaupteten sie, der Mann sei auf Haddsch gegangen, die Pilgerfahrt nach Mekka, die jeder gute Muslim einmal im Leben machen soll. Seitdem sei er weg; keine Ahnung, wo er geblieben sei.

Eine schöne Geschichte, so lange der Monitor nicht auf die Idee gekommen war, nach Oman zu fahren. Marie-Alix von Meiningen beauftragte die Privatermittler von Orbis, der Sache mit Macki nachzugehen und Kindy zu finden, bevor der Monitor selbst etwas herausbekäme und der Firma vorwerfe, Dinge vor ihm zu verheimlichen. Ende Oktober informierte Meiningen den neuen Bilfinger-Chef Blades. Anfang November flog sie nach Oman, im Dezember noch einmal.

Dort die Überraschung: Geschäftsführer Kindy war gar nicht auf Pilgerreise.



Bilfinger-Zentrale in Mannheim

Fast jeder schien zu wissen: Er saß im Gefängnis oder in Arrest. Auch er wegen Bestechung. Und wieder bei PDO. Eingefahren im Februar 2016, vom Sultan begnadigt im November. Weggesperrt hatte man ihn nach der zweiten Instanz. Die erste lief schon 2014. Auch da hatte Kindy eine Haftstrafe kassiert. Trotzdem blieb er weiter im Amt, sogar als er 2016 monatelang nicht zur Arbeit kam, weil er seine Strafe absaß. Erst im Oktober 2016 kündigte Bilfinger dem korrupten Chef. An einem Punkt, als der Monitor nach Oman kommen wollte.

Das habe doch nichts miteinander zu tun gehabt, sagt Bilfinger heute. Die Version von Bilfinger: Die Zentrale in Mannheim habe leider erst im Oktober 2016 gehört, dass Kindy wegen Korruption vor Gericht stand; danach habe man ihn sofort rausgeworfen. Frage: Wie konnte das Bilfinger entgehen, in Oman, einem Schlüsselland für die Firma? Stellte sie sich blind und taub, um dem Monitor nichts sagen zu müssen? Auf keinen Fall. Oder um ihr nächstes Oman-Geschäft nicht zu riskieren? Unsinn. Nachfrage: Warum hat dann Bilfinger bis heute, fast zwei Jahre später, immer noch keine Ansprüche gegen Kindy angemeldet? Die prüfe man noch. Und was macht den Konzern so sicher, dass Kindy nicht auch für den Großauftrag

2010 geschmiert hat? Der Fall, in dem er verurteilt wurde, sei später gewesen, 2012 und 2013. Und bevor man weiterfragt: 2017, bei der Verlängerung des Auftrags, sei Kindy schon weg gewesen.

Der Landeschef in Haft – selbst das war aber noch nicht alles, was Meiningen auf ihrer Reise beunruhigte: Sie und ihre Orbis-Truppe bekamen Hinweise auf eine angebliche Schwarzgeldkasse bei Tebodin Oman. Der Verdacht: Bei Aufträgen der staatlichen PDO würden zu viele Stunden abgerechnet. Mit dem Extrageld würden PDO-Entscheider geschmiert, für noch mehr Aufträge an Tebodin. Da gehe es auch um einen großen Wartungsauftrag im südlichen Ölfeld, so ein Firmen-Insider.

**Die Ermittlerin ermittelt.  
Die Firma auch.  
Gegen die Ermittlerin.**

Meiningen kam aus Oman zurück, sie hatte getan, wofür sie eingestellt wurde: aufklären, Ermittlungsergebnisse liefern. Dachte sie vermutlich. Angeb-

lich war das der neuen Spitze um Blades, die ständig beteuerte, Sauberkeit gehe nun über alles, höchst willkommen. In Wahrheit aber hatte es hinter dem Rücken der Prinzessin schon begonnen: Sie war plötzlich nicht mehr erwünscht.

Am 2. Dezember, das ergibt sich aus den Prozessakten, heuert Bilfinger den Wiesbadener Anwalt Alfred Dierlamm an. Er soll ein Gutachten liefern, Projekt »Brunnen«. Dierlamm soll tief bohren, alles überprüfen, was Meiningen gemacht hat. Angeblich gibt es zwei Whistleblower, die gegen sie ausgesagt haben. Dierlamm lässt ihr Büro durchsuchen, ihren Computer, stöbert in der Personalakte. Meiningen bekommt von der Schnüffelei nichts mit.

Am 14. Dezember 2016 erfährt Vorstandschef Blades, was sie in Abu Dhabi und Oman gefunden hatte: Hinweise auf Korruption. Kurz danach wird sie dem Chefjustiziar Olaf Schneider unterstellt, der sie schon Wochen vorher als unfähige Mitarbeiterin schlechtgemacht haben soll. Schneider bestreitet das.

Anwalt Dierlamm stochert nun auch noch in ihren Reiseabrechnungen herum.

Dann bricht das neue Jahr an, Meiningen scheint zu begreifen, was da gegen sie läuft. Kollegen erzählt sie, dass sie angeblich gewarnt wurde, aus dem Haus: Ob sie nicht wisse, dass sie im Zentrum einer Ver-



schwörung stehe? Kern der neuen Geschäftsstrategie seien Gas und Öl; hier wolle Bilfinger investieren, dafür sollten andere Geschäftszweige verkauft werden. Wenn sie aber in Nigeria und anderswo Korruption aufdecke, könnten diese Zweige erst mal nicht verkauft werden. Und wenn sie in Oman fündig werde, schlachte sie sogar die Cashcow. Meiningen gefährde alles. Was da mit ihr gemacht werde, sei »eine total linke Sache, und Sie sollen der Sündenbock sein«.

Bilfinger sagt dazu heute, daran sei nichts wahr. Keine Intrige. Keiner habe versucht, sie zu behindern, sie auszuschalten. Man habe den Monitor sowieso über alle Fälle informiert, auch über Oman.

Am 20. Januar 2017 sitzt Meiningen vor Dierlamm. Der Anwalt hat sie endlich vorgeladen. Um sie zu grillen. In seinem Bericht wirft er ihr später vor, sie habe Aufträge an Detektive vergeben, ohne sich an die Hausregeln zu halten. Außerdem hätten ihre Privatfahnder im Ausland Informationen beschafft, die hoch vertraulich seien. Da müsse doch Bestechung im Spiel gewesen sein, um Staatsdiener zum Plaudern zu bringen. Einen Beweis hat Dierlamm nicht; Detektivbüros wie Orbis bestreiten das. Und schließlich: Die Ermittler hätten in Oman und anderswo auch viel zu gründlich gearbeitet. Mehr als vorher genehmigt. Zum Beispiel Ex-Mitarbeiter von Tebodin und der staatlichen PDO ausgefragt. Auch dahinter wittert Dierlamm einen Pflichtverstoß der Prinzessin, die das alles habe laufen lassen.

Zwei Tage später fliegt Meiningen an den Persischen Golf, für weitere Ermittlungen. Sie ist eine Frau, die zu viel weiß, mit der gefährlichen Neugier, immer noch mehr wissen zu wollen. Sie landet in Abu Dhabi, später soll es nach Oman weitergehen. Es ist die Reise, die beinahe zu ihrer letzten wird. Meiningen führt in Abu Dhabi Gespräche, fragt nach Kindy, plant ihre Recherchen in Oman, auf der Suche nach der angeblichen schwarzen Kasse für das südliche Ölfeld. Irgendwann reicht ihr einer eine Tasse Tee.

### **Die Prinzessin will ihren Arbeitsplatz zurück. Bilfinger bis zu 1,8 Millionen Euro.**

November 2017. Vor dem Arbeitsgericht Mannheim ergeht folgendes Urteil: Die Kündigung war unwirksam. Es ist die Erste Instanz in der Sache Marie-Alix von Meiningen gegen Bilfinger. Das Gericht meint, was auch immer sich Meiningen habe zuschulden kommen lassen, eine Abmahnung hätte auch gereicht.

Meiningen hatte zugegeben, so schnell, wie sie habe arbeiten müssen, habe sie nicht immer auf die Formalitäten geachtet.

Aber natürlich habe sie nichts von den Honoraren der Detektivfirmen in die eigene Tasche gesteckt oder Freunden Aufträge zugeschanzt, so wie Bilfinger vermutete. Und Orbis und andere hätten ihr auch versichert, Informationen niemals mit schmutzigen Methoden zu besorgen.

Das Gericht sieht es ähnlich: Meiningen habe »nicht gesetzeswidrig gehandelt«. Wenn selbst Dierlamm in seinem 158-Seiten-Bericht nur vom »Anfangsverdacht« einer Untreue spreche, dann sei klar, dass nicht viel gefunden worden sei. Und illegale Methoden der Privatermittler? Für das Gericht »bloße Mutmaßungen«.

Eigentlich hätte Bilfinger nun aufhören, Meiningen eine Abfindung anbieten können, mit einer Schweigeklausel. So machen das Konzerne, wenn die Chancen im Prozess schlecht stehen und es noch dazu um heikle Interna geht. Warum treffen sich dann Marie-Alix von Meiningen und Bilfinger am Donnerstag in Mannheim vor dem Landesarbeitsgericht wieder?

Bilfinger will nicht nur die Kündigung durchziehen, sondern bis zu 1,8 Millionen Euro von ihr. Das Geld für die Detektive, die nach Ansicht des Konzerns viel zu teuer waren. Und auch die knapp 157 000 Euro, die Dierlamm kassiert hat, mit gesalzenen Stundensätzen, die der Konzern bei ihm aber ganz normal findet. Meiningen soll das Gutachten bezahlen, mit dem der Konzern sie unter Druck setzt.

Warum also? Schweigeklauseln gelten nicht, wenn Staatsanwälte ermitteln. Noch immer ist Meiningen eine Frau, die zu viel weiß. Geht es darum, sie unglaubwürdig zu machen? Das »neue Bilfinger« will, muss sauber dastehen. Es lässt sich loben, lobt sich selbst. Für ein »inzwischen erstklassiges Compliance-System«. Dafür, dass man »seit 2016 keine systematischen Compliance-Verstöße« mehr habe und jedem Verstoß konsequent nachgehe. Schluss mit früher, heute funktioniere die interne Warnanlage, ja, auch im Nahen Osten. Und im Dezember, da gibt man sich zuversichtlich, wird der Monitor ein gutes Zeugnis ausstellen und gehen.

Was aber, wenn Meiningen diesen Eindruck stört, vielleicht sogar zerstört? Wenn ein deutscher Staatsanwalt sie vernimmt oder ein US-Ermittler? Dann müsste sie reden. Über mutmaßliche Schmiergeldgeschäfte und wie die neue Bilfinger-Führung damit umgegangen ist. Da würde eine Verurteilung wegen Untreue helfen, Meiningen wie eine Frau aussehen zu lassen, der man nichts glauben kann. Und ihre Geschichte wie eine, die man sich genau so auch ausgedacht hätte. Ein Märchen aus Tausendundeiner Nacht. Obwohl sie, soweit man das behaupten kann, offenbar wahr ist.

Rafael Buschmann, Jürgen Dahlkamp,  
Gunther Latsch, Jörg Schmitt



CHRISTOPH TITZ

WEITWINKEL

## **Mein Pfleger Mohammed**

In keiner Branche bleiben Stellen in Deutschland länger unbesetzt als in der Altenpflege. Abhilfe verspricht nun ein Programm der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, das begehrte Kräfte wie Mohammed Ali Nefzi, 23, aus dem Ausland holt. Ein Konzept, bei dem es angeblich nur Gewinner gibt. Doch genau dort, wo das Abwerbeprogramm »Triple Win« deutschen Interessen nützt, verschärft es Engpässe im Gesundheitswesen von Nefzis Heimatland Tunesien. Und auf deutschen Alltagsrassismus und Vorurteile gegen den Islam sind die neuen Pfleger aus Afrika schlecht vorbereitet.

Sehen Sie die Visual Story im digitalen SPIEGEL, oder scannen Sie den QR-Code.



**JETZT DIGITAL LESEN**

# Schlag auf Schlag

**Diesellaffäre** Volkswagen und Daimler müssen weitere schmerzhaft  
Konsequenzen aus dem Abgasbetrug befürchten.  
Der Druck von Staatsanwälten, US-Justiz und Politik nimmt zu.

**A**m Freitag vergangener Woche schien die Autowelt wieder in Ordnung. Politik und Konzernchefs feierten einträchtig in Stuttgart den 70. Geburtstag des Sportwagenherstellers Porsche. »Wir sind nicht nur ein Land der Dichter und Denker«, reimte Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann, »sondern auch eins hinter dem Lenker.« Die Diesellaffäre erwähnte der Grüne nur am Rande.

Doch innerhalb von nur drei Tagen kehrte der Skandal mit voller Wucht zurück. Am Montag durchsuchte die Staatsanwaltschaft München das Privathaus von Audi-Chef Rupert Stadler. Er gilt jetzt offiziell als Beschuldigter, der Vorwurf lautet auf Betrug und Falschbeurkundung.

Am selben Tag, wenige Stunden später, musste Daimler-Chef Dieter Zetsche im Bundesverkehrsministerium vorsprechen. Es ging um unzulässige Abschalteinrichtungen, verbaut in Hunderttausenden Mercedes-Fahrzeugen. Minister Andreas Scheuer (CSU) sagte, er werde »unverzüglich einen amtlichen Rückruf anordnen«.

Am Mittwoch folgte der nächste Schlag: Die Staatsanwaltschaft Braunschweig verhängte ein Rekordbußgeld von einer Milliarde Euro gegen Volkswagen. Die Ermittler werfen dem Konzern »Organisationsmängel« und die »Verletzung von Aufsichtspflichten« vor. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart prüft ebenfalls Bußgeldverfahren – gegen Daimler, Bosch und die VW-Tochter Porsche.

Es war eine dramatische Woche für die deutsche Autoindustrie. Eine Woche, wie sie die Automanager wohl nicht mehr erwartet hatten. Seit dem Vergleich über mehr als 20 Milliarden Euro, den Volkswagen Anfang 2017 in den USA abgeschlossen hatte, rechneten auch die Investoren und Aktionäre nicht mehr mit größeren Schäden. Was für ein Irrtum.

Der Daimler-Konzern, der jegliche Betrügereien stets von sich gewiesen hat, steht plötzlich mitten in der Abgasaffäre. Und für Volkswagen erreicht der Skandal eine neue Dimension: Mit Audi-Chef Stadler wird erstmals ein aktives Mitglied des VW-Konzernvorstands des Betrugs beschuldigt. Damit lässt sich die bisherige Verteidigungslinie des Konzerns, der Dieselskandal sei nur das Werk untergeordneter Ingenieure, kaum noch halten.

Stadler gilt bei den Ermittlern nicht nur als jemand, der von den Dieselsbetrügereien gewusst hat. Er soll sie vor den Behörden in den USA sogar vertuscht haben, als seine Mitarbeiter sie einräumen wollten (SPIEGEL 8/2017). Außerdem werfen ihm die Ermittler vor, selbst nach Aufdeckung des Skandals 2015 weiterhin Autos mit manipulierten Motoren produziert und verkauft zu haben. Stadler hat alle Vorwürfe zurückgewiesen.

Nicht nur in Sachen Glaubwürdigkeit ist die Personalie Stadler für VW brisant. Durch die Ermittlungen gegen einen Kon-

die seine Kanzlei in einer Schadensersatzklage vertritt, eine Flut weiterer Anzeigen gegen Stadler einreichen. »Im Falle eines Verfahrens könnten die Geschädigten dann als Nebenkläger auftreten«, kündigt Rother an, so wolle man den Druck erhöhen. Vor allem würden die Nebenkläger Akteneinsicht bekommen – und könnten so ihre Klagen untermauern.

Fast drei Jahre nachdem der Dieselsbetrug an Millionen Kunden bekannt wurde, stehen die Autohersteller gleich von drei Seiten unter Druck: den Staatsanwälten in Braunschweig, München und Stuttgart, der Politik in Berlin – und den Justizbehörden in den USA.

Die US-Behörden haben sowohl Daimler als auch Volkswagen im Visier. Während Daimler eine schmerzhaft Zahlung droht, drängen die Amerikaner bei VW auf einen kulturellen und personellen Neustart – und auf eine rasche Aufklärung des Abgasbetrugs. Seit VW zugegeben hat, in den USA Hunderttausende Fahrzeuge



BRUNA / EPA / REX / SHUTTERSTOCK

**Audi-Chef Stadler:** Die bisherige Verteidigungslinie wankt

zernvorstand wegen Betrug könnte sich auch die Frage der Organhaftung stellen. Das bedeutet: Sollte dem VW-Vorstand oder einzelnen Mitgliedern ein vorsätzlicher Betrug nachgewiesen werden, müsste der Konzern gegenüber Geschädigten haften. Für Millionen Auto- und Aktienbesitzer stiegen in diesem Fall die Chancen auf Schadensersatz.

Der Klägeranwalt Christopher Rother von der US-Kanzlei Hausfeld hatte vor Wochen bereits im Namen eines Klienten Anzeige gegen Stadler erstattet, wegen Betrug und mittelbarer Falschbeurkundung. Nun will er im Namen von Mandanten,

manipuliert, Kunden betrogen und Umweltbehörden belogen zu haben, ist der Konzern der US-Justiz ausgeliefert.

In den vergangenen zwei Wochen hatte Volkswagen mal wieder Besuch aus Amerika. Larry Thompson, ein älterer Herr mit rundlichem Gesicht und warmer Stimme, besichtigte VW-Standorte und führte Einzelgespräche mit Managern, darunter VW-Chef Herbert Diess und Audi-Vorstand Stadler. Er wollte wissen, welche Fortschritte VW beim geplanten Kulturwandel mache. Und ob es »kritische Themen« gebe, bei denen er »helfen« könne.



Thompsons Charme kann täuschen. Er war Vize-Justizminister unter dem früheren US-Präsidenten George W. Bush, außerdem leitete er eine Spezialeinheit für Wirtschaftsbetrug. Unter seiner Ägide ermittelten die US-Behörden gegen die Chefs der Skandalkonzerne Enron und Worldcom, die Bilanzen frisierten und Anleger täuschten. Der Worldcom-Chef sitzt noch heute im Gefängnis.

Man müsse die individuell Verantwortlichen ausfindig machen, bis hoch an die Unternehmensspitze. Das sei »die stärkste Abschreckung vor künftigem Fehlverhalten«. So lautete Thompsons Credo schon zu seiner Zeit als Vize-Justizminister. Diese Überzeugung überträgt er nun auf VW.

Dort kontrolliert Thompson im Auftrag der US-Justiz, ob VW aus der Diesellaffäre gelernt hat. Als sogenannter Monitor hat er weitreichende Befugnisse: Er darf Mitarbeiter befragen, vertrauliche Dokumente sichten und Vorstandssitzungen besuchen. Vor allem aber verlangt er klare Kon-

sequenzen: »Das Unternehmen muss bereit sein, seine Führungskräfte und sich selbst für das, was passiert ist, zur Verantwortung zu ziehen.«

Der US-Anwalt glaubt nicht an die Einzeltätertheorie. Auf Basis seiner Einblicke in die US-Anklage könne er sagen, »dass hochrangige Leute in den Dieselskandal verwickelt waren«.

Er und seine Kollegen haben bereits mit Hunderten Beschäftigten gesprochen, vom Werksarbeiter bis zum Vorstandschef. Thompsons Eifer könnte einigen VW-Managern noch Probleme bereiten. Gleich in seinem ersten Bericht an das US-Justiz-

ministerium – 129 Seiten, einfacher Zeilenabstand, 1400 Fußnoten – prangerte Thompson im Frühjahr an: Im Volkswagen-Konzern würden zu wenig personelle Konsequenzen sichtbar.

Zufall oder nicht – kurz darauf veröffentlichte die US-Justiz eine Anklage gegen Ex-Chef Martin Winterkorn: Der Dieselmotorträger reiche »den ganzen Weg bis an die Spitze des Unternehmens«.

Als Nächstes könnte die Offensive der Amerikaner Stadler treffen. Den US-Ermittlern liegen Aussagen von Zeugen vor, die auch den Audi-Chef belasten. Nun könnte auch ihm eine Anklage der amerikanischen Justiz drohen. Der Druck auf die deutschen Behörden würde steigen.

Hatten die Autobosse gehofft, dass sich die Ermittlungsarbeit der Staatsanwaltschaften im Sand verlaufen würde, so wissen sie seit dieser Woche: Sie haben sich getäuscht. Als ebenso trügerisch könnte sich die Hoffnung erweisen, der deutsche Staat werde sie nicht belangen.

Schreiben listen sie »deutsche Vorschriften zur Sanktionierung der Verwendung von Abschalteinrichtungen« auf.

Demnach müssen Autos, die vom Hersteller verkauft werden, mit jenen ursprünglich nach europäischer Typgenehmigung zugelassenen Wagen übereinstimmen. Jeder Käufer erhält vom Autokonzern eine solche »Übereinstimmungserklärung«, unterschrieben oft von Vorstandsmitgliedern.

In manipulierten Fahrzeugen, bei denen eine Abschalteinrichtung die Wirksamkeit der Abgasreinigung reduziert, »können diese Voraussetzungen nicht erfüllt sein«, schreiben Dobrindts Beamte und benannten auch die Konsequenzen: Die Zulassung des Autos kann »widerrufen« und das Fahrzeug »stillgelegt« werden. »Rechtsfolge: Für gewerbsmäßiges Feilbieten 5000 Euro«, so steht es in dem Dokument. Pro Auto.

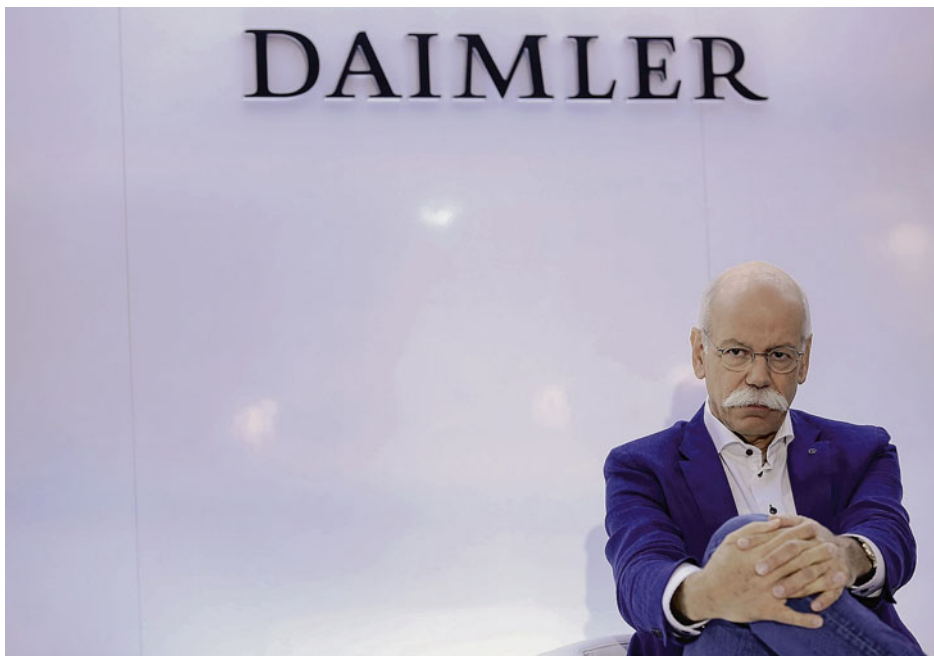
Trotz dieses Schreibens lehnte Dobrindt Strafen gegen VW ab, doch sein Nachfolger Scheuer verfolgt offenbar eine andere Linie. Als Scheuer Daimler-Chef Zetsche vor drei Wochen erstmals ins Ministerium bat, eröffnete er ihm, dass er für 750 000 manipulierte Autos eine Geldbuße von bis zu 3,75 Milliarden Euro verhängen könne. Gemeint war das als Drohung: Scheuer will, dass Daimler Hunderttausende Fahrzeuge mit einem Softwareupdate behandelt, um die Emissionen zu verringern.

Doch mit dem Verdacht, dass eine Dreiviertelmillion Daimler-Autos vermutlich betrügerische Abgassysteme enthält, hat sich die Lage für den Autobauer verschärft. Als Zetsche am Montag aus seinem Krisentreffen bei Minister Scheuer kam, behauptete er, die Bußgeldandrohung sei vom Tisch. Tatsächlich hält Scheuer an seiner Drohung fest. Aktuell steht die Geldforderung nur deswegen nicht zur Debatte, weil das Ministerium abwartet, welche Strafen die Justiz gegen Daimler und andere Konzerne verhängt. Kommt es nicht zu einer Verurteilung, so wäre das Kraftfahrt-Bundesamt am Zug, Bußgelder wegen ungültiger Übereinstimmungserklärungen zu erheben.

Den Behörden bleibt womöglich gar nichts anderes übrig. Die Lobbyorganisation Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat in einigen Fällen von Manipulation an Dieselmotoren Rechtsverfahren gegen Daimler und Audi beantragt, um die Verhängung von Bußgeldern zu erzwingen. Ein entsprechendes Verfahren gegen Daimler hat der DUH-Anwalt Remo Klinger bereits vergangene Woche auf den Weg gebracht.

»Nur wenn die Unternehmen erkennen, dass Fehlverhalten bestraft wird, bauen sie vorschriftsgemäße Autos«, sagt DUH-Geschäftsführer Jürgen Resch, »da gilt für Autobosse das Gleiche wie für jeden Steuerbetrüger oder Schwarzfahrer.«

Frank Dohmen, Simon Hage,  
Martin Hesse, Gerald Traufetter



MARLENE AWAAD / BLOOMBERG / GETTY IMAGES

**Daimler-Chef Zetsche:** Die Bußgeldandrohung ist noch nicht vom Tisch

Mehr als zwei Jahre lang hatte Scheuers Vorgänger Alexander Dobrindt die Konzerne in falscher Sicherheit gewiegt. Der CSU-Minister hatte sich zwar über die »beangenen Fehler« der Konzerne beklagt. Ging es um Strafen, winkte er aber ab: Angeblich fehlten die Rechtsvorschriften, in denen Sanktionen für die Manipulationen niedergeschrieben worden seien.

Was er den Bürgern verschwie: So eine rechtliche Möglichkeit besteht sehr wohl. Seine eigenen Beamten haben das aufgeschrieben, in einer »Mitteilung der Bundesregierung an die Europäische Kommission« vom 9. Mai 2016. In diesem internen

sequenzen: »Das Unternehmen muss bereit sein, seine Führungskräfte und sich selbst für das, was passiert ist, zur Verantwortung zu ziehen.«

Der Spiegel Nr. 25 / 16.6.2018

# Indirekte Gehaltserhöhung

**Analyse** US-Präsident Trump hat vorgeschlagen, die Zölle zwischen den G-7-Staaten abzuschaffen. Die Idee ist nicht ernst gemeint, aber so gut, dass sie noch viel mehr Länder umfassen sollte.

Wenn es um sein Lieblingsthema »Welthandel« geht, dann entwickelt sich US-Präsident Donald Trump zum Experten in angewandter Bewusstseinsspaltung. Am vergangenen Wochenende beim G-7-Gipfel in Kanada brachte er es fertig, seine Strafzölle auf Stahl und Aluminium zu verteidigen, im nächsten Atemzug aber vorzuschlagen, zwischen den G-7-Ländern, also den USA, Kanada, Japan, Großbritannien, Italien, Frankreich und Deutschland, alle Zollschranken fallen zu lassen.

Nicht, dass der Vorstoß ernst zu nehmen wäre. Trump ist bekennender Protektionist, Anhängern des Freihandels wirft er vor, Amerika der Ausplünderung preiszugeben. Dennoch ist Trumps Volte eine Überlegung wert. Kann es eine Welt ohne Zölle geben?

Zölle sind ein archaisches Instrument der Finanzpolitik. Noch bis vor 200 Jahren stellten sie die Haupteinnahmequelle der Staaten dar. Zölle waren zudem ein beliebtes Steuerungsinstrument merkantilistischer Wirtschaftspolitik. Sie füllten nicht nur Staatskassen, mit ihnen konnten die Landesherren auch unwillkommene Waren fremder Länder aussperren, um heimische Produzenten zu schützen.

Erst die industrielle Revolution brachte einen Sinneswandel. Die Abgaben auf Einfuhren galten nunmehr als Hemmschuh für Modernisierung. Besonders im von Kleinststaaten geprägten deutschsprachigen Raum strangulierten Zölle Handel und Industrialisierung. Der Befreiungsschlag gelang 1834 mit Gründung des Zollvereins.

Er war Grundlage nicht nur für das spätere Kaiserreich, sondern auch für den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Schon damals hatten Ökonomen das segensreiche Wirken von Handelsliberalisierung und niedrigen Zöllen entschlüsselt. Freihandel wirkt ähnlich wie Produktivitätsfortschritt. Er macht das Warenangebot billiger und gleichzeitig besser. Für die Konsumenten bedeutet das erheblichen Wohlstandsgewinn. Preiswertere Waren sind wie eine indirekte Gehaltserhöhung. Die Menschen können sich für ihr Geld mehr leisten. Doch was passiert mit den heimischen Unternehmen und ihren Mitarbeitern? Durch den erhöhten Wettbewerb sind auch sie gezwungen, ihre Produkte zu verbessern. Wer nicht mithalten kann, scheidet aus. Das ist bitter, doch höhere Kaufkraft und gestiegener Wohlstand eröffnen auch Angestellten von Pleiteunternehmen neue Beschäftigungschancen, weil die Wirtschaft insgesamt dynamischer wächst. Grundsätzlich gilt: Von Zöllen unverzerrter Freihandel fördert die internationale Arbeitsteilung. Jeder macht das, was er am besten kann. Alle profitieren.

Doch warum erheben Länder noch immer Zölle, wenn die Vorteile ihrer Abschaffung so offenkundig sind? Jedes Land leistet sich ein paar Branchen, die es für besonders schützenswert hält – oft unter dem Einfluss von Interessenverbän-

den. Bei den einen ist es die Textilindustrie, bei anderen die Landwirtschaft, im Land des Präsidenten Trump stehen derzeit Dinosaurierindustrien wie Stahl und Kohle hoch im Kurs.

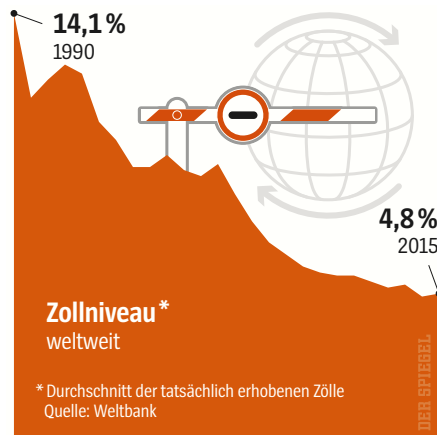
Dass es anders geht, beweisen die Länder der Europäischen Union. Vor 25 Jahren schafften sie die Zölle untereinander ab. Seitdem fließen die Warenströme ungehindert über Ländergrenzen hinweg. Der Binnenmarkt bringt eine eng verflochtene Wirtschaftsstruktur hervor, Zuliefer- und Fertigungsketten zwischen Standorten in unterschiedlichen Ländern funktionieren reibungslos. Jedes Land kann seine Standortvorteile ausspielen, seien es günstige Löhne, niedrige Energiepreise oder spezielle Fertigkeiten seiner Menschen. Deshalb gleicht ein zollfreier Wirtschaftsraum, die Erfahrungen in Europa belegen es, die Wirtschafts- und Lebensverhältnisse eher an, als dass er Ungleichheit fördert. Die Regierungen müssen nicht einmal darauf verzichten, ihre Lieblingsbranchen zu schützen, wenn sie es denn unbedingt wollen. Anstatt Schutzzölle zu erheben, verteilen sie Subventionen.

Wenn ein ganzer Kontinent erfolgreich Zölle aufgeben kann, dann dürfte sich der Verzicht auf sie auch im weltweiten Maßstab lohnen. Gerade arme Länder könnten davon profitieren, weil Industrieländer noch immer hohe Einfuhrzölle auf deren meist landwirtschaftliche Produkte erheben, um die Reste ihres Agrarsektors zu schützen. Fallen die weg, können sie ihre Waren ungehindert auf dem Weltmarkt anbieten. Bislang fing noch jeder wirtschaftliche Aufstieg eines Landes mit Exporten an.

Tatsächlich machte sich die Weltgemeinschaft schon häufig auf den Weg, Zölle im globalen Rahmen zu schleifen. In mehreren Welthandelsrunden sanken die Tarife, seit Ende des Zweiten Weltkriegs von damals durchschnittlich 40 Prozent auf heute knapp 5 Prozent. Doch seit einiger Zeit stockt die laufende Zollsensur, die einen Durchschnittssatz von 2,6 Prozent anstrebt, die Welthandelsorganisation WTO führt seit Jahren ein Schattendasein. Der Grund: Die großen Wirtschaftsräume setzen immer häufiger auf bilaterale Handelsabkommen. Sie wirken auch, aber längst nicht so durchgreifend wie weltweite Vereinbarungen.

Wenn Trumps Tiraden gegen den internationalen Handel für irgendetwas gut sind, dann dafür, dass sie das Thema wieder auf die Tagesordnung bringen. Tatsächlich hat er recht damit, dass kaum mehr nachvollziehbar ist, warum auf deutsche Autoexporte in die USA nur 2,5 Prozent Zoll anfallen, auf amerikanische nach Europa hingegen 10. Nur zieht der Protektionist im Weißen Haus die falschen Schlüsse. Sein Weg höherer Zölle läuft auf eine global wirksame Verarmungsstrategie hinaus.

Deshalb wird er früher oder später scheitern und erhöht so die Chancen für eine neue Welthandelsrunde. Deren Ziel sollte sein, die Zölle auf null zu drücken. Christian Reiermann







# Einfach genial: 3 Hefte für €9,90 und Prämie sichern.



## **Neu: Buch „Schokopokalypse“**

Eine warmherzige, originelle und verrückte Detektiv-Geschichte für und über echte Schokofans. Gebunden, 192 Seiten.



## **Der neue große Wissenstest für Kinder**

Band 2 des Bestsellers für Klein und Groß. Mit neuen kniffligen Fragen und unterhaltsamen Interviews. Taschenbuch, 176 Seiten.



## **Metmaxx LED-Lampe „Outdoor-Buddy“**

Das kompakte Lichtwunder, ideal für Outdoor-Abenteuer. Mit Pop-up-Anschaltmechanismus. Zuzahlung: € 1,-.



„Dein SPIEGEL“ ist das Nachrichten-Magazin für Kinder und Jugendliche ab 8 Jahren, die unsere Welt verstehen wollen. Verständlich, sachlich und auf Augenhöhe schreiben SPIEGEL-Redakteure über Menschen aus aller Welt, Schule, Sport, Entdeckungen sowie Trends aus Kultur und Technik. Kinderreporter interviewen Prominente, Politiker und Wirtschaftsbosse. Für Spaß sorgen Witze, Umfragen, Comics und Rätselseiten.

# »Das ist keine Transferunion«

**SPIEGEL-Gespräch** Deutschland und Frankreich müssten bei der Reform der Währungsunion rasch Ergebnisse liefern, fordert Frankreichs Finanzminister Bruno Le Maire. Anders könne sich Europa gegen US-Präsident Donald Trump nicht behaupten.

*Le Maire, 49, ist der Deutschlandverstehender in der französischen Regierung. Frankreichs Finanzminister spricht fließend Deutsch, mit einigen Mitgliedern der Bundesregierung wie Peter Altmaier und Ursula von der Leyen ist er befreundet. Gemeinsam mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz handelt Le Maire derzeit die Details der Reform der Wirtschafts- und Währungsunion aus, die beide Länder beim EU-Gipfel Ende Juni präsentieren wollen.*

**SPIEGEL:** Herr Minister, nächsten Dienstag wollen Frankreich und Deutschland ihre Pläne zur Reform der Eurozone vorlegen. Wie viel von den Vorschlägen, die Präsident Emmanuel Macron in seiner Rede an der Sorbonne vorgetragen hat, werden überleben?

**Le Maire:** Wir diskutieren keine Tabellen mit Vorschlägen, an die man einfach einen Haken macht. Wir müssen uns immer wieder in Erinnerung rufen, um was es eigentlich geht.

**SPIEGEL:** Da sind wir gespannt.

**Le Maire:** Wir müssen die Eurozone wetterfest machen, sie wappnen gegen die nächste Wirtschafts- oder Finanzkrise und sicherstellen, dass sie eine Zone von Wachstum und Wohlstand bleibt. Und da gehen die Vorschläge von Präsident Macron in die richtige Richtung. Ein Schlüsselement ist seine Idee eines speziellen Budgets für die Eurozone. Damit wollen wir Zusammenhalt und Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone erhöhen und sie im Fall einer Rezession stabilisieren, etwa, indem wir betroffenen Ländern helfen, einen solchen Schock zu absorbieren. Alle Änderungen, die wir anstreben, sollen dazu führen, dass aus der Währungsunion eine wirkliche Wirtschaftsunion wird.

**SPIEGEL:** Warum ist dazu ein eigener Haushalt für die Eurozone notwendig?

**Le Maire:** Stellen Sie sich eine Situation vor, in der ein Land unverschuldet in einen Abschwung gerät, durch einen ökonomischen Schock wie den Brexit zum Beispiel. Während die anderen Länder in der Nachbarschaft noch wachsen, gerät dieses Land in eine verzwickte Lage: Weil es Mitglied einer Währungsunion ist, kann es seine Währung nicht mehr abwerten, um seine Wirtschaft zu stimulieren. Mittel aus sei-



MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

**Französischer Finanzminister Le Maire:** »Um es klar zu sagen – das ist nicht genug«



nem Haushalt wiederum kann es nur innerhalb der Grenzen verwenden, die die Defizitkriterien der Eurozone erlauben. Wir glauben, dass das Land besser dran und die Krise weniger schlimm wäre, wenn es auf die Unterstützung aus einem gemeinsamen Budget bauen könnte. Mit diesem Instrument können wir bei einer Krise gegensteuern.

**SPIEGEL:** Diese Unterstützung dient dazu, die Konjunktur kurzfristig zu stabilisieren. Ihr Präsident will aus dem Topf aber auch langfristige Investitionen finanzieren.

**Le Maire:** Die Volkswirtschaften in der EU bewegen sich nicht mehr aufeinander zu, sondern auseinander. Die Investitionen sollen Wachstum und Konvergenz befördern, ein entscheidender Punkt für das Funktionieren einer Währungsunion.

**SPIEGEL:** Angela Merkel hat Monate für eine Antwort gebraucht. Sind Sie enttäuscht darüber, dass die Kanzlerin Macron so lange zappeln ließ?

**Le Maire:** Es ist eine gute Nachricht, dass Angela Merkel nun reagiert hat. Ihre Äußerungen zeigen, dass Deutschland und Frankreich bei vielem dieselbe Linie verfolgen. Uns freut zudem, dass sie den Vorschlag eines gemeinsamen Investitionsbudgets ausdrücklich erwähnt hat.

**SPIEGEL:** Mit dem feinen Unterschied, dass Ihr Präsident dafür ein Volumen von etwa 300 Milliarden Euro vorsieht, die Kanzlerin aber nur einen niedrigen zweistelligen Milliardenbetrag anbietet.

**Le Maire:** Wenn es um Reformen der Währungsunion geht, sind Deutschland und Frankreich am Beginn von Verhandlungen oft uneins. Das macht einen Kompromiss am Ende umso wertvoller. Wenn sich unsere beiden Länder erst einmal zusammenraufen, ebnet das den Weg für eine Einigung in der Eurozone. Zudem ist es auch eine Frage der Zeit: Das Budget könnte schrittweise anwachsen.

**SPIEGEL:** Ihre Hoffnung in allen Ehren, aber auch Länder wie die Niederlande finden, dass es in der EU schon genug Geldtöpfe gibt. Denken Sie an den sogenannten Juncker-Fonds für mehr Investitionen in der EU.

**Le Maire:** Unser Vorschlag zielt auf die 19 Mitglieder in der Eurozone ab, nicht auf alle EU-Mitglieder. Allerdings werden beide davon profitieren, die Eurozone und die EU. Und darauf kommt es an. Die Euroländer haben in der Währungsunion auf Teile ihrer geldpolitischen Zuständigkeiten verzichtet, deshalb brauchen wir ein Instrument, um die fehlenden Möglichkeiten zu ersetzen, auf Krisen zu reagieren. Das ist auch ein Stück praktizierter Solidarität. Und, das ist mir im deutschen Kontext wichtig: Das ist keine Transferunion.

**SPIEGEL:** Warum nicht? Das betroffene Land erhält Geld aus einem gemeinsamen

Geldtopf – besser kann man eine Transferunion doch nicht beschreiben?

**Le Maire:** Nein, nur weil wir einem Land in einer Krise Unterstützung gewähren, entlassen wir es doch nicht aus seiner Verantwortung für die Stabilität seiner Staatsfinanzen und die Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft. Diese Anstrengungen erwarten wir weiterhin.

**SPIEGEL:** Sie betonen die ganze Zeit, es gehe darum, einen Geldtopf für die Eurozone zu schaffen, nicht für die EU als Ganzes. Ist diese Unterscheidung überhaupt noch sinnvoll? Immerhin werden nach dem Ausscheiden der Briten 85 Prozent der gesamten EU-Wirtschaftsleistung in der Eurozone erbracht. Viele behaupten, die Währungsunion werde dann eine ganz neue Anziehungskraft entfalten für Länder, die ihr noch nicht angehören.

**Le Maire:** Ich kenne das Argument ...

**SPIEGEL:** ... wir wissen auch von wem: Finanzminister Olaf Scholz.

**Le Maire:** Ich habe ihm geantwortet, dass andersherum ein Schuh daraus wird. Wir schaffen ein neues Instrument für die Eurozone und machen sie so stärker und effizienter. Wenn die Länder, die noch nicht

»Europa muss mehr sein als Wirtschaftsmacht, es muss seine Werte und Regeln verteidigen können.«

Mitglied des Euro sind, schließlich eintreten, gibt es bereits einen funktionierenden Rahmen. Sie kommen in einen Klub, der besser und stärker aufgestellt ist als heute. So wird die Eurozone attraktiver.

**SPIEGEL:** Die deutschen Überlegungen kreisen vor allem darum, den Rettungsschirm ESM aufzurüsten. Kanzlerin Merkel schlägt ein neues Finanzierungsinstrument vor, das Ländern in konjunktureller Schwächephase mit rückzahlbaren Krediten aushelfen soll.

**Le Maire:** Das ist eine interessante Idee, auf der wir aufbauen können. Aber um es klar zu sagen: Das allein ist nicht genug. Dieser Vorschlag macht ein eigenes Eurozonenbudget nicht überflüssig. Wir freuen uns auch über die deutschen Vorschläge zu einem Investitionsbudget. Wir müssen nun überlegen, wie wir aus den verschiedenen Vorschlägen, die die Kanzlerin, Olaf Scholz und Präsident Macron gemacht haben, ein stimmiges und sinnvolles Paket schnüren, das beides erreicht: Zusammenwachsen und Stabilität der Eurozone. Wir stehen am Scheideweg. Entweder wir verlieren uns im Stückwerk und enttäuschen die Mitgliedsländer der Währungsunion und den Rest der Welt, der auf eine starke

Eurozone und eine rasche Einigung hofft, oder wir stellen uns der Herausforderung und schreiben Geschichte.

**SPIEGEL:** Bundesfinanzminister Scholz schlägt eine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung vor, um Ländern, die in eine Wirtschaftskrise geraten, besonders zu helfen. Das ist doch ein Entgegenkommen, was halten Sie davon?

**Le Maire:** Ich denke, das ist interessant. Das könnte in Krisenzeiten helfen. Es ist zwar an sich kein eigenes Budget, aber wir können hier weiter nachdenken. Ich begrüße die Tatsache, dass sowohl die Kanzlerin wie auch der Vizekanzler in den vergangenen Tagen neue Ideen auf den Tisch gelegt haben. Das zeigt, dass wir jetzt eine echte Debatte haben. Nicht allein Frankreich drängt auf Lösungen – beide Länder diskutieren Ideen, sodass wir voranschreiten können. Das ist ein gutes Zeichen.

**SPIEGEL:** Gehört zu dem von Ihnen geforderten Gesamtpaket auch der Finanzminister für die Eurozone, den Ihr Präsident vorgeschlagen hat? Um diese Idee ist es sehr still geworden.

**Le Maire:** Dieser neue Eurofinanzminister würde erst am Ende des Prozesses stehen. Er ist quasi das letzte Puzzelstück. Jetzt geht es darum, bis Ende Juni Vorschläge zu erarbeiten, die dann die Basis sind für eine umfassendere Vereinbarung der Euromitgliedstaaten.

**SPIEGEL:** Aber die Differenzen bleiben doch. Uns scheint, dass bei dieser Debatte erneut die üblichen Fronten aufeinanderprallen: hier das nordeuropäische Lager rund um Deutschland, das auf Eigenverantwortung setzt, dort die Südländer mit Frankreich an der Spitze, das mehr Integration und Risikoteilung fordert.

**Le Maire:** Ich sehe diesen Konflikt nicht einfach als eine Spaltung zwischen Norden und Süden, und wir sollten uns hüten, künstlich einen Keil in die Eurozone zu treiben. Es gibt nicht die eine Seite, die darauf setzt, das Risiko einer neuen Finanz- oder Bankenkrise zu mindern, und die andere, die den stärkeren Ländern alle Risiken aufbürden will. In Wahrheit sind dies zwei Seiten einer Medaille. Nur ein Land, das seine Risiken im Haushalt oder in seinem Bankensystem im Griff hat, ist auch fähig zur Solidarität. Deshalb ist es falsch, so zu tun, als lägen Frankreich und Deutschland überall weit auseinander.

**SPIEGEL:** Ihr Präsident hat in seiner Karlspreis-Rede in Aachen selbst diese alten Klischees wiederbelebt. Mit Blick auf Deutschland sprach er vom »ewigen Fetisch« der schwarzen Null.

**Le Maire:** Der Präsident sprach aber auch von französischen Obsessionen, jedes Land hat welche! Sie sollten zudem sehen, dass Frankreich unter Emmanuel Macron entschieden darangeht, seinen Haushalt in Ordnung zu bringen. Zum ersten Mal

in zehn Jahren halten wir dieses Jahr die Vorgaben des Stabilitätspakts ein und drücken unser Defizit unter drei Prozent der Wirtschaftsleistung. Wir wollen zeigen, dass uns die gemeinsamen Absprachen wichtig sind. Vor allem versetzt uns ein solider Haushalt erst in die Lage zu investieren. Nur so können wir die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen unseren Ländern beseitigen, die auf Dauer, wenn sie zu groß werden, den Bestand der Eurozone gefährden.

**SPIEGEL:** Deutschland brüstet sich gern mit seinem ausgeglichenen Haushalt. Auf der anderen Seite verlässt sich die Bundesrepublik bei der Verteidigung weitgehend auf die USA und auch auf Frankreich. Verhält sich Deutschland wie ein Trittbrettfahrer?

**Le Maire:** Ich würde das nicht sagen. Ich bin ein Freund Deutschlands. Meine ganze Laufbahn lang habe ich versucht, die deutsch-französische Freundschaft zu stärken. Ich glaube, dass unsere deutschen Freunde ähnlich denken wie wir: Wenn wir wollen, dass die Eurozone insgesamt stark ist, muss jedes Land zunächst seine eigenen Probleme lösen. Bei Frankreich ist dies das hohe Etatdefizit und der hohe Schuldenstand. Bei Deutschland könnte man sagen, dass die geringen Verteidigungsausgaben und der zu hohe Handelsbilanzüberschuss zu den Schwachstellen gehören. Aber die Dinge sind nicht statisch. Frankreich reduziert sein Defizit, und der deutsche Verteidigungsetat wächst jetzt deutlich.

**SPIEGEL:** Ist es nicht ein Problem, dass die Ausgangslage beider Regierungen unterschiedlicher nicht sein könnte? Emmanuel Macron wurde gewählt, Europa zu verändern. Angela Merkel hat kein solches Mandat, im Gegenteil – im deutschen Bundestag sitzen mehr europakritische Abgeordnete als jemals zuvor.

**Le Maire:** Ich hätte nie gedacht, dass eine rechtspopulistische Partei wie die AfD bei Bundestagswahlen mehr als zehn Prozent bekommt. Da müssen bei uns allen die Alarmglocken läuten. Wir müssen zudem stets bedenken, dass unsere Länder unterschiedliche politische Kulturen haben. Frankreich ist ein Zentralstaat, Deutschland föderal organisiert. In Deutschland sind Regeln oftmals die entscheidende Grundlage für Politik, in Frankreich spielen politische Visionen eine größere Rolle. Und, schließlich: Unser Staatspräsident ist direkt gewählt vom französischen Volk. Das macht ihn sehr stark. Die deutsche Kanzlerin ist auch sehr mächtig, aber sie muss auf ihren Koalitionspartner achten und auf die Mehrheit im Bundestag.

**SPIEGEL:** Während Deutsche und Franzosen mühsam einen Kompromiss in der Eurofrage suchen, zerstört Donald Trump die internationale Ordnung – wie zuletzt,



**Le Maire beim SPIEGEL-Gespräch\***

»Andersherum wird ein Schuh daraus«

als der US-Präsident den G-7-Gipfel per Tweet am Ende doch noch scheitern ließ. Wie kann Europa Trump Paroli bieten?

**Le Maire:** Genau das ist die Frage: Wenn wir nicht wollen, dass die USA und China die Zukunft unter sich ausmachen, muss Europa als echte Weltmacht auftreten. Europa darf nicht nur eine Wirtschaftsmacht werden, es muss auch in der Lage sein, seine Werte und Regeln zu verteidigen.

**SPIEGEL:** Das klingt markig, uns scheint aber eher, dass viele Europäer Trump insgeheim recht geben, wenn er Deutschlands Handelsbilanzüberschuss kritisiert. Empfinden Sie dabei so etwas wie Schadenfreude, immerhin greift der US-Präsident einen alten französischen Kritikpunkt auf?

**Le Maire:** Ich mag Freude, keine Schadenfreude. Ich verstehe Präsident Trumps Entscheidung nicht, Strafzölle auf europäischen Stahl und Aluminium zu verhängen und mit solchen auf Autoimporte zu drohen. Viele deutsche Autos, die auf dem amerikanischen Markt verkauft werden, werden doch in den USA hergestellt. Präsident Trumps Zölle werden also gar nichts helfen. Außerdem: Wir sind enge Verbündete der USA. Wie können wir da verstehen, dass die USA uns auf einmal als Bedrohung der nationalen Sicherheit einstufen?

**SPIEGEL:** Trump interessieren solche Überlegungen nicht.

**Le Maire:** Das mag sein, das heißt aber noch lange nicht, dass wir gegen seine Entscheidung wehrlos sind. Es ist richtig, dass die EU-Kommission Gegenmaßnahmen ab dem 1. Juli angekündigt hat. Europa muss nach Unabhängigkeit und nach wirtschaftlicher Eigenständigkeit streben. Wir müssen die finanziellen Möglichkeiten haben, um von US-Finanzinstitutionen unabhängig zu werden. Das würde uns beispielsweise erlauben, die europäischen Unternehmen zu unterstützen, die legal, aber gegen den Willen der USA ihre Produkte nach Iran verkaufen und jetzt Angst vor Sanktionen haben müssen. Doch derzeit

ist Europa nicht in der Lage, solche souveränen Entscheidungen zu treffen. Wir müssen die Instrumente dafür schaffen.

**SPIEGEL:** Statt daran zu arbeiten, beharren sich die Europäer im Handelsstreit gegenseitig. Die Bundesregierung drängt mit Blick auf die deutsche Autoindustrie auf rasche Verhandlungen mit den USA, Frankreich will hart bleiben.

**Le Maire:** Das sehe ich nicht so. Schauen Sie sich doch das Ergebnis des G-7-Gipfels in Charlevoix an. Ich hörte Kanzlerin Merkel und Präsident Macron mit einer Stimme sprechen. Es ist ganz normal, dass es Meinungsverschiedenheiten in der EU gibt, entscheidend ist aber, dass wir nach außen vereint auftreten. Und das war gerade in schwierigen Zeiten regelmäßig der Fall. Ich habe diese Sache oft mit Wirtschaftsminister Peter Altmaier diskutiert ...

**SPIEGEL:** ... dabei soll es mitunter sehr laut geworden sein.

**Le Maire:** Das ergibt sich aus unterschiedlichen Ausgangslagen: Der deutsche Export in die USA ist sehr groß und die Autoindustrie möglicherweise gefährdet. Das können wir als Freunde nicht ignorieren. Gleichzeitig erwarten wir von unseren deutschen Freunden, dass sie ihrerseits unsere Bedenken ernst nehmen, was etwa ihren Verteidigungsetat angeht und die Notwendigkeit, mehr zu investieren. Am Ende aber kommt es darauf an, dass Deutschland und Frankreich auf derselben Seite stehen – vereint gegen Unilateralismus.

**SPIEGEL:** Während die Bedrohung von außen zunimmt, droht Europa von innen zu zerfallen. Italien hat eine Regierung aus Rechtspopulisten und Eurokritikern, die sich nicht an den Stabilitätspakt halten will.

**Le Maire:** Wir respektieren die Entscheidung der italienischen Wähler, und als Politiker müssen wir ihre Sorgen ernst nehmen und Antworten darauf finden. Wir werden die neue italienische Regierung an ihren Taten messen. Ich werde den neuen italienischen Finanzminister in wenigen Tagen treffen, und ich bin zuversichtlich, dass wir gut zusammenarbeiten werden. Wenn uns gemeinsame Regeln stärker machen sollen, muss sich jeder daran halten.

**SPIEGEL:** Sie klingen fast wie ein deutscher Finanzminister.

**Le Maire:** Ich bin französischer Finanzminister, das reicht mir. Regeln sind nicht alles, aber sie sind ein Ausgangspunkt, um uns stärker zu machen. Regeln und Solidarität waren für mich nie ein Widerspruch. Wenn die Eurozone die erfolgreichste Wirtschaftsregion der Welt werden soll, schaffen wir das nur gemeinsam. Darum geht es. Europa kann der Herausforderung durch Präsident Trump nur gemeinsam begegnen.

**SPIEGEL:** Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

\* Mit den Redakteuren Christian Reiermann und Peter Müller im Hotel Adlon in Berlin.



# Sponsored by AOK

**Gesundheit** Mit fragwürdigen Angeboten buhlen gesetzliche Krankenkassen um junge, lukrative Kunden. Immense Überschüsse machen es möglich.

**M**an kennt das ja: Ist das Konto zu-fälligerweise mal voll, neigt der Mensch dazu, sein Geld für Dinge auszugeben, die er eigentlich nicht braucht. Und schnell stapelt sich in der Wohnung überflüssiges Zeug.

Krankenkassen sind da nicht besser. Die meisten von ihnen haben durch die gute Konjunktur Überschüsse angehäuft, die sich insgesamt auf fast 20 Milliarden Euro addieren. Eine beträchtliche Summe, die AOK, Barmer, DAK und Co. zu höchst großzügigen Ausgaben verleitet – für freiwillige Zusatzleistungen wie Reiseimpfungen, für Präventionsangebote wie Rücken-kurse oder Zuschüsse für Wellnessreisen, mit denen sich auch luxusbewusstere Kunden ködern lassen. Pro Jahr geben die Kassen dafür mehr als eine halbe Mil-liarde Euro aus.

Und was es da nicht alles gibt. Die AOK etwa stellte Anfang 2015 den »AOK-Führerscheintrainer« als App bereit. Er sollte die zumeist pubertierende Kund-schaft »fit für die theoretische Führer-scheinprüfung« machen, offizielle Prü-fungsfragen inklusive. Ein großzügiges Angebot: »Kostenlos und immer aktuell«, warb die AOK.

Auch den Aufsichtsbehörden erschien der Vorgang bemerkenswert: Was hat ein Führerscheintrainer im gesetzlichen Gesundheitssystem zu suchen?

Nichts, befanden die staatlichen Kon-trollure von Bund und Ländern Ende Mai auf einer Tagung in Bremen. Das Angebot sei »rechtswidrig«. Hinweise der AOK, die App enthalte Tipps gegen Prüfungsstress sowie Entspannungsübungen und habe daher einen »klaren Gesundheitsbezug«, überzeugten die Aufseher nicht. Das Bun-desversicherungsamt stellte fest, dass eine Führerschein-App »nicht in das Aufgaben-spektrum einer gesetzlichen Krankenkasse fällt«, wie es im internen Protokoll der Sitzung heißt. Offenbar muss die Aufsicht in Jahren des Überflusses auch Selbstver-ständliches erwähnen.

Allein bei ihrer jüngsten Tagung dis-kutierten die Aufseher fast ein Dutzend umstrittener Angebote. So bezuschusst die AOK Baden-Württemberg Volkshoch-schulkurse wie »Tai-Chuan mit Stock-kampf« oder »Bodyforming mit Yoga und Pilates«. Die AOK Plus mit Hauptsitz in Dresden finanziert ein Seminar, dessen Gesundheitsbezug selbst langjährige Kas-senmanager nur unter Verrenkungen er-klären können: »Hilfe, mein Kind ist in der Pubertät«. Die Konkurrenz war da-rüber so erbost, dass sie sich im Bundes-gesundheitsministerium beschwerte.

Zur Sicherheit stellten die Prüfer bei ih-rer Tagung schriftlich fest, dass nach gel-tender Rechtsauffassung nur Mütter und die mitversicherten Neugeborenen An-spruch auf Hebammenangebote hätten – »werdende Väter dagegen nicht«. Für die-se Klarstellung gab es handfeste Gründe: Eine Reihe von Kassen sieht das in ihren Satzungen ganz anders.

Dabei steckt hinter den bizarren An-geboten nicht einmal Verschwendungs-

sucht. Die Kassen werben um neue – mög-lichst junge und gesunde – Kunden, weil sie unter hohem Konkurrenzdruck stehen. 110 gesetzliche Krankenkassen gibt es heu-te noch, ihre Zahl hat sich in den vergan-genen zehn Jahren halbiert. Wer überleben will, muss sich von seinen Wettbewerbern absetzen. Aber wie? Mehr als 90 Prozent aller Kassenleistungen sind in einem offi-ziellen Katalog festgelegt.

Die Kassen haben nur zwei Möglich-keiten, auf sich aufmerksam zu machen: Sie könnten mit einem niedrigen Preis wer-ben. Dazu müssten sie ihren Zusatzbei-tragssatz senken, den sie alljährlich selbst festlegen. Weil selbst reiche Kassen hier zögerlich sind, will die Große Koalition sie dazu mit einem neuen Gesetz zwingen. Denn die meisten Kassen entscheiden sich für den anderen Weg der Kundenwerbung: Sie locken Interessenten mit freiwilligen Leistungen und kleinen Ködern.

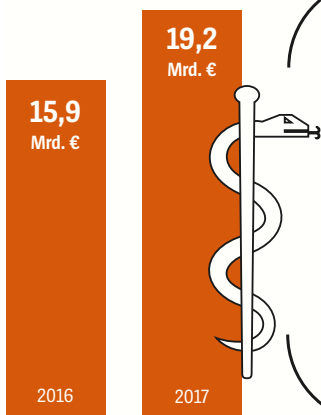
Vor allem junge Eltern werden von allen Kassen umworben, auch auf ganz konven-tionellem Wege – mit Präsenten zur Ent-binding. Der hauseigene AOK-Verlag bie-tet Vertriebsmitarbeitern dazu passendes Werbematerial an: einen Babykoffer zur »Incentivierung der jungen Mutter nach der Geburt«, gefüllt etwa mit »wertvollen Gutscheinen«. An die Bindung etwas grö-ßerer Kunden ist ebenfalls gedacht: Für den Einsatz in der Kita empfiehlt der AOK-Verlag das Förderpaket »Jolinchens Kids«, für die besondere Ansprache von Auszu-bildenden den »Azubiextraservice«.

Die Strategien sind durchaus un-terschiedlich. Große Ersatzkassen wie die Barmer oder die TK mühen sich, vor allem gebildete und gut verdienende Versicherte anzulocken und zu halten. Zu groß ist die Gefahr, dass die lukrative Kundschaft an-dernfalls in die private Krankenversiche-rung abwandern könnte. Kassenmanager setzen daher auf Yogakurse und bezahlen homöopathische Behandlungen beim Arzt oder Osteopathie. Die gehören normaler-weise nicht zum Leistungskatalog der ge-setzlichen Krankenkassen, weil ihre Wirk-samkeit wissenschaftlich nicht zweifelsfrei belegt werden kann.

Schon Anfang April klagte Frank Plate, der Chef des Bundesversicherungsamts, Zusatzleistungen führten häufig nicht zu einer »tatsächlichen Verbesserung der Ver-sorgung«. In einem Bericht kam seine Behörde zu dem schlichten Fazit: zu viel Werbung, zu wenig Wirkung. Auch des-halb sieht die Aufsicht jetzt strenger hin.

Wer gratis für die Führerscheinprüfung lernen will, kann sich inzwischen nicht mehr auf die AOK verlassen. Der Bun-desverband teilte auf Nachfrage mit, die App sei Ende Mai abgeschaltet worden – wenige Tage nach dem Ruffel der Kon-trollure. Cornelia Schmergal

## Finanzreserven der gesetzlichen Kranken- kassen in Deutschland



jeweils am Jahresende  
Quelle: BMG

## Ausgewählte Kassenangebote



# Ausland

»Denken Sie das mal von der Immobilienperspektive her«, sagt Donald Trump über Nordkorea. ► S. 76



**Ein zweijähriges Mädchen aus Honduras weint**, weil seine Mutter von US-Grenzsoldaten durchsucht wird – und eine Trennung von Mutter und Kind wohl bevorsteht. In McAllen, Texas, an der Grenze zu Mexiko, steht ein Auffanglager für Migranten aus Mittelamerika. Seit der »Zero Tolerance«-Politik von Präsident Donald Trump werden sie ohne Ausnahme verurteilt, und Beamte trennen Kinder von ihren Eltern.

## Analyse

# Ein Mann wird kühl vernichtet

In Russland beginnt die WM – ein guter Zeitpunkt, an den politischen Gefangenen Oleh Senzow zu erinnern.

Hoch oben am Polarkreis, zwei Tage Zugfahrt von Moskau entfernt, liegt die Stadt Labytnangi. Dort hungert seit mehr als einem Monat der ukrainische Regisseur Oleh Senzow in einer Strafkolonie. Während in der Hauptstadt und in zehn weiteren Städten die Fußballweltmeisterschaft stattfindet, ist das Lager zum Austragungsort eines anderen Wettkampfs geworden. Es ist der Kampf eines politischen Gefangenen, ausgetragen mit dem letzten Mittel, das ihm zur Verfügung steht, seinem Körper. Oleh Senzow fordert die Freilassung von 64 ukrainischen politischen Häftlingen, die eigene Person ausdrücklich ausgeschlossen. Sein Fall ist ein Beispiel für schreiendes Unrecht. Senzow ist einer jener Bewohner der Krim, die gegen die Annexion durch Russland auftraten. Wegen »Terrorismus« wurde er zu 20 Jahren ver-

urteilt. Weder hat er die ihm zur Last gelegten Taten begangen, noch ist verständlich, wie ein Ukrainer gegen seinen Willen zum russischen Staatsbürger erklärt werden kann. Es geht hier nicht um Recht, sondern um das Brechen von Widerstand.

Aber Senzow ist ungebrochen, die Aufmerksamkeit für seinen Fall steigt. Auch für viele Fußballfans ist schwer auszuhalten, dass ein Mann von Russlands Justiz kühl vernichtet wird, während La Ola durch die Stadien geht. Ein Austausch mit russischen Häftlingen in der Ukraine ist im Gespräch. Für Wladimir Putin hätte dies den Vorteil, die WM von politischen Risiken zu befreien. Allerdings hat Senzow Putin vor Gericht einen »blutigen Zwerg« genannt, und der russische Präsident hat ein ausgezeichnetes Gedächtnis für persönliche Kränkungen. Christian Esch



Äthiopien

## »Er ist ein Gorbatschow«



BERND HARTUNG / AGENTUR FOCUS

*Der neue Premierminister Abiy Ahmed weckt Hoffnung auf einen demokratischen Wandel – das Land wird seit 27 Jahren autokratisch von einer Partei regiert. Seit seiner Ernennung am*

*2. April hat Abiy politische und wirtschaftliche Reformen angekündigt, er ist zudem der erste Regierungschef der Oromo, der größten Ethnie des Landes. Im Interview spricht Prinz Asfa-Wossen Asseerate, 69, äthiopisch-deutscher Unternehmensberater und Großneffe von Kaiser Haile Selassie, über seine Erwartungen an das Land.*

**SPIEGEL:** Der erst 41-jährige Regierungschef Abiy Ahmed hebt den Ausnahmezustand auf, entlässt Tausende Gefangene, wechselt hochrangige Militärs aus. Schafft dieser Mann die Diktatur ab?

**Asseerate:** Millionen Äthiopier haben diese Hoffnung, und es wäre für uns fatal, wenn sie wieder enttäuscht würde. Es wäre das erste Mal in der Geschichte unseres Landes, dass eine echte Demokratie eingeführt wird.

**SPIEGEL:** Wie stark ist der erste Premier aus dem Mehrheitsvolk der Oromo?

**Asseerate:** Er ist nicht nur mithilfe der Oromo an die Macht gekommen, fast alle Parteien haben ihn unterstützt. Auch die äthiopische Jugend will ihn, also zwei Drittel der Gesamtbevölkerung von 100 Millionen Menschen.

**SPIEGEL:** Ist das eine Zeitenwende, oder geht es nur um kosmetische Korrekturen?

**Asseerate:** Allein die Reformen der vergangenen zwei Monate wären noch im März undenkbar gewesen. Abiy hat uns eine gesamtäthiopische Identität zurückgegeben, die wir jahrzehntelang verloren hatten. In meinen Augen ist er ein äthiopischer Gorbatschow.

**SPIEGEL:** Wie groß ist die Gefahr, dass die alten Machteliten zurückschlagen?

**Asseerate:** Abiy ist als ehemaliger Oberstleutnant bei den Streitkräften hoch angesehen. Ohne diesen Rückhalt hätte er nicht den Generalstabschef entlassen können. Die Gefahr einer Gegenreaktion ist nicht ganz ausgeschlossen, aber eine Rückkehr zum Status quo ante wird es nicht geben. Auch der wichtigste Partner der äthiopischen Regierung, die USA, steht offenbar auf der Seite Abiys.

**SPIEGEL:** Könnte Äthiopien ein demokratisches Reformmodell für Afrika werden?

**Asseerate:** Wenn Abiy seine Versprechen einhält und endlich einen Rechtsstaat etabliert, wenn es ihm gelingt, die ethnischen Spaltungen zu überwinden und eine demokratische Föderation zu schaffen, dann könnte die alte Kulturnation Äthiopien tatsächlich wieder ein Vorbild für Afrika werden. ILL

Jemen

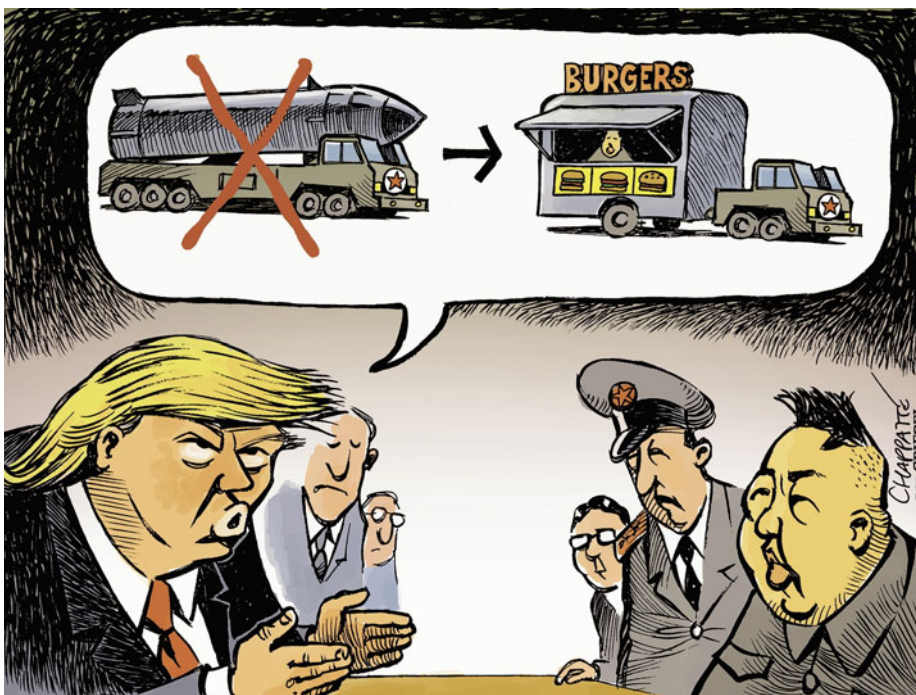
## Eine Schlacht, die zu noch mehr Hunger führen kann

● Eine der schlimmsten humanitären Katastrophen weltweit, der Krieg im Jemen, könnte sich in den nächsten Wochen auf dramatische Weise zuspitzen: Seit Mittwoch tobt die Schlacht um Hudaida, Jemens strategisch wichtigsten Seehafen am Roten Meer. Aus der Luft bombardiert eine von Saudi-Arabien geführte Militärallianz. Augenzeugen berichten von massiven Einschlägen, während regierungstreue Bodentruppen um den international anerkannten Präsidenten Abd Rabbuh Mansur Hadi versuchen, die Stadt zurückzuerobern.

Hudaida wird seit mehr als drei Jahren von den mit Iran verbündeten Huthi-Rebellen kontrolliert, der Hafen ist zentral für die Versorgung des Jemen, wie durch ein Nadelöhr gelangen hier 70 Prozent aller Nahrungsmittel und sonstigen Importgüter ins Landesinnere. »Wenn sie den Hafen schließen, wäre das verheerend, denn unsere Hilfsgüter und Medikamente werden hier angeschifft«, so Susanna Krüger von der Hilfsorganisation »Save the Children«, die sich gerade ein Bild von der Notlage in Hudaida gemacht hat. Sollte der Hafen über Wochen umkämpft werden, droht ein Versorgungsengpass: »Die Schlacht um Hudaida wird zur Hungersnot führen«, berichtet eine »Save«-Mitarbeiterin aus Sanaa, schon jetzt wüssten zwei von drei Jemeniten nicht, womit sie ihre nächste Mahlzeit bestreiten sollen. »Wer in Sanaa noch Bargeld hat, macht Hamsterkäufe«, berichtet ein Reiseunternehmer in Sanaa, »ein Sack Reis kostet 90 Dollar, ein Liter Benzin doppelt so viel wie vergangene Woche.« Egal wer gewinne, die Huthi-Rebellen oder die Hadi-Regierung, sagt er: »Hauptsache, der Kampf um Hudaida ist schnell vorbei und legt nicht für Monate das Land lahm. Wir haben noch Lebensmittel für zwei, drei Wochen, dann ist Ende.«

Allerdings sind die Menschen, die in den von Huthis gehaltenen Gebieten leben, auch nach dem Fall Hudaidas von Hunger bedroht. Um zu ihnen zu gelangen, müssten die Nahrungsmittel künftig die Front überqueren. Selbst wenn die saudi-arabische Allianz die Stadt erobert, ist der Krieg noch lange nicht vorbei. Die Allianz hat in den vergangenen drei Jahren mehr als 100 000 Luftangriffe geflogen, und die Huthis haben trotz massiver militärischer Überlegenheit der Gegner bis jetzt zähen Widerstand geleistet. F10

### Chappatte



# Die neue Welt-Unordnung

**USA** Donald Trump vollzieht die Abkehr vom Westen und wendet sich einem Diktator zu.

Es ist der Aufstieg einer Ego-Politik, die kein Gewissen und keine Partner kennt. Rettet der US-Präsident damit die Welt – oder stürzt er sie ins Chaos?

**D**as Treffen mit dem Diktator lag bereits einige Stunden zurück, aber Donald Trump wirkte immer noch wie frisch verliebt. »Es gab eine großartige Chemie zwischen uns«, schwärmte er. Es gebe Leute, zu denen könne er überhaupt keine Beziehung aufbauen, aber bei Kim Jong Un verhalte sich das völlig anders. »Das funkte bei uns von Anfang an«, sagte Trump.

Als sich der Herrscher aus Nordkorea und der US-Präsident vormittags zum ersten Mal die Hand reichten, auf der Insel Sentosa vor Singapur, lächelte Kim: »Nice to meet you, Mister President.« Der nette Kim. Lustig, clever, äußerst talentiert, ein würdiger Verhandler – so beschreibt Trump einen Mann, der sein Volk unterdrückt und der Welt noch vor wenigen Monaten mit einer nuklearen Apokalypse drohte. Aber aus Trumps Sicht ist der Diktator ein effizienter, wenn auch etwas strenger Manager seines Landes.

Drei Tage zuvor, in Kanada, auf dem G-7-Gipfel mit den Anführern der größten Industrienationen, wirkte der Präsident dagegen, als wäre er von Feinden umzingelt. Erst beschwerte sich Trump wieder einmal darüber, wie ungerecht die USA behandelt würden. »Wir sind wie ein Sparschwein, das jeder plündert.« Dann reiste er nach anderthalb Tagen vorzeitig ab.

Als Trump gerade mit der Air Force One nach Singapur flog, trat Kanadas Premier Justin Trudeau vor die Kameras. Er kündigte an, als Reaktion auf Trumps Zwangsabgaben seinerseits Zölle auf US-Produkte zu erheben. »Kanadier sind höflich, vernünftig, aber wir lassen uns nicht herumschubsen.« Trump wütete auf Twitter, Trudeau sei »unehrlich und schwach«, und zog seine Zustimmung zur G-7-Abschlussklärung zurück.

Trudeau, der Verräter. Kim, der Freund.

So sieht sie aus, die neue Welt-Unordnung von Trump. Sie ist illiberal, weil darin der Stärkere seinen Willen den Schwächeren aufzwingt. Sie ist unkooperativ, weil Entscheidungen unilateral getroffen und Partnerschaften durch Interessen ersetzt werden. Sie ist militaristisch, weil Kampfkraft gleich Macht ist.

Trump's Blick auf die Welt ist ohne Moral, ohne Gewissen, ohne Vergangenheit. Seine Außenpolitik kennt keine Regeln, sie wird per Handschlag zwischen Män-

nern gemacht. Es gibt nur Gewinner und Verlierer, jeder für sich, alle gegen alle.

Das Magazin »The Atlantic« zitierte Anfang der Woche einen hochrangigen Beamten aus dem Weißen Haus, der die Strategie auf den Punkt brachte: »We're America, bitch.« Wir sind Amerika und tun, was uns gefällt. Das ist die Trump-Doktrin.

Die US-Regierung scheut nicht den Bruch mit den einstigen Alliierten, mit dem Westen, diesem Gerüst von Allianzen, internationalen Organisationen und Abkommen, das mit Unterstützung der USA nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet wurde. All das bedeutet Donald Trump nichts.



REUTERS



Bundeskanzlerin Angela Merkel nannte Trumps Verhalten »ernüchternd«. Weit deutlicher wurde EU-Ratspräsident Donald Tusk: »Am meisten beunruhigt mich die Tatsache, dass die regelbasierte internationale Ordnung diesmal nicht von den üblichen Verdächtigen infrage gestellt wird, sondern von den USA, dem Architekten und Bewahrer dieser Ordnung.«

Bei seiner Pressekonferenz in Singapur sagte Trump, die USA hätten 800 Milliarden Dollar beim Handel mit anderen Ländern verloren. »151 Milliarden mit der Europäischen Union!« Der Gipfel mit Kim Jong Un war da gerade zu Ende gegangen. Aber der Präsident konnte es nicht lassen, sich über die vermeintliche Ungerechtigkeit beim Handel aufzuregen. Die Europäer würden kaum amerikanische Produkte auf ihre Märkte lassen, sagte er, »und

doch schicken sie uns ihre Mercedes, ihre BMWs, millionenfach«. Sehr unfair sei das.

Mercedes, BMW, Merkel – sie sind schuld an der amerikanischen Misere, so sieht es der Präsident. Der Feind sitzt zwar auch in China, mit dem die USA ein noch größeres Handelsdefizit haben als mit der EU; seinen Lieblingsgegner aber findet Trump im Westen, in den Demokratien.

Das Problem ist leider, dass Trump die falschen Zahlen verwendet. Er lässt Dienstleistungen außen vor – den grenzüberschreitenden Service, den Banken, Reisebüros oder Konzerne wie Amazon anbieten. Bezieht man all das mit ein, ist das Handelsdefizit mit der EU deutlich geringer, mit Kanada halten sich Im- und Exporte sogar die Waage.

Doch Trump neigt nun mal dazu, alles zu verdammen, woran er nicht selbst betei-

ligt war. Freihandelsverträge, Iran-Deal, Klimaabkommen – das ist alles böse und falsch, ausgehandelt zum Schaden Amerikas. Gleichzeitig glorifiziert er seine eigenen Deals, wie nun in Singapur.

Zumindest auf den ersten Blick scheint der Gipfel Trumps Politik ja zu bestätigen: Bei allen Unklarheiten ist die Angst vor einem Atomkrieg erst einmal gebannt. Sogar seriöse Außenpolitikexperten in Washington gaben sich erleichtert. Das ist die positive Seite von Trumps disruptiver Außenpolitik, die mit allen Regeln und Gepflogenheiten bricht – und der Komplexität der Weltpolitik mit vermeintlich »gesundem Menschenverstand« begegnet: Zwei mächtige Männer reden miteinander, und am Ende wird alles gut.

Diese Reduktion von Komplexität erscheint in Zeiten vieler scheinbar unlösbarer Konflikte erfrischend. Das macht Trumps Politik so verführerisch. Und so gefährlich. Denn zum einen weiß niemand, ob Nordkorea wirklich seine 60 Atombomben und die Raketen abgeben will – oder die Zeit nicht sogar nutzt, um sie weiterzuentwickeln. Und ob Trump da nicht einen Despoten gestärkt hat, der die Region nun erst recht destabilisieren könnte.

Zum anderen könnte sich der US-Präsident bei seinen Alleingängen bestärkt fühlen und künftig noch öfter nach dem Prinzip handeln, erst massiv zu drohen und dann mittels eines diplomatischen Egotrips einen »Deal« zu vereinbaren. Einen Deal, bei dem Menschenrechte weniger eine Rolle spielen als künftige Bauprojekte.

»Denken Sie das mal von der Immobilienperspektive her«, sagte Trump bei seinem einstündigen Auftritt vor Journalisten in Singapur; er könne sich Hotels an Nordkoreas Stränden vorstellen.

Um auch Kim und die Welt von dieser Zukunft zu überzeugen, hatte Trump dem »Vorsitzenden Kim« zuvor ein Video vorgespielt. Vier Minuten lang, wie aus der Propagandaabteilung einer Bananenrepublik, produziert jedoch im Auftrag der US-Regierung. Wolkenkratzer, Schnellboote, Hochgeschwindigkeitszüge, gegengeschnitten mit Raketen und Kampfflugzeugen. Ein Erzähler sagt: »Die Vergangenheit muss nicht die Zukunft sein.«

Der Gipfel enthielt alles, was Reality-Fernsehen ausmacht: ein Aufeinandertreffen einstiger Feinde, maximale Spannung und ein Happy End mit zwei Männern, die sich als Gewinner sehen. Falls die Show jedoch dazu dienen sollte, Kim Zugeständnisse zu entlocken, ist Trump gescheitert.

Die Abschlusserklärung hat eine Länge von wenig mehr als einem DIN-A4-Blatt und enthält keine konkreten Schritte. Zwar



#### **Gesprächspartner Kim, Trump**

»Das funkte bei uns von Anfang an«

ist darin von einer »kompletten Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel« die Rede. Doch diese Formulierung bleibt zurück hinter der ursprünglichen Forderung der USA nach einer »kompletten, verifizierbaren und unumkehrbaren« Abrüstung. Was genau das bedeutet, wie es erreicht werden soll und wie sich das überprüfen lässt? Diese Fragen bleiben unbeantwortet.

Ähnliche, zum Teil sogar weitergehende Zusicherungen hatte bereits Kims Vater gemacht, gegenüber dem damaligen Präsidenten Bill Clinton in den Jahren 1994 und 2000. Im Geheimen lief das Atomprogramm jedoch weiter, und das Regime verfügte bald über spaltbares Material. 2006 testete Nordkorea die erste Atombombe, es folgten fünf weitere Tests sowie zahlreiche Raketenstarts.

Dass Kim seine Ziele so leicht erreicht hat, meinen manche Experten, könnte ihn sogar dazu verleiten, im nun folgenden Verhandlungsprozess noch weniger Zugeständnisse zu machen. Stattdessen könnte es sein, dass er die Verhandlungen mit dem impulsiven Trump lediglich nutzen will, um die harten Sanktionen abzuschütteln.

Dieses Kalkül dürfte aufgehen. Denn selbst wenn die USA an ihren Strafmaßnahmen festhalten, China und Russland werden wohl unter dem Eindruck der Entspannungspolitik ihre Sanktionen lockern. Und die beiden Länder gehören zu den wichtigsten Handelspartnern Nordkoreas.

Noch ein weiteres Geschenk machte Trump dem Despoten: Er sicherte ihm zu, für den Verlauf der Verhandlungen Militärmanöver mit Südkorea einzustellen. Wobei er sich mit dem Begriff »Kriegsspiele« so unklar ausdrückte, dass am Ende niemand wusste, ob er nur die halbjährlichen Großübungen meinte – oder alle gemeinsamen Manöver. Und er stellte zudem in Aussicht, die 28 500 US-Soldaten in Südkorea eines Tages abzuziehen. Mehr hätten sich die Nordkoreaner, aber auch die Chinesen nicht wünschen können.

»Sollte Trump tatsächlich beabsichtigen, alle Manöver mit den Südkoreanern zu beenden, dann wird darüber vor allem China glücklich sein«, sagt Zhao Tong, Nordkorea-Experte des Carnegie-Tsinghua-Zentrums in Peking. »In Wahrheit ist China an der Reduktion der US-Präsenz im Westpazifik insgesamt interessiert.«

Dass Kim ohne größere Gegenleistung ein Treffen mit Trump erreicht hat, dazu die Aussetzung von Militärmanövern und eine Einladung nach Washington, das macht ihn zum großen Sieger. Singapur,

das war vor allem der Propaganda-Coup eines Despoten. Und so feierte man es in Nordkorea auch. Das Parteiorgan »Rodong Sinmun« widmete dem Gipfel die Hälfte seiner Ausgabe. Kim habe den US-Präsidenten aufgefordert, hieß es, »die mutige Entscheidung zu treffen, militärische Aktionen einzustellen, welche die Gegenseite provozieren und als Feind betrachten«.

In dieser Erzählung ist Kim der Held und Trump derjenige, der klein beigt. Innenpolitisch stärkt das den Herrscher in Pjöngjang noch. Das ist aus Kims Sicht auch nötig, wenn er sein Land wirtschaftlich entwickeln und gleichzeitig an der Macht bleiben will. Denn je mehr sich der Norden für die Welt öffnet, desto stärker droht die Autorität des gottähnlichen Herrschers Kim zu wanken.



Kontrahenten Merkel, Trump, G-7-Teilnehmer: »We're America, bitch«

Noch hat das 25-Millionen-Volk keinen Zugang zum globalen Internet oder zu ausländischen Medien. Die wichtigste Informationsquelle sind Staatsmedien. Doch je mehr sich das Land öffnet und der Wohlstand zunimmt, desto weniger wird sich diese Kontrolle aufrechterhalten lassen.

Schon jetzt sehen viele Nordkoreaner südkoreanische Filme, die per DVD oder USB-Stick ins Land geschmuggelt werden. Immer mehr wissen, wie es in der Welt aussieht – und dass ihr Land eine Hungerdiktatur ist. Wer mit den Filmen erwischt wird, kommt ins Arbeitslager. Überläufer berichten, dass Sicherheitskräfte Hochhäusern den Strom abstellen und systematisch Wohnungen nach verbotenem Material durchsuchen. Selbstkritikgruppen sind Pflicht, wer dabei nicht freimütig über sich und die eigenen Gedanken berichtet, macht sich verdächtig.

Weil sich das Land aber nicht mehr vollkommen abschotten lässt, ist Kim offenbar zu dem Schluss gekommen, dass er seine Macht langfristig nur sichern kann, indem er Wohlstand schafft. Vor fünf Jahren ver-

kündete er eine Strategie, die er »Byungjin« nennt, »parallele Entwicklung«. Das heißt: Neben dem Nuklearprogramm will er die Wirtschaft entwickeln. In seiner diesjährigen Neujahrsansprache sagte Kim, in Anspielung auf das Atomarsenal: »Wir haben ein mächtiges Schwert geschaffen, um den Frieden zu verteidigen.« Nun jedoch wolle er die Wirtschaft stärker wachsen lassen.

Es gibt zumindest Indizien dafür, dass Kim sich von seinen Vorgängern unterscheidet. Zwar führt er Nordkorea weiterhin wie einen Mafiastaat, er hat Familienmitglieder ermorden lassen und allzu mächtige Funktionäre ausgetauscht. Aber seit er vor gut sechs Jahren die Herrschaft übernahm, entfachte er trotz Sanktionen einen Bauboom. In der Hauptstadt ließ er Straßen teeren und Hochhäuser errichten,

in den Bergen ein Skigebiet anlegen. Er gestattete verstärkt private Märkte, mehr als 400 im Land, auf denen mit Lebensmitteln und Waren gehandelt werden darf.

»Nordkorea ist längst nicht mehr kommunistisch«, berichtete Kenji Fujimoto, der einstige Leibkoch des Kim-Clans, bereits vor zwei Jahren. Der Japaner kennt Kim aus dessen Jugendzeit. Schon als 17-Jähriger habe Kim auf einer gemeinsamen Zugfahrt durch das Land die Rückständigkeit beklagt, so Fujimoto. Auch deshalb sei Kim an Reformen nach chinesischem Vorbild interessiert. Mittlerweile ist der Koch auf Einladung des Diktators nach Pjöngjang zurückgekehrt und führt dort ein edles Sushi-Restaurant.

Auf der Suche nach Geld ist Kim nicht zimperlich. Für ihn zählten Resultate, sagt der übergelaufene Diplomat Han Jin Myung. »Kim betreibt die nordkoreanischen Botschaften im Ausland als Profitzentren.«

Die Diplomaten müssen sich ihren Unterhalt selbst verdienen und nebenbei für das Regime Devisen heranschaffen, durch Geldwäsche, Drogenschmuggel oder Autohandel. Eine wichtige Rolle spielt auch Nordkoreas Hackerarmee, die weltweit Banken und Bitcoin-Börsen ausraubt.

Dass Kim also nun versucht, den Status seines Landes als Atommacht in bare Münze umzuwandeln, ist offensichtlich. Die wichtigste Frage aber, ob er tatsächlich auch bereit ist, seine Atombomben abzugeben, ist nach wie vor unbeantwortet.

Es ist jetzt an den Diplomaten, die Erklärung von Singapur in eine konkrete Vereinbarung zu gießen. Das dürfte ein mühsames Geschäft werden – und könnte Experten zufolge ein Jahrzehnt dauern. Was jedoch US-Außenminister Mike Pompeo



nicht davon abhielt, am Mittwoch zu verkünden, man sei »hoffnungsvoll«, dass Nordkorea schon Ende 2020 den Großteil seiner Atomwaffen abgegeben haben werde. Bereits kommende Woche sollen die Gespräche beginnen.

Man müsse nun zunächst die Nachbarn beteiligen – Südkorea, China, Japan und Russland –, sagt der Nordkorea-Experte und frühere Diplomat Joel Wit. So war es auch bei bisherigen Verhandlungen mit dem Kim-Regime, die jedoch letztendlich stets scheiterten. Eine Alternative dazu, so Wit, gebe es jedoch nicht.

Im Idealfall stünde am Ende ein Abkommen ähnlich der Rahmenvereinbarung von 1994. Darin hatte Pjöngjang eingewilligt, sein Atomprogramm zurückzufahren im Austausch für Leichtwasserreaktoren, die wenig geeignet sind, atomwaffenfähiges Material zu produzieren. Wit war damals im US-Außenministerium dafür zuständig, die Einhaltung zu überwachen.

Allerdings war Nordkorea damals noch nicht Atommacht. Und es hielt sich auch damals nicht an die Vereinbarung und umging Kontrollen. Ende der Neunzigerjahre begann das Regime dann heimlich mit der Produktion von hochangereichertem Uran. Die Annäherung scheiterte letztlich.

Was, wenn es wieder so kommt?

In Singapur antwortete Donald Trump auf diese Frage: »Ich könnte in sechs Monaten vor Ihnen stehen und sagen: ›Hey, ich lag falsch.‹ Vermutlich würde ich das aber nie zugeben. Ich finde schon eine Ausrede.«

Denn nach all diesen schönen Bildern, der öffentlich zelebrierten Freundschaft, würde ein Scheitern den US-Präsidenten schlecht aussehen lassen. Er hat sich persönlich sehr weit hinausgelehnt. Und damit hat er, anders als es ein guter Dealmaker tun würde, auch seine Druckmittel verschenkt. Denn es dürfte Trump nun äußerst schwerfallen, Pjöngjang erneut mit Militärschlägen zu drohen.

Am Mittwochmorgen landete Trump dann wieder in Washington. Er twitterte: »Alle können sich jetzt viel sicherer fühlen«, denn: »Es gibt keine nukleare Bedrohung aus Nordkorea mehr.«

Die Bedrohung sieht er woanders, wie er später ebenfalls twitterte: bei den Medien. Vor Kurzem hätten sie noch um einen Deal mit Nordkorea »gebettelt«, nun redeten sie seinen Erfolg kaputt. Die Medien seien »der größte Feind unseres Landes«.

Christoph Scheuermann, Wieland Wagner, Bernhard Zand

Video

**Warum China der größte Gewinner ist**

spiegel.de/sp252018nordkorea  
oder in der App DER SPIEGEL



## Das Nachrichten-Magazin für Kinder.



**Jetzt testen:**

[www.deinspiegel.de](http://www.deinspiegel.de)



**dein SPIEGEL**  
EINFACH MEHR WISSEN

# Das Illusionstheater

**Brexit** Zwei Jahre nach dem Referendum sind die wichtigsten Fragen ungelöst, geht es der britischen Regierung nur noch um eines: Zeit zu gewinnen. Doch spätestens zum Jahresende droht der Showdown.

**E**s gibt ein Gerücht in London, und das geht so: Was in den Brexit-Verhandlungen nach außen als heilloses Tohuwabohu erscheine, sei in Wirklichkeit Teil eines genialen Masterplans. Regierungschefin Theresa May sei mitnichten ratlos. Tatsächlich verwirre sie seit Monaten mit voller Absicht Freund und Feind und trete auf der Stelle, damit irgendwann im Herbst das Parlament ein Machtwort spreche. Und da dort die EU-Befürworter in der Mehrheit seien, würden die Abgeordneten ganz am Ende für den sanftest-möglichen Brexit sorgen.

Menschen, die das Gerücht streuen, halten an dieser Stelle kurz inne und machen ein gedankenverlorenes Gesicht.

Dann brechen sie in Gelächter aus.

Am 23. Juni ist es zwei Jahre her, dass die Briten mit knapper Mehrheit für den Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union stimmten. Neun Monate bleiben der Regierung noch, um die Scheidung zu vollziehen. Doch fast alle großen Fragen sind ungeklärt. Und May und ihr Team machen nicht den Eindruck, als könnten oder wollten sie diese Fragen je beantworten. Stattdessen versuchen sie, ihrem Volk eine »Übergangsperiode« nach der anderen schmackhaft zu machen, in der der Brexit zwar offiziell vollzogen wäre, EU-Regeln aber weiter gelten würden.

Zwei Drittel der Briten sind inzwischen überzeugt davon, dass May, wenn überhaupt, einen blamablen Deal aushandeln wird. Das Verblüffendste an dieser Umfrage ist: Woher nimmt das restliche Drittel eigentlich seine Zuversicht?

May hatte sich nach dem Referendum lange Zeit gelassen, bevor sie den Austritts-Countdown im März 2017 in Gang setzte. Jeder in Europa hatte erwartet, dass die Frau, der ein obsessiver Hang zum politischen Detail nachgesagt wird, die Zeit bis dahin nutzen würde, um eine ausgefeilte Verhandlungstaktik zu entwerfen. Doch als die Gespräche endlich begannen, staunte man in Brüssel über die britische Mischung aus Chuzpe und Ahnungslosigkeit.

Auch das, dachten da noch manche, sei vielleicht Teil eines verwegenen Plans. Inzwischen ist klar: Da ist keine Strategie. Da ist nur Slapstick.

Den endgültigen Beweis dafür lieferte zuletzt der endlose Zank um die Irlandfrage, die zum entscheidenden Streitpunkt geworden ist. May hat sich früh festgelegt:

Das Vereinigte Königreich wird, inklusive Nordirland, die EU-Zollunion und den Binnenmarkt verlassen. Gleichzeitig hat sie Iren und Nordiren zugesagt, dass die zwischen ihnen verlaufende künftige EU-Außengrenze so hindernisfrei bleiben wird, wie sie es derzeit ist. Seither steckt sie in der Zwickmühle.

Selbst die wohl durchlässigste Grenze der Staatengemeinschaft, die zwischen dem EU-Mitglied Schweden und dem Nichtmitglied Norwegen, ist nicht hindernisfrei. Güter und Menschen werden auch an der irisch-irischen Grenze kontrolliert werden müssen. Deswegen behilft sich London mit politischer Illusionskunst.

May schlug zunächst eine »Zollpartnerschaft« vor, in der ihr Land weiterhin hohe EU-Zölle erheben und die Differenz später an betroffene Unternehmen zurückzahlen würde. Ein bürokratisches Monster, vor dem sich die Brexit-Hardliner allein schon deshalb fürchten, weil es verdächtig nach

**Nach monatelangen Verhandlungen ist klar:  
Da ist keine Strategie.  
Da ist nur Slapstick.**

einer Quasimitgliedschaft im verhassten Staatenklub klingt.

Die EU-Feinde um Außenminister Boris Johnson, der Mays Idee »irre« nannte, präsentierten einen Gegenvorschlag: Der heißt »maximum facilitation«, kurz und knackig »max-fac«, und gleicht einem technologischen Wunder. Sämtliche Kontrollen an der Grenze sollen demnach durch ein digitales, kameragestütztes Erfassungssystem erfolgen. Der Haken dabei: Es müsste erst noch erfunden werden.

Statt eine Entscheidung zu treffen, gründete May, in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Brexit-Subkomitees ihrer Regierung, zwei neue Subsubkomitees. Sie sollten klären, ob und wie sich »Zollpartnerschaft« oder »max-fac« realisieren ließen.

Dann meldete sich allerdings der Chef der staatlichen Steuerbehörde zu Wort und verkündete, dass »max-fac«, sollte es je funktionieren, die britische Wirtschaft bis zu 20 Milliarden Pfund jährlich kosten würde. Und damit fast das Doppelte dessen, was das Land in den EU-Topf einzahlt.

Was in London offenbar auch keiner beachtet hatte: Die restlichen 27 EU-Staaten hatten schon Wochen zuvor beide Ideen als Fantasterei zurückgewiesen.

Der bislang letzte Vorschlag lautet nun, dass sich das Vereinigte Königreich so lange an die Regeln des EU-Binnenmarktes und der Zollunion halten solle, bis sich das Irlandproblem auf magische Weise von selbst gelöst hat. Das soll spätestens Ende 2021 der Fall sein. Aber darauf sollte man besser nicht wetten. Jacob Rees-Mogg, der Posterboy der Brexit-Extremisten, warnt vor einem »permanenten Gefegfeuer« und hat erbitterten Widerstand angekündigt.

Und: Ob die EU mitspielt, ist fraglich.

So geht das nun seit Monaten. Brüsseler Verhandlungspartner, britische Unternehmer und die Menschen im Land drängen immer lauter und bekommen doch nur widersprüchliche Antworten. Wie das Vereinigte Königreich künftig in der Luftfahrt, dem Bankenwesen, der Kriminalitätsbekämpfung mit der EU kooperieren wird: unklar. Wie genau die Rechte der dreieinhalb Millionen EU-Bürger im Land festgeschrieben werden: offen. Wer künftig Erdbeeren ernten, Londons Hochhäuser bauen oder die Alten pflegen soll, wenn das Land, wie hoch und heilig versprochen, knallhart die EU-Einwanderung begrenzt: wird man sehen. Vielleicht die Gefängnisfreigänger, wie der Justizminister neulich allen Ernstes vorschlug.

Kürzlich sickerte dann noch ein Papier des EU-Austrittsministeriums durch. Darin wurden offenbar drei Szenarien durchgespielt, was geschähe, wenn die Verhandlungen zwischen Briten und der EU ergebnislos enden sollten. Demnach würde bereits am ersten Tag der Hafen von Dover kollabieren, Supermärkte in Schottland oder Cornwall hätten bald darauf keine Lebensmittel mehr, nach zwei Wochen gingen den Krankenhäusern wichtige Medikamente aus. Und das ist nicht einmal das schlimmste der drei Szenarien. Das taufen die Beamten »Armageddon«, Einzelheiten blieben der Öffentlichkeit erspart.

Niemand erwartet daher, dass Theresa May mutwillig auf einen Crash hinarbeitet. Aber was will sie dann? Die Antwort lautet, kurz gesagt: Zeit gewinnen. Ganz offensichtlich geht es der Regierungschefin nur noch darum, irgendwie den 29. März 2019 zu erreichen. An jenem Tag wird – wenn nichts dazwischenkommt – der Austritt Großbritanniens und Nordirlands aus der EU vollzogen sein. May wird ihrem Volk dann zurufen können: Ihr wolltet den Brexit, ich habe ihn geliefert! Alle kniffligen, unangenehmen und unlösbaren Aufgaben müssten dann in der Übergangsperiode danach angegangen werden.

Nur wird die EU auch dabei nicht mitmachen. Brüssel pocht darauf, dass die Scheidungsverhandlungen spätestens En-





DANIEL LEAL-OLIVAS / AFP

**Pro-EU-Demonstranten vor dem britischen Parlament:** Zwei Drittel erwarten eine Blamage – aber woher nehmen die anderen ihre Zuversicht?

de 2018 mit einem rechtlich verbindlichen und möglichst alle Streitfragen umfassenden Vertrag enden. Eine Vertagung der wichtigsten Entscheidungen um mehrere Jahre ist nicht vorgesehen.

Aber selbst wenn man, wie es May und ihre Leute tun, außer Acht lässt, dass auf der anderen Seite des Kanals ein Verhandlungspartner sitzt, der im Zweifelsfall der Stärkere ist: Nicht mal im eigenen Land dürfte die Regierung mit diesem Lavieren durchkommen. Dort läuft alles auf einen Showdown zum Jahresende hinaus.

Dann wird May dem Parlament zur Abstimmung vorlegen müssen, was sie bis dahin in Brüssel verhandelt hat. Ihre Hoffnung ist, dass sich die Mehrheit der 650 Abgeordneten, wenn die einzige Alternative »Armageddon« lautet, für ihren Deal entscheidet – und sei er noch so vage oder unbeliebt.

Die EU-Freunde in der konservativen Partei sind zuletzt jedoch immer aufmüp-

figer geworden. Die Zahl der offen rebellierenden Tories ist auf vierzehn gewachsen. Zwölf würden schon reichen, um gemeinsam mit der Opposition Pläne von Mays Minderheitsregierung zu vereiteln. Deren Glück ist, dass auch die Labour-Partei in Sachen Brexit völlig zerstritten ist.

Bereits diese Woche konnte die Premierministerin nur mit Mühe einen Aufstand im Unterhaus niederschlagen, als es um das vergleichsweise nachrangige EU-Austrittsgesetz ging. Dabei machte sie den Rebellen eine Zusage, von der schon Stunden später nicht mehr klar war, worin sie eigentlich bestand. Oft wird ihr ein derartiges Kunststück nicht mehr gelingen.

Viel wahrscheinlicher ist daher, dass das Parlament ganz am Ende den prall gefüllten Luftballon, den May »Brexit« nennen wird, an die Regierung zurücksendet, mit

dem Auftrag weiterzuverhandeln. Nur diesmal ernsthaft. Das wird der Moment sein, in dem May versuchen könnte, den Ausstiegs-Countdown für unbestimmte Zeit zu stoppen. Wenn die EU mitmacht – und wenn die Premierministerin dann überhaupt noch im Amt ist.

So oder so scheint der Brexit wohl doch noch etwas länger zu dauern. Die britische Wahlkommission jedenfalls hat bereits Geld für die nächste Europawahl zurückgestellt. Dabei findet diese acht Wochen nach dem Ausstiegstermin statt.

Zwei Jahre schaut ein immer verblüffteres Publikum diesem britischen Rodeoritt nun zu. Theresa May hält sich dabei schon viel länger auf dem Brexit-Bullen, als viele erwartet haben.

Am Ende eines Rodeos gewinnt jedoch immer der Bulle. Jörg Schindler

Mail: joerg.schindler@spiegel.de

# Endspiel

**Türkei** Die Wahl am 24. Juni entscheidet über die Zukunft von Präsident Erdoğan. Annäherung an einen Mann, der im Zenit seiner Macht steht – und doch fürchtet, alles zu verlieren. Und in dessen Palast die Ersten ihre Flucht vorbereiten. *Von Maximilian Popp*

**D**er Präsident beginnt den Tag mit einem Gebet zwischen fünf und sechs Uhr morgens, je nachdem, wann die Sonne aufgeht. Danach stellt er sich eine halbe Stunde aufs Laufband und stemmt Gewichte. Er frühstückt, meist leicht, denn er leidet an Diabetes; dazu trinkt er Tee vom Schwarzen Meer. Er liest die Memos seiner Berater und die Tageszeitungen, am liebsten islamistische Blätter, und die »Sabah«, die einem Verwandten untersteht. Um acht Uhr empfängt Recep Tayyip Erdoğan dann seinen Büroleiter und seinen Sprecher, um das Programm für den Tag durchzugehen. Um elf Uhr macht er sich auf den Weg in den Palast.

Erdoğan lebt gemeinsam mit seiner Frau Emine in einer Villa auf dem Gelände des Präsidentenpalastes, auf einem Hügel am Stadtrand von Ankara. Den Palast hat er sich 2014 bauen lassen, es ist eine Trutzburg aus mehreren Gebäuden mit 1000 Zimmern, einem Bunker, einer Krankenstation. Soldaten bewachen den Eingang. Besucher werden von einem Auto abgeholt und durch einen Tunnel direkt zu dem entsprechenden Trakt gefahren. Das Gebäude spiegelt die Herrschaft dieses Präsidenten wider, furchteinflößend, mächtig, abgeschottet, kontrolliert.

Im Februar ist Erdoğan 64 Jahre alt geworden, er trägt den gleichen Schnauzer wie als junger Mann, aber seine Wangen sind eingefallen, seine Stirn ist von Falten zerfurcht. 2011 wurde ihm, wie es heißt, ein gutartiger Tumor aus dem Dickdarm entfernt. Noch immer mutet er sich ein mörderisches Programm zu. Er begrüßt jeden Tag persönlich Minister, Abgeordnete, Bürgermeister; kontrolliert jede noch so kleine Regierungshandlung. Bei sich trägt er stets ein Buch, das er mit Notizen füllt. Vor Mitternacht geht er selten nach Hause, und er erwartet von seinen Mitarbeitern, dass sie mindestens ebenso lange im Büro bleiben.

Seit 15 Jahren regiert dieser Mann die Türkei, erst als Premier, dann als Präsident, länger als jeder Politiker vor ihm. Nun findet am 24. Juni die Parlamentswahl statt, gleichzeitig will er sich in einer Direktwahl als Präsident im Amt bestätigen lassen – und zwar als Präsident mit größerer Machtfülle denn je. Er wäre dann der Al-

leinherrscher, die Gewaltenteilung wäre so gut wie aufgehoben. Die Türkei, das wäre dann vor allem: er, Erdoğan.

Wer also ist dieser Mann, der sein Schicksal so eng verwoben hat mit dem seines Landes? Über den man so vieles zu wissen meint – und über den doch so wenig bekannt ist. Wie übt er seine Herrschaft aus, wem vertraut er, wie gibt er sich innerhalb seines engsten Zirkels?

Der SPIEGEL hat in den vergangenen Monaten mit mehr als zwei Dutzend Vertrauten des Präsidenten gesprochen, mit Beratern, Regierungsbeamten, Parteifreunden, Ministern. Die meisten von ihnen bestanden darauf, dass ihr Name nicht genannt wird. Sie wollen zwar über Erdoğan reden, aber gleichzeitig haben sie Angst, ihn zu verärgern.

Ihre Berichte zeichnen gemeinsam mit internen Dokumenten, die der SPIEGEL einsehen konnte, eine Nahaufnahme des türkischen Präsidenten: Erdoğan steht im Zenit seiner Macht, doch er ist besessen von dem Gedanken, sie zu verlieren. Er fühlt sich verkannt und vertraut praktisch nur noch seiner Familie, was zu Verwerfungen innerhalb der Regierung führt. Er ist zu einem Patriarchen geworden, um den herum Stille herrscht. Niemand lacht in seiner Gegenwart. Minister senken die Stimme, wenn sie ihm gegenüberstehen. Ihre Gesichter werden feierlich, fast steif. Sie blicken zu Boden: nervös, wachsam.

Erdoğan, so erzählen sie, gerate schnell in Rage. Seine Wutanfälle, bei denen er Mitarbeiter ohrfeigt oder mit seinem iPad nach ihnen wirft, sind legendär. Manchmal aber setzt er seine Ausbrüche auch bewusst ein. Beim Weltwirtschaftsforum in Davos saß er vor einigen Jahren mit Israels damaligem Präsidenten Shimon Peres auf dem Podium. Er beschimpfte Peres als Kindermörder, stritt mit dem Moderator und stürmte schließlich von der Bühne. Seinen Beratern war der Auftritt peinlich. Aber von seinen Anhängern wurde Er-

doğan bei seiner Rückkehr nach Istanbul gefeiert.

Erdoğan schafft es auch nach 15 Regierungsjahren noch, sich als Mann des Volkes zu inszenieren. Er ist ein Populist, ein Menschenfänger, der Massen für sich einnehmen kann. Wenn er im Wahlkampf auftritt, wie Anfang Juni in der Stadt Zonguldak am Schwarzen Meer, werden Anhänger aus dem ganzen Land herangekarrt. Eine Hymne, die eigens für ihn geschrieben wurde, dröhnt aus den Boxen. Die Straßen sind mit seinem Porträt geschmückt. Erdoğan lasse sich vor Reden Memos mit Zahlen und Fakten zusammenstellen, erzählt ein ehemaliger Redenschreiber, so weiß er alles über den Ort, an dem er auftritt. Und die Zuschauer fragen sich: Wie kann er das wissen?

In seiner Jugend hat Erdoğan für einen Istanbuler Klub halb professionell Fußball gespielt, und bis heute umgibt er sich gern mit Fußballern. Etwa den deutschen Nationalspielern Mesut Özil und Ilkay Gündogan, mit denen er sich im Mai fotografieren ließ – und damit in Deutschland für Aufregung sorgte. Er hatte außerdem einen Ringer und einen Basketballspieler in seinen Beraterstab geholt. Bis vor zwei Jahren spielte er mit Leibwächtern und Mitarbeitern regelmäßig Basketball auf dem Palastgelände. Es gibt ein Video, das Erdoğan bei einem Fußballmatch mit Prominenten zeigt. Seine Gegner weichen ehrfurchtsvoll zur Seite, wenn er am Ball ist.

Erdoğan liest keine Bücher, schaut aber exzessiv fern. In seinem Büro und in seiner Dienstlimousine läuft A Haber, ein Sender, der für seine Verschwörungstheorien bekannt ist. Das Internet nutzt er wenig, soziale Medien hält er für »Gift« – was ihn nicht daran hindert, eine Trollarmee zu beschäftigen, die Kritiker drangsaliert. Da der Präsident keine Fremdsprache beherrscht, übersetzt das Presse- und Informationsamt sämtliche ausländischen Nachrichten für ihn. Denn Erdoğan verfolgt genau, wie in der Welt über ihn gedacht wird.

Wie so viele Staatschefs begeistert er sich für Geschichte, vor allem für das Osmanische Reich. Erdoğan bewundert den »blutigen Sultan« Abdülhamid II. und verpasst fast keine Folge der populären türkischen Fernsehserie, die von dessen Leben

**Um Erdoğan herum herrscht Stille. Niemand lacht. Minister blicken zu Boden, nervös, wachsam.**





LAURENT VAN DER STOCK / GETTY IMAGES

**Staatschef Erdoğan:** Patriarch und Populist, Paranoiker und Menschenfänger



TARA TODRAS-WHITEHILL / THE NEW YORK TIMES / LAIF

**Präsidentenpalast in Ankara:** Eine Trutzburg mit 1000 Zimmern, Symbol von Erdoğan's Herrschaft

erzählt. Er hat sogar die Seriendarsteller am Set besucht.

Für Erdoğan war die Gründung der Republik durch Mustafa Kemal 1923 ein historischer Fehler; am liebsten würde er an die Zeit von Abdülhamid II. anknüpfen, als sich das Reich vom Nahen Osten bis zum Balkan erstreckte. Doch sein Expansionsstreben ist gescheitert: Der Versuch, Syriens Machthaber zu stürzen, ging schief; von Staaten wie Ägypten oder Saudi-Arabien hat sich die Türkei eher entfremdet als sich ihnen angenähert.

Ähnlich von Widersprüchen geprägt ist auch Erdoğan's Auftreten. Nach außen gibt er den starken Mann, den lauten Polterer, der lieber streitet als versöhnt. Doch Menschen, die ihn lange kennen, beschreiben ihn als einen Zauderer, der seine Politik sklavisch nach Umfragen ausrichtet. Er lässt beinahe jede Woche die Haltung der Bürger zu verschiedenen Themen abfragen, zur Wirtschaftspolitik, zum Militäreinsatz in Syrien, zur Beliebtheit einzelner Regierungspolitiker. Die Ergebnisse, die ihm die Demoskopien in diesen Tagen vorlegen, dürften ihn beunruhigen.

Erdoğan hat im April die Wahlen um fast eineinhalb Jahre vorgezogen, er glaubte den Sieg sicher. Nun aber schrumpft sein Vorsprung, in manchen Umfragen sieht es so aus, als würde er im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit erhalten. Dann würde es zwei Wochen später eine Stichwahl geben. Inzwischen ist sogar das Undenkbare denkbar geworden: dass er verliert.

Regierungspolitiker bezeichnen die Wahlen als »Endspiel«: Sollte Erdoğan gewinnen, ist seine Alleinherrschaft wohl auf Jahre zementiert. Sollte er verlieren, stehen der Türkei unberechenbare Wochen und Monate bevor. Niemand weiß, ob Erdoğan eine Niederlage akzeptieren, ob der Machtwechsel friedlich verlaufen würde. Er muss damit rechnen, nach einer Wahlniederlage angeklagt und verhaftet zu werden. Für den Präsidenten geht es am 24. Juni daher um seine Existenz.

#### **Vertrauen. Oder: Warum der Schwiegersohn so mächtig ist.**

Erdoğan ist in Istanbul aufgewachsen. Er hat sich mit Ankara, der Stadt der Beamten und des Militärs, nie ganz anfreunden können. Bis heute verbringt er die Wochenenden auf seinem Anwesen in Istanbul, zusammen mit seiner Familie. Seine Frau Emine ist stets bei ihm, sie übt keinen Beruf aus und äußert sich selten öffentlich.

Erdoğan will mindestens noch fünf Jahre regieren, bis zum 100. Geburtstag der Republik 2023, wahrscheinlich sogar länger. Trotzdem treibt ihn keine andere Frage so sehr um wie jene nach seinem Erbe. Vertraute berichten, Erdoğan sei es am liebsten, wenn ihm eines seiner vier Kinder als Präsident nachfolgen würde.

Doch Burak, der ältere Sohn, hat sich aus der Öffentlichkeit zurückgezogen, seit er vor 20 Jahren in Istanbul in einen tödlichen Autounfall verwickelt war. Bilal, der jüngere, hat sich durch eine Reihe von

peinlichen Auftritten selbst disqualifiziert. Erdoğan traut ihm eine Laufbahn in der Politik nicht zu. Am ehesten kämen wohl die beiden Töchter Sümeyye und Esra in Frage. Sümeyye hat ihren Vater oft begleitet und soll während der Gezi-Proteste 2013 einen mäßigen Einfluss ausgeübt haben. An der Spitze der islamisch-konservativen AKP ist eine Frau jedoch nach wie vor undenkbar.

Erdoğan regiert seine Familie streng, er brüllt seinen Sohn Bilal auch mal am Telefon an. Trotzdem wurde nie ein Konflikt zwischen ihm und seinen Kindern öffentlich. Esra widmete ihre Doktorarbeit in Soziologie an der Universität in Berkeley, Kalifornien, ihrem Vater, »meinem Helden, der mich gelehrt hat, stolz auf mich zu sein«, einer »wahrlich visionären, schönen, bescheidenen Seele«.

Die Fixierung Erdoğan's auf seine Familie hat dazu geführt, dass ein Quereinsteiger rasend schnell in der türkischen Politik Karriere gemacht hat: Berat Albayrak, der Ehemann von Esra. Die Familien sind seit Jahrzehnten befreundet. Erdoğan und Albayrak's Vater Sadik stammen aus der islamistischen Milli-Görüş-Bewegung. Esra lernte Berat 2003 während ihres Studiums in Berkeley kennen. Sie schrieb ihm in einer E-Mail, die Hacker später online stellten, dass ihr Vater einem Treffen zugestimmt habe: »Das ist wirklich ein interessanter Prozess, besonders interessant, da wir eine solche Initiative ergreifen, wenn wir weit weg sind von unseren Ältesten.«





**Hochzeit von Erdoğan-Tochter Sümeyye 2016:** Die Türkei zu einem Familienbetrieb umbauen

Berat Albayrak hat für die Çalık Holding, einen türkischen Textil-, Energie- und Baukonzern, in New York gearbeitet. 2007 stieg er mit gerade einmal 29 Jahren zum CEO des Unternehmens auf. Ein Jahr später kaufte Çalık die Tageszeitung »Sabah«. Albayrak verfügte von da an auch über politische Macht. 2015 machte Erdoğan ihn zum Energieminister. Heute leitet sein Bruder Serhat die Çalık-Medien. Erdoğan und die Albayrak-Brüder dominieren das Land. Mitarbeiter des Präsidenten sprechen von dem »Triumvirat«.

Erdoğan bezieht seinen Schwiegersohn Berat bei fast allen wichtigen Entscheidungen mit ein. Er hat ihn für die Wahlen am 24. Juni auf Platz eins der Liste im Bezirk Istanbul 1 gesetzt. Berat Albayrak wiederum lässt Parteifreunde und Minister seine besondere Nähe zum Präsidenten spüren. Auf Reisen setzt er sich, anders als alle anderen Offiziellen, zu Erdoğan ins Auto. Bei Kabinettsitzungen legt er demonstrativ die Hand auf die Schulter seines Schwiegervaters und plaudert über Frau und Kinder.

Berat Albayrak trete auf, als wäre er selbst Präsident, kritisiert ein Regierungspolitiker, der den Einfluss des Schwiegersohns wie so viele kritisch sieht. Er erteile Kabinettskollegen Anweisungen, schreibe ihnen vor, wie sie ihr Ressort zu führen und wen sie einzustellen hätten.

Erdoğan will die Türkei nach den Wahlen weiter zu einem Familienbetrieb umbauen, eine politische Dynastie schaffen.

Er hat Verwandte in wichtige Parteiämter gehievt; Albayrak gilt als möglicher Vizepräsident in einer neuen Regierung, damit hätte er noch mehr Einfluss.

»Er ist eine Belastung für die Partei«, so der Regierungspolitiker.

#### **Kontrolle. Oder: Warum die Partei nichts mehr zu sagen hat.**

Für Erdoğan war Politik immer ein Kampf. Er, der Sohn eines streng religiösen Seemanns vom Schwarzen Meer, hat erst die laizistische Elite niedergedrungen. Später wendete er sich gegen die Gemeinde des Islamistenpredigers Fethullah Gülen, die seinen Aufstieg an die Spitze des Staates zuvor erst möglich gemacht hatte. Der Machtkampf zwischen Erdoğan und Gülen gipfelte in dem Putschversuch vom 15. Juli 2016, für den die Regierung Gefolgsleute des Predigers verantwortlich macht.

Erdoğan war in der Putschnacht gemeinsam mit seiner Familie im Urlaub an der türkischen Mittelmeerküste. Er entging offenbar einem Mordanschlag. In einem FaceTime-Interview mit CNN Türk rief er seine Anhänger zum Widerstand auf: »Geht auf die Straßen und Plätze, und gebt ihnen eine Antwort.«

Bis heute ist unklar, wer genau hinter dem versuchten Militärputsch steckt. Erdoğan hat sich nie um Aufklärung bemüht. Er benutzt ihn stattdessen als Vorwand, um Gülen-Anhänger zu verfolgen sowie darüber hinaus jeden, der sich seiner Herrschaft widersetzt: Oppositionspolitiker,

Menschenrechtler, Kurden, Journalisten. Die Moderaten im Palast haben immer wieder versucht, Erdoğan zu bremsen. Die Massenverhaftungen, argumentieren sie, würden der Glaubwürdigkeit der Regierung schaden. Doch der Präsident will davon nichts hören. Er ist überzeugt, seine Macht zu verlieren, wenn er sich auch nur ein Stück auf die Opposition zubewegt.

Erdoğan trat einst als Reformator an. Er ging auf die Kurden zu, verhandelte mit der EU über einen Beitritt, modernisierte das Land. Doch mit jeder Krise, mit dem Gezi-Aufstand, mit dem Putschversuch, wurde er autoritärer. Inzwischen richtet er sich ausschließlich an seine sunnitisch-nationalistische Kernwählerschaft, kritisiert ein Ex-Minister. »Erdoğan will 51 Prozent. Alles andere ist ihm egal.«

Im Palast herrscht eine Wagenburgmentalität. Erdoğan war schon immer misstrauisch gegenüber allen Kräften von außen, doch seit dem Putschversuch sei er zu einem Paranoiker geworden, erzählen Vertraute. Er sehe überall Feinde und Verschwörer. Seine Mitarbeiter nutzen Verschlüsselungs-Apps auf ihren Smartphones. Erdoğan selbst kommuniziert kaum noch über das Telefon, aus Angst, von Gülen-Anhängern abgehört zu werden. Er lässt Speisen auf Giftstoffe prüfen.

Bei einem Empfang forderte er kürzlich Dorfvorsteher auf, sehr genau zu beobachten, wer sich in ihren Gemeinden aufhalte: »Im Namen unserer Märtyrer werden wir die Arme und Beine derjenigen brechen,

die es auf die Schädigung unserer Flagge abgesehen haben«, sagte er.

Erdoğan wählt Berater nicht mehr nach Kompetenz aus, auch Fragen der Weltanschauung spielen nur noch eine untergeordnete Rolle. Notwendig ist einzig bedingungslose Loyalität. Und so ist der Präsident von Menschen umgeben, die ihm jeden Tag versichern, dass er von Gott auserwählt worden sei, die Türkei zu führen. Von der Abstimmung im Juni, sagt ein Regierungspolitiker, solle eine Botschaft an Kritiker im In- und Ausland ausgehen: »Es gibt keine Türkei ohne Erdoğan.«

So wie er seine Vertrauten auf Kurs gebracht hat, hat Erdoğan auch die AKP gänzlich auf sich zugeschnitten. Seine wöchentlichen Auftritte im Parlament erinnern an ein Fußballmatch: Die Abgeordneten entrollen dann Banner und skandieren Schlachtlieder. Wer es wagt, Erdoğan zu widersprechen oder ein eigenes Profil zu entwickeln, wird bestraft.

AKP-Politiker erinnern sich mit einer Mischung aus Ehrfurcht und Grauen daran, wie Erdoğan seinen damaligen Premier Ahmet Davutoğlu demontiert hat. Erdoğan hatte nach seinem Wechsel ins Präsidialamt Davutoğlu 2014 gegen den Willen der Partei als Regierungschef installiert. Doch als Davutoğlu zwei Jahre später öffentlichkeitswirksam Flüchtlingsdeal mit den Europäern aushandelte, wurde er dem Präsidenten lästig.

Im Mai 2016 wurde im Internet das »Pelikan-Dossier« verbreitet, das Davutoğlu als »Verräter« denunzierte. Der Premier habe sich gemeinsam mit den Europäern gegen Erdoğan verschworen. »In dem Schachspiel, das die globalen Mächte mit unserem Land spielen, hat er (Davutoğlu) die Rolle eines Bauern im Gewand der Dame akzeptiert«, hieß es in dem Text. Interne Dokumente und Aussagen von Beteiligten legen nahe, dass Berat Albayrak, der Schwiegersohn, in Verbindung mit der Kampagne stand. Kurz nach Erscheinen des »Pelikan-Dossiers« tauschte Erdoğan Davutoğlu gegen seinen langjährigen Vertrauten Binali Yıldırım aus.

Yıldırım hegt, anders als sein Vorgänger, keinerlei Ambitionen, selbst im Mittelpunkt zu stehen. Er lässt Zurechtweisungen und Beleidigungen des Präsidenten stoisch über sich ergehen. »Binali merkt noch nicht einmal, wenn er von Erdoğan gedemütigt wird«, sagt ein AKP-Politiker.

Unter Yıldırım hat sich die Macht endgültig vom Amtssitz des Premierministers in den Präsidentenpalast verlagert. Außer seinen Verwandten vertraut Erdoğan nur noch einem Zirkel von 25 »Chefberatern«, die er eigenhändig auswählt und die eine Art Schattenkabinett bilden.



**Herrscher Erdoğan, Premier Yıldırım (2. v.l.):** Partei auf Gehorsam getrimmt

So erscheint die türkische Regierung nach außen zwar als Monolith, hinter den Kulissen jedoch ringen Berater, Minister und Abgeordnete erbittert um Aufmerksamkeit und Wohlwollen des Präsidenten. Und der findet Gefallen daran, seine Leute gegeneinander auszuspielen. Zwei Fraktionen stehen sich in dem Machtkampf gegenüber: die Scharfmacher um Albayrak einerseits und moderate Kräfte wie Sprecher Ibrahim Kalın oder Vizepremier Mehmet Şimşek andererseits.

Erdoğan neigt von jeher dazu, auf Widersacher loszugehen, statt sie einzubeziehen. Er verachtet Kompromisse als ein Zeichen von Schwäche. Albayrak bestärkt ihn in dieser Haltung. Er soll auch die Ermittlungen gegen den Journalisten Deniz Yücel veranlasst haben, berichten türkische Offizielle, die mit dem Fall vertraut sind.

Albayrak ist überzeugt, dass sich die EU, konfrontiert mit den Alternativen Erdoğan oder Instabilität, für Erdoğan entscheiden würde. Er will, dass die Europäer die Türkei so wie Ägypten behandeln, wie ein Land also, mit dem man Geschäfte macht, aus dessen Angelegenheiten man sich jedoch heraushält. Seine Leute verspotten Politiker wie Şimşek, die auf einen Dialog mit der EU setzen, als »Westler«.

Unter Erdoğan hat sich im Palast ein Kult der Stärke etabliert. Im April berichtete die Tageszeitung »Cumhuriyet«, Albayrak habe das Telefon des Innenministers, eines wichtigen innerparteilichen Konkurrenten, abhören lassen. Dieser wiederum, sagen Insider, habe ein Dossier mit kompromittierendem Material über Albayrak angelegt.

### **Krise. Oder: Warum die Lira abstürzt und Erdoğan reich ist.**

In den Neunzigerjahren gaben Kritiker Erdoğan den Spitznamen »Zehn-Prozent-Tayyip«, da er als Oberbürgermeister von Istanbul bei jedem Geschäft ein Zehntel einbehalten haben soll. Das Studium seiner Töchter in den USA wurde von einem Unternehmer bezahlt. Zwischen 2008 und 2017 soll der Erdoğan-Clan an einem Offshore-Deal 20 Millionen Euro verdient haben, wie aus internen Dokumenten hervorgeht.

Erdoğan, der sich aus einem Istanbul Hafenviertel an die Spitze des türkischen Staates emporgearbeitet hat, ist überzeugt davon, seinen Reichtum zu verdienen. Ein ehemaliger Minister sagt, der Präsident betrachte die Türkei als sein Eigentum: »Er glaubt, er könne sich alles nehmen.«

Lange Zeit störte sich kaum einer in der Türkei an den Korruptionsvorwürfen, da genügend Geld da war, das verteilt werden konnte. Doch nun scheint das System Erdoğan an seine Grenzen gestoßen zu sein.

Erdoğan prahlt gegenüber Freunden gern damit, die Wirtschaft modernisiert zu haben. Zu Beginn seiner Amtszeit wuchs das Bruttoinlandsprodukt tatsächlich um bis zu zehn Prozent jährlich. Ausländische Anleger investierten zwischen 2002 und 2016 mehr als 180 Milliarden Dollar in die türkische Wirtschaft. Doch in den vergangenen Jahren ist das Wachstum zurückgegangen, Investoren verlassen das Land, Firmen müssen Konkurs anmelden. Und nun stürzt auch noch die Währung ab.

Ende Mai kamen Premier Yıldırım und sein Vize Şimşek in Ankara zu einer Kri-





**Oppositionskundgebung in Istanbul am 10. Juni:** Der Präsident fürchtet die Verhaftung, wenn er verliert

sensitzung zusammen. Sie suchten nach einem Weg, den Niedergang der Lira zu stoppen. Die beiden Politiker waren sich einig, dass nur eine Erhöhung des Leitzinses die Währung stabilisieren könne, eine Maßnahme, die Erdoğan stets abgelehnt hatte. Yıldırım schaffte es im direkten Gespräch, den Präsidenten dazu zu bringen, seinen Widerstand gegen eine Zinserhöhung aufzugeben. Die Intervention aber kam zu spät, die Lira erholte sich trotz Zinserhöhung nur geringfügig.

Dieser Niedergang hat nicht nur, aber viel mit Erdoğan zu tun.

Investoren sind nicht länger bereit, den erratischen Regierungsstil des Präsidenten, seine Repressionen gegen Kritiker, die Vetternwirtschaft, die Gängelung der Zentralbank hinzunehmen. Sie haben das Vertrauen in die Türkei verloren. »Es ist wie eine Lawine, die sich nicht mehr stoppen lässt«, klagt ein türkischer Wirtschaftspolitiker.

Das sei auch der wahre Grund für die vorzeitig ausgerufenen Neuwahlen, so Insider, der Präsident wolle vor allem einer Rezession zuvorkommen. Die Vorgängerregierung stürzte über die Wirtschaftskrise von 2001. Im Palast wächst die Sorge, dass sich Geschichte wiederholen könnte.

#### **Macht. Oder: Warum die ersten Erdoğan-Leute an Flucht denken.**

Erdoğan hat weitreichende Vorkehrungen getroffen, um am 24. Juni zu gewinnen. Er hat ein Bündnis mit den Ultranationalisten von der MHP geschlossen. Er hat den Ausnahmezustand, der seit dem Putschversuch gilt, ein siebtes Mal verlängert; auch dies erschwert seinen Kontrahenten den Wahlkampf. Und er hat sie

noch zusätzlich aus der Öffentlichkeit verdrängt, weil die Medien spätestens seit dem Verkauf der Tageszeitung »Hürriyet« an einen Erdoğan-Vertrauten beinahe vollständig unter Kontrolle der Regierung sind und die Oppositionsparteien totschweigen.

Trotzdem ist der Wahlausgang offener, als Erdoğan es im April erwartet hat. Der Präsident wirkt nach 15 Jahren an der Macht müde. Bei seinen Kundgebungen stellt sich keine Euphorie ein wie einst. Ein AKP-Politiker bekennt, der Partei fehle ein Thema, um die Massen zu mobilisieren. Bei dem Referendum im vergangenen Jahr waren das die Angriffe gegen Deutschland, sie hätten Erdoğan vier bis fünf Prozentpunkte eingebracht. »Aber wir können diese Strategie nicht noch einmal wiederholen.« Denn der Schaden für die Wirtschaft sei zu groß gewesen.

Und gleichzeitig hat sich die Opposition erstmals zusammengetan; die Republikanische Volkspartei (CHP), die neue nationalistische İyi-Partei und die islamistische Splitterpartei Saadet bilden eine Allianz. Nur die prokurdische HDP tritt allein an, mit ihrem Kandidaten Selahattin Demirtaş, der im Gefängnis sitzt.

Für die Wahl scheint es zwei Alternativen zu geben, die beide dramatische Konsequenzen haben dürften.

Die erste Möglichkeit: ein Sieg Erdogans. Er würde den Wandel der Türkei von einer Demokratie in einen Ein-Mann-Staat besiegeln. Erdoğan wäre in dem neuen Präsidialsystem Staats- und Regierungschef zugleich. Er könnte eine Mehrheit der Verfassungsrichter bestimmen und Minister nach Belieben austauschen. Die

Zivilgesellschaft, die trotz aller Repressionen beharrlich Widerstand leistet, wäre wohl endgültig demoralisiert. Seine Gegner, so das Kalkül Erdogans, würden sich ins Private zurückziehen oder auswandern.

In Europa glauben manche, Erdoğan könnte sich nach einem Wahlsieg entspannen und auf seine Gegner zugehen. Seine Leute relativieren diese Hoffnung: »Wenn Erdoğan am 24. Juni triumphiert«, prophezeien sie, »regiert er erst richtig durch.«

In der Außenpolitik dürfte Erdoğan ein schwieriger, unberechenbarer Partner bleiben. Er könnte aus einem Wahlsieg neues Selbstvertrauen schöpfen – und weitere Alleingänge in Syrien und im Irak versuchen. Berater deuten an, dass die Regierung zudem versuchen wird, den Flüchtlingsdeal mit der EU neu zu verhandeln.

Die zweite Möglichkeit: eine Niederlage Erdogans. Sie wäre ein Triumph für die Demokratie in der Türkei, könnte das Land aber womöglich ins Chaos stürzen. Erdoğan hat gegenüber Vertrauten die Befürchtung geäußert, wie einst Premier Adnan Menderes vom Militär gehängt zu werden, sollte er nicht mehr im Amt sein.

Im Palast breitet sich schon jetzt eine Art Endzeitstimmung aus. Zwar wagt niemand in Erdogans Umfeld, offen mit dem Präsidenten über eine mögliche Niederlage zu sprechen. Heimlich jedoch bereiten erste Mitarbeiter ihre Flucht vor. Er habe wenig Hoffnung für sich selbst, bekennt ein hochrangiger Regierungspolitiker, doch er wolle zumindest Frau und Kinder ins Ausland bringen.

Es ist in jedem Fall davon auszugehen, dass Erdoğan fast alles tun wird, um den Verlust seiner Macht zu verhindern.

Oppositionelle stellen sich auf verschiedene Krisenszenarien ein: Er könnte die Wahl manipulieren. Er könnte Neuwahlen erzwingen oder das Ergebnis ignorieren und über Notstandsgesetze weiter herrschen, was zu Massenprotesten und Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern des Präsidenten führen könnte.

»Niemand weiß, was genau am 24. Juni passieren wird«, sagt ein Oppositionspolitiker. »Sicher ist nur, dass die Türkei nach dieser Wahl ein anderes Land sein wird.«

Twitter: @Maximilian\_Popp

Video  
**Die große Erdoğan-Show**

spiegel.de/sp252018erdogan  
oder in der App DER SPIEGEL





# Die Weltenretterin

**Nicaragua** Im Land tobt ein Kampf zwischen Demonstranten und dem Regime von Präsident Ortega – und kaum jemand bekommt es mit. Bianca Jagger will das ändern. Unterwegs mit einer Frau, die sich gegen das Unrecht einsetzt, mit der Kraft ihres Namens. *Von Juan Moreno*



**Aktivistin Jagger bei einer Demonstration in Managua:** »Die Welt muss erfahren, was hier geschieht«

**B**ianca Jagger sitzt auf Platz 1A, Flug AA 1429 nach Managua, und ist verärgert. Sie hatte in London-Heathrow jemanden erwartet, der ihr im Terminal beim Tragen hilft. Sie ist eine ältere, elegante Dame, die entsprechend reist: zwei Koffer, groß wie Kühltruhen, ein paar weitere Gepäckstücke, zwei Beutel und fünf Handtaschen. Dazu ein Mantel, ein weißer Hut mit geschwungener Krempe, ein Laptop und ein Gehstock, auf dem silberne Sterne glitzern.

Am Terminal aber war niemand. Sie passte den Flug. Nun fliegt sie mit einem Tag Verspätung.

Bianca Jagger ist 73 Jahre alt, Vorsitzende einer von ihr gegründeten Menschenrechtsstiftung, Trägerin des alternativen Friedensnobelpreises. Seit den Achtzigerjahren befindet sie sich im Kampf für eine bessere Welt; für den Regenwald, Frauen-

rechte, den Tierschutz, gegen Krieg, Hunger und Vertreibung. Ein kämpferisches Weltgewissen mit strengen Augenbrauen und einer Vorliebe für Yves Saint Laurent. Sie war in Honduras, Bosnien, Ägypten, Afghanistan, Pakistan. Nun ist sie auf dem Weg nach Nicaragua, in ihr Geburtsland. Sie nennt das ihre »fact-finding mission«.

Seit April gehen Demonstranten gegen das Regime von Präsident Daniel Ortega auf die Straße, darunter viele Studenten. Sie haben die Universitäten besetzt und liefern sich Schlachten mit Sicherheitskräften und regierungstreuen Schlägertrupps. Es gab bisher etwa 130 Tote, unter ihnen auch Kinder, noch mehr Menschen sind verletzt, verschwunden oder festgenommen worden.

Die internationale Gemeinschaft war zuletzt sehr mit Donald Trump beschäftigt, wenige haben mitbekommen, dass Nicaragua im Chaos versinkt. Daher hat Amnesty

International Jagger eingeladen, bei der Vorstellung eines Berichts über die Menschenrechtslage zu sprechen. Sie soll dafür sorgen, dass die Welt hört, was in diesem Land geschieht; und wenn sich die Menschen schon nicht für dieses kleine Land in Mittelamerika interessieren, dann vielleicht wenigstens für sie, genauer gesagt: für ihren Nachnamen. Er zieht bis heute.

Bianca Jagger war von 1971 bis 1979 mit Mick Jagger verheiratet, dem vielleicht größten Rockstar unserer Zeit. Eine atemberaubend schöne Frau, die mit einem Politikstipendium von Managua nach Paris gekommen war und dort den Schauspieler Michael Caine kennenlernte, der sie zwei Jahre später an den französischen Plattenmogul Eddie Barclay verlor. Der wiederum den großen Fehler machte, sie Mick Jagger vorzustellen. Die Jagers gehörten in den Siebzigerjahren zur Jetset-Elite, Andy



Warhol und Liza Minnelli waren gute Freunde; sie pendelten zwischen London, Südfrankreich und New York.

So gern die Leute diese alten Geschichten hören, so sehr hasst Bianca Jagger es, sie zu erzählen. Seit mehr als 30 Jahren engagiert sie sich für Menschenrechte, und noch immer ist sie vor allem: »Jaggers Ex«. Sie kann sich furchtbar darüber aufregen. Den Namen Jagger hat sie dennoch nie abgegeben, vielleicht weil man als Bianca Pérez-Mora Macías erst recht ignoriert würde.

»Ich muss es sehen«, sagt Bianca Jagger über ihre Reise, kurz vor der Landung. Sie will Interviews mit den Studenten führen, Fotos und Videos machen, alles online stellen. »Das«, sagt sie und deutet auf ihr iPhone in der hellblauen Hülle, »ist unsere Waffe gegen das Unrecht.«

Nach der Landung in Managua wird sie von einigen erkannt, sie ist hier ein Star. Wegen Mick, aber auch weil sie Ortega kürzlich als einen »Diktator« bezeichnet hat, der »schlimmer als Somoza« sei. Der General Anastasio Somoza war 1979 von den linken Sandinisten gestürzt worden – zu deren Führung Ortega damals gehörte.

»Zeigen Sie es ihm«, sagt eine Frau kurz vor der Passkontrolle zu ihr. »Sie sind meine Heldin«, sagt eine andere. Sie wissen, dass in Managua schon Leute für weniger drastische Worte gegen Ortegas Regime zum Schweigen gebracht wurden. Es ist auch der Grund, warum Jagger sich vor dieser Reise gefürchtet hat. Sie hätte gern einen Bodyguard dabei, den aber kann sie sich nicht leisten. Sie ist nicht reich, nach der Scheidung vor fast 40 Jahren bekam sie angeblich eine Million Pfund. Sie lebt von Vorträgen und, so sehr sie das hasst, von ihrem Namen.

Am Flughafen erwarten sie zwei Mitarbeiter von Amnesty. »Nehmen Sie mich bitte auf, ich muss etwas sagen«, sagt Jagger zu einem der beiden und drückt ihm ihr Smartphone in die Hand. Dann setzt sie sich den weißen Hut auf und hält eine kurze, dramatische Rede, in der sie Ortega für Gewalt verantwortlich macht. Ihre Stimme hallt durch die leere Ankunftshalle. Der Tourismus ist eingebrochen, die Wirtschaft taumelt, das Auswärtige Amt in Berlin rät von Reisen ab.

Als sie ihr Hotel erreicht, warten bereits die ersten Studenten auf sie. Es sind junge Erwachsene, die wie Kinder aussehen. Sie erzählen, wie ihre Freunde gestorben sind, wie die Krankenhäuser, auf Anweisung der Regierung, die Verwundeten ablehnten, wie Medizinstudenten im ersten Ausbildungsjahr versuchten, die Schusswunden ihrer Kommilitonen zu behandeln. Bianca Jagger hört lange zu. Ihr muss das alles bekannt vorkommen.

Ihr Vater war ein erfolgreicher Geschäftsmann, der Politik als etwas empfand, mit dem man sich arrangieren, nicht

aber auseinandersetzen sollte. Ihre Mutter dagegen war eine Idealistin. Sie unterstützte ihre älteste Tochter, wenn die gegen den Diktator Somoza auf die Straße ging. Den Sandinisten jedoch half damals Kuba, sie hatten Waffen, Anführer und die Sympathien aller Linken weltweit. Die Studenten heute haben nicht viel mehr als Steinschleudern und ihre Überzeugung.

Bianca Jagger war einst eine überzeugte Sandinistin, eine leidenschaftliche Linke, die sich eine Version von Fidel Castros kubanischer Revolution für ihr Heimatland wünschte. Als die Sandinisten an die Macht kamen, und mit ihnen Ortega, war sie glücklich. Aus Ortega, dem ehemaligen

### **»Herr Präsident, Sie töten unsere Studenten wie Hunde. Aber das sind doch noch Kinder.«**

Bankräuber und Revolutionär, wurde 1985 ein demokratisch gewählter Präsident – und schließlich ein Kleptokrat, der seine Frau Rosario Murillo, eine untalentierte Lyrikerin und entrückte New-Age-Anhängerin, zu seiner Stellvertreterin machte.

Das Paar hält das Land für sein Privateigentum und denkt nicht an Rücktritt. Seit Wochen redet Murillo zwar täglich im Staatsfernsehen von Liebe, Aussöhnung und der Bereitschaft zum Dialog. Gleichzeitig räumen die Sicherheitskräfte jedoch jeden aus dem Weg, der nicht loyal ist.

Die Wut auf Ortega ist nicht neu. Schon seit der letzten Präsidentschaftswahl 2016 ist sie zu spüren. Ortega hatte die Verfas-

sung ändern lassen, um überhaupt ein drittes Mal antreten zu können, und die Opposition kaltgestellt.

Erst gingen nur die Kleinbauern auf die Straße, denen Enteignungen drohten. Denn Ortega hat den großwahnsinnigen Plan, einen Kanal zwischen Atlantik und Pazifik mitten durchs Land zu bauen, die Kleinbauern müssen weichen. Ganz gleich, ob der Kanal wirklich kommt oder nicht, befürchten sie, Ortega werde sich daran bereichern. Es folgten die Umweltschützer, die sich auflehnten, weil die Regierung tatenlos zusah, wie ein Naturschutzgebiet abbrannte.

Doch am Ende war es eine – mittlerweile zurückgenommene – Rentenkürzung, die das Volk gegen den Herrscher vereinte.

Die Rentner, die Bauern, die Umweltschützer, die Studenten, schließlich auch der Unternehmerverband – die Proteste erfassten das ganze Land. Und Ortega schlug brutal zurück. Dabei ist es ein Aufstand der Wehrlosen. Die Demonstranten haben Steine und selbst gebaute Kanonen. Die Regierung setzt Tränengas, Gummigeschosse und scharfe Munition ein.

»Wir sind wie traumatisiert. Unsere Eltern waren Sandinisten oder Contras, die gegeneinander kämpften. Sie wählten damals die Waffen. Wir wollen das nicht, wir wollen friedlich ans Ziel«, sagt eine zierliche 19-Jährige zu Bianca Jagger. »Ach Schätzchen«, sagt sie und nimmt sie in den Arm. »Die werden euch abschlagen.« Beide haben Tränen in den Augen.

Am nächsten Morgen steigt Jagger in einen Toyota-Geländewagen und fährt zu Vater Chepe, der eigentlich José Alberto Idiáquez Guevara heißt, er ist Jesuit und Rektor der Zentralamerikanischen Universität in Managua. Der Campus ist seit Wochen von



**Am Aufstand beteiligte Studenten: 130 Tote und kein Ende in Sicht**



SCOTT DALTON / DER SPIEGEL

**Unterstützerin Jagger mit Studenten:** »Ach Schätzchen, die werden euch abschlagen«

den Studenten besetzt. Vater Chepe umarmt Bianca Jagger und bittet sie in sein Büro. Er ist ein freundlicher, ruhiger Mann mit grauen Haaren und einer sanften Stimme, die wie gemacht ist für einen Sermon.

»Wie geht es meinem Land?«, fragt Bianca Jagger.

»Wir leben in einer Diktatur und stehen vor einer diabolischen, perversen Politik«, sagt Vater Chepe und erzählt, dass er Morddrohungen erhalten habe. Er ist überzeugt, dass er todgeweiht ist, weil er sich nicht gegen die Studenten gestellt hat, sondern vor sie. »Ich bin in der Nachspielzeit meines Lebens«, sagt er, mit einer Gelassenheit, die einem nur der Glaube gibt.

»Und wie schützen Sie sich, Vater?«, fragt Jagger. Vater Chepe lächelt.

Auf dem Unigelände ist eine Handvoll Sicherheitsbeamte unterwegs, sie tragen weiße Poloshirts, blaue Schirmmützen und am Gürtel Funkgeräte. Hinter den hohen Zäunen, die das Gelände umgeben, warten Sicherheitskräfte und Todesschwadronen der Regierung auf den Einsatzbefehl. »Wenn sie wollen, sind wir alle bald an der Seite unseres Herrn«, sagt Vater Chepe.

Im Hintergrund läuft das Radio. Ein Sprecher verkündet, dass es gerade heftige Straßenschlachten zwischen Demonstranten und Regierungsanhängern auf der Pista Juan Pablo II gebe. Die Schnellstraße liegt direkt vor der Universität. Jagger greift ihr Handy und geht auf den Hof, Tränengasschwadronen wehen herüber.

»Tun Sie das nicht«, sagt ein Sicherheitsbeamter.

»Lassen Sie mich«, sagt Jagger in einem Ton, dem Generäle folgen würden.

Sie nähert sich dem Zaun und filmt mit ihrem Handy, wie Sicherheitskräfte der Regierung Jagd auf Studenten machen. Es

sind dramatische Szenen. Vermummte Jugendliche flüchten vor einem Pick-up, ein Mann mit einem Gewehr schießt in die Menge. Man hört Schreie. Steine fliegen. Die Studenten fliehen vor den Angriffen; einige werden sich später in einem Geschäft verbarrikadieren. Wieder sterben Menschen an diesem Tag, wieder wird Präsident Ortega es leugnen.

»Die Welt muss erfahren, was in diesem Land geschieht«, sagt Jagger. Sie zittert und wirkt panisch. Aber sie filmt weiter.

Niemand hielt es für eine gute Idee, dass sie nach Nicaragua fährt. Nicht ihre Tochter Jade, nicht ihre Londoner Freunde, nicht ihr Ex. In Wahrheit nicht mal sie selbst. Was sie da wollte, wurde sie gefragt; eine 73-Jährige mit Gehstock, in einem Land, das jederzeit in Flammen aufgehen könne. Sie solle zu Hause bleiben.

»Unvernünftig«, hatte ihre Tochter gesagt. Aber hätte jemand Vernünftiges den größten Schwerenöter Englands geheiratet? Hätte jemand Vernünftiges den Irrsinn ihrer Mick-Jagger-Jahre, das Leben als Jetset-Ikone nicht längst veröffentlicht und zu sehr viel Geld gemacht?

Bianca Jagger ist nicht vernünftig. Sie ist stolz und stur. Wäre Bockigkeit eine Währung, Bianca Jagger wäre reich.

Wenig später holt sie der Fahrer ab. Jagger steigt ins Auto, sie fahren durch die Stadt. Managua ist nicht wiederzuerkennen. Die Demonstranten haben überall Straßensperren aufgebaut, ausgebrannte Autoreifen liegen herum, ganze Straßenzüge sind verwüstet, Gebäude niedergebrannt. Aus Pflastersteinen wurden Mauern errichtet, dahinter sitzen vermummte Jugendliche. Vermutlich Studenten, vielleicht aber auch nur Kriminelle. Es liegt eine seltsame Nervosität über der Stadt.

»Was passiert hier gerade?«, fragt Jagger, sie redet mehr mit sich als mit dem Fahrer. Es geht langsam voran, überall Stau. Es ist schwül und stickig, aber der Fahrer will nicht, dass sie die Fenster öffnet.

»Ich muss noch zu Bischof Baez«, sagt Jagger. Baez ist Weihbischof von Managua und einer der lautesten Regimekritiker. Dem Fahrer gefällt das nicht, sie wären nicht vor Einbruch der Dunkelheit im Hotel zurück. Und Managua ist nachts nicht mehr sicher; Banden nutzen aus, dass die Polizei gerade beschäftigt ist. Überfälle und Einbrüche häufen sich. Also drehen sie um und fahren zum Hotel.

Am nächsten Morgen drängen sich Kamerateams in der Lobby des Luxushotels, in dem Bianca Jagger den Bericht von Amnesty International vorstellen wird. Er trägt den Titel »Schießen, um zu töten« und ist eine Rekonstruktion der Grausamkeiten des Regimes seit Beginn der Proteste.

Bianca Jagger trägt einen weißen Anzug und hat sich die Brauen dunkel nachgezogen. Sie tritt vor das Mikrophon. »Ich habe gesehen, wie unbewaffnete Studenten und Schüler von bewaffneten paramilitärischen Banden und Soldaten der Regierung angegriffen wurden«, sagt sie. »Herr Präsident, Sie töten unsere Studenten wie Hunde. Aber das sind doch noch Kinder.«

Die Pressekonferenz wird live übertragen bei CNN Español. Je länger Jagger spricht, desto leiser wird es im Saal. Sie erzählt von den Schreien, die sie gehört hat, der Angst völlig verstörter Studenten, dem Weinen der Mütter, die ihre Kinder verloren haben, von Todesschwadronen, die Jagd auf Demonstranten machen. Sie hat keine Rede vorbereitet, sie lässt ihrer Wut freien Lauf. Am Ende stehen die Journalisten auf. Einige weinen. Dann klat-schen sie.

Es ist sehr leicht, sich über Bianca Jagger lustig zu machen. Ehemaliges Partygirl zieht mit Issey-Miyake-Handtasche in den Straßenkampf. Aber ist das wirklich lächerlicher als ein Mann, der mit Mitte 70 noch immer Frauen nachsteigt, die nicht mal halb so alt sind wie er? Oder hätte sie es wie Jerry Hall machen sollen, Mick Jagers zweite Ex-Frau? Sie heiratete den Milliardär Rupert Murdoch, der so ziemlich das Gegenteil einer Weltretterin betreibt.

Bianca Jagger verlässt den Saal. Draußen reißen sich die Reporter um sie. CNN bittet um ein Interview. Christiane Amanpour, die berühmte Kriegsreporterin, möchte sie in ihrer Sendung haben.

Die Welt schaut auf Nicaragua.

Video  
**Unterwegs mit  
Bianca Jagger**

[spiegel.de/sp252018jagger](https://spiegel.de/sp252018jagger)  
oder in der App DER SPIEGEL

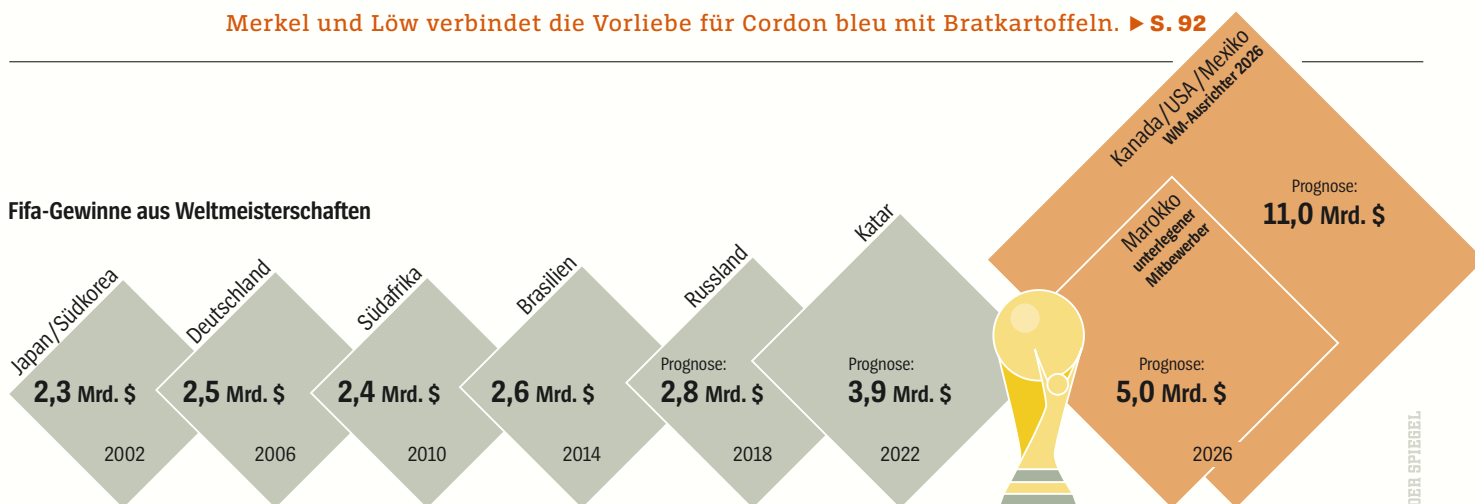




# Sport

Merkel und Löw verbindet die Vorliebe für Cordon bleu mit Bratkartoffeln. ► S. 92

## Fifa-Gewinne aus Weltmeisterschaften



Eine atemraubende Gewinnsteigerung für die Fifa auf elf Milliarden Dollar versprochen die Bewerberländer USA, Kanada und Mexiko für die Fußball-WM 2026 – und bekamen am Mittwoch den Zuschlag der Fifa-Delegierten. Konkurrent Marokko hatte nur einen Gewinn von fünf Milliarden prognostiziert. Die

WM 2026 wird erstmals mit 48 Mannschaften ausgetragen, dadurch lässt sich mehr einnehmen beim Verkauf von TV-Rechten und Eintrittskarten. Allerdings rechnen die Amerikaner mit Eintrittspreisen wie etwa im Basketball. Ob solche teure Tickets verkauft werden können, ist indes fraglich.

Magische Momente

## »Für mich ist Minigolf die geilste Sportart überhaupt«

Weltmeister Walter Erlbruch, 47, aus Krefeld über Turniere in Japan und Bälle in der Unterhose



**SPIEGEL:** Sie sind Deutschlands erfolgreichster Minigolfer, waren achtmal Teamweltmeister und haben am Wochenende mit Ihrer Mannschaft, eigentlich wie jedes Jahr,

die 1. Bundesliga Nord gewonnen.

Stehen Sie gerade auf der Bahn?

**Erlbruch:** Sie haben ein falsches Bild von mir und Minigolf. Ich sitze im Büro und arbeite. Und das mache ich 50 Stunden die Woche. Minigolfen kann ich nur am Wochenende, vielleicht mal nachmittags. Den Rest der Zeit muss ich Geld verdienen.

**SPIEGEL:** Wie intensiv trainieren Sie?

**Erlbruch:** Für große Turniere wie die Deutsche Meisterschaft im Juli in Mainz oder die Europameisterschaft im August in Italien muss ich zwei Wochen vorher auf der jeweiligen Anlage trainieren. Mein Jahresurlaub geht zu 90 Prozent für den Sport drauf. Früher spielten fast nur Europäer, jetzt nehmen auch die USA, China oder Thailand teil. Ich habe schon in Japan Minigolf gespielt.

**SPIEGEL:** Weiche, harte, raue, glatte: Sie reisen mit etwa 3000 verschiedenen

Bällen im Wert von 50 000 Euro zu den Wettkämpfen. Wie wichtig ist das richtige Spielgerät?

**Erlbruch:** Wichtig ist, gut zu spielen. Aber wenn man den falschen Ball hat, dann kann man noch so gut spielen, man wird nicht zum Erfolg kommen. Am Ende einer Saison trennt die Teams manchmal nur ein einziger Schlag. Das ist brutal.

**SPIEGEL:** Welche Tricks haben Sie?

**Erlbruch:** Tricks klingt nach Magie und Zauberei. Ich spreche eher von Ballpräparation: Die Bälle bestehen aus Naturkautschuk, der verändert sich mit den Temperaturen. Wir haben Aktivkohle-Heizkissen zum Erhitzen oder legen die Bälle

auf Eis. Es gibt da viele Methoden, wenn es ganz schnell gehen muss, kommt der Ball eben mal in einer Tennissocke in die Unterhose.

**SPIEGEL:** Haben Sie den Traum, dass Sie vom Minigolf leben oder bei Olympischen Spielen antreten können?

**Erlbruch:** Nein, ich spiele Minigolf nicht, weil ich ins Fernsehen kommen will oder weil ich damit Geld verdienen kann. Dafür ist Minigolf die völlig falsche Sportart. Ich mache das seit 41 Jahren aus Lust und Laune. Für mich ist es die geilste Sportart überhaupt. Mein Traum ist es, so lange wie möglich zu spielen, ohne dass der Sport wie beim Fußball kommerzialisiert wird. Wenn ich für die Medien attraktiv werden will, dann geh ich doch ins »Dschungelcamp«.

**SPIEGEL:** Funktionäre sehen das anders.

**Erlbruch:** Sie wollen den Sport am Leben erhalten, wollen ihn weiterentwickeln. Das verstehe ich. Minigolf ist heute als Breitensport nicht mehr so populär wie noch vor 30 Jahren. Noch haben zwar keine Anlagen geschlossen, aber wir haben mit Mitgliederschwund zu kämpfen – wie andere klassische Sportarten in Deutschland auch. JDO



Erlbruch



CHRISTOF STACHE / AFP / GETTY IMAGES

**Bundestrainer Löw vor einer Fotowand mit Spielerporträts im Trainingslager in Eppan: »Eine gewisse Demut«**



# Bundestrainerpräsident

**Karrieren** Joachim Löw könnte mit der Verteidigung des Weltmeistertitels zur deutschen Legende werden. Umso mehr ärgert ihn, dass seine heile Fußballwelt ausgerechnet jetzt durcheinandergewirbelt wird. *Von Markus Feldenkirchen*

**D**er Bundestrainer tänzelt braun gebrannt und in kurzer, schwarzer Trainingshose über die Terrasse des Mannschaftshotels, sein Silberkettchen wippt am Hals. Er sucht nach dem besten Tisch. Nahe Eppan, über den Dolomiten, sind Gewitterwolken aufgezo-gen. Er deutet auf einen Platz unter dem cremefarbenen Schirm. »Da haben wir es schön trocken.«

»Noch einen Espresso?«, fragt der Kellner. Eine rhetorische Frage. Joachim Löw sitzt in seiner Wellnessoase in Südtirol am Rande eines hellblauen Pools, umringt von Weinhängen, man hört Springbrunnen plätschern und Vögel singen. In der Ferne röhrt ein Traktor zwischen den Reben. Es ist ein Refugium der Ästhetik und der Behaglichkeit, die Welt des Joachim Löw. Eine Welt der Espressi und der Ruhe.

»Ja, bring mir bitte noch einen mit«, sagt der Bundestrainer. Nach zwei Wochen Trainingslager, in dem er seine Mannschaft auf die WM in Russland vorbereitet hat, ist das sein letzter Termin. Der Bus ist ab-fahrtbereit vor der Tür, die Koffer stehen aufgereiht im Eingang.

Es dürfte in diesen Wochen leichter sein, eine Privataudienz bei Papst Franziskus zu bekommen als einen Termin mit Joachim Löw, zumindest wenn man nicht zum verschworenen Klub der Nationalmannschaft gehört oder die deutsche Bundeskanzlerin ist.

Das liegt zum einen an Löws chronischem Ruhebedürfnis, zum anderen am Gewinn des Weltmeistertitels vor vier Jahren in Brasilien. Seitdem hat der 58-Jährige das Gefühl, niemandem mehr etwas beweisen, sich nicht mehr großartig erklären zu müssen. »Der Jogi lebt jetzt in seiner eigenen Weltmeisterwelt«, sagt ein Vertrauter. »Wie andere ihn sehen, ist ihm ziemlich schnuppe.«

Bittet man seinen Stab um einen Termin, wird einem mitgeteilt, dass der Bundestrainer kein Interesse mehr an Gesprächen habe. Dann heißt es, man solle bitte interessante Themen vorschlagen – die immer gleichen Fußballfragen würden den Bundestrainer ermüden. Als die Vorschläge geschickt sind, kommt zurück, für solche Themen habe der Bundestrainer gerade keinen Kopf. Wenn, dann wolle er sich über Fußball un-

terhalten. Ob er am Ende wirklich Zeit finde, sei trotzdem fraglich. Hänge alles von der Tageslaune ab. Und vom Wetter natürlich. Löw wolle jeden Tag flexibel auf die Witterung reagieren, um zum optimalen Zeitpunkt trainieren zu können. Deshalb: keine festen Termine. Warten auf Löw.

Zwei Stunden vor der Abreise aus Südtirol, die letzte Trainingseinheit ist absolviert, sitzt er unter seinem Schirm und sagt, dass er sich auf die WM freue. Er spricht leise, sein Blick ist warm, aber auch etwas schüchtern. Mit seinem tiefen Pony wirkt es manchmal, als lugte er unter einem Sombrero hervor.

Er wisse um die Schwierigkeiten bei so einem Turnier, deshalb liege »eine gewisse Demut« in der Vorfreude, sagt Löw. Seine Hände schwingen beim Reden rhythmisch hin und her, wie ein Pendel. »Erfolg ist grundsätzlich planbar, aber nicht immer in jeder Facette. Bei einem Turnier gibt es immer Momente, die kann man nicht vorhersehen.«

**Löw würde das Unvorhersehbare** am liebsten abschaffen. Dann müsste er sich ausgerechnet jetzt, pünktlich zur WM, nicht mit »diesem Thema«, wie er es nennt, herumschlagen, das er und seine Mannschaft partout nicht abschütteln können. Mitte Mai posierten seine Nationalspieler Mesut Özil und İlkay Gündoğan mit dem türkischen Präsidenten für Fotos, und jeder überreichte Recep Tayyip Erdoğan untertänig ein Trikot. Seitdem ist vieles in Aufruhr. Der Hauptvorwurf lautet, die beiden würden sich nicht genügend mit Deutschland identifizieren.

»Mesut kenne ich seit 2009 und den İlkay seit 2011«, sagt Löw in seiner Südtiroler Oase. In diesen ganzen Jahren hätten sich die beiden wirklich voll und ganz mit den Werten in Deutschland identifiziert. So hätten sie sich stets auch innerhalb der Mannschaft verhalten. »Und das ist für mich mal das Allerallerwesentliche. Diese beiden Spieler sind in Deutschland wirklich gut integriert. Das kann ich versichern.« An seinem Rückzugsort spricht er ruhig über Gündoğan und Özil.



Am nächsten Abend, im Fernsehen, redet Löw nicht mehr so gelassen. »Ich frage mich jetzt allmählich: Was soll der İlkay jetzt tun?«, fragt er den TV-Moderator nach dem letzten Vorbereitungsspiel gegen Saudi-Arabien in Leverkusen, genervt, augenrollend. »Er hat ein Foto

gemacht, okay ...« Löw zählt nun auf, was Gündoğan seither alles gesagt und getan habe. »Dann ist irgendwann mal das Thema auch mal vorbei. Okay?« Er schaut den Fragesteller nicht mehr an und greift mit der linken Hand wütend das Mikrofon energisch nach, wie ein Reiter, der die Zügel stramm zieht.

Aber die Debatte lässt sich nicht einfach beenden. Und anders als Interviewtermine und Trainingseinheiten lässt sie sich auch nicht verschieben. Spätestens seitdem die Zuschauer in Leverkusen Gündoğan emsig auspfeifen, dem Spieler ungeahnte Fehler unterliefen, die ganze Mannschaft verunsichert wirkte und es später in der Kabine kein anderes Thema gab, weiß Löw, dass »dieses Thema« die Kraft hat, seinen Traum von der Titelverteidigung zu zerstören.

Löw werden dieser Tage die Grenzen seiner Rituale vor Augen geführt. Am liebsten hätte er auch in diesem Jahr wieder einen Zaun um seine kleine, intakte Fußballwelt gezogen, in der es allein um verheilte Mittelfußknochen, stabile Defensivformationen und schnelles Flachpassspiel gehen soll. Aber egal wie hoch Löw die Planen rund um das Mannschaftshotel und den Trainingsplatz zieht, die Trikot-affäre holt ihn immer wieder ein.

Zuletzt wirkten er und seine DFB-Crew wie Angela Merkel und ihre CDU während des vergangenen Bundestagswahlkampfs. Während draußen im Land die Stimmung wegen der Flüchtlingspolitik brodelte, zog die Kanzlerin stur ihre Heile-Welt-Kampagne unter einem entrückt unpolitischen Slogan durch, mit dem sich auch für die Bundesgartenschau werben ließe: »Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.« Die Pegida-Atmosphäre im Land hat nun auch Löws Truppe erreicht, die sich offensiv als Symbol für das moderne, multikulturelle Deutschland inszenierte, als klickende Willkommenskultur. Und nun



MICHAEL PROBST / AP

Fußballlehrer Löw, Nationalspieler Özil, Gündoğan: »Wirklich gut integriert, das kann ich versichern«

fährt ausgerechnet sie mit einem Migrationsproblem nach Russland.

Ein paar Tage vor dem Gespräch war die Kanzlerin mal wieder zu Besuch, in Löws Vorbereitungslager. Es war ein trainingsfreier Tag, alles entspannt also, man aß gemeinsam, plauderte, auch über das Problem mit der Integration, das sie jetzt ebenfalls noch miteinander teilen – neben all den anderen Gemeinsamkeiten, die ihre Karrieren aufweisen.

In zwei der schnelllebigsten und nervösesten Branchen der Gegenwart, der Spitzenpolitik und dem Profifußball, ist es Merkel wie Löw gelungen, eine Ära zu begründen, völlig gegen den Trend. Während andere Staats- und Regierungschefs kamen und gingen und während Fußballtrainer froh sein müssen, eine ganze Saison zu überstehen, blieben die beiden einfach im Amt – die Bundeskanzlerin seit nunmehr 13 Jahren, der Bundestrainer seit 12. Merkel ist bis zum Jahr 2021 gewählt, und Löw hat gerade seinen Vertrag bis 2022 verlängert. Wenn sie durchhalten, werden beide die magische Helmut-Kohl-Marke von 16 Amtsjahren erreichen. Es gibt viele Kinder in Deutsch-

land, die nichts anderes kennen als die Bundeskanzlerin Merkel und den Bundestrainer Löw.

**Es sei das Cordon bleu,** sagt Löw auf der Terrasse in Eppan. »Uns verbindet die Vorliebe für Cordon bleu mit Bratkartoffeln.« Er hat lange überlegt, bevor er die Frage beantwortete, was ihn mit der Kanzlerin verbinde. Wann immer er Merkel im Kanzleramt besuche, gebe es Cordon bleu. Er habe irgendwann mal erwähnt, dass er das gern möge. Seitdem gebe es immer Cordon bleu. Der Kanzleramtskoch könne das hervorragend.

Aber es ist nicht nur das Cordon bleu. Beide gelangten in den dunkelsten Stunden ihrer Organisationen an deren Spitze, als die alten Systeme an ihr Ende gekommen waren. Als Betriebsunfall. Merkel im Zuge der schwersten Krise der CDU, bekannt als Spendenaffäre. Löw, als Assistent von Jürgen Klinsmann, in der finsternen Phase des deutschen Fußballs, bekannt als Rumpelfußball-Ära.

Als Kanzlerin und als Cheftrainer profitierten sie dann vom Reformfever anderer: Merkel von der Agenda 2010, die Ger-

hard Schröder (SPD) ohne Rücksicht auf Befindlichkeiten seiner Partei durchgesetzt hatte. Löw von der flipperkugelartigen Umtriebigkeit Klinsmanns, der dem Nationalteam jene Freiräume geschaffen hatte, in denen sich kreativ arbeiten lässt. Aber es waren Löw und Merkel und nicht ihre hemdsärmeligen Vorgänger, die später eine Ära begründeten, weil sie die größere Geduld und Gelassenheit besaßen, auch die Fähigkeit zum Aussitzen.

Beide funktionierten gut in jenen goldenen Jahren, in denen es einen Überschuss zu verwalten gab. Merkel einen ökonomischen, die Phase sinkender Arbeitslosigkeit und wachsender Steuereinnahmen. Löw konnte sich der talentiertesten Spieler bedienen, die die deutschen Vereine hervorgebracht hatten.

Sie machten keine größeren Fehler, riskierten aber auch nicht allzu viel. Und ganz nebenbei teilten sie eine Abneigung gegenüber großen Egos und störender Exzentriker, die den Betriebsfrieden beeinträchtigen könnten. Bei Löw waren es Spieler wie Sandro Wagner oder Max Kruse, bei Merkel Politiker wie Friedrich Merz oder Roland Koch.



So wurden beide zum Symbol für eine weitgehend unaufgeregte Episode der deutschen Nachkriegsgeschichte, zu Vertretern eines sympathischen, aber auch behaglichen Deutschlands, einer Konsensrepublik, die insgeheim von Schwarz-Grün träumte. Inzwischen aber scheint ihre Art latenten Biedermeiertums an Grenzen zu stoßen. Löw und seinem Team schlägt jetzt derselbe Furor besorgter bis rassistischer Bürger entgegen, der auch Merkel seit Jahren trifft.

Statt sich den Konflikten zu stellen, erklären beide gern Debatten für beendet. Wenn Merkel Politik macht, werden auch ringsherum die Pläne hochgezogen. Ihre Bereitschaft, sich öffentlich zu erklären, ist begrenzt. Als Löw in Südtirol im Medienzelt erscheint, um mitzuteilen, welche vier Spieler noch aus dem Kader für die WM gestrichen werden, eröffnet der DFB-Sprecher die Veranstaltung mit dem Hinweis, dass es sich hierbei »nicht um das klassische Pressekonferenz-Format mit Rückfragen« handle. Löw verkündet dann die Entscheidung, den hoch talentierten Leroy Sané zu Hause zu lassen, der unter Pep Guardiola bei Manchester City eine bärenstarke Saison gespielt hat. Eine Begründung für diese Maßnahme liefert er nicht.

Auch die Aufregung um Özil und Gündoğan wäre wohl nicht so groß, wenn Löw und der DFB nicht so verschwurbelt reagiert hätten, wenn sie sich selbst deutlicher positioniert hätten.

Aber es gibt auch gravierende Unterschiede. Während Merkel vor der letzten Wahl nicht wirklich erläutern konnte, warum sie an der Macht bleiben will, fällt es Löw leicht, seine Motivation zu erklären. Was sein Kerngebiet betrifft, das Fußballspiel, mangelt es ihm weder an Weitsicht noch an Ideen.

Klar, nach dem WM-Titel 2014 habe er sich schon gefragt, was es jetzt noch für Ziele gebe, sagt Löw auf der Terrasse in Südtirol. »Wo ziehe ich jetzt meine Motivation her und meine Begeisterung? Kann ich die auf diesem Niveau halten oder nicht?« Für die Fragen habe er schon den ein oder anderen Monat gebraucht.

»Ich fühle mich als Entwickler und Visionär«, sagt Löw. »Das ist tief in mir drin.« Einen solchen Satz wird man von Merkel niemals hören. »Ich mache mir ständig Gedanken: Wo geht der Fußball insgesamt hin? Wo wollen wir in vier Jahren stehen? Wohin wollen wir einzelne Spieler entwickeln? Natürlich sind Titel schön und wahnsinnig wichtig, aber ich messe nicht immer alles nur an einem Titelgewinn, sondern an Entwicklungen.«

Als Löw die Nationalmannschaft vor 14 Jahren mit Jürgen Klinsmann übernahm,

war klar, dass Deutschland künftig anders spielen musste. Was traditionell als deutsche Stärke galt – Einsatz, Kampfgeist, Wille –, beherrschten andere Nationen inzwischen ebenso. Darüber hinaus konnten sie auch noch Fußball spielen. »Deshalb wollte ich immer, dass wir uns fußballerisch, spielerisch entwickeln«, sagt Löw. »Den Leuten soll es Spaß machen, wenn sie der Mannschaft zuschauen. Wir wollen eine sympathische Mannschaft sein, die ehrgeizig und diszipliniert ist, aber die auch Freude am Spiel vermitteln kann. Das war und ist mir immer noch sehr wichtig.«

**Zu einem Enthusiasmus** für das schnelle, direkte und flache Offensivspiel, das seine Mannschaft vor allem bei der WM 2010 in Südafrika zeigte und so zum Liebling der Fußballwelt wurde, hat sich längst ein ausgeprägter Realismus für die Verteidigung gesellt. Löw setzt heute stärker auf einen geordneten Spielaufbau aus gesicherter Defensive. Sogar das Training von Standardsituationen nimmt wieder größeren Raum ein – obwohl Tore nach ruhenden Bällen dem Fußballästheten Löw ähnlich verhasst waren wie Eigentore. So kehrte er in den vergangenen Jahren schleichend zu jenen deutschen Tugenden zurück, gegen die er einst angetreten war.

Das haben auch diejenigen mitbekommen, mit denen Löw auf dem Platz arbeitet. »Der Trainer hat sich menschlich, aber auch sportlich entwickelt«, sagt Sami Khedira, der nachdenklichste seiner Führungsspieler. »Sonst hätte er sich nicht so lange halten können.« Löw sei noch selbstbe-

wusster geworden, noch klarer in seinen Ansagen. »Er ist nicht mehr so verbissen, er weiß, was er kann, er weiß, was er der Mannschaft vermitteln kann.« Der Trainer rede nicht nur mit seinen Spielern, er nehme deren Hinweise auch an. »Wir sind keine Dummköpfe. Wir wissen schon, wie Fußball funktioniert«, sagt Khedira. »Das macht es so angenehm mit ihm: Er hört zu und trifft trotzdem klare Entscheidungen.«

In der geschlossenen Welt der Nationalmannschaft wird Löw beinahe vergöttert für seinen Führungsstil, für seinen offenen, ruhigen, freundlichen und nie autoritären Umgang mit Menschen. Je größer die Abschottung nach außen wurde, desto enger wurde der Zusammenhalt im Inneren. Mit der Zeit ist ein spezieller Kosmos entstanden, mit eigener Kleidung (bevorzugt: knöchellange Hose, weiße Sneaker ohne Socken) und Sprache. Fast alle, die mit der Nationalmannschaft zu tun haben, verwenden ständig eine Floskel, die der Bundestrainer gern in Interviews bemüht: »Stand jetzt.« Egal ob es Sinn ergibt oder nicht. »Stand jetzt wird Manuel am Samstag spielen«, sagt der Torwarttrainer Andreas Köpcke über seinen Torwart Neuer. »Stand jetzt glaube ich, dass das nicht geschehen wird«, sagt Verteidiger Mats Humels auf die Frage eines chinesischen Journalisten, ob er mal nach China wechseln werde. Selbst Reporter fügen nach einigen Tagen in diesem Kosmos »Stand jetzt« in ihre Fragen ein.

Auch Hans-Dieter Hermann schwärmt von der harmonischen Löw-Welt, vom Arbeitsklima im 70-köpfigen Team der Nationalmannschaft. Er kam 2004 als



**Bundeskanzlerin Merkel, Trainer Löw (3. v. l.):**\* Vertreter eines behaglichen Deutschlands

\* Bei der Übergabe eines Nationalmannschaftstrikots im April in Berlin mit Manager Oliver Bierhoff (l.) und DFB-Präsident Reinhard Grindel (3. v. r.).



BILDBYRAN / ZUMA / ACTION PRESS

**Führungskraft Löw:** »Persönlichkeiten wie er sind die eigentlichen Leader«

Teampsychologe an Bord. Hermann coacht viele Führungskräfte, auch Dax-Vorstände. Bei Löw habe er etwas beobachtet, das höchst selten sei, sagt er. Obwohl der Trainer selbst unter immensem Druck stehe, gebe er diesen Druck nie an andere weiter.

»In der Managementtheorie sprechen wir gern von transformationaler Führung, einer Führung des Mitnehmens, einer Führung mit Vorbild«, sagt Hermann. »Es ist aber auch eine demütige Art des Führens, weil sie nie von oben herab ist. Ich war immer überzeugt, dass Persönlichkeiten wie er die eigentlichen Leader sind.«

Löw lasse sich von allen Spielern siezen, was im kumpeligen Duz-Business des Fußballs eher selten ist. »Er bleibt immer ein bisschen auf Distanz und kann daher besser führen. Wenn man Distanz hat, hat man das ganze Bild.«

**Löw weigert sich auch,** an der internen WhatsApp-Gruppe der Nationalmannschaft teilzunehmen. »Ich will nicht davon abgelenkt sein, was da ständig einer schreibt«, sagt er. Er habe sich abgewöhnt, permanent auf sein Handy zu schauen. Er nehme es auch kaum mit. Meist liege es stundenlang auf seinem Zimmer rum.

Wer das Training in Südtirol beobachtet, zumindest jene Momente, die beobachtet werden dürfen, erkennt diese Distanz sofort. Oft tigert er wie entrückt über den Platz. Bisschen den Arm dehnen. Bisschen am Ohr kratzen. Bisschen Ball hochhalten, 10-mal, 15-mal, sehr galant, dann aufs leere Tor schießen, dann einmal den Mittelkreis abspazieren, die Linie entlang, eine Pfeife in der Hand, ohne je zu pfeifen.

Während Löw für sich ist, wird an allen Ecken des Platzes gesprintet, geschossen, gehalten. Die Übungen leiten seine Assistenten und Spezialisten, die immer zahlreicher geworden sind. Es wirkt, als wäre der Bundestrainer ein Bundestrainerpräsident, der über den Dingen thront.

»Am Anfang meiner Trainerkarriere wollte ich möglichst alles selbst machen und habe mich um alles gekümmert«, sagt Löw. »Aber das bringt einen hohen Energieverlust. Wir haben um die Mannschaft herum ein Team von Spezialisten, die können die Dinge in ihren Bereichen besser als ich. Und deshalb vertraue ich ihnen.«

An einem Vormittag muss in Eppan auf einem Nebenplatz trainiert werden, weil es in der Nacht so heftig geregnet hat, dass der Hauptplatz unbespielbar ist. Leider lässt sich der Nebenplatz nicht gut mit Planen abriegeln, und so haben Hunderte Fans, die täglich das Gelände aufsuchen, um einen Blick auf ihre Stars zu erhalten, tatsächlich mal die Chance, was zu sehen. Die Zuschauer stehen zusammengedrängt hinter Absperrungen in einer Ecke und starten plötzlich eine kleine La Ola. Als Löw das Johlen hört, schreckt er kurz aus seiner Versunkenheit auf und blickt irritiert in die Ecke. Er mag solche Störungen des Betriebsablaufs nicht. Am nächsten Tag wird wieder hinter Planen geübt.

Kaum jemand kennt den Wandel Löws so gut wie Roland Eitel. 20 Jahre lang war der sein PR-Berater. Nach dem Gewinn des WM-Titels hatte Löw dann kein Interesse mehr an Eigen-PR. Jetzt sind die beiden nur noch Freunde.

Eitel hat Löw als Spieler erlebt, der viele Tore für den SC Freiburg in der zweiten Liga schoss, aber nie richtig in der ersten Liga ankam, auch weil eine schwere Verletzung ihn ein Jahr lang lahmlegte und Löw danach nicht mehr an alte Leistungen anknüpfen konnte. Er hat die wechselhafte Karriere als Vereinstrainer erlebt, wie er Pokalsieger mit dem VfB Stuttgart wurde, wie er beim Karlsruher SC nach 17 sieglosen Spielen in der zweiten Liga scheiterte und bei durchschnittlichen Vereinen in Österreich und der Türkei anheuerte, ehe ihn Klinsmann, völlig überraschend und gegen große Widerstände im DFB, zum Co-Trainer der Nationalmannschaft machte. »Der Jogi hatte immer schon seine Vorstellungen von Fußball«, sagt Eitel. »Aber er hatte lange nicht die Mannschaft, um diese umzusetzen.«

Eitel ist wie sein Freund Jogi um eine zeitgemäße Work-Life-Balance bemüht. Das Büro seiner Beratungsagentur befindet sich praktischerweise im Keller seines Ludwigsburger Wohnhauses. Dort hängt ein großes Foto von seinen beiden Schützlingen an der Wand, Löw und Klinsmann, wie sie während der WM 2006 am Spielfeldrand stehen.

Eitel nimmt in einem bequemen Sessel Platz. Am Tag zuvor wurde das Foto von Özil, Gündoğan und Erdoğan öffentlich. Eitel, der PR-Profi, ahnt bereits, dass das Bild seinen Freund noch länger beschäftigen wird. Löw sei politisch und gesellschaftlich interessiert, aber nicht in dem Sinne, dass er etwas verändern, gar für etwas kämpfen wolle. Sich bei einem Thema aus dem Fenster zu lehnen bringe nur Stress, und den wolle Löw partout vermeiden. »Er ist nur fußballerisch ambitioniert«, sagt Eitel.

Eitel glaubt, dass der Job des Bundestrainers wie gemacht sei für Löw. Es erscheint tatsächlich absolut logisch, dass Löw immer bei der Nationalelf geblieben ist, obwohl es Interesse von großen Vereinen gab, zuletzt von Real Madrid. Woche für Woche eine Vereinsmannschaft zu betreuen wäre Löw viel zu stressig. Der Ganzjahresbetrieb würde ihn viel zu stark einschränken in seiner Freiheit. Löw ist kein Trainer für den Januar oder Februar, für Training bei Schnee, Graupel und minus zwei Grad. Das würde ihm keine Freude bereiten.

Beim FC Bangkok hingegen wäre der Jogi auch nicht unglücklich, sagt sein Freund Eitel. »Da gäbe es gutes Essen und gutes Wetter. Der Jogi braucht nicht viel, um glücklich zu sein.«

Betrachtet man seine Spielergebnisse, ist Löw der erfolgreichste Bundestrainer der Geschichte. Doch obwohl er mit der Nationalmannschaft bei jedem Turnier mindestens ins Halbfinale kam und 2014 den WM-Titel holte, halten sich große



Zweifel an seinen Fähigkeiten. Der Philosoph, Autor und Fußballexperte Wolfram Eilenberger sitzt in einem Berliner Café und sagt, dass Löw mindestens zwei Titel zu wenig geholt habe. Eigentlich hätte er die Europameisterschaften 2012 und 2016 ebenfalls gewinnen müssen, gemessen am Spielerpotenzial. »Deshalb ist er kein Spitzentrainer«, sagt Eilenberger.

Eilenberger kritisiert vor allem die Kaderentscheidungen der Vergangenheit. Löw habe zu oft auf Loyalität statt auf Qualität gesetzt, zum Beispiel als er Lukas Podolski und Bastian Schweinsteiger vor zwei Jahren mit zur EM nach Frankreich nahm, obwohl die beiden ihren Zenit überschritten hatten. Deshalb habe Löw, als man im Halbfinale gegen Frankreich in Rückstand geriet, nicht mehr nachlegen können. »Der Bundestrainer setzt zu sehr auf den sozialen Frieden und auf Geschmeidigkeit bis hin zur Konformität«, kritisiert Eilenberger.

**Die Verbundenheit zu jenen Spielern,** die er sich vertraut gemacht hat, mag Löw auch dieser Tage leiten, wenn er sich schützend vor Özil und Gündoğan stellt. Allerdings hat sich Löw auch in dieser Hinsicht verändert. Mario Götze, der ihn im Finale 2014 zum Weltmeister schoss, sortierte Löw nach schwacher Saison konsequent aus. Roland Eitel glaubt, dass sein Freund die ganze Nacht vor dem Anruf bei Götze nicht geschlafen habe.

Von den Debatten über seine Entscheidungen hat Löw sich – auch darin Angela Merkel ähnlich – weitgehend emanzipiert. »Die öffentlichen Diskussionen kommen nicht mehr an mich ran«, sagt er in Südtirol. »Das hängt auch mit Erfahrungen zusammen.«

Nach dem Testspiel gegen Österreich präsentierte ihm die ZDF-Moderatorin Katrin Müller-Hohenstein eine Online-Umfrage des Senders: Wen würden die Zuschauer bei der WM ins Tor stellen? Marc-André ter Stegen oder den lange verletzten Manuel Neuer?

Fast 10 000 Menschen hätten mitgemacht, betonte Müller-Hohenstein. »Das ist sehr, sehr viel.«

Löws Gesicht verriet, dass er das, was jetzt kommt, für völligen Kokolores hält.

56 Prozent seien für ter Stegen, sagte Müller-Hohenstein. »Überrascht Sie das?«

»Keine Ahnung, weiß ich nicht«, antwortete Löw, komplett gelangweilt, Hand in der Hosentasche. »Ist mir eigentlich im Moment egal, was jetzt manche abstimmen oder so.« Den Rest des Gemurmels verstand man nicht.

»Kritik ist berechtigt und annehmbar«, sagt Löw unter seinem Schirm im Trainingslager. »Aber das wirft mich nicht aus der Bahn oder lässt mich auch nicht von meiner Überzeugung abrücken.«

Zu Beginn seiner Tätigkeit als Nationaltrainer habe er erst mal lernen müssen, dass alles, was er sage und mache, eine nationale Wucht entfalte. »In der Rolle muss man sich ja auch erst finden«, sagt Löw. »Und man lernt eines: Man darf's nicht persönlich nehmen.«

Nur einmal in den vergangenen Jahren hat ihn das Gerede über ihn dann doch mitgenommen: Als seine rechte Hand während eines Vorrundenspiels bei der EM 2016 zunächst in seiner Hose verschwand und danach zum Geruchstest unter seiner Nase verweilte – und die ganze Welt ihm dabei zusah. Nichts habe Löw, der Wert auf ein gepflegtes Auftreten legt, mehr geärgert und umgetrieben. Das erzählen alle, die ihn gut kennen.

»Wenn man solche Dinge sieht, beschäftigt einen das«, sagt Löw. »Das waren natürlich schon unglückliche Handlungen. Aber man sei dafür halt selbst verantwortlich. Das war ein Fehler und kein gutes Verhalten. Und da muss man zu stehen und sagen: Tut mir leid, ist passiert. Okay, war schlecht.«

Die Szene zeigte auch, dass Löws buddhistische Ruhe Grenzen kennt, zumindest wenn gespielt wird, wenn es ums Ausscheiden oder Weiterkommen geht, um Titel oder Nicht-Titel. Sein Ehrgeiz ist jedenfalls weit größer, als sein bisweilen teilnahmsloser Auftritt suggeriert.

Löw weiß, dass er mit dem Gewinn der Weltmeisterschaft 2014 mehr erreicht hat als die meisten Bundestrainer und Teamchefs. Aber Weltmeister wurden auch Sepp Herberger, Helmut Schön und Franz Beckenbauer. Ein zweiter WM-Titel, gar eine direkte Verteidigung, würde ihn auf eine eigene Stufe heben, über all den anderen. Er wäre dann der erfolgreichste Bundestrainer in der Geschichte des deutschen Fußballs.

»Mein Koffer muss noch gepackt werden«, sagt Löw gegen Ende des Gesprächs. Zum Abschluss die Frage, was einmal von der Ära des Bundestrainers Löw bleiben soll.

Er lässt den Blick auf die Weinberge wandern und überlegt lange. In seiner Antwort geht es nicht um schöne Spielkultur oder Spaß am Spiel, nicht um Entwicklungen oder Visionen. Er lächelt, klatscht in die Hände und sagt: »Es würde mich sehr freuen, wenn es heißen wird: zweimaliger Weltmeister.«

Auf den Einwand, dass er dann ja vielleicht schon in diesem Sommer aufhören könne, lächelt er vielsagend. Ja, das könne er dann im Sommer machen.

Video  
**Was man mit  
Löw erlebt**

[spiegel.de/sp252018loew](http://spiegel.de/sp252018loew)  
oder in der App DER SPIEGEL



**SPIEGEL**  
BUCHVERLAG

# Unser Buch zur WM 2018

**SPIEGEL  
ONLINE  
Bestseller**



Beim Fußball geht es längst nicht mehr ums schöne Spiel, sondern vor allem um Geld. Sehr viel Geld. In ihrem nun umfassend aktualisierten und erweiterten Bestseller enthüllen die SPIEGEL-Redakteure Rafael Buschmann und Michael Wulzinger die schmutzigen Geheimnisse einer gierigen Branche und zeigen, wie allgegenwärtig fragwürdige Geschäfte im internationalen Profifußball sind.



**PENGUIN VERLAG**

352 Seiten | € 10,00 (D) | € 10,30 (A) | CHF 13,90 (empf. VK-Preis)

# Neymars Fußvolk

**Idole** Nach der 1:7-Blamage gegen Deutschland ist Brasilien fußballmüde geworden. Und zittert nun umso mehr um den Einsatz seines einzigen Heilsbringers.

**A**lles ist noch ruhig an diesem Donnerstag in Granja Comary, wo ein paar Dutzend Fans neben einer Trainingswiese auf die Spieler der brasilianischen Nationalelf warten. Kinder tauschen Panini-Bilder. Vögel zwitschern. Brasilien wirkt ein bisschen wie die Schweiz, hier in der kühlen, hügeligen Gegend nördlich von Rio de Janeiro, wo sich die Seleção auf die Fußball-WM in Russland vorbereitet. Dann geht plötzlich ein Raunen durch die Menge.

»Neymar!«, rufen die Leute aufgeregt und deuten auf einen Mann, der mit schlackerndem Gang über den Rasen in ihre Richtung läuft. Als er den Zaun erreicht, halten sie ihm ihre Stifte hin, und erst dann bemerken viele, dass etwas nicht stimmt.

Gabriel Lucas kaut auf einem Kaugummi und grinst hinter seiner Ray Ban. Seit fünf Jahren ist Lucas Neymars Doppelgänger, und seine Rolle spielt er ziemlich gut. Die Sonnenbrille, der Gang, die Tätowierungen, die an den gleichen Stellen sitzen, die Irokesenkrause, die auch er jetzt trägt – das alles wirkt so echt, dass er Neymar kürzlich sogar in einem Werbespot der Fluggesellschaft Gol gedoubelt hat. Lucas dribbelt sich in diesem Film mit einem Ball am Fuß durch einen Flughafen. Wenig später setzt er seine Sonnenbrille ab und lehnt sich zurück. Dazu erklärt ein Sprecher, dass man eigentlich den richtigen Neymar gebucht habe, doch der habe gerade Wichtigeres zu tun.

80 Drehstunden hatte Gol mit ihm vereinbart, aber dann brach sich Neymar im Februar in Paris den Mittelfuß.

»Wir mussten ihn schonen«, sagt Lucas, der sonst auf Firmen- oder Kinderfesten auftritt, einem russischen Reporter, »sonst haben wir keine Chance.«

Das ist also die Lage in Brasilien, 24 Tage vor dem ersten Gruppenspiel gegen die Schweiz: Weil Sponsoren fürchten, dass man ihnen für den Fall des Scheiterns eine Schuld nachsagt, entscheiden jetzt sogar schon Neymars Doppelgänger über das Schicksal der Nation.

In Brasilien dreht sich alles um diesen Mann, der seit seinem 222-Millionen-Euro-Wechsel vom FC Barcelona zu Paris Saint-Germain der teuerste Spieler der Welt ist. Das Land bewegt die Frage, welches Team

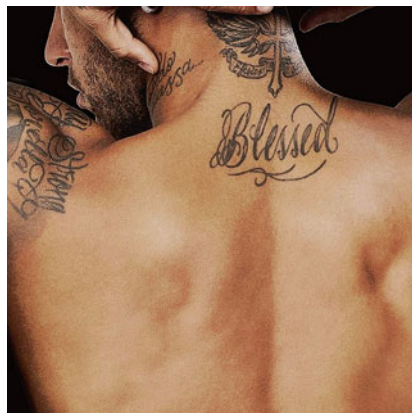


nach Russland reisen wird, denn im Grunde gibt es zwei: eines mit Neymar, das relativ problemlos durch die komplizierte Qualifikation in Südamerika spazierte und einer der Favoriten auf den Titel in Russland ist. Und eines ohne ihn. Das sehen viele Brasilianer im Wesentlichen noch immer als jene vogelwilde Schülertruppe, die die Deutschen vor vier Jahren im WM-Halbfinale sieben Tore schießen ließ.

Es war die größte Blamage in der brasilianischen Fußballgeschichte, und auch deshalb hat Neymars Gesundheitszustand nun die Bedeutung einer Staatsaffäre.

Dutzende Fernsightteams belagerten Anfang März das Krankenhaus in Belo Horizonte, in dem ein Flügel nur für Neymar reserviert war. Danach begann ein Wettlauf gegen die Zeit. Manuel Neuer, der sich ebenfalls den Mittelfuß gebrochen hatte, machte danach acht Monate lang kein einziges Spiel. Neymar blieben drei Monate, um wieder fit zu werden.

Während seiner Reha, für die er sich in eine Strandvilla zurückzog, stürzten sich die Medien auf jedes Lebenszeichen, aber die Signale, die Neymar vor allem über seinen Instagram-Kanal sendete, waren widersprüchlich. Mal postete er Fotos, die ihn nach einer Trainingseinheit erschöpft auf dem Boden liegend zeigten. Dann tauchten Unterwäschebilder auf, auf denen er sich zusammen mit seiner Freundin Bruna Marquezine auf einem Bett wälzte.



PPS / REFLEX MEDIA

**Fotomodell Neymar**  
Gehabe eines verzogenen Jungen

Am Tag, als der Physiker Stephen Hawking starb, sah man Neymar gut gelaunt in einem Rollstuhl, versehen mit dem Kommentar, dass es darauf ankomme, was man aus seiner Situation mache.

»Positiv bleiben«, schrieb er.

Die Folge war ein Shitstorm, ähnlich wie nach einem Post, der ihn mit ein paar Kumpels an einem Pokertisch zeigte. Es war nicht klar, wie ernst Neymar die Rückkehr in die Nationalelf nahm, und auch deshalb gucken viele überrascht, als er an diesem Nachmittag in Granja Comary über den Platz läuft, als wäre nie etwas gewesen. Während Doppelgänger Lucas weiter Interviews gibt, führt Neymar erste vorsichtige Zweikämpfe. Einmal schießt er mit voller Wucht aufs Tor. Einigen Reportern, die live auf Sendung sind, stockt der Atem. Wenig später, bei der offiziellen Pressekonferenz, sitzt der Mittelfeldspieler Fred auf einem Podium. Als Spieler des ukrainischen Vereins Schachtjor Donezk könnte man ihn eigentlich zu seinen Eindrücken von den Russen fragen, aber die Leute interessiert vor allem eines: »Was macht Neymars Fuß?«

»Irgendeine Reaktion?«

Brasilien, so sieht es aus, hat Sehnsucht nach guten Nachrichten. Während sich die Fußballer auf Russland vorbereiten, blockieren Lastwagenfahrer im ganzen Land Straßen, was in den großen Städten vorübergehend zu einer Lebensmittelknappheit führt. Der Protest richtet sich eigentlich gegen steigende Spritpreise, aber es ist nicht nur das. Am Vorabend dieser WM scheint Brasilien im Chaos zu versinken. Arbeitslosigkeit, Gewalt und Korruption beherrschen die Titelseiten der Zeitungen, dazu die Aussicht, dass im Herbst ein ultrarechter Populist die Präsidentschaftswahl gewinnt. Umfragen haben ergeben, dass das Turnier in Russland für die meisten Brasilianer in diesem Sommer keine Priorität genießt.

Einerseits. Andererseits wäre es nicht das erste Mal, dass sich die Prioritäten verschieben, wenn die Seleção erfolgreich spielt. Es liegt an Neymar.

Viele in Brasilien glauben, dass es dieses traumatische 1:7 nie gegeben hätte, hätte der Kolumbianer Juan Zúñiga in der Schlussphase des Viertelfinales nicht auf verheerende Weise sein Knie gegen Neymars Wirbelsäule gerammt. So fehlte den Brasilianern gegen die Deutschen jemand, an dem sie sich aufrichten konnten, als das Spiel zu kippen begann. Einer, der Lösungen findet, die andere nicht sehen. Ein Anführer. Als Neymar an jenem kalten Februarabend dieses Jahres ohne Einwirkungen eines Gegenspielers umknickte, wurden all diese Erinnerungen wieder wach.

Es sei gewesen, als »hätte man einem Organismus das Herz herausgerissen«, sagt der damalige Mannschaftsarzt José





CH. KELEMEN / IMAGO / GEPÄ PICTURES

**Brasilien-Star Neymar im Vorbereitungsspiel am 10. Juni in Österreich:** »Ohne ihn fehlen uns 50 Prozent«

Luiz Runco. In Brasilien gibt es heute einen eigenen Begriff, der diese Abhängigkeit beschreibt: *Neymardependência*.

Tite, der neue Trainer, der die Seleção zwei Jahre nach dem 1:7 übernahm, hat das Problem erkannt. Um die Verantwortung zu verteilen, lässt er etwa die Kapitänsbünde, die vorher meist Neymar trug, von Spiel zu Spiel rotieren. Er nimmt andere in die Pflicht, Spieler wie Philippe Coutinho, der in Barcelona mittlerweile Neymars Stelle übernommen hat. Oder den jungen Gabriel Jesus, der mit Manchester City englischer Meister wurde und bei einem Testspiel gegen die Deutschen im März den Siegtreffer erzielte.

Da klappte es eigentlich schon ganz gut ohne Neymar, aber in Brasilien sind sie noch nicht überzeugt.

»Ohne Neymar fehlen uns 50 Prozent«, sagt der ehemalige Stürmer Dario José dos Santos, der in Granja Comary am Zaun lehrend das Training mit spitzer Zunge für einen Fernsehsender kommentiert. Dos Santos kennt man in Brasilien vor allem unter seinem Künstlernamen Dadá Maravilha. Er war Teil der legendären Mannschaft um Rivelino, Gérson und Carlos Alberto, die 1970 Weltmeister geworden ist. Dos Santos stand nur deshalb während des Turniers nicht auf dem Platz, weil ein gewisser Pelé seine Position besetzte.

»Wenn einer von uns ausfiel«, sagt dos Santos, »sprang der andere für ihn ein. Carlos Alberto war unser Chef. Gérson war der Dirigent. Pelé war das Genie. Und Neymar soll alles auf einmal sein?«

Pelé sieht es ähnlich. Brasilien habe keine Mannschaft, ließ er dieser Tage besorgt verlauten, und das Unbehagen, das die Alten haben, erklärt sich nicht allein damit, dass das Schicksal dieser Mannschaft an den Launen eines Spielers hängt. Es hat auch damit zu tun, wer dieser Spieler ist.

Leute wie dos Santos fremdeln mit einem wie Neymar, der den Fußball viel zu oft als Individualsportart interpretiert. Sie verstehen nicht, warum er ein Weltklasseteam wie das von Barcelona verließ, um in der Zirkustruppe von Paris den Chef zu geben. Was hat er davon, wenn er sich dort öffentlich auf dem Platz mit Edinson Cavani streitet, wer einen Elfmeter schießen darf? Und ausgerechnet jetzt soll Neymar laut einem Zeitungsbericht mit Real Madrid verhandeln. Angeblich kostet der Brasilianer 400 Millionen Euro.

Es sind diese Egoanfälle, die den Altinternationalen übel aufstoßen, die unnötigen Dribblings, mit denen Neymar die Gegner provoziert. Das Gehabe eines dieser verzogenen Jungen, die der kommerzialisierte Fußball immer häufiger hervorzubringen scheint. Der Publizist José

Miguel Wisnik, der Neymar als Fan von dessen Heimatverein Santos immer wohlgesinnt war, vertritt die Auffassung, dass sich in ihm die große brasilianische Tragödie verdichte: Bei aller Professionalität ticke er im Grunde wie ein Amateur.

Möglich, dass die öffentliche Erregung manchmal etwas viel ist. Als die Kritik nach seinem Wechsel zu Paris mal wieder ziemlich anschwellte, hielt Trainer Tite auf einer Pressekonferenz eine Verteidigungsrede, die Neymar so sehr mitnahm, dass er weinend den Raum verließ.

An einem Sonntagmorgen Ende Mai, drei Monate nach seiner Operation, steht er in einer Mixed Zone des Verbandsgeländes und spricht nach langer Zeit zum ersten Mal wieder selbst zur Öffentlichkeit. Es werde dauern, sagt er, bis er seine Angst verliere, aber er lasse sich nicht aufhalten.

Tage später wird er bei einem Testspiel gegen Kroatien in der Halbzeit eingewechselt. Nachdem die ersten 45 Minuten müde vor sich hin plätscherten, ist plötzlich Zug im Spiel. Spätestens als Neymar in der 69. Minute drei Gegenspieler austanzte und den Ball mit voller Wucht unter die Latte zimmerte, ist alles wie immer.

Die Frage ist nur: Ist das eine gute Nachricht für Brasilien oder eine schlechte?

Marian Blasberg

# Wissenschaft+Technik

»Es gibt nichts Asozialeres als das Essen.« ► S. 105



HOUBEN / VAN MIERLO ARCHITECTEN

**Wohnung aus dem Drucker.** Am Rande eines Parks in der niederländischen Stadt Eindhoven entsteht eine Siedlung aus fünf Häusern, die komplett von einem 3-D-Drucker angefertigt worden sind – wie in der Computeranimation zu sehen. Schon in einem Jahr soll der erste Bungalow bezugsfertig sein und vermietet werden. Größere Gebäude mit bis zu drei Stockwerken sollen bald darauf folgen. Das Projekt ist ein Gemeinschaftswerk unter anderem der Technischen Universität Eindhoven, der Stadt Eindhoven und der Baufirma Van Wijnen. Der 3-D-Druck mit Beton könnte das Baugewerbe nachhaltig verändern: Mit der neuen Technik lassen sich Bauten realisieren, die mit bisherigen Konstruktionsmethoden so nicht machbar waren. Zudem soll der 3-D-Druck Baukosten, Bauzeit und Materialverbrauch senken. Während das erste Haus in einer Fabrikhalle entsteht, soll das letzte direkt auf dem Baugrundstück gedruckt werden – mitsamt den Abwasserleitungen.

## Bildung

### Ethik-Nachhilfe für die Technikelite

● Die Stanford University, im Zentrum des Silicon Valley, will ihren Informatikstudenten künftig mehr beibringen als nur Programmieren. Sie sollen sich vom kommenden Jahr an auch mit der gesellschaftlichen Verantwortung der Hightechindustrie befassen. Die Universität reagiert damit auf die Kritik am Geschäftsgebaren von Unternehmen wie Facebook, denen unter anderem mangelnder Datenschutz und fehlende Maßnahmen

gegen Wählermanipulation vorgeworfen werden. »Weitsicht vor sieben bis zehn Jahren wäre sicher hilfreich gewesen«, sagte Stanford-Präsident Marc Tessier-Lavigne jetzt der britischen »Financial Times« selbstkritisch. Stanford-Absolventen haben einige der mächtigsten Hightechkonzerne gegründet, darunter Google, Snapchat, PayPal, LinkedIn, Netflix, WhatsApp und Instagram. Die nächste Generation von Computerwissenschaftlern wird sich verstärkt mit dem Thema künstliche Intelligenz befassen. Ein besseres ethisches Fundament dieser Leute, so die Hoffnung, soll vor Fehlentwicklungen schützen. ME

## Fußnote

Um 2,9

**Punkte** hat die Intelligenz norwegischer Männer innerhalb von 14 Jahren abgenommen. Dies kam bei der Analyse von 737 000 Intelligenztests an Wehrpflichtigen heraus, die in den vergangenen Jahrzehnten gemacht worden sind. Im 20. Jahrhundert hatten die IQ-Testwerte in Norwegen – wie in vielen westlichen Ländern – stetig zugenommen; doch seit dem Geburtsjahr 1976 ging es bergab.



## »Größte Huldigung«

Der Biologe Arnold Staniczek, 54, vom Staatlichen Museum für Naturkunde in Stuttgart über Steinfliegen und die Stones

**SPIEGEL:** In hundert Millionen Jahre altem Bernstein aus Burma haben Sie eine neue Familie von Steinfliegen entdeckt und diese ausgerechnet nach den Rolling Stones benannt. Wollen Sie die Band etwa als Fossilien verunglimpfen?

**Staniczek:** Im Gegenteil. Für jeden Forscher ist es eine höchste Ehre, wenn er eine neu entdeckte Art nach jemandem benennen darf. Für mich als lebenslangen Stones-Fan ist das die größte Huldigung, die ich erbringen kann.

**SPIEGEL:** Hätte die Band nicht ein stattlicheres Wesen als Denkmal verdient, also mindestens einen Dinosaurier?

**Staniczek:** Ich bitte Sie. Es gibt doch nichts Treffenderes, als eine Steinfliege – Englisch: »stonefly« – nach den Stones zu benennen.

**SPIEGEL:** Sie haben sieben neue Arten aktuellen und früheren Mitgliedern der Stones gewidmet. Bei wem drängte sich eine Ähnlichkeit am stärksten auf?

**Staniczek:** Zwei der neu entdeckten Arten sind ganz besondere Steinfliegen: *Petroperla mickjaggeri* und *Lapisperla keithrichardsi*. Die waren schon zu ihrer Zeit quasi lebende Fossilien mit sehr ursprünglichen Merkmalen. Sie hatten zum Beispiel eine sehr große Zunge, anders als spätere Arten. Das Bandlogo der Stones ist ja die rausgestreckte Zunge – ich kann nur sagen: Das passt.

**SPIEGEL:** Wie viel Keith Richards steckt in *Lapisperla keithrichardsi*?



Staniczek, *Lapisperla keithrichardsi* (u.)

**Staniczek:** Das Tier sieht sehr zerzaust aus. Ihm fehlt leider der Kopf. Wie es der Zufall so will: Keith ist mal von der Palme gefallen und hat sich so schwer am Kopf verletzt, dass die Tour damals verschoben werden musste.

**SPIEGEL:** War es schwer, Ihre Mitentdecker zu der Namenswahl zu überreden?

**Staniczek:** Gar nicht. Ich bin mit dieser Idee schon eine Zeit lang schwanger gegangen, aber lange hatte ich nur Eintagsfliegen auf dem Tisch. Das fand ich für die Stones nicht passend. Als sich dann das Forschungsfeld Burma-Bernstein auftat und mir diese Steinfliegen über den

**Staniczek:** Keith hat auch schon einen Trilobiten, aber der Rest der Band und die Band als solche sind noch nie gewürdigt worden. Dabei nehmen die Rolling Stones in der Musikgeschichte doch eine Ausnahmestellung ein. Das verlangte nach einem Gesamtpaket.

**SPIEGEL:** Hoffen Sie auf eine Reaktion der Band?

**Staniczek:** Na klar. Am 30. Juni spielen die Stones in Stuttgart. Das wird mein 20. Stones-Konzert sein. Für mich wäre es supertoll, wenn ich die Gelegenheit bekäme, den Stones ihre Tiere persönlich zu zeigen. ME



## Analyse

# Wenn Pillen auf die Seele schlagen

Eine Depression ist häufiger als gedacht eine Nebenwirkung von Medikamenten.

Wer an einer Depression erkrankt, macht dafür meist Schicksalsschläge verantwortlich: zu viel Stress, die Trennung vom Partner oder erbliche Einflüsse. Was viele nicht wissen: Das Seelenleiden könnte auch die Nebenwirkung eines Medikaments sein. Zu den riskanten Substanzen gehören so massenhaft verabreichte Mittel wie die Antibabypille, Magensäure- und Betablocker oder das Prostatamedikament Finasterid.

Eine Gruppe US-amerikanischer Forscher hat jetzt mehr als 26 000 Teilnehmer eines Gesundheitssurveys auf Medikamentenkonsum und Symptome einer Depression untersucht. Erschreckender Befund: Mehr als jeder Dritte nahm Medikamente ein, die eine Depression auslösen können. Je mehr solcher Mittel gleichzeitig geschluckt werden, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, depressiv zu werden. Schon bei einem Medikament erhöht sich das Depressionsrisiko signifikant; bei zwei Medikamenten verdoppelt es sich.

Oft wäre es für den Arzt leicht, die riskanten Mittel abzusetzen oder sie durch andere zu ersetzen – und dann abzuwarten, ob sich die Stimmung des Patienten aufhellt. Leider denken Psychotherapeuten und Psychiater häufig nicht an die Nebenwirkungen von Arzneimitteln, die nichts mit ihrem eigenen Krankheitsfeld zu tun haben. Typisches Beispiel: Eine junge Frau kämpft verzweifelt gegen ihre Schwermut, schluckt Antidepressiva, erforscht ihr Innerstes – und nimmt weiterhin die Pille. Das ist so, als würde man einen Patienten, der über ein Stechen im Fuß klagt, einfach operieren, ohne zuvor zu überprüfen, ob er vielleicht nur einen Stein im Schuh hat. Dass eine depressive Symptomatik auch eine Arzneimittelnebenwirkung sein kann, sollte schon jedem Medizin- und Psychologiestudenten eingepflegt werden. Und kein Betroffener sollte sich scheuen, seinen Arzt auf diese mögliche Ursache seines Leidens hinzuweisen. Veronika Hackenbroch

# Hilfe, mein Sohn hat Husten!

**Medizin** Überforderte Eltern, die ihren Nachwuchs mit jedem Wehwehchen in die Praxen bringen, treiben Kinderärzte in den Wahnsinn. In Gesundheitskursen sollen Väter und Mütter lernen, wann ihr Kind so krank ist, dass es wirklich zum Doktor muss.

**J**ustin ist fünf Jahre alt und hat schon viele Stunden seines Lebens in Wartezimmern verbracht. Allein 81-mal war er bisher bei seiner Kinderärztin, außerdem bei etlichen Fachärzten, im Wochenenddienst und in der Notaufnahme.

»Um seine Entwicklung mache ich mir wirklich Sorgen«, sagt die Medizinerin, die ihren Namen nicht in der Zeitung lesen will. Auch Justin heißt in Wirklichkeit anders. Es ist aber nicht die körperliche Gesundheit des Kleinen, die der Ärztin Kummer bereitet. Der Junge hat keine chronische Krankheit, leidet nicht öfter an Infekten als die meisten anderen Fünfjährigen. Doch für seine Eltern ist jedes Räuspern ein Notfall.

»Schläft schlecht«, »Nase läuft«, »harter Stuhl«, »seit gestern kein Stuhlgang«, »heute einmal Durchfall«, »erkältet«, »hustet«, »hustet immer noch«, »seit einer Stunde Fieber«, »Atemnot (nicht nachvollziehbar)« – so liest sich die Liste der Malaises, mit denen der Kleine bislang in die Praxis kam, manchmal mehrmals in der Woche. Oft musste er lange warten, denn fast immer herrscht bei seiner Kinderärztin Hochbetrieb.

Das liegt vor allem daran, dass es so viele Justins gibt. »In den 15 Jahren, die ich das jetzt mache«, sagt die Ärztin, »hat das Vertrauen von Eltern in deren eigenes Urteil stark abgenommen.« Für sie bedeutet das, dass sie an manchen Tagen mehr als hundert kleine Patienten begutachten muss, bei Kindern wie Justin sorgt es für unnötige Ängste. »Was das Kind inzwischen wirklich hat«, sagt die Medizinerin, »sind massive Verhaltensprobleme.«

Justin mag ein Extremfall sein, doch auch viele andere Mütter und Väter rennen mit ihren Kindern ständig zum Arzt. Landauf, landab erleben Mediziner, wie Eltern die Verantwortung für die Gesundheit ihrer Töchter und Söhne zu delegieren versuchen. Dass die Hilflosigkeit zunimmt,

liegt unter anderem daran, dass vielen unerfahrenen Müttern und Vätern heute nicht mehr die eigenen Eltern beratend zur Seite stehen, die bereits Kinder großgezogen haben und einen harmlosen Husten von einer beginnenden Lungenentzündung unterscheiden können. Stattdessen googeln Eltern heute irgendwelche Symptome – und finden oft gruselige Diagnosen. So wurde die Ärztin von Justin schon gefragt, ob der Durchfall des Sprösslings wohl auf Leberkrebs hindeute oder die trockene Kopfhaut auf einen Hirntumor.

Der Ansturm der Ahnungslosen kommt zu einem schlechten Zeitpunkt, denn die Kinder- und Jugendärzte haben ohnehin mehr Aufgaben zu bewältigen als früher. Die Zahl der zeitaufwendigen Vorsorgeuntersuchungen ist gestiegen, zudem haben mehr Kinder als früher chronische Krankheiten und brauchen intensive Betreuung: »Wir haben immer häufiger mit Allergien, Übergewicht, stressbedingten Bauch- oder Kopfschmerzen und Verhaltensproblemen zu tun«, sagt Thomas Fischbach, Präsident des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte. »Wenn die Sprechstunden mit Banalitäten verstopft sind, fehlt dafür die Zeit.«

Zudem werden in Deutschland wieder mehr Kinder geboren – während viele Pädiater aufs Rentenalter zugehen. »Die Kolleginnen und Kollegen in der Niederlassung sind im Schnitt 56 Jahre alt«, sagt Fischbach, »der Mangel wird sich dramatisch verschärfen, wenn demnächst ein Drittel von uns in den Ruhestand geht.«

Nachfolger sind schwer zu finden, vor allem auf dem Land, wo Justins Ärztin ihre Praxis hat. Die meisten jungen Mediziner zieht es in die Städte; und da inzwischen die Mehrheit Frauen sind, möchten viele in Teilzeit arbeiten. Die Folge: überfüllte Wartezimmer und kaum Zeit für den einzelnen Patienten oder für ein ausführliches Gespräch mit den Eltern – selbst dann, wenn es wirklich wichtig wäre. Viele



Familien haben gar Probleme, überhaupt einen Arzt für ihre Kinder zu finden, etwa nach einem Umzug, wenn sie den Arzt wechseln möchten oder direkt nach der Geburt ihres Kindes. Auch Justins Ärztin führt eine Warteliste für neue Patienten.

Laut der sogenannten Bedarfsplanung gibt es theoretisch genug Kinderärzte in Deutschland. Das Steuerungsinstrument soll seit Anfang der Neunzigerjahre verhindern, dass sich in einer Region zu viele Ärzte niederlassen. Das veraltete Regelwerk, kritisiert Fischbach, berücksichtige aber nicht den gestiegenen Zeitaufwand pro Pa-





TETRA IMAGES / BILDAGENTUR-ONLINE/TETRA-IMAGES

**Baby bei Untersuchung:** »Es gibt Eltern, die rufen schon den Notarzt, wenn das Kind ein bisschen Fieber hat«

tient, verursacht unter anderem infolge chronischer Leiden und psychischer Probleme.

Das bestätigen die Autoren einer Bertelsmann-Studie zur Ärztedichte: »Die neue Planung der Kinderarztsitze bezieht ausschließlich die Bevölkerung unter 18 Jahren ein«, heißt es in dem Papier, der Anteil der versorgungsintensiveren Kleinkinder werde nicht berücksichtigt. In einigen Regionen seien »Engpässe in der Versorgung zu erwarten«.

Ein typischer Morgen um fünf Uhr in der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendmedizin Tübingen. Nach seinem Nacht-

dienst hatte sich Steffen Wiechers kurz hingelegt. »Da kamen Eltern mit einem Siebenjährigen«, erzählt er, »der war kerngesund, aber die Familie war auf dem Weg in den Skiurlaub und wollte sich vergewissern, dass das Kind auch wirklich nichts hat.« Am liebsten, sagt er, hätten die Eltern von ihm eine Gesundheitsgarantie für die Dauer der Ferien bekommen. Wiechers blieb freundlich, entließ die Reisegruppe aber mit dem Hinweis: »Ich bin Arzt, kein Prophet.«

Wiechers, Oberarzt in der Allgemeinen Poliklinik und Leiter der Kindernotaufnahme, nennt so etwas »nicht sinnvolles Vor-

stellen« von Patienten. Er erlebt es jeden Tag – öfter als zu Beginn seiner Karriere und viel öfter als vor 20, 30 Jahren, wie er aus den Erzählungen älterer Pflegekräfte weiß.

Mit Husten und Schnupfen, Fieber und Bauchweh strömen die Kinder in die Klinik, vor allem frühmorgens, abends und nachts, wenn die Arztpraxen geschlossen sind; selbst mit dem Rettungswagen werden kleine Patienten gebracht, bei denen das nicht nötig wäre.

»Mit Kindern haben Notärzte in der Regel wenig Erfahrung«, sagt Pädiater



MATTHIAS SCHMIDEL / DER SPIEGEL

**Pädiater Wiechers:** »Ich bin Arzt, kein Prophet«

Wiechers. Und gerade bei den Kleinsten möchte niemand Fehler machen – bloß nichts übersehen. Wiechers versteht die Sorgen der Eltern und die Unsicherheit der Kollegen. Aber: »Es gibt Eltern, die rufen schon den Notarzt, wenn das Kind ein bisschen Fieber hat.«

Wenn die Familien dann vor ihm sitzen, fragt Wiechers, was sie denn schon unternommen hätten gegen Fieber und Schmerzen. Meist lautet die Antwort: nichts. »Die Eltern denken, wenn sie ein Medikament geben, merke ich nicht mehr, was das Kind hat«, sagt er, »ich übersehe aber keine Lungenentzündung, nur weil ein Patient gerade nicht hoch fiebert.« Den Nachwuchs mit Fieber und Ohrenschmerzen im Wartebereich ausharren zu lassen, womöglich über Stunden, scheint diesen Eltern sinnvoller, als selbst zum Fiebersaft zu greifen.

Verbandspräsident Fischbach hat eine große Praxis in Solingen, fünf Ärzte behandeln im Quartal 4000 bis 5000 Kinder. Auch er trifft täglich Eltern, deren Aufregung in keinem Verhältnis zum Zustand der Kinder steht. »Der gesunde Menschenverstand spielt keine Rolle mehr«, sagt er. Wenn Husten und Schnupfen in den Kitas umgehen, kommen manche Eltern mehrfach im Abstand weniger Tage und verlangen Heilung. »Ein Virusinfekt dauert halt eine Woche«, sagt Fischbach, »was, verflucht noch mal, soll ich denn da machen – die Hand auflegen?«

Umgekehrt misslinge es Eltern auch immer häufiger, ernstere Krankheiten

rechtzeitig zu erkennen, sagt Thomas Fischbach. Dieses Problem sei zwar seltener als das Aufbauschen von Bagatellen, »aber ich hatte hier schon Kinder, die waren aufgrund von Flüssigkeitsmangel bei einem Magen-Darm-Infekt kurz vor dem Koma oder hatten eine verschleppte Lungenentzündung«.

Weil inzwischen meist beide Elternteile arbeiten, fehlt oft die Geduld, eine Krankheit auszukurieren. »Viele stehen unter großem Druck, im Job nicht zu fehlen«, sagt Fischbach, »da könnte unsere Gesellschaft kinderfreundlicher werden.«

Das stellen auch viele Kitas fest, wenn gestresste Eltern bei ihnen röchelnde Kinder abgeben und dann zur Arbeit hetzen. Viele Einrichtungen hängen bereits Merktzettel darüber aus, worauf die Eltern achten sollten. »Kranke Kinder gehören nach Hause«, heißt es da. Oder: »Bringen Sie Ihre Jungs und Mädchen bitte nicht mit Durchfall, Übelkeit, Erbrechen oder entzündeten Augen in die Einrichtung.«

Ingeborg Krägeloh-Mann ist seit 40 Jahren Kinderärztin und seit Januar Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin. Unter den Assistenzärzten, die Dienst in der Kinderklinik machen, seien Helikoptereltern ein gewisses Reizthema, sagt sie. »Die Schwelle, medizinischen Rat einzuholen, ist gesunken«, sagt die Ärztin. »Das ist ja nicht an sich schlecht, zeigt aber auch, dass sich viele Eltern weniger zutrauen, wenn es um die Gesundheit ihrer Kinder geht.«

Spezialisten wie Neuropädiaterin Krägeloh-Mann, die ebenfalls an der Tübinger Universitätsklinik arbeitet, erleben aber auch Eltern, die sich bestens auskennen. In ihre Sprechstunde kommen sehr kranke Patienten: Kinder mit schwerer Epilepsie, mit fortschreitenden neurologischen Erkrankungen; entwicklungsgestörte Kinder, bei denen die Mediziner nicht immer eine klare Diagnose stellen können. »Die Eltern dieser Kinder«, sagt die Ärztin, »entwickeln oft eine große Kompetenz in medizinischen Fragen, da kann man nur Hochachtung haben.«

Medizinische Grundkenntnisse lassen sich allen Eltern vermitteln, ist Fred Zepp überzeugt, er ist Direktor des Zentrums für Kinder- und Jugendmedizin an der Uniklinik in Mainz. Zusammen mit seinen Kolleginnen und Kollegen bietet er seit Anfang des Jahres regelmäßig Elternkurse an.

Samstagsvormittags, damit viele Väter und Mütter Zeit haben, dozieren Kinderärzte über Themen wie »Mein Kind hat Fieber, was tun?«, »Bauchschmerzen und Übelkeit« oder »Winterzeit – Hustenzeit«. In einem Nebenraum betreuen Studierende die Kinder. »Wir wollen über simple, aber wichtige Dinge aufklären«, sagt Zepp, »zum Beispiel darüber, ab wann Fieber wirklich gefährlich werden kann.«

Die Seminarteilnehmer sollen lernen, ihre Kinder genau zu beobachten. Spielt das Kind trotz des Infekts, hat es Schmerzen? »Solange ein Kind noch aktiv ist, kann Fieber eine gewisse Zeit toleriert werden«, sagt Zepp.

Auch Fischbach hat schon Vorträge für Kita-Eltern gehalten; doch mit solchen Angeboten, glaubt er, erreiche man nur wenige Eltern – und meist nicht solche, die Nachhilfe in Sachen Kindergesundheit besonders nötig hätten. Der Mediziner wünscht sich eine Art Gesundheitsunterricht schon an den Schulen. »Wir brauchen eine Aufklärungsinitiative«, sagt er, »damit junge Menschen medizinische Grundkenntnisse haben, lange bevor sie selbst Kinder kriegen.«

Ein weiteres Rezept gegen elterliche Hilflosigkeit, da sind sich die Ärzte einig, ist eine große Kinderschar. Wer spät im Leben Mutter oder Vater wird – und dann oft nur von einem Kind, um das sich dann alles dreht –, neigt eher dazu, wegen jeder Kleinigkeit ärztlichen Rat zu suchen.

»Spätestens ab dem dritten Kind«, sagt Zepp, »werden Eltern deutlich entspannter.« Julia Koch

Video  
**Wann Kinder zum Arzt müssen und wann nicht**  
spiegel.de/sp252018kinderarzt  
oder in der App DER SPIEGEL





# »Bedenken Sie nur die schlechten Gebisse der Leute«

**SPIEGEL-Gespräch** Margarine, Maggi und Milkschokolade – der Sozialhistoriker Uwe Spiekermann über die gesellschaftsverändernde Kraft der künstlichen Nahrung und den Boom der Tiefkühlkost im »Dritten Reich«

*Spiekermann, 54, forscht und lehrt an der Göttinger Georg-August-Universität. In seinem soeben erschienenen Buch analysiert der Historiker die Einführung künstlicher Kost in Deutschland seit den 1840er-Jahren\*. Seine überraschende These: Das Aufkommen neuartiger Nahrungsmittel habe die Gesellschaft langfristig mehr geprägt als der Siegeszug von Eisen, Stahl und Kohle.*

**SPIEGEL:** Herr Spiekermann, mit der guten alten Zeit verbinden wir das gemeinsame Tafeln in großer Runde, das Bürgerglück am Esstisch. War das wirklich so?

**Spiekermann:** Nein, die Realität sah – und sieht – anders aus. In Wahrheit sind Mahlzeiten häufig eine einsame Sache. Das entspricht im Prinzip auch der menschlichen Natur. Es gibt nichts Asozialeres als das Essen: Das Tier sitzt vor seiner Beute. Was ich esse, darf kein anderer haben. Unsere ganze Tischkultur, die Ästhetisierung, die wir auf der Tafel treiben, diente von jeher dazu, den nüchternen Vorgang der Nahrungsaufnahme zu romantisieren.

**SPIEGEL:** Waren also fröhliche Gelage, wie etwa auf dem Gemälde »Die Bauernhochzeit« aus dem 16. Jahrhundert des flämischen Malers Pieter Bruegel des Älteren, nur eine Fantasie?

**Spiekermann:** Zumindest waren Gelegenheiten wie auf diesem berühmten Bild, wo üppig aufgetischt wurde, in einem Bauernhaushalt die Ausnahme – beispielsweise am Ende der Ernte, bevor der Winter hereinbrach und Darben angesagt war. Bedenken Sie nur die schlechten Gebisse der Leute! Zahnersatz gab es nicht. Man kann sich ausmalen,

dass das damals weit härtere Brot nicht immer mit Wollust gegessen wurde. Erst mit der arbeitsteiligen Produktion von Nahrung wurden Restaurants und all die leckeren Speisen möglich, die wir dort heute in geselliger Runde genießen können.

**SPIEGEL:** Sie beschreiben in Ihrem Buch, wie sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts Lebensmittelchemiker daranmachten, die gesamte bis dahin bekannte Form der Ernährung umzukrempeln. Was waren das für Leute?

**Spiekermann:** Diese Männer – es waren wirklich nur Männer – hatten geradezu eine politische Mission. Es waren größtenteils Liberale, die teilweise in die Geschehnisse um die bürgerliche Revolution von 1848/49 verwickelt waren. Sie hatten sich zum Ziel gesetzt, die soziale Frage zu mildern. Sie wollten einfache Lösungen finden, um die Menschen satt zu bekommen.

Man muss sich immer wieder vor Augen führen, dass die durchschnittliche Ernährungssituation recht karg war – und sehr einseitig. So ist das, wenn Sie auf die Produkte des regionalen Marktes angewiesen sind.

**SPIEGEL:** Ihre Helden in den Labors erscheinen aber nicht wie Sozialrevolutionäre, sondern vielmehr wie Alchemisten, die kaum wussten, was sie taten – allen voran Justus von Liebig, der Erfinder des Fleischextrakts.

**Spiekermann:** Aber gerade Liebig hatte durchaus ein hehres Ziel: Er wollte ein billig zu produzierendes Volkslebensmittel schaffen, das die nährnde Essenz des Fleisches enthielt. Das erwies sich allerdings schnell als Schimäre. Schüler von ihm wiesen darauf hin, dass sein Produkt neben Mineral- und Geschmacksstoffen praktisch keinen Nährwert besaß.

**SPIEGEL:** Warum scheiterte er hierbei?

**Spiekermann:** Liebig führte keine chemischen Analysen durch, sondern ging von einer abstrakten Idee aus – wie viele Forscher im 19. Jahrhundert. Auf ähnliche Weise entstand auch die Maggi-Würze, die anfangs einem ganz anderen Zweck dienen sollte. Vieles wurde einfach ausprobiert.

**SPIEGEL:** Wie kam es, dass Liebig mit seiner Erfindung am Ende trotzdem so großen Erfolg hatte?

**Spiekermann:** Nun, kein Lehrer lässt sich gern von seinen Schülern vorführen; und Liebig besaß eine große Durchsetzungskraft. Er akzeptierte zwar das Urteil, wonach seine Fleischessenz nicht zur ausgewogenen Ernährung taugte. Diese Teilkapitulation ließ er sich aber mit der recht verschleiern Bestätigung versüßen, sein Produkt sei ein »Genussmittel der hervorragendsten Art«. Und als Sup-



**Gelehrter Spiekermann:** »Ernährung als Waffe«

\* Uwe Spiekermann: »Künstliche Kost. Ernährung in Deutschland, 1840 bis heute«. Vandenhoeck & Ruprecht; 948 Seiten; 60 Euro.  
Das Gespräch führte der Redakteur Frank Thadeusz.





**Sehnsuchtsort Esstisch:** »Das Tier sitzt vor seiner Beute«

penwürze war es ja auch wirklich gut brauchbar.

**SPIEGEL:** Wie reagierte die Bevölkerung auf die chemisch definierte Kost aus den Labors?

**Spiekermann:** Sehr unterschiedlich. Tropon etwa war ein eiweißhaltiges Pulver, das aus tierischem Abfall gewonnen wurde. Die Konsumenten sollten es ihren Mahlzeiten beimengen oder als Kompendium direkt essen. Man versuchte, diese Erfindung mit der teuersten Werbekampagne in der Geschichte des Kaiserreichs auf den Markt zu drücken. Das ging gnadenlos schief. Das Volk meckerte über den »bröseligen Geschmack«.

**SPIEGEL:** Trotzdem behaupten Sie, die Einführung künstlicher Nahrung von Mitte des 19. Jahrhunderts an habe die Gesellschaft stärker beeinflusst als die Industrialisierung. Ist das nicht reichlich übertrieben?

**Spiekermann:** Klar, wir schauen heute auf Chemie, Maschinenbau, Steinkohle und Stahl. Die gigantische Wertsteigerung dieser Industrien ist unbestreitbar. Wir übersehen dabei nur, dass von der Einführung der künstlichen Kost der gesamte Dienstleistungs- und Konsumsektor betroffen war. Bedenken Sie: Die Bedeutung des Lebensmittelsektors war damals deutlich

höher als heute. Mehr als die Hälfte eines durchschnittlichen Haushaltseinkommens einer Arbeiterfamilie wurde für Lebensmittel ausgegeben. Und auch die Interessen der Landwirtschaft beherrschten die Politik.

**SPIEGEL:** Warum spielte das in der Geschichtsschreibung bisher kaum eine Rolle?

**Spiekermann:** Es ist äußerst schwierig, die kleinteiligen Veränderungen in der Lebensmittelmittelwirtschaft nachzuvollziehen. Einfacher ist es, die Leistungen einer Familie Krupp aus Essen zu würdigen. Die haben mit ihrer PR-Abteilung fleißig am eigenen Mythos mitgeschrieben. Deren Geschichte als Ikone der Industrialisierung ist natürlich auch zu schön, als dass sie nicht erzählt werden könnte.

**SPIEGEL:** Firmen wie Krupp und Borsig haben im 19. Jahrhundert Menschen in einen völlig neuen Arbeitsrhythmus gezwungen und ihren Alltag dramatisch beeinflusst. Dergleichen kann man doch

»Der Mensch als Einzelkämpfer, der die Körpermaschine mit ausgewählten Stoffen optimiert.«

wohl kaum von Proteinpulver und Fleischessenz behaupten.

**Spiekermann:** Da irren Sie sich aber gewaltig! Mit ihrem Stoffparadigma, der Reduzierung von Nahrungsmitteln auf ihre stoffliche Grundlage, haben Chemiker wie Liebig die Ernährung revolutioniert. Sie sahen den Menschen als Einzelkämpfer, der die eigene Körpermaschine mit ausgewählten Stoffen optimieren muss, um dann im Lebenskampf seinen Mann oder seine Frau stehen zu können. Und das gilt im Prinzip bis heute. Es ist auch die Geschichte einer ungeheuren Respektlosigkeit gegenüber tradiertem, praktischem Wissen. Die vermeintlich ungebildeten Frauen, die nicht richtig kochen konnten und zur Verschwendung neigten, mussten umerzogen werden.

**SPIEGEL:** Warum begehrten die Konsumenten nicht gegen die Anmaßungen der Wissenschaftler auf?

**Spiekermann:** Künstliche Nahrungsmittel waren kostengünstig herzustellen und boten Neues. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es im Deutschen Reich zwar schon mehr als 600 000 Lebensmittel-läden, aber deren Angebot war äußerst dürftig. So waren kaum konservierbare Lebensmittel vorhanden. Noch in den 1880er-Jahren finden Sie im »Berliner



Tageblatt« Annoncen wie »Frische Reval-Strömlinge eingetroffen«. Oder »Bücklinge von der Nordsee im Angebot«. Also Partiewaren von Nahrungsmitteln, die für uns so alltäglich geworden sind, dass wir gar nicht mehr darüber nachdenken. Und dann kam plötzlich die Margarine auf den Markt ...

**SPIEGEL:** ... die in unserer Zeit einen recht zwiespältigen Ruf genießt ...

**Spiekermann:** ... sich aber gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einem beliebten Massenprodukt entwickelte. Sie kostete nur halb so viel wie Butter, war ihr jedoch hinsichtlich des Nährstoffgehalts praktisch gleichwertig. »Margarin«, wie sie analog zu einer der wichtigsten Fettsäuren genannt wurde, war ein auf der abstrakten Kenntnis der Fette basierendes Wissensprodukt. Dafür mussten Fettsäuren neu variiert und rekombiniert werden – ein Prototyp der künstlichen Kost. Die Forscher waren begeistert von der Kunstbutter.

**SPIEGEL:** Viele Versuche, synthetische Lebensmittel zu erschaffen, scheiterten grandios. Warum glaubten die Forscher gleichwohl, die Natur in die Knie zwingen zu können?

**Spiekermann:** Weil sie auch große Erfolge vorweisen konnten. Gesüßt wurde früher mit Honig und in seltenen Fällen mit Kolonialzucker. Dann gelang es Chemikern, den Zucker aus Rüben zu extrahieren. Das war ein reines Kunstprodukt. Ein anderes Beispiel: Die Kakaoschokolade war ehemals ein bitteres und fettreiches Getränk. Dann verwandelten Forscher sie, unter Verwendung von Zucker, Eiweiß und Milch, in eine der beliebtesten Süßigkeiten aller Zeiten: Milchschokolade.

**SPIEGEL:** Nach der Machtübernahme 1933 entfachten die Nationalsozialisten einen Kult um Biolebensmittel. Was hatten die Nazis gegen die synthetische Nahrung?

**Spiekermann:** Sie hatten nichts dagegen, der Bioboomb war eher eine Reaktion auf die Niederlage im Ersten Weltkrieg. Die Nazis erkannten die Bedeutung der Ernährung als Waffe. Ihre Überlegung war denkbar einfach: Wenn die Ernährung auf regionale, saisonale Produkte aufbaut, dann bleibt die Versorgung auch im Kriegsfall stabil. Den neuen Machthabern war es damit wirklich ernst. Die öffentlichen Investitionen in die Landwirtschaft und in die Ernährungstechnik waren in der Frühphase des »Dritten Reichs« teils höher als die Rüstungsausgaben.

**SPIEGEL:** Wie ließ sich denn die Bevölkerung, gerade an künstliche Speisen gewöhnt, für die Rückkehr zur Ökokost gewinnen?

**Spiekermann:** Man schuf beliebte neue Produkte, die bis heute ein sehr hohes Renommee haben. Eines davon war der

Fruchtsaft, der sogenannte Süßmost. Es gab außerdem eine umfassende nationalsozialistische Vollkornbrot-Politik. Bezeichnend ist, dass bei Edeka schon während des Krieges Bio-Ecken eingeführt wurden.

**SPIEGEL:** Und die Kunstnahrung verschwand wieder in der Versenkung?

**Spiekermann:** Nein, im Gegenteil. Die Nazis versuchten zugleich, die künstliche Kost durch den Einsatz neuer Ressourcen auf ein höheres Niveau zu heben. Mit Erfolg: Im Zweiten Weltkrieg erlebte die Tiefkühlkost ihren ersten Boom. Die Nazis wollten schnell verderbliche Waren von dem Zwang zum unmittelbaren Verzehr befreien. Fortan konnten die Deutschen Produkte wie Fisch, Gemüse, Spinat, Geflügel, aber auch Kirschen, Erbsen, Brombeeren, Hagebutten oder Sanddorn gefroren kaufen. Es gab 1941 mehr Tiefkühlkost als 1961.

**SPIEGEL:** Wie kam es zu diesem erstaunlichen Einbruch?

**Spiekermann:** Eine anfangs so kostspielige Technologie konnte in der Diktatur leichter durchgesetzt werden. In der freien Marktwirtschaft der jungen Bundesrepublik hingegen dominierten in den 1950er-Jahren noch immer Tante-Emma-Läden. Und die konnten sich die Anschaffung und Unterhaltung einer Tiefkühlanlage meist nicht leisten.

**SPIEGEL:** Sie vertreten die These, durch die Einführung künstlicher Kost sei es zu einer schleichenden Entmündigung des Konsumenten gekommen. Was meinen Sie damit?

**Spiekermann:** Der Kunde hat viele Fertigkeiten und Wissen um Nahrung und Lebensmittel an Experten abgegeben. Wozu soll man noch selbst kochen, wozu sich noch mit den Zutaten auskennen, wenn man die perfekte Pizza fertig im Supermarkt kaufen kann?

**SPIEGEL:** Das System hat aber doch auch den Vorteil, dass alle satt werden und essen können, was sie wollen.

**Spiekermann:** Ja, großartig, dann isst eben jemand, der es sich leisten kann, seine Mousse au Chocolat im Gourmetrestaurant – während die ärmeren Menschen ein Industrieprodukt für 1,59 Euro kaufen, das geschmacklich nur ansatzweise an das Original erinnert, aber denselben Namen trägt. Reale Gleichheit sieht anders aus.

**SPIEGEL:** Wären Sie eigentlich selbst in der Lage, für Gäste ein Festmahl zu zaubern?

**Spiekermann:** Ich kann ganz passabel kochen. Man wird aber nicht automatisch zum besseren Praktiker, wenn man die Dinge theoretisch durchdringt.

**SPIEGEL:** Herr Spiekermann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

# Wie wird man zum glücklichen Hobby-Handwerker?

Jetzt lesen, lernen und selber machen!



ISBN 978-3-54837-755-1

# Kunst am Tretlager

**Mobilität** Das japanische Unternehmen Shimano und der deutsche Zulieferer Bosch wetteifern um den besten Antrieb für Elektrofahrräder. Neueste Erfindung: ein Antiblockiersystem.

**R**oman Arnold zählt zu den Lichtgestalten der jüngeren deutschen Fahrradgeschichte. Sein Vater hatte noch am Streckenrand von Radrennen Ersatzteile verkauft. Arnold gründete 2002 die Firma Canyon Bicycles.

Der Hersteller aus Koblenz produziert inzwischen etwa 100 000 Räder pro Jahr und zählt zu den Ausstattern von Spitzenathleten im Gelände- und Straßensport. Arnold fuhr selbst einst Rennen, sein Firmenmotto heißt »Pure Cycling«. Es bedeutet, Fahrräder in jeder Hinsicht als Sportgeräte zu begreifen.

Zwischen diesem schweißtreibenden Anspruch und der jüngeren Marktentwicklung zeichnete sich vor fünf Jahren ein Problem ab. Denn auch die Käufer sportlicher Mountainbikes verlangen zunehmend nach unterstützenden Elektroantrieben, doch keine der verfügbaren Komponenten genügte Arnolds Anspruch. Alle gängigen Motoren schienen ihm zu groß und zu schwer.

Dass Canyon nun doch ein Mountainbike mit Elektrounterstützung anbietet, ist einem technologischen Nachzügler der Zulieferbranche gedankt: Arnold setzt E-Antriebe von Shimano ein – sehr leicht und kompakt, aber erst in den vergangenen Jahren zur Serienreife gebracht.

Der japanische Komponentengigant beherrscht mit seinen Schaltungen, Bremsen, Naben und Dynamos seit Langem den Weltmarkt der Velomechanik. Weit mehr als die Hälfte der weltweit verbauten Fahrradkomponenten stammt von Shimano. Lediglich mit E-Antrieben fremdelte die Firma lange Zeit.

Das noch heute familiengeführte Unternehmen aus Sakai bei Osaka ist eine Art Toyota der Fahrradbranche – sehr konservativ und qualitätsbedacht. Michael Wild, Sprecher beim deutschen Generalvertreter Paul Lange in Stuttgart, vergleicht Shimano mit einem großen Hochseeschiff: Es drehe »nicht auf einem Bierdeckel«, sondern fahre sicher und bedächtig seinen Kurs. Aber was irgendwann einmal Serienreife erlange, sei dann auch richtig gut.

Als um die Jahrtausendwende die ersten modernen Elektrofahrräder auftauchten, fanden die Japaner zunächst keinen Anschluss. Völlig unerfahren in diesem Feld, verschusselte Shimano den Einstieg. So mühte sich das Unternehmen noch mit einem mackenbehafteten Vorderradantrieb, als der Autozulieferer Bosch 2009 als Routinier der Elektrotechnik ins Fahrradgeschäft einstieg und rasch an die Spitze fuhr.

Geschäftsführer Claus Fleischer setzte von Anfang an auf eine Bauform, die sich bald als die beste erwies und Standard wur-

de – den in die Kurbelmechanik integrierten Mittelmotor. Als der Weltmarkt für E-Räder ab 2010 jäh zu wachsen begann, wurde Bosch das beherrschende Unternehmen, setzte binnen fünf Jahren über eine Million Antriebe ab. Heute liegt der Marktanteil in Europa geschätzt bei mehr als 50 Prozent. Shimano, vermutet Sprecher Wild, sei inzwischen die Nummer zwei. Genaue Absatzzahlen nennen beide Unternehmen nicht.

Dass die Japaner neuerdings Premiumkunden wie Canyon und zuvor schon den Mountainbike-Extremisten Focus gewonnen haben, beeindruckt Fleischer durchaus. Dennoch verwahrt sich der Bosch-Radchef gegen den Vorwurf, nun im technologischen Wettlauf abgehängt worden zu sein: »Wir haben das System mit der ausgewogensten Performance, technisch ausgereift und thermisch stabil. Kein anderer Hersteller ist bisher so tief in die Regelungstechnik gegangen.«

Auch Bosch hat inzwischen einen Antrieb im Handel, der wie das leichteste Shimano-System nur knapp drei statt bisher rund vier Kilogramm wiegt, allerdings lediglich in der etwas schwächeren Variante für Tourenräder. Die Module für Mountainbikes, auf Spitzenleistungen von 500 Watt ausgelegt, wiegen bei Bosch noch immer gut ein Kilo mehr.

Ein solches Kraftwerk nicht nur sehr leicht gemacht, sondern obendrein in einem extrem kompakten Bauvolumen untergebracht zu haben ist aus Sicht der Canyon-Ingenieure die große Kunst von Shimano. Die kleinen Abmessungen der japanischen E-Einheit, sagt Projektingenieur Lorenz Lay, böten dem Konstrukteur einen entscheidenden Vorteil: Es lässt sich eine kürzere Kettenstrebe verwirklichen. Und die wiederum Sorge für ein »aktiveres Fahrgefühl«.

Der 29-Jährige steht für eine neue Generation von Fahrradkonstrukteuren, die sportlich-entspannten Lebensstil mit großer Akribie und Detailverliebtheit verbinden. Sie erscheinen schon mal in Badeschlappen am Konferenztisch, können aber ermüdend ernsthafte Fachdebatten um Nuancen der Fahrwerksgeometrie führen.

Doch auch der 50-jährige Maschinenbauingenieur Fleischer ist kein grauer Büromensch, sondern ein erkennbar durchtrainierter Sportradler. Er strampelt auch auf extremen Passagen bergwärts und weiß kurze Kettenstreben zu schätzen. Der Vorteil des Shimano-Systems sei allerdings gar nicht so groß, beteuert er: »Wir reden hier von etwa anderthalb Zentimetern. Das spüren in der Praxis nur die wenigsten Mountainbiker.«

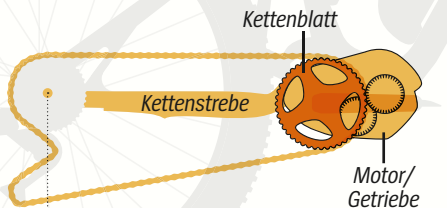
Schwerer wiegt wohl ein anderer Nachteil, der dem Bosch-Motor einen Teil des Mehrgewichts von etwa einem Kilogramm und einen unschönen Nebeneffekt ein-

## Elektromotoren für Mountainbikes

### Shimano Steps E8000

- ⊕ Geringer Pedalwiderstand durch einfache Getriebemechanik
- ⊕ Kleine Abmessungen
- ⊕ Gewicht: 2,8 kg

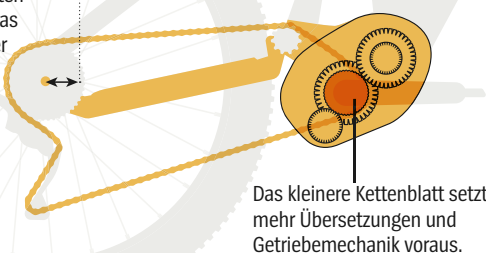
Die kurze Kettenstrebe lässt das Hinterrad weiter nach vorn rücken. Das führt zu einem agilen Fahrgefühl.



### Bosch Performance Line CX

- ⊕ Sehr präzise Regelung der Unterstützungskraft
- ⊖ Großer Pedalwiderstand bei leerem Akku
- ⊖ Große Abmessungen
- ⊖ Gewicht: knapp 4 kg

Die längere Kettenstrebe macht das Fahrrad weniger wendig.







**Mountainbike mit Shimano-Elektroantrieb:** Stromschub vom Nachzügler

bringt. Zum Zwecke einer Effizienzsteigerung, die am Ende wenig brachte, schufen die Konstrukteure ein höchst kompliziertes Zahnäderwerk (siehe Grafik). Die Konstruktion macht dem Elektromotor die Arbeit leichter, was Strom spart – der Pedaltreter hingegen arbeitet gegen den Widerstand einer zusätzlichen Übersetzungsstufe an. Wie mühsam das sein kann, wird offenbar, wenn aufgrund einer leeren Batterie der Stromschub ausbleibt. Dann tritt sich das E-Rad mit Bosch-Technik fast so zäh wie ein Mofa ohne Benzin.

Beim Shimano-Prinzip hingegen dreht ein großes Kettenblatt im selben Takt wie die Kurbel. Fällt der E-Motor aus, ist das Fahren noch gut möglich, ungefähr so anstrengend wie bei einem schweren Standardrad.

Dass dies die überlegene Mechanik ist, hat Bosch bereits eingestanden und den neuen Motor für Tourenräder nach dem gleichen Muster gebaut. Shimano, das leugnet Fleischer nicht, ist ein gefährlicher Konkurrent geworden. Er verweist auf einen Ausspruch von Robert Bosch, dem zufolge starke Wettbewerber das Segensreichste im Geschäftsleben seien.

Gleichwohl strebt er wieder eine Alleinstellung an. Noch in diesem Jahr wird Bosch eine Weltneuheit der Fahrradtechnik in den Handel bringen – das erste Antiblockiersystem (ABS). Fünf Jahre lang

wurde zusammen mit dem Bremsenhersteller Magura daran gearbeitet.

Auch hier konnte Bosch den Vorteil nutzen, ein Unternehmen aus der Kraftfahrzeugbranche zu sein. Die Steuertechnik stammt im Wesentlichen aus der Motorradentwicklung. Eine schwarze Plastikbox unter dem Lenker birgt das Gehirn der Anlage. Zum Einsatz kommt die Technik zunächst bei E-Bikes mit Scheibenbremsen.

Etwa 200 Vorserienmodelle sind bei fünf Fahrradherstellern in der Felderprobung. Wer eines davon auf rutschigem Untergrund wie Kies oder Sand ausprobieren, macht eine ungewohnte Erfahrung. Auch bei einer Vollbremsung mit dem Vorderrad kommt das Gefährt sicher zum Stillstand. Man muss sich zunächst überwinden, überhaupt so kräftig zuzugreifen. »Das ABS kann den Menschen die Scheu vor der Vorderbremse nehmen«, sagt Fleischer. Man müsse regelrecht umlernen.

Neben dem stabileren Bremsverhalten auf Wald- und Feldwegen oder verschmutzten Fahrbahnen bannt das ABS ein Unfallrisiko, das durch die jüngere technische Entwicklung zugenommen hat. Manche Scheibenbremsen moderner Fahrräder fassen derart bissig zu, dass es auf griffigem Untergrund zu Überschlagen kommen kann. Anders als Motorräder

sind Fahrräder auch in der E-Variante wesentlich leichter als ihre Fahrer; entsprechend höher liegt der Schwerpunkt – was leicht zu einem Salto führen kann. Die Bosch-Sensorik erkennt deshalb auch, ob das Hinterrad den Bodenkontakt verliert. Ist dies der Fall, wird im Bruchteil einer Sekunde die Bremskraft am Vorderrad gedrosselt.

»Wir schätzen, dass wir bis zu 25 Prozent der relevanten Unfälle verhindern oder zumindest ihre Auswirkungen mildern können«, sagt Fleischer. Wie viele Unfälle dieser Art sich tatsächlich ereignen, ist allerdings noch nicht erforscht worden. Und in welchem Verhältnis die Kosten zum Nutzen stehen werden, lässt sich ohnehin erst sagen, wenn der erste Fahrradhersteller den Aufpreis für das Fahrrad-ABS nennt.

Shimano begegnet der jüngsten Bosch-Entwicklung mit Skepsis und Respekt. »Wir sind noch nicht überzeugt, dass es einen großen Mehrwert bringt«, sagt Sprecher Wild. »Aber Shimano schaut sich immer alles an.« Christian Wüst

Video  
**Testfahrt mit ABS**

[spiegel.de/sp252018elektrofahrrad](https://spiegel.de/sp252018elektrofahrrad)  
oder in der App DER SPIEGEL





# Kultur

»Zu jener Zeit empfand man Jungsein als leicht peinlichen Zustand, der mit der Hochzeit ein Ende fand.« ► S. 123



Bullock, Blanchett, Mitstreiterinnen in »Ocean's 8«

BARRY WETCHER

Kino

## Glanzlose Kopie

● Hatte Marilyn Monroe tatsächlich recht? Die besten Freunde der Frauen sind nicht die Männer, sondern Diamanten? Die Gangsterkomödie »Ocean's 8«, die am 21. Juni in die deutschen Kinos kommt, lässt daran keinen Zweifel. Sie erzählt von acht Frauen, die ein 150 Millionen Dollar teures Collier klauen und dabei eine Menge Männer austricksen. Der von Gary Ross inszenierte Film fügt der erfolgreichen »Ocean's«-Reihe einen vierten, weiblich dominierten Teil hinzu. Statt George Clooney und

Brad Pitt zeigen Sandra Bullock und Cate Blanchett, wozu Meisterdiebe fähig sind. Mithilfe eines 3-D-Druckers stellen sie von dem teuren Schmuckstück eine wertlose Kopie her.

Je länger das Gerangel um die Steine dauert, desto öfter fragt sich der Zuschauer, ob er nicht auch bloß in der Nachahmung eines guten Films sitzt. Die Handlung plätschert vor sich hin. Wo sind die brillanten Einfälle, die das Publikum von Filmen dieses Genres verlangen darf, wo die Dialogperlen, die diese tollen Schauspielerinnen verdient hätten? So besteht die Originalität des Films vor allem darin, Männerrollen mit Frauen zu besetzen. Jeder Taschendieb weiß, dass Routine auf Dauer nicht reicht, den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen. **LOB**

WDR-Skandal

## Roche hofft, dass sich mehr Frauen äußern

● Vergangenen Donnerstag hat der WDR den »Tatort«-Koordinator Gebhard Henke, 63, fristlos gekündigt. Anfang Mai hatten sechs Frauen, darunter die Schriftstellerin Charlotte Roche und die Schauspielerin Nina Petri, dem Fernsehfilmchef des Senders im SPIEGEL sexuelle Beläs-

tigung vorgeworfen. Henke soll Frauen begripscht und angedeutet haben, sie zu fördern, im Gegenzug aber offenbar körperliche Zuwendungen erwartet haben. Henke bestreitet die Vorwürfe. Der WDR gab nun bekannt, dass sich mehr als zehn Frauen beim Sender gemeldet und glaubhaft Vorwürfe gegen Henke geäußert hätten. Dessen Anwalt, Peter Raue, will gegen die Kündigung vorgehen. Nina Petri sagt, sie sei »erleichtert« über die Entscheidung des WDR und froh, dass »Frau-

en den Mut gefunden« hätten, von Henkes Verhalten zu berichten. Vielleicht führe dieser Fall zu einem Umdenken in der Film- und Fernsehbranche und zu einem »respektvolleren Umgang miteinander, unabhängig vom Geschlecht«. Charlotte Roche hofft, »dass die Frauen, die aus Angst vor Henkes Macht im Film- und Fernsehgeschäft bisher geschwiegen haben oder verständlicherweise anonym bleiben wollten, jetzt aufstehen«. **LBA, LOB, AKM**



## Knausgård grillt

● Fußball-WM. In der ganzen Welt glühen jetzt wieder die Gärten. Männer stehen im Rauch, sprengeln Bier in aufschießende Flammen, umringt von männlichen Beratern, die auf die Vorteile ihrer eigenen Grilltechniken verweisen, dabei Bier trinken und sich über das verbrannte Grillgut lustig machen. Warum ist das so? Es musste der Enthüller der männlichen Seele, Karl Ove Knausgård, kommen, um uns das Grillgeheimnis zu erklären. In seinem neuen Jahreszeitenband »Im Sommer« heißt ein Kapitel einfach »Grill«. Knausgård ist darin auf der Höhe seiner Kunst. Geht in seiner Erinnerung durch die Wohnviertel einer skandinavischen Stadt. Sieht Mütter, die sich betrinken, Kinder außer Rand und Band, sieht schweigende Familien vor der Glut,

sieht all das, was sonst hinter Familienmauern verborgen ist, plötzlich schutzlos und nackt, dem zufälligen Spaziergänger präsentiert. Und er sieht das Glück des Grillens vor allem, sieht die tanzenden Flammen auf der Kohle, unverbunden mit dieser, als wüssten sie, dass sie »nur eine Art Gastauftritt« als Vorgruppe haben, bevor die Glut kommt und das Fleisch. Archaische Rituale, neben all den fein sortierten Mittelklasse-Accessoires unserer Zeit. »Und genau deshalb grillen wir natürlich, wir werfen einen kurzen Blick in die Bedingungen und Tiefe der Existenz, die sich mitten im Garten des Einfamilienhauses, aber unter kontrollierten Bedingungen öffnet. Ich selbst liebe es zu grillen, es ist herrlich.« vw

Karl Ove Knausgård: »Im Sommer«. Aus dem Norwegischen von Paul Berf. Luchterhand; 496 Seiten; 24 Euro.

## »Gerade mittendrin«

Martin Schulz, 62, Ex-SPD-Chef und Ex-Buchhändler, über seinen bevorstehenden Auftritt im »Literarischen Quartett«



HERMANN BREDEHORST

**SPIEGEL:** Sie sind zu Gast in der kommenden Folge des »Literarischen Quartetts«. Schauen Sie die Sendung regelmäßig?

**Schulz:** Unregelmäßig regelmäßig. Sooft ich es irgendwie einrichten kann. Die großen Auftritte von Marcel Reich-Ranicki sind natürlich unvergessen, aber ich habe mir weniger die Performance der Teilnehmer gemerkt als die Debatten um die vorgestellten Bücher. Und jetzt bin ich gerade mittendrin in der Vorbereitung.

**SPIEGEL:** Kommen Sie denn nun nach Ihrer Zeit in der Spitzenpolitik mehr zum Lesen?

**Schulz:** Nein, ich habe immer gelesen. Auch in der härtesten Zeit während der vergangenen zwei Jahre. Das gehört zu meinem Leben.

**SPIEGEL:** Können solche Sendungen mehr Menschen zum Lesen bewegen?

**Schulz:** Ich glaube, das ist eher etwas für Menschen, die bereits eine Affinität

zu Büchern haben, dafür spricht ja schon die Sendezeit. Die lesefernen Schichten zum Lesen zu motivieren ist vor allem eine Aufgabe des Elternhauses und der Schule.

**SPIEGEL:** Lesen ist eine einsame Tätigkeit. Brauchen Sie den Austausch mit Freunden oder Kollegen, oder genügt Ihnen Ihre eigene Lektüreerfahrung?

**Schulz:** Beides. Ich kann auch mit einem Buch in Dialog treten und habe früh gelernt, intensiv zu lesen. Wichtig ist, dass ich in ein Buch eintauchen kann. Gleichzeitig habe ich in meinem Freundeskreis und in meiner Familie sehr viele Leser. Und ich habe noch die alte Buchhändlerfertigkeit, ein Buch so zu empfehlen, dass der Betreffende das Gefühl hat, das muss ich jetzt lesen.

**SPIEGEL:** Einer der großen Leser auf der europäischen Bühne ist der französische Staatspräsident Emmanuel Macron. Konnten Sie mit ihm über Literatur reden?

**Schulz:** Oft. Ich habe mit ihm schon intensiv, sehr intensiv über Literatur diskutiert. Er kennt sich übrigens auch in der deutschen Literatur gut aus. Da fällt mir ein: Ich habe bei einem Abendessen mit Angela Merkel und dem damaligen französischen Staatspräsidenten François Hollande über die Romane von Michel Houellebecq diskutiert.

**SPIEGEL:** Wie waren denn die Meinungen so verteilt?

**Schulz:** Die Begeisterungstürme hielten sich in Grenzen. nm

ZDF, Freitag, 22. 6., 23.30 Uhr.

## Erfrischend gemein



Jede Partei hat ihre Kernkompetenz. Die Grünen verstehen etwas von Umwelt, die Union stützt die Wirtschaft, die Liberalen drehen sich um Lindner. Und die SPD, die kümmert sich um die deutsche Sozialdemokratie. Niemand kann die Defizite der ältesten deutschen Volkspartei so präzise beschreiben wie die älteste deutsche Volkspartei. Gespräche mit Genossen gleichen einem Trichter: Man beginnt in der großen weiten Welt und verengt den Fokus, bis endlich das liebe elende Thema erreicht ist, nämlich der erneut erbärmliche Zustand der Partei.

Wer noch Fragen hat, der kann sich nun auf der Website der Partei ein hundertseitiges Dokument durchlesen, in dem detailliert beschrieben wird, dass und warum die letzten drei Bundestagswahlkämpfe so eine Enttäuschung waren. Darin steckt viel Arbeit, und mancher bewundert die Schonungslosigkeit der Analyse – vor allem aber ist es eine Lektüre von herzerfrischender Gemeinheit. Ohne Umschweife benennt Kapitel eins den Protagonisten der Pleite, Martin Schulz: »Vom Hoffnungsträger zum tragischen Helden«. Wer hatte den noch mal gewählt?

Und dann gibt es da einen anderen ehemaligen Parteivorsitzenden, Sigmar Gabriel, in der Schurkenrolle. An einer Stelle wird er als »angeblicher Freund« von Martin Schulz bezeichnet – das hat schon echte Netflix-Qualität. Doch es werden auch Lehren gezogen. Die wichtigste ist, wieder »Respekt im internen Umgang« zu üben – ein Satz, bei dem der Leser des bösen Textes lachen muss. Eine andere Empfehlung erscheint plausibel: »Die SPD muss sich wieder eine Haltung zulegen und daraus Politik ableiten.« Muss man erst mal draufkommen.

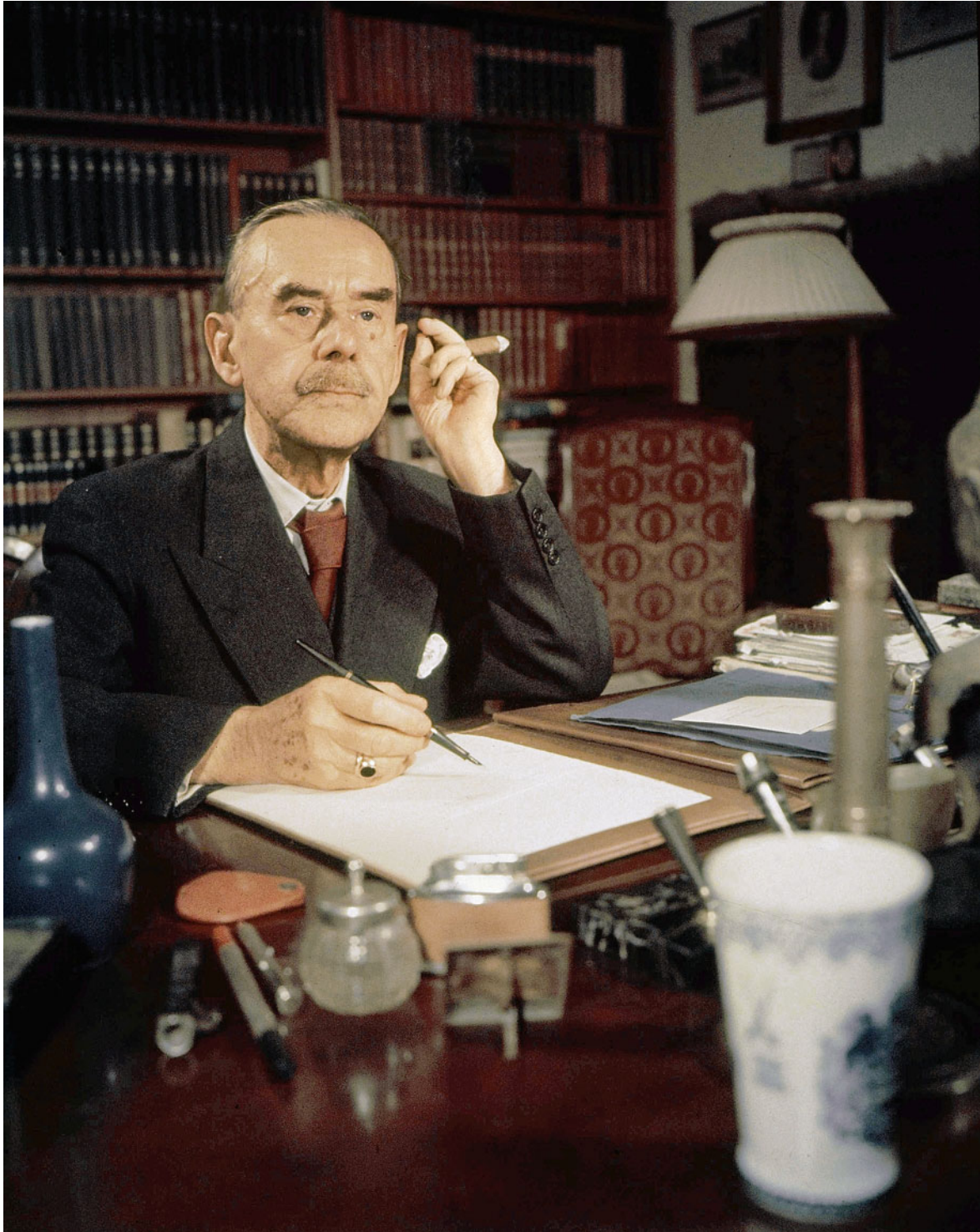
Sorgenvoll liest man hingegen von der Absicht, »eine konsequent auf 360 Grad ausgerichtete Kommunikationsstruktur« etablieren zu wollen, denn es wird einem so schon schwindelig mit der SPD. Das beste Werk zur »Espede« ist bekanntlich Günter Grass' »Aus dem Tagebuch einer Schnecke«, und der hat schon damals alles erkannt: »Zwischen der Melancholie und der Sozialdemokratie ergeben sich manchmal Kurzschlüsse verzweifelter Komik.«

An dieser Stelle schreiben Nils Minkmar und Elke Schmitter im Wechsel.

# Die Erfindung Gottes

**Literatur** Die Josephsromane sind Thomas Manns unterschätztes Meisterwerk.

Nun sind sie neu erschienen: kommentiert von Jan Assmann, dem Friedenspreisträger 2018, und weiteren Gelehrten. *Von Volker Weidermann*



KEYSTONE ZÜRICH / DPA

**Schriftsteller Mann 1953 in der Schweiz:** Den New Deal im Blick



**E**in heller, großer Saal in einem gelben Haus in Budapest am Hang am Rand der Stadt. Hier wohnt der Dirigent und Komponist Iván Fischer. Er holt eine alte Kiste aus dunklem Holz hervor, stellt sie auf den Tisch am Fenster und zieht einen großen silbernen Schlüssel aus der Tasche. Es ist ein kleines Theaterstück. Iván Fischer hat es noch nie öffentlich aufgeführt. Nur enge Freunde und seine Familie kennen die Kiste und das, was darin ist.

Fischer klappt den Deckel zurück, innen ist die Kiste mit rotem Samt ausgeschlagen. Eine blaue Kladde liegt darin, mehr als 80 Jahre ist sie alt, Iván Fischer schlägt sie auf: »Höllenfahrt« steht oben auf der Seite, mit einzelnen Linien unterstrichen. Der erste Absatz: »Tief ist der Brunnen der Vergangenheit. Sollte man ihn nicht unergründlich nennen?«

Es ist das Typoskript des ersten Bands von Thomas Manns Menschheitsepos »Joseph und seine Brüder«, unter dem Titel »Die Geschichten Jaakobs« erstmals 1933 in Deutschland erschienen. Das einzige heute bekannte Typoskript des handschriftlichen Originalmanuskripts, angefertigt direkt nach Beendigung des Romans. Niemand außer der Familie Fischer und engen Freunden, denen sie es zeigte, wusste bislang, dass es diese Abschrift gibt.

Seit Fischer denken kann, ist dieser dicke Paken Schreibmaschinenseiten im Besitz seiner Familie. Der ungarisch-jüdische Übersetzer und Dichter György Sárközi hat ihn Fischers Vater Sandor anvertraut, der mit Sárközi während des Zweiten Weltkriegs in einem deutschen Arbeitslager inhaftiert war. »Für den Fall, dass ich das hier nicht überlebe«, hatte er gesagt. Sárközi hatte die Abschrift mit ins Lager genommen, als das Heiligste, Wertvollste, was er besaß. Die ersten drei Bände der Joseph-Tetralogie hatte er ins Ungarische übersetzt. Den vierten nicht mehr. György Sárközi starb am 8. März 1945, drei Wochen vor Befreiung des Lagers Balf, an Erschöpfung oder an Flecktyphus, man weiß das nicht genau. Sandor Fischer hat das Typoskript wie einen Schatz sein Leben lang bewahrt. Seit seinem Tod ist es hier, im Haus seines Sohnes Iván, in diesem dunklen Schrein.

Wenn man jetzt hier in Ungarn Iván Fischer über das Typoskript, über die Tetralogie »Joseph und seine Brüder« und über Thomas Mann reden hört, über die Bedeutung dieses deutschen Dichters, seines Werks, der Melodie seiner Sätze für ihn, für sein ganzes Leben, dann bekommt man noch einmal so ein tiefes Gefühl dafür, was Literatur vermag.

Thomas Mann: »Joseph und seine Brüder«. (Text und Kommentar in einem Band.) S. Fischer; Teil I: 1660 Seiten; 85 Euro; Teil II: 2350 Seiten; 96 Euro.

Fischer ist ein heiterer, freundlicher, irgendwie stets sprunghafter Herr. Er hat große Orchester dirigiert, die letzten Jahre war er musikalischer Leiter des Konzerthausorchesters in Berlin. Thomas Mann war für ihn von Jugend an ein »Leuchtfener der Humanität«, so hatte ihn sein Vater immer genannt. »Wir mussten alles von ihm lesen.« Sein Schreiben lag wie ein Schutzmantel um die jüdische Familie Fischer. »Er war heilig«, sagt Fischer.

Die Josephsromane, fast 2000 Seiten stark. Das ungelesene große Werk Thomas Manns. Entstanden in den Jahren 1926 bis 1943, in Deutschland begonnen und dann auf der Flucht, im Exil fortgeschrieben und vollendet. Zunächst in der Schweiz, dann in Princeton, das Ende schließlich unter der kalifornischen Sonne von Pacific Palisades. Eine verrückte Idee des Nobelpreisträgers aus Lübeck: eine der bekanntesten Geschichten der Welt einfach noch einmal neu erzählen, angereichert um das theologische, ägyptologi-

### **Dem völkischen Pathos wollte Mann ein lebensfrohes Sonnenbuch entgegenhalten.**

sche, politische und erotische Wissen seiner Zeit. Und, als wären diese 2000 Seiten für Leser von heute nicht schon abschreckend genug, hat der S. Fischer Verlag im Rahmen der Großen kommentierten Frankfurter Ausgabe der Werke Thomas Manns jetzt noch einmal gut 2000 Seiten Kommentar hinzugefügt.

4000 Seiten also. Die müssen Sie auch erst mal aus dem Buchladen nach Hause wuchten. Aber dann geht es los. Die Höllenfahrt hinab zu den Ursprüngen des Erzählens, den Ursprüngen der Religionen, dem Urmythos der Gottesentdeckung. Entstehung der monotheistischen Religionen. Die Geschichte vom schönen, wunderschönen Joseph, der sich selbst so liebt, dass es ihn beinahe das Leben kostet. Die Geschichte vom narzisstischen Künstler, der zum verantwortungsvollen Politiker wird. Von einem Flüchtling, der in seiner neuen Heimat segensreich wirkt: der Fliehende als Geschenk der Erneuerung für eine alte, in Traditionen erstarrte Kultur. Und schließlich auch die Geschichte über das Verbindende, das Menschenfreundliche der großen Weltreligionen.

All das erzählt Thomas Mann, indem er diese alte biblische Geschichte, die auch im Koran steht, im Gilgamesch-Epos, in alten persischen Geschichtssammlungen, neu aufschreibt. Die Urmenschheitsgeschichte, den Urmythos, gefunden auf dem Grund des Brunnens der Vergangenheit –

und umgeformt zu einer universalistischen Heilsgeschichte. Thomas Mann wollte – und das wohl auch schon vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten – »den Mythos humanisieren«. Wollte denen, die die Vergangenheit zu nationalem, völkischem, dunklem, menschenfeindlichem Pathos umschreiben und funktionalisieren, ein großes, zukunftsfrohes, lebensfrohes, demokratisches Sonnenbuch entgegenhalten.

Den Roman »Joseph und seine Brüder« hat der neue Thomas Mann geschrieben. Der Thomas Mann, der unter dem Druck der Verhältnisse erkannt hatte, dass der Künstler eben kein verantwortungsloser Traumtänzer im luftleeren Raum ist, kein unpolitischer Betrachter, der er früher selbst gewesen ist, sondern einer, der an den politischen Verhältnissen seiner Zeit tätig mitwirken muss, wenn er nicht am Zusammenbruch seiner Welt, am Zusammenbruch der Zivilisation, am Rückschritt der Gesellschaft in die Barbarei mit-schuldig werden will.

Wie er selbst 1938 schrieb: »Deutlicher und glücklicher als bisher wird Künstlertum sich in Zukunft als einen helleren Zauber erkennen und manifestieren: als ein beflügelt-hermetisch-mondverwandtes Mittlertum zwischen Geist und Leben.«

Ein hellerer Zauber. Je länger er an den Josephsromanen schreibt, umso heller werden sie. Thomas Mann hatte ja bis dahin nur Untergangsgeschichten geschrieben. Auch für den 1924 vollendeten »Zauberberg« war die Wandlung des Autors zum kämpferischen Republikaner zu spät gekommen, um aus dem vor dem Ersten Weltkrieg begonnenen Buch noch einen echten Bildungsroman zu machen.

Das wird seinem Joseph nicht passieren. Obwohl auch er natürlich ein Untergeher ist. Einer, der hinabstürzt ins Totenreich. Erst werfen ihn die eifersüchtigen Brüder in einen Brunnen. Dann verkaufen sie ihn an Händler, die ihn hinab ins Totenreich Ägypten bringen, zu den Falschgläubigen, den vom Vater Verachteten. Und dann wird Joseph selbst im Totenland noch tiefer hinabgeworfen, hinab in den Kerker, nachdem er Mut-em-enet, der unglücklichen Frau des Eunuchen Potiphar, nicht zu Willen war.

Doch Joseph ist ein Träumer. Imprägniert durch Menschenfreundlichkeit, Liebe, die Erinnerung an den Vorvater Abraham, der einstmalig Gott »entdeckte«, das Bewusstsein der Erwähltheit, den Glauben an sich und an Gott und an die Welt. An die Möglichkeiten der Verbesserung der Welt durch eigenes Tun. Er hatte früh schon in Träumen seinen Lebensweg vorhergesehen. Sein weiteres Leben ist ein Voranschreiten in Spuren. Erfüllung einer Prophezeiung.

Der Doppelsinn des Wortes »einst« ist einer der Urgedanken der Geschichte in

der Version von Thomas Mann. Die Verbindung des Einst, das tief hinabreicht in die Vergangenheit, mit dem Einst einer fernen Zukunft. So wie es der alte Jakob, Josephs Vater, gegen Ende des Buches weiß: »Einst ist ein unumschränktes Wort und eines mit zwei Gesichtern; es blickt zurück, in feierlich dämmernde Fernen, und es blickt vorwärts, weit vorwärts in Fernen, nicht minder feierlich durch ihr Kommen-sollen, als jene anderen durch ihr Gewesen-sein. Manche leugnen dies; ihnen ist feierlich nur das Einst der Vergangenheit, dasjenige aber der Zukunft gilt ihnen für schnöde. Frömmlicher sind sie statt fromm, Narren und trübe Seelen, Jakob saß nicht in ihrer Kirche. Wer nicht das Einst der Zukunft ehrt, ist nicht das Einst der Vergangenheit wert und stellt sich auch zum heutigen Tag verkehrt.«

Es ist eine der abenteuerlichen Lesarten des uferlosen Werkes, die wir nun mit den neuen ausführlichen Kommentaren verfolgen können. Wenn wir parallel zu Josephs Weg des Heils den langen Weg des Autors Thomas Mann verfolgen können, des unfreiwilligen Flüchtlings, wie sein Held 1933, heraus aus Deutschland. Wie seine Tochter Erika Mann das Manuskript aus der Villa in der Poschingerstraße in München retten und hinüber in die Schweiz bringen musste. Wie der Fischer Verlag gleichzeitig alles daransetzte, das Werk noch in Deutschland erscheinen zu lassen. Mit einer aberwitzigen Anzeige, die den ersten Band wie das Werk eines deutschnationalen Blut-und-Boden-Dichters anpries: »Es ist das Epos der heldischen und zugleich priesterlichen Ackerbauern und Staatengründer. Man dient und schafft auf der Scholle und feiert im Herzen mit Göttern und Dämonen.«

Der Verlag des jüdischen Verlegers Samuel Fischer versuchte, die Urgeschichte der jüdischen Religion im Deutschland Adolf Hitlers als zeitgemäßes Nationalepos zu verkaufen. Das musste wohl schiefgehen. Zumal – auch wenn Thomas Manns Bücher in Deutschland noch nicht verbrannt und verboten worden waren – seit dem 12. Juli 1933 ein Haftbefehl des SS-Sicherheitsdienstchefs Reinhard Heydrich gegen den Dichter bestand: »Diese undeutsche, der nationalen Bewegung feindliche, marxistische und judenfreundliche Einstellung gab Veranlassung, gegen Thomas Mann Schutzhaftbefehl zu erlassen, der aber durch die Abwesenheit desselben nicht vollzogen werden kann.«

Von diesem Haftbefehl wusste Thomas Mann nichts. Aber er ahnte, dass er in Deutschland nicht mehr sicher sein würde. Dass er die ersten Bände des Joseph-Projekts aber trotz Nazi-herrschaft in Deutschland vertreiben ließ, hat ihm die Verachtung der Emigranten eingetragen. Mann hatte gehofft: »Sollte das deutsche Publi-

kum dem Buch einen Erfolg bereiten, wäre das ein lustigerer Schlag gegen die neuen Machthaber als alle Emigranten-Polemik.« Nun, das Publikum bereitete dem Roman in Deutschland keinen Erfolg, und die Nazipresse höhnte und wütete. Und Thomas Mann saß zwischen allen Stühlen.

Dort bleibt er noch eine Weile sitzen. Es wird drei Jahre dauern, bis er sich eindeutig zur Emigration bekennt. Sein Joseph hat da längst einen Triumphzug durch die ganze Welt angetreten.

Das enthusiastischste Thomas-Mann-Land jener Jahre ist Ungarn. Auch das wird in der Rezeptionsgeschichte der neuen Ausgabe minutiös verzeichnet. Die Übersetzung György Sárközis, der sie nach jenem Typoskript anfertigte, das wir in dem hellen Saal betrachten durften, erschien zeitgleich mit der deutschen Ausgabe. Und wurde im Land begeistert aufgenommen.

### **Jan Assmanns liebster Satz: »Gott ist eine Anstrengung, aber die Götter sind ein Vergnügen.«**

Die Josephsromane machten Thomas Mann zum Repräsentanten des anderen, des hellen, des widerständigen Deutschland im Kampf gegen Hitler. Amerika feierte ihn, feierte die »Tales of Jacob« als ein literarisches Weltereignis. Die berühmteste und einflussreichste amerikanische Journalistin jener Tage, Dorothy Thompson, rühmte das Buch als eine »großartige Geste gegenüber den Juden«. Sie schrieb: »In der ganzen Welt werden Menschen dieses Buch lesen, und während sie es lesen, werden sie wissen, dass Deutschland nicht tot ist, sondern dass es wieder auferstehen wird, in seiner wahren Gestalt, seinem wahren Wesen, dessen Großartigkeit nicht in seiner nationalen Abgeschlossenheit, sondern in seiner Universalität begründet liegt.«

Dabei brauchte der Autor noch eine Weile, bis er selbst Zutrauen zu seiner neuen Weltrolle als Gegen-Hitler fasste. Es war schon der Druck der gesamten Emigrantenwelt und vor allem seiner Kinder Erika und Klaus nötig, um ihn zu einem klaren, öffentlichen Wort gegen das Nazi-regime zu veranlassen.

Dann aber war es klar und großartig und ein Donnerschlag. Die Universität in Bonn hatte ihm die einst verliehene Ehrendoktorwürde wieder aberkannt. Er sei dieser nicht würdig, hieß es aus Bonn. Und wir kennen zum Beispiel den Bericht des jüdischen Kritikers Marcel Reich-Ranicki, der damals, als 16-Jähriger, noch in Berlin lebte. Der die Werke Thomas Manns seit frühester Zeit liebte, der aber nun, um den

Jahreswechsel 1936/37, immer noch zitterte, wie der verehrte deutsche Dichter sich gegenüber dem Regime verhalten würde. Da, so erzählte es Reich-Ranicki später, wurde er in die Wohnung eines Bekannten eingeladen. Es sollte einer kleinen Gruppe von Freunden etwas verlesen werden, etwas Geheimes. Es war der Antwortbrief Thomas Manns an den Dekan der Bonner Universität. Reich-Ranicki hörte: Die Nationalsozialisten »haben die unglaubliche Kühnheit, sich mit Deutschland zu verwechseln. Wo doch vielleicht der Augenblick nicht fern ist, da dem deutschen Volke das Letzte daran gelegen sein wird, nicht mit ihnen verwechselt zu werden«.

In diesem Brief, dessen Lektüre den jüdischen Thomas-Mann-Verehrer damals jubeln ließ, hatte Mann eine altertümliche ägyptische Formulierung versteckt, die sonderbar anmutet. Er wäre, so teilt er dem Bonner Dekan mit, »erstickt, ohne dann und wann zwischenein, wie alte Völker sagten, »mein Herz zu waschen««. Wo mit er meint, von Zeit zu Zeit seiner Abscheu vor den neuen Machhabern in Deutschland Ausdruck geben zu müssen.

So wandert man mit dieser neuen monumentalen Josephsausgabe hin und her. Zwischen Autorenleben, ägyptischer Urgeschichte, Josephsleben, alten Wörtern, neuer Bedeutung. »Sein Herz waschen«, doch, diese Wendung sei »im Ägyptischen tatsächlich belegt«, heißt es im Kommentar, und dann sind wir schon mitten in einer schwankenden Bedeutungssuche, die in diesem Falle gewiss der großartige Ägyptologe Jan Assmann verfasst hat, dem in dieser Woche, zusammen mit seiner Frau Aleida, der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels zugesprochen wurde. Er, der Autor so phänomenaler Bücher wie »Moses der Ägypter« und »Religion und kulturelles Gedächtnis«, hat den biblisch-orientalischen Quellen nachgespürt, die Thomas Mann für sein Schreiben genutzt hat.

Es ist die Essenz seiner Lebensforschung, die Assmann hier einbringen konnte. »Wie Sie vielleicht wissen, ist der Gegensatz zwischen Polytheismus und Monotheismus und die Wende vom einen zum anderen eines meiner Lebensthemen«, sagt er. »Hier nun wird diese Wende geleugnet und der Gegensatz entschärft. Beides gehört zum Menschsein. Darum hat mich auch Thomas Manns Satz »Denn Gott ist eine Anstrengung, aber die Götter sind ein Vergnügen« so besonders verblüfft, erheitert und bewegt.«

Jan Assmann, ein stets heiterer, weißhaariger Gelehrter mit ägyptisch anmutendem Bartwuchs und sehr weicher Stimme, sei bei seiner Spurensuche, so sagt er, auch immer wieder fassungslos darüber gewesen, »was Thomas Mann an haarsträubendem Unsinn seinem Roman einverleiben konnte, und es funktioniert, gibt Sinn und leuchtet«.





GERGEV SZATMARI / DER SPIEGEL



MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

**Joseph-Typoskript in Budapest, Friedenspreisträger Assmann:** Nach tausend Seiten aufgehört zu lesen

Dabei ist er gar nicht so ein blind begeisterter Verehrer der Josephsromane. Ihm ging es bei seiner ersten Lektüre vor vielen Jahren so wie vielen anderen Lesern auch: Auf Seite 1000 hat er einfach aufgehört zu lesen. Zu langweilig, langatmig, unendlich ausführlich. Dass Thomas Mann die Liebesgeschichte Mut-em-enets zu Joseph, die in der Bibel wenige Sätze umfasst, auf mehr als hundert Seiten streckt – das wollte Jan Assmann nicht ertragen.

Dabei fügt genau um jene Seite 1000 herum der Erzähler eine ausführliche Rechtfertigung für seine Weitschweifigkeit ein: »Man meine doch nicht, dass wir stumpf seien gegen den schwebenden Tadel, der, ausgesprochen oder nicht, nur etwa aus Höflichkeit verschwiegen, sich gegen diesen unseren ganzen Vortrag, unsere Auseinandersetzung mit der Geschichte richtet ...«, bevor Thomas Mann Mut-em-enet tief, tief in vergeblichem Liebesseufzen versinken lassen wird.

Dem Leben wollte er so nah wie möglich rücken. Wie stolz war Thomas Mann auf den Satz, den die Frau, die wahrscheinlich jenes Typoskript anfertigte, das jetzt in Budapest liegt, zu ihm sagte: »Nun weiß man doch, wie sich das alles in Wirklichkeit zugetragen hat!« So zumindest hat es Thomas Mann später aufgeschrieben.

Ob sie das wirklich so gesagt hat, wissen wir natürlich nicht. Aber wir wissen, dass dies eines der Dinge – und vielleicht das Wesentliche – ist, was dieses umfassende Riesenwerk heute noch so lesenswert und fesselnd und tröstlich und anrührend macht: die Lebenswahrheit, Seelenklugheit und Herzenswärme, die Thomas Mann seinen zum Leben erweckten Figuren mitgegeben hat. Gerade hier, ab Seite 1000 etwa: der Sturz von Potiphars Frau Mut-em-enet ins Liebeselend. Das ist so tragisch und schön und zärtlich geschrieben. Mut-em-enet ist eine klassische Thomas-Mann-Figur, wie der kleine Herr Friedemann, wie Gustav von Aschenbach. Eine von denen, die sich aus einer gesicherten, bequemen Lebensexistenz sehenden Auges ins Verderben stürzen.

Stürzt, Liebende! Stürzt, und sei es nur um eines Sekundenglückes willen! Es ist ja Thomas Manns romantisches Urthema. »Sympathie mit dem Tode«. Es durchzieht auch diese 2000 Seiten als Grundbass, Sehnsuchtsston.

Den frühen Thomas Mann hatte genau diese Untergangsverzauberung zu einem Antidemokraten und Reaktionär gemacht. Aber jetzt, hier, in den Josephsbüchern, ist diese Todessehnsucht nicht mehr das beherrschende Prinzip. Der Sonnenmensch Joseph ist imprägniert durch den messianischen Glauben seiner Väter an die

Zukunft. Ein zukunftsfroher, menschenfreundlicher, tätiger Geist.

Es macht die Lektüre dieses unausschöpflichen Buches noch reicher, wenn man jetzt beim Wiederlesen zwischen Text und Kommentar hin- und herspringen kann. Es ist wie ein papiergewordenes Großseminar. Wer Glück hatte, der war damals, Anfang der Neunzigerjahre, schon als Student dabei, als Jan Assmann und Dieter Borchmeyer zusammen mit dem Theologen Klaus Berger im Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg den Grundstein legten für diesen Kommentar. Es war eines dieser Seminare, die man nicht wieder vergisst und bei denen man denkt, man habe jetzt irgendwie die ganze Literaturwelt verstanden. Oder hat zumindest eine Ahnung davon bekommen, wie viel Welt und Weisheit und Wissen in einem Roman verborgen liegen können.

Zehn Jahre später bekamen Assmann und Borchmeyer den Auftrag vom S. Fischer Verlag, zusammen mit Stephan Stachorski und Peter Huber den Kommentar der Josephsromane zu erstellen – und haben das in akribischer Recherchearbeit, zusammen mit ihren Mitarbeitern und dem genialen Hermann Kurzke, der 1993 das Josephsbrüder-Standardwerk »Mondwanderungen« publizierte, nun also vollendet. Es hat lange gedauert, sehr, sehr lange – immer wieder waren die Bände den Subskri-



Gemälde »Joseph und die Frau des Potiphar«\*: Vergebliches Liebesseufzen

benten, Buchhändlern und Feuilletons vom Verlag angekündigt worden. All die nicht eingehaltenen Termine waren schon ein stehender Witz zwischen Presse und Presse-sprechern geworden. Es schien, als solle man die Kommentierungsmöglichkeiten in der Tat unergründlich nennen. Doch irgendwann hat der Verlag den Kommentierern den Text mit sanfter Gewalt entwunden.

Damals in Heidelberg, da saß man mit Blick auf das alte Schloss in jenem Palais Boisserée, in dem Anfang des 19. Jahrhunderts die Brüder Boisserée ihre berühmte Gemäldesammlung untergebracht hatten, die Johann Wolfgang von Goethe so begeisterte, dass er mehrere Wochen im Haus bei den Bildern wohnte.

Ein Satz Goethes aus dessen Lebensbuch »Dichtung und Wahrheit« war einer der Ausgangspunkte für Thomas Mann, dieses Werk zu beginnen. »Höchst anmutig ist diese natürliche Erzählung«, hatte Goethe damals geschrieben, »nur erscheint sie zu kurz, und man fühlt sich berufen, ins einzelne auszumalen.« Goethe selbst erzählt, so Thomas Mann, er habe »als Knabe den Joseph-Stoff, einem Freund diktierend, zu einem breiten Erzählwerk ausgesponnen«. Er hat es später aber vernichtet, es habe an »Gehalt« gefehlt. Thomas Mann, der sich selbst gern als Goethe-Nachfolger sah, hat das als Auftrag an sich selbst verstanden, die Lücke, die der Meister gelassen hatte, zu füllen.

Und auch das zentrale, grundlegende Kapitel in Thomas Manns Josephsroman wurde durch Goethe angeregt. Der es wiederum aus dem Koran übernommen hatte. In den es wiederum durch jüdische Überlieferung hineingekommen war. Es geht um Goethes geplantes Mahomet-Drama, an dessen Beginn der Prophet Mohammed Gott »entdeckt«. Auch dieses

Stück blieb ungeschrieben. Doch Thomas Mann führt es im Kapitel »Wie Abraham Gott entdeckte« ausführlich aus. Ja, es geht darin um den Entschluss Abrahams, in Zukunft nur noch »dem Höchsten allein« zu dienen. Im Roman heißt es, als der junge Joseph von seinem Lehrer Eliezer diese Geschichte hört: »Das machte dem Joseph Eindruck, er verstand es sogleich, und zwar vor allem nach der Seite des Wichtignehmens. Um es vor Gott und den Menschen zu irgendwelcher Ansehnlichkeit und Bedeutung zu bringen, war es nötig, dass man die Dinge – oder wenigstens ein Ding – wichtig nahm. Urvater hatte die Frage unbedingt wichtig genommen, wem der Mensch dienen solle, und seine merkwürdige Antwort darauf war gewesen: ›Dem Höchsten allein.««

Es geht in diesem Kapitel um die Gründung und Begründung der monotheistischen Religionen. Ja, im Plural. Um Judentum, Christentum und Islam. Mit Goethe hatte Thomas Mann genau jene Sure im Koran entdeckt, die er als Grundlage seiner Romankonzeption mit heranziehen konnte.

Je weiter Thomas Mann nach Westen zieht, desto heller, politischer, kämpferischer, entschlossener, utopischer wird dieser Roman. In dunkelster Zeit der Weltgeschichte fort- und fortgeschrieben, setzt das Buch der grauenvollen Gegenwart die Geschichte der Entstehung des jüdischen Volkes, des Einzugs in Ägypten, der segensreichen Flucht in ein neues Land entgegen. Welttretung durch Zuversicht, Flucht und tätige Menschenfreundlichkeit.

Thomas Manns Roman »Joseph und seine Brüder« ist ein politisch-utopisches Werk. Er, der Jahre zuvor, als in München Künstler und Schriftsteller angetreten wa-

ren, nach dem Ende des Ersten Weltkriegs Literatur in Politik zu verwandeln, Literatur als Blaupause für eine bessere Welt zu verwenden, noch in sein Tagebuch geschrieben hatte: »Ich hasse die verantwortungslosen Verwirklicher« – er war jetzt selbst so ein utopischer, politischer Künstler geworden.

Einerseits in der Rückschau, wenn er sich selbst und all die anderen unpolitischen Intellektuellen der Weimarer Republik für ihr langes, feiges Schweigen anzuklagen scheint – wenn er Jaakobs Gewährerenlassen der Söhne vor der Schlacht von Schekem kritisch schildert. Wenn er Josephs Plädoyer für »Rüstigkeit« ganz offenbar als ein Plädoyer für die Aufrüstung Amerikas gegen Nazideutschland anlegt. Wenn er die Händler, in dem Moment, in dem sie im Todesland Ägypten einziehen, ihren Blick vom Todeszauber gewaltsam abwenden lässt, »so daß die Männer vor so tückischer Todesfröhlichkeit die Häupter verhüllten und lieber nicht hinsahen, sondern blindlings zuritten, daß sie durchs Scheußliche kämen« – so zitiert Thomas Mann hier fast wörtlich sein eigenes entschlossenes »Aus-den-Augen-Nehmen« von Oswald Spenglers Todeswerk »Untergang des Abendlandes« und anderen spätromantischen Untergangszauber.

Thomas Mann hatte sich selbst überwunden. Die Josephsromane sind das Monument dieser tiefen Wandlung. Und das utopische, soziale, sozialistische Regime, das Joseph in seiner Glanzzeit als Ernährer Ägyptens errichtet, ein literarisch-optimistischer, fordernder Ausblick auf die Zukunft. Natürlich hatte Mann da vor allem den sogenannten New Deal des von ihm verehrten amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt als Ideal im Blick. Aber sein Joseph geht mit seiner Politik des sozialen Ausgleichs, der Enteignung der Reichen, Umverteilung des Bodens viel weiter, als jeder amerikanische Präsident je gegangen ist. Und so ragt dieser politische Roman der Gerechtigkeit und des übermütigen neuen Denkens der politischen Welt als Fanal bis in unsere Gegenwart hinein.

Und der Flüchtling Thomas Mann hat, wenn er den Flüchtling Joseph seine weicherzige, weitsichtige, humane Politik treiben lässt, immer auch die um den Planeten hetzenden, schutzlosen Menschen im Blick: »Hungernden Sandhasen, Hirtenstämmen von Syrien und dem Libanon, ›Barbaren, die nicht zu leben wußten‹, wie seine Schreiber es ausdrückten, erlaubte er, einzuwandern mit ihren Herden durch die sorgsam bewachten Zugänge des Landes.«

Sichere Grenzen, offen für die Armen und die Schutzsuchenden der Welt. Aber mit dem sozialen Ausgleich wurde es in Josephs Ägypten doch in jedem Fall allzu ernst genommen. Denn – auch das ist das Neue beim neuen Thomas Mann: Die Rei-

\* Von Bartolomé Esteban Murillo, 1640/45.



chen und die Lebenstüchtigen, das sind jetzt nicht mehr die verachtenswerten Hageströms aus den Buddenbrooks – sondern das ist jetzt zum Beispiel: unser Held, Joseph. Ein herrliches Kapitel ist das seiner »Vergoldung«, so wie es der Pharaos ihm versprochen hatte. Joseph im kapitalen Glück. Alles, was glänzt und teuer ist, ging auf ihn hernieder: »Ketten aus aufgereihten Goldperlen, Gold in Löwengestalt, goldene Armringe, goldene Dolche, Stirnbänder, Halskrägen, Zepter, Vasen und Beile aus gediegenem Gold – was alles der Beschenkte allein natürlich nicht auffangen konnte, so daß ihm ein paar Auffange-Sklaven beigegeben waren, die einen ganzen Hort von im Sonnenstrahl blitzenden Golde unter den Wunderrufen der Menge am Boden vor ihm aufhäuften –, es war in der Tat das Hübscheste, was man sehen konnte, und wenn nicht das unerbittliche Gesetz der Aussparung wäre, so würden wir das Gesehene noch viel genauer beschreiben.«

Der arme Erzähler. Vom unerbittlichen Gesetz der Aussparung brutal zurückgerissen. Auf wie viele Seiten hätte er das Monumentalbuch wohl sonst noch ausgeweitet? Man hat schon so oft den Eindruck, Thomas Mann klammere sich vor lauter Liebe zu Joseph, Liebe zu dieser glücklichen Geschichte, diesem Bollwerk gegen die Zeit, ans Weiterschreiben und zögere das Ende so lange wie möglich hinaus.

Doch irgendwann musste das Ende kommen. Und dass es ein echtes Happy End werden sollte, das machte es Thomas Mann wohl besonders schwer, denn das hatte er ja fast noch nie gemacht. Das Verzeihen steht am Ende. Die Brüder fürchten den Zorn und die Strafe ihres Bruders, den sie aus Neid und Missgunst einst in den Brunnen warfen. Joseph, dem Glücklichen, kommt Bestrafen nicht in den Sinn: »Und nun soll ich Pharaos Macht, nur weil sie mein ist, brauchen, um mich zu rächen an euch für drei Tage Brunnenzucht und wieder böse machen, was Gott gut gemacht? Daß ich nicht lache! Denn ein Mann, der die Macht braucht, nur weil er sie hat, gegen Recht und Verstand, der ist zum Lachen. Ist er's aber heute noch nicht, so soll er's in Zukunft sein, und wir halten's mit dieser.«

Dass die Zukunft von damals, wenn wir uns so umschauen, immer noch nicht Gegenwart geworden ist, ist nur ein weiterer Grund dafür, dieses helle, optimistische Meisterwerk, diese literarische Aufforderung zur Tat, endlich wieder zu lesen.

Video  
**Was Mann mit seinen  
Josephsromanen wollte**  
spiegel.de/sp252018joseph  
oder in der App DER SPIEGEL



## SPIEGELBESTSELLER

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control);  
nähere Informationen finden Sie online unter: [www.spiegel.de/bestseller](http://www.spiegel.de/bestseller)

### Belletristik

- 1 (6) **Robert Seethaler**  
**Das Feld** Hanser Berlin; 22 Euro
- 2 (1) **Frank Schätzing**  
**Die Tyrannei des Schmetterlings** Kiepenheuer & Witsch; 26 Euro
- 3 (3) **Donna Leon**  
**Heimliche Versuchung** Diogenes; 24 Euro
- 4 (2) **Volker Klüpfel / Michael Kober**  
**Kluftinger** Ullstein; 22 Euro
- 5 (–) **Bill Clinton / James Patterson** **The President Is Missing**  
Droemer; 22,99 Euro  
  
Hillarys Mann berichtet aus dem Weißen Haus. Hoffentlich hat auch der aktuelle US-Präsident bald Zeit, Kriminalromane zu schreiben
- 6 (4) **Maja Lunde**  
**Die Geschichte der Bienen** btb; 20 Euro
- 7 (5) **Maxim Leo / Jochen Gutsch** **Es ist nur eine Phase, Hase** Ullstein; 12 Euro
- 8 (7) **Jojo Moyes** **Mein Herz in zwei Welten** Wunderlich; 22,95 Euro
- 9 (8) **Ferdinand von Schirach**  
**Strafe** Luchterhand; 18 Euro
- 10 (11) **Laetitia Colombani**  
**Der Zopf** S. Fischer; 20 Euro
- 11 (10) **Maja Lunde**  
**Die Geschichte des Wassers** btb; 20 Euro
- 12 (13) **Mariana Leky** **Was man von hier aus sehen kann** DuMont; 20 Euro
- 13 (12) **Daniel Kehlmann**  
**Tyll** Rowohlt; 22,95 Euro
- 14 (9) **Paluten / Klaas Kern** **Freedom. Die Schmahamas-Verschwörung** Community Editions; 12 Euro
- 15 (15) **Bernhard Schlink**  
**Olga** Diogenes; 24 Euro
- 16 (14) **Martin Walker**  
**Revanche** Diogenes; 24 Euro
- 17 (17) **Marc-Uwe Kling**  
**QualityLand** Ullstein; 18 Euro
- 18 (20) **Éric Vuillard**  
**Die Tagesordnung** Matthes & Seitz; 18 Euro
- 19 (–) **Elena Ferrante** **Die Geschichte des verlorenen Kindes** Suhrkamp; 25 Euro
- 20 (19) **Lucinda Riley**  
**Die Perlenschwester** Goldmann; 19,99 Euro

### Sachbuch

- 1 (1) **Bas Kast** **Der Ernährungskompass** C. Bertelsmann; 20 Euro
- 2 (2) **Richard David Precht**  
**Jäger, Hirten, Kritiker** Goldmann; 20 Euro
- 3 (15) **Christopher Schacht**  
**Mit 50 Euro um die Welt** adeo; 20 Euro
- 4 (3) **Otto Waalkes**  
**Kleinhirn an alle** Heyne; 22 Euro  
  
Das Genie des Humors hat sein Leben aufgeschrieben. Auch Groß- und Mittelhirn können sich freuen
- 5 (–) **Jaron Lanier** **Zehn Gründe, warum du deine Social Media Accounts sofort löschen musst** Hoffmann und Campe; 14 Euro
- 6 (11) **Manfred Lütz**  
**Der Skandal der Skandale** Herder; 22 Euro
- 7 (4) **Peter Hahne** **Schluss mit euren ewigen Mogelpackungen!** Lübbe; 10 Euro
- 8 (5) **Jan Frodeno** **Eine Frage der Leidenschaft** Ariston; 20 Euro
- 9 (8) **Gerald Hüther**  
**Würde** Knaus; 20 Euro
- 10 (7) **James Comey**  
**Größer als das Amt** Droemer; 19,99 Euro
- 11 (14) **Hans Rosling**  
**Factfulness** Ullstein; 24 Euro
- 12 (9) **Peter Wohlleben** **Das geheime Leben der Bäume** Ludwig; 19,99 Euro
- 13 (13) **Yuval Noah Harari**  
**Homo Deus** C. H. Beck; 24,95 Euro
- 14 (–) **Uwe Birnstein**  
**Margot Käßmann** bene; 19,99 Euro
- 15 (16) **Hans-Wilhelm Müller-Wohlfahrt**  
**Mit den Händen sehen** Insel; 22,95 Euro
- 16 (–) **Thea Dorn**  
**deutsch, nicht dumpf** Knaus; 24 Euro
- 17 (10) **Wolfram Eilenberger**  
**Zeit der Zauberer** Klett-Cotta; 25 Euro
- 18 (18) **Rolf Dobelli** **Die Kunst des guten Lebens** Piper; 20 Euro
- 19 (–) **Ranga Yogeshwar** **Nächste Ausfahrt Zukunft** Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro
- 20 (12) **Ingo Zamperoni**  
**Anderland** Ullstein; 18 Euro

# Treue und Verrat

**Töchter** Ein Dokumentarfilm der russischen Oppositionspolitikerin Xenija Sobtschak zeigt Putin als heimlichen Helden.

**M**an vergisst es gern, aber es gab mal eine Zeit, da war Wladimir Putin noch nicht Präsident, sein Gesicht noch nicht zur Maske erstarrt, Russlands Demokratie noch nicht zur Imitation verkommen. Putin hat klein angefangen in der Politik. Wer seine Karriere zurückverfolgt, landet unweigerlich bei Anatolij Sobtschak, dem Perestrojka-Politiker aus Sankt Petersburg. Ausgerechnet einer der größten Hoffnungsträger der Demokratie war Putins Mentor, er holte den unauffälligen KGB-Offizier in die Politik. Was würde Sobtschak wohl heute dazu sagen, was aus Putin geworden ist? Man würde ihn das gern fragen. Aber Anatolij Sobtschak ist im Februar 2000, kurz vor der Wahl Putins zum Präsidenten, gestorben.

Doch die Frage, die man Anatolij Sobtschak nicht stellen kann, könnte Xenija beantworten, seine Tochter. Sie hat in diesen Tagen zusammen mit der Regisseurin Wera Kritschewskaja einen Dokumentarfilm über ihren Vater vorgestellt, »Der Fall Sobtschak« heißt er. Und weil dieser Film naturgemäß auch ein Film über Wladimir Putin ist und weil Putin zu ihm beigetragen hat und weil Xenija Sobtschak zugleich Glamourgirl und Oppositionspolitikerin ist, war der Andrang zur Premiere groß.

Nun ist es nicht so, dass die russische Elite sich sauber teilen ließe in einen kremltreuen und einen kremlkritischen Teil. Xenija Sobtschak ist selbst das beste Beispiel. Ihre Biografie liest sich wie die einer Person, die sich nicht entscheiden kann, was sie werden will. Sie hat eine ordinäre Reality-Show namens »Dom-2« im Kremlfernsehen moderiert. Sie war Geliebte reicher, einflussreicher Männer. Sie hat als Glamourgirl Stilratgeber verfasst und führt einen Instagram-Blog, auf dem sie Kaviar und Luxuswaren bewirbt. Aber sie war auch Journalistin bei einem kleinen kritischen Fernsehsender und wurde Kandidatin bei den Präsidentschaftswahlen im März. Als einzige Kandidatin hat sie offen die Annexion der Krim als Bruch des Völkerrechts

bezeichnet und Menschenrechtsverletzungen angeprangert.

Dem Kreml kam sie als Putins Gegenkandidatin gerade recht. Ein neues Gesicht mit hohem Wiedererkennungswert aus dem Fernsehen konnte dem öden Wahlkampf nur nützen. Sie füllte die Lücke auf dem Stimmzettel, die mit dem Ausschluss des Oppositionspolitikers Alexej Nawalny entstanden war. Dass sie mit 1,7 Prozent verschwindend wenig Stimmen erhielt, war absehbar. Mit Kritik an Putins Person hielt sie sich, anders als Nawalny, zurück.



**Schülerin Xenija, Vater Sobtschak 1993**

Das Volk war mit Papa

Dieselbe Zurückhaltung prägt diesen Film. Dies ist keine Geschichte des Aufstiegs und Falls der Demokratie in Russland. Es ist die Geschichte des Aufstiegs und Falls eines einzelnen Helden, ihres Vaters, und das rückt Putin in ein günstiges Licht. Denn so wie er die Demokratie in Russland ruiniert hat, so hat er seinen Mentor Sobtschak gerettet.

Der Film beginnt im letzten sowjetischen Parlament, wo der Leningrader Juraprofessor Sobtschak sich einen Namen macht mit seinem Redetalent und seiner stilvollen Kleidung. »Er sah aus, als wäre

er gerade aus einer Boutique auf den Champs Élysées getreten«, erinnert sich ein Zeitzeuge. Sobtschak war eher Träumer als Praktiker. Das war das Problem einer ganzen Generation von Politikern, die den Sozialismus zu Fall brachten, aber die Demokratie nicht aufbauen konnten. Sie waren besser im Reden als im Handeln. Seiner Tochter las Sobtschak abends zum Einschlafen Texte des französischen Staatstheoretikers Montesquieu vor, für administrative Details hatte er keinen Sinn. Dafür brauchte er stille Helfer im Hintergrund, als er 1990 zum Vorsitzenden des Sowjets von Leningrad wurde (das ein Jahr später den alten Namen Sankt Petersburg zurückerhielt). Putin war ideal in dieser Rolle.

Sobtschak war so populär wie Boris Jelzin, er war ein Anführer der Proteste gegen den Putsch von 1991. Der Film zeigt ihn mit Helmut Kohl, mit Bill Clinton, mit

Prinz Charles. Aber während es Boris Jelzin 1996 gelang, als Präsident Russlands wiedergewählt zu werden, scheiterte Sobtschak bei der Wiederwahl zum Bürgermeister. Er fiel in Ungnade bei Jelzins Getreuen, gegen ihn wurde wegen Korruption ermittelt, bis Putin ihn rettete.

Sein ehemaliger Assistent – mittlerweile im Kreml untergekommen – ließ Sobtschak mit dem Flugzeug ins Ausland bringen. Es war eine eigenmächtige Tat, die Putin den Weg ins höchste Amt ebenen sollte. Er hatte damit jene Eigenschaft bewiesen, die im Kreml mehr als alles galt: persönliche Treue zum Gönner, auch über dessen Sturz hinaus. Als Jelzin zwei Jahre später das Präsidentenamt an Putin abtrat, tat er das im Wissen: Dieser Mann wird mich nicht verraten.

Kurz vor Xenijas 16. Geburtstag wurde ihr Vater nach Paris ausgeflogen. Die Tochter ahnte nichts von der Gefahr, die ihm drohte. Erst jetzt hat sie die Ermittlungsakte Sobtschak (der

Filmtitel spielt auf sie an) gelesen. Anatolij Sobtschak, bei seiner Rettung bereits schwer krank, starb zweieinhalb Jahre später, Putin bis zuletzt dankbar.

Das alles wird erzählt mit reichlich Effekten und kühl gefilmten Interviews vor schwarzem Hintergrund. Es sprechen die Mächtigen von einst – Jelzins Leibwächter, Jelzins Tochter, Jelzins Schwiegersohn. Es sprechen die Mächtigen von heute: Wiktor Solotow, einst Sobtschaks Leibwächter und heute Chef der 2016 gegründeten Nationalgarde, die bei Demonstrationen eingesetzt wird, gibt ein rares Interview.





ROMAN MAKHMUTOV / REDUX / LAIF

**Jetsetterin Sobtschak 2018 in New York:** Kaviar und Luxuswaren

Wladimir Putin legt knapp dar, warum er nicht anders konnte, als Sobtschak 1997 zu helfen: Der Mann sei todkrank, sagt er, und sei unschuldig gewesen.

Es ist faszinierend, das maskenhafte Gesicht des Putin von heute zu vergleichen mit dem lebendigeren Putin von einst. Man sieht in den Archivaufnahmen überhaupt viele junge Männer, die mit Putin zusammen aus der Petersburger Stadtverwaltung in mächtige Ämter aufgestiegen sind. Regisseurin Kritschewskaja hat ihre Interviewpartner durch eine Glasscheibe aufgenommen, um sie dabei

zu beobachten, wie sie die Filmaufnahmen von einst betrachten. Putins Gesicht bleibt steinern.

Auch die Kategorien, in denen Putin seine Welt ordnet, sind offenbar in Stein gemeißelt. Sie heißen Treue und Verrat. Treue war es, Sobtschak außer Landes zu bringen. Verrat war es, als ein Ex-Kollege sich gegen Sobtschak stellte und ihn 1996 im Wahlkampf besiegte. »Natürlich ist er ein Verräter«, sagt Putin im Film.

Aber was ist mit dem Verrat an Prinzipien? Ist nicht auch Putin ein Verräter? Hat er nicht all das aufgegeben, was

Sobtschak abends in seinem Montesquieu las und tagsüber von der Tribüne verkündete? »Putin hat mit all seinen Handlungen nach Sobtschaks Tod konsequent das zerstört, woran Sobtschak als Gelehrter und als Politiker geglaubt hat«, bilanziert die Journalistin Natalja Geworkjan. »Natürlich hat er Sobtschak am Ende verraten.«

Xenija Sobtschak kann das offenbar nicht aussprechen, weil sie in diesem Film zu sehr dankbare Tochter ist und zu wenig kritische Politikerin und weil ihr deshalb Putin zum Helden geraten muss. Nicht nur ihr Vater, auch ihre Mutter hat Putin ja viel zu verdanken, der Präsident hat sie mit einem Sitz im russischen Oberhaus abgefunden.

»Der Film tut, als hätte es die letzten 18 Jahre gar nicht gegeben!«, rief die prominente Journalistin Jewgenija Albaz nach der Premiere.

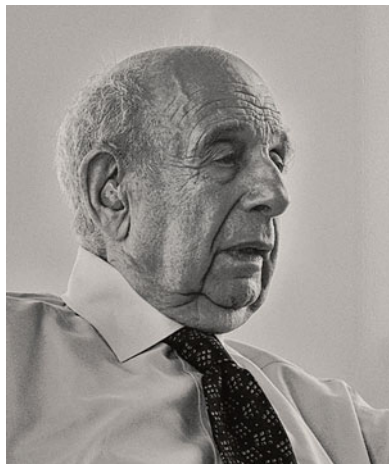
So schonend ist Xenija Sobtschak mit Putin umgegangen, dass sie auch Korruptionsvorwürfe ausblendet, die ihn damals trafen – als wäre das nicht Thema der Petersburger Stadtpolitik gewesen und Teil von Anatolij Sobtschaks Geschichte. In Petersburg hatte die Mafia in den Neunzigerjahren deutlich mehr Einfluss als in Moskau. Es war schwer, die Stadt zu regieren, und zugleich bot es ungeahnte Chancen. Das große Thema, wie Putins Herrschaftssystem sich aus dem Keim der Petersburger Stadtverwaltung entwickelte und wie in Russland die Tatkräftigen und nicht die Wortgewaltigen an die Macht kamen, ist damit auch ausgeblendet.

Aber Kritik an Putins Politik ist im Film durchaus enthalten, sie wird nur nicht laut hinausposaunt. Nachdem der Film gezeigt hat, wie Sobtschak auf prall gefüllten Petersburger Plätzen spricht, sieht man als Kontrast die Fernsicht von Putins Rückkehr in den Kreml im Mai 2012: Ein gepanzerter Wagen rollt durch die abgesperrte, menschenleere Moskauer Innenstadt. Das Volk war mit Papa, heißt das, nicht mit Putin.

Gegen Putins damalige Rückkehr in den Kreml – die dem Geist der Verfassung widersprach – gab es Straßenproteste, die niedergeschlagen wurden. Ob auch Anatolij Sobtschak 2012 auf der Straße protestiert hätte? Das hat Xenija ihre Interviewpartner gefragt. »Ich glaube schon«, sagt der liberale Ex-Finanzminister und einstige Putin-Vertraute Alexej Kudrin frei heraus. »Hmm, schwierige Frage«, antwortet Wladimir Putin selbst, er räuspert und windet sich und brummt und zögert. »Darüber muss ich ohne Eile nachdenken. Ich weiß es nicht. Auf jeden Fall hätte er nichts getan, was dem Staatsoberhaupt geschadet hätte.« Er hätte mich nicht verraten, heißt das. Christian Esch

# »Aufrichtigkeit ist die beste Waffe der Demokratie«

**SPIEGEL-Gespräch** Einst floh er vor den Nazis nach Amerika, heute erlebt der Germanist Guy Stern erneut das Aufflammen von Rassismus und Nationalismus. Sein Rat: nicht schweigen, sondern streiten.



PARVIN NAZEMI / DER SPIEGEL

*Guy Stern wurde am 14. Januar 1922 als Günther Stern in Hildesheim geboren. Der Sohn einer assimilierten jüdischen Familie wanderte 1937 in die USA aus und kam 1944 als Soldat der U. S. Army wieder nach Europa. Nach dem Krieg wurde Stern Professor für Germanistik an mehreren amerikanischen Universitäten, er machte sich vor allem als Experte für Exilliteratur einen Namen. Der 96-Jährige arbeitet noch heute fast täglich in seinem Büro im Holocaust-Museum von Farmington Hills bei Detroit.*

**SPIEGEL:** Herr Professor Stern, Sie haben Deutschland vor 80 Jahren verlassen und sind in die USA emigriert. Wann sind Sie nach dem Krieg erstmals wieder in Ihre Heimat zurückgekehrt?

**Stern:** Als Fulbright-Stipendiat Anfang der Sechzigerjahre in München, ich war damals Assistant Professor für Germanistik in Ohio.

**SPIEGEL:** Viele Emigranten und Holocaust-Überlebende sind nie wieder nach Deutsch-

land gereist, weil sie die Erinnerung an das, was geschah, so sehr verfolgt hat ...

**Stern:** Ich weiß, es gab sogar einige, die auch keine deutschen Produkte mehr kaufen wollten, keinen Volkswagen etwa. Das ist für mich vollkommen verständlich und nachvollziehbar. Ich habe dennoch einen anderen Weg beschritten.

**SPIEGEL:** Ihre Eltern, Ihr Bruder und Ihre Schwester waren im Holocaust umgekommen. Und Sie fuhren ins Land der Täter?

**Stern:** Der Wendepunkt kam während meines Studiums. Ich studierte zunächst Romanistik. Die Professoren aber rieten mir zur Germanistik. Natürlich hielten meine amerikanischen Verwandten das für den falschen Weg für jemanden, der vom Holocaust betroffen war. Andererseits wäre es eben doch eine Selbstverstümmelung gewesen, dieses Talent sozusagen aus mir herauszuschneiden. Mit anderen Worten: Ich hätte das Werk der Nazis vollendet, die mich aus Deutschland und der deutschen Kultur ausschließen wollten.

**SPIEGEL:** Eine sehr rationale Entscheidung.

**Stern:** Ja, die Konsequenzen waren mir bereits bewusst: Ich würde nun wieder viel mit Deutschen zu tun bekommen, manchmal, wie sich dann herausstellte, in erschreckender Weise, manchmal in erfreulicher Weise.

**SPIEGEL:** Erst vor einigen Jahren wurde ein Filmdokument entdeckt, das zeigt, wie die Hildesheimer Juden 1942 auf einem Platz zusammengetrieben wurden; anschließend hat man sie ins Warschauer Ghetto deportiert und später umgebracht. Auch Ihre Eltern sind in dem Film zu erkennen. Was bewegen solche Bilder in Ihnen?

**Stern:** Ich habe mir das ganz bewusst nicht angeschaut. Es gibt Momente in meinem Leben, die ich unterdrücken muss. Meine Devise lautete immer: Orientiere dich an der Zukunft. Das Anschauen dieser Bilder wäre eine Belastung, der ich mich nicht

aussetzen möchte. Ich habe aber meine Frau gebeten, sich das anzusehen.

**SPIEGEL:** Ihre Eltern schickten Sie im Alter von 15 Jahren zu einem Onkel nach Amerika. Warum wurden Sie nicht wenigstens von Ihren Geschwistern begleitet?

**Stern:** Mein Onkel war ein angesehenener Mann in St. Louis, wo er lebte, verlor aber im Rahmen der Großen Depression seine Stellung als Bäcker und Konditor. Er konnte die notwendige Bürgschaft für mich gerade so eben aufbringen und hatte dabei sogar noch geschummelt: Das Geld, das er vorweisen musste, hatte er sich bei der Gewerkschaft und bei Freunden geliehen.

**SPIEGEL:** Für Ihre Geschwister war also nicht genug Geld da ...

**Stern:** So ist es. Ich als ältester Sohn wurde nach Amerika geschickt, mit der Aufgabe, einen reichen Amerikaner zu finden, der für den Rest der Familie bürgen sollte ...

**SPIEGEL:** Was Ihnen aber nicht gelang.

**Stern:** Ja und nein. Ich habe viele reiche Menschen gefragt, doch immer ohne Erfolg. Beim Trampen geriet ich dann eines Tages an den Fahrer eines großartig aussehenden Schlittens. Ich lenkte die Unterhaltung nicht ganz zufällig auf die Situation meiner Eltern. Und auf einmal – das ist eine ganz unglaubliche Geschichte – sagte der Mann: »Also Sie brauchen eine Garantie, dass Ihre Familie nicht den Vereinigten Staaten zur Last fällt. Nun gut, das könnte ich machen.« Ich weiß es noch ganz genau, wir rasten gerade den Delmar Boulevard in St. Louis hinunter. Ich hätte den Mann umarmen können.

**SPIEGEL:** Die Rettung schien also zum Greifen nahe.

**Stern:** Das dachte ich, ja. Ein von der jüdischen Gemeinde ausgewählter Rechtsanwalt war auch bereit, diese Bürgschaft zu testieren. Aber jetzt kommt leider eine furchtbare Gedankenlosigkeit ins Spiel: Der Anwalt saß da mit einem Haufen Formulare und fragte den zukünftigen Geldgeber nach seinem Beruf. Der Mann sagte: »Ich bin Spieler.« Und nach einer kurzen Pause fügte er noch hinzu: »Sehr erfolgreich.« Worauf dieser offenbar über allen irdischen Dingen schwebende Rechtsanwalt sagte: »Ja dann brauchen wir gar nicht weiterzumachen. Die Bestimmungen besagen, dass es ein solider Bürger der Vereinigten Staaten sein muss.«

**SPIEGEL:** Wie sind Sie mit der Situation umgegangen?

**Stern:** Ich war wie vom Blitz getroffen und fragte noch, ob man nicht so etwas wie Kaufmann als Beruf angeben könne. Der Anwalt entgegnete empört: »Wollen Sie etwa die Vereinigten Staaten hinter Licht führen?« Mein Mann war so beleidigt, dass er stillschweigend zur Tür ging und den Raum verließ. Es fehlten wirklich nur noch wenige Minuten, und meine Familie wäre gerettet worden.

Das Gespräch führte der Redakteur Martin Doerry in Hamburg.





FOTOS: STADTARCHIV HILDESHEIM

Filmbilder von der Deportation Hildesheimer Juden 1942, oben Sterns Eltern: »Das Anschauen wäre eine Belastung für mich«

**SPIEGEL:** Wissen Sie Genaueres über das weitere Schicksal Ihrer Eltern und Geschwister nach der Deportation ins Warschauer Ghetto?

**Stern:** Es gibt in Bad Arolsen ein großes Archiv des Internationalen Suchdienstes, wo man vielleicht recherchieren könnte. Ich habe aber, ehrlich gesagt, nicht den Mumm, um dort nachzuschauen. Ich war ein tapferer Soldat, doch es gibt Dinge, die einem die Zukunft – ich weiß, ich bin schon 96 – versperren würden.

**SPIEGEL:** Der Umgang mit der Geschichte hat sich in Deutschland seit dem Krieg verändert. Der Holocaust steht nun im Mittelpunkt einer umfassenden Gedächtniskultur. Und dennoch erleben wir gerade den Aufstieg einer populistischen, rechtsradikalen Partei, die von dieser Vergangenheit nichts mehr wissen will. Was bedeutet das für Sie?

**Stern:** Der Aufstieg faschistischer Parteien in Europa macht mir Angst. Offenbar ist das Problem der Migranten ein gefundenes Fressen für diese Leute. Da sind Ausschreitungen und Angriffe passiert, die den Menschen Sorgen bereiten. Selbst einige

meiner Freunde in Deutschland sagen nun: »In einem sicheren Land sind wir auf einmal unsicher geworden.« Wenn sich jetzt noch eine Führerpersönlichkeit findet, die diese Stimmung ausnutzt, dann kann das wieder sehr gefährlich werden.

**SPIEGEL:** Wenn AfD-Chef Alexander Gauland sagt, Hitler und die Nazis seien »nur ein Vogelschiss in über tausend Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte« ...

**Stern:** Als ich das gehört habe, habe ich erst mal gedacht: Sprachlich erinnert das irgendwie an unseren Präsidenten ...

**SPIEGEL:** Und was sagen Sie zum Inhalt dieses Satzes?

**Stern:** Ich hätte ihm, wäre er in meiner Geschichtsklasse gewesen, eine nicht sehr gute Zensur gegeben.

**SPIEGEL:** Sind Sie da nicht zu höflich? Gauland verharmlost die NS-Verbrechen und spielt mit der Erinnerung an das »Tausendjährige Reich« der Nazis.

**Stern:** Die Anspielung ist unmissverständlich, ja natürlich. Das Spiel mit Assoziationen war schon immer ein Kennzeichen dieser gefährlichen Waffe namens Propaganda. Zugleich aber macht sich

hier eine traurige Ignoranz bemerkbar. Zu dieser angeblich so erfolgreichen deutschen Geschichte zählen zum Beispiel auch der Dreißigjährige Krieg oder der Erste Weltkrieg, die viele Millionen Menschen das Leben kosteten. Um noch einmal an meine Geschichtsklasse zu erinnern: »Setzen, Sechs, Herr Gauland«, würde ich sagen.

**SPIEGEL:** Dennoch gibt es in Deutschland viele Menschen, die die Erinnerung an die NS-Verbrechen nur noch lästig finden.

**Stern:** Das Saatkorn für die Rezeption eines solchen Ausspruchs hat es immer gegeben, schon bei meinem ersten Besuch nach dem Krieg fiel mir das auf. Ich habe damals einen früheren Spielkameraden wiedergetroffen, und der sagte mir gleich zur Begrüßung: »Du wirst mich fragen, was ich während des Krieges getan habe. Nun, will ich dir gleich sagen: Alles, was du da gehört hast, das sind Übertreibungen und Einzelaktionen. Ich war übrigens bei der Waffen-SS.« Ich habe das Gespräch sofort abgebrochen.

**SPIEGEL:** Diese Reaktion ist in Ihrem Fall verständlich. Aber wie soll man heute mit

solchen Provokationen wie dem Satz Gaulands umgehen? Einfach ignorieren?

**Stern:** In einer Demokratie sind die besten Waffen Aufrichtigkeit, Authentizität und Widerlegung. Und zwar eine Widerlegung, die nicht nur auf Intellektuelle einwirken soll, sondern auf den Durchschnittsbürger. Man sollte also sagen: So war es nicht, der Nazismus ist kein Einzelereignis in der deutschen Geschichte, es hat viele Katastrophen in den vergangenen Jahrhunderten gegeben. Das heißt: Man muss ihm antworten, man darf diese Bemerkung nicht einfach im Raum stehen lassen.

**SPIEGEL:** Und was halten Sie von dem Argument, dass jede Antwort diesem Unsinn noch mehr Bedeutung verschaffen würde?

**Stern:** Ich weiß, manche denken, man soll solche Demagogen einfach reden lassen. Aber das war schon die falsche Einstellung der liberalen Parteien und des Zentrums in den frühen Dreißigerjahren, damals, als die Nazis langsam aufstiegen. Ich glaube, dass eine sachliche, gründliche Auseinandersetzung mit diesem Schreihals und Demagogen Adolf Hitler eine Menge bewirkt hätte. Wir haben als Demokraten keine andere Waffe als die der Entlarvung.

**SPIEGEL:** Auf Ihren Satz, es habe viele Katastrophen in der deutschen Geschichte gegeben, nicht nur den Nazismus, könnte man entgegnen, dass Sie damit den Nazismus auch relativieren – ganz im Sinne der neuen Populisten.

**Stern:** Nein, die Einzigartigkeit des Massenmords an einer ganzen Volksgruppe, den Juden, stelle ich damit nicht infrage. Ich sage nur, dass es darüber hinaus weitere Epochen gegeben hat, die überhaupt nicht dem Bild von einer »erfolgreichen deutschen Geschichte« entsprechen. Der Holocaust hatte im Übrigen eine lange Vorgeschichte: Schon in den deutschen Städten des Mittelalters gab es furchtbare Pogrome gegen Juden.

**SPIEGEL:** Sie haben eben beiläufig von »unserem Präsidenten« gesprochen, und das in Ihrem nach wie vor makellosen Deutsch. Sie meinen Donald Trump?

**Stern:** Gewiss. Meine Heimat sind seit 80 Jahren die USA. Aber meinen Patriotismus muss ich heute zuweilen hinterfragen, wenn ich sehe, was aus unserem Land geworden ist.

**SPIEGEL:** Sie schämen sich für Trumps Politik?

**Stern:** Ja, das ist wie ein böser Traum. Es ist unglaublich, wie viele Menschen heute diesen verführerischen Diktatoren in der ganzen Welt zu folgen bereit sind.

**SPIEGEL:** Wann ist aus dem deutschen Emigranten Günther Stern ein überzeugter Amerikaner geworden?

**Stern:** Das ging sehr schnell. Als die USA in den Krieg eintraten, wurden junge Männer gesucht, die die Sprache unserer Feinde sprachen. Ich meldete mich und kam

in das Camp Ritchie in Maryland, ein Ausbildungslager des Militärgeheimdienstes. Dort erhielt ich schon nach wenigen Wochen die amerikanische Staatsbürgerschaft.

**SPIEGEL:** Und wie haben Sie Ihre deutschen Sprachkenntnisse angewandt?

**Stern:** Zu unseren Aufgaben zählte die Bearbeitung von Propagandaflugblättern, die an der Front in Europa abgeworfen wurden. Viele dieser Flugblätter waren von den, natürlich, hochintelligenten Vertretern der Frankfurter Schule verfasst worden, die inzwischen in Amerika lebten. Auf den einfachen Landsder waren diese Texte aber nicht zugeschnitten. Unsere Aufgabe war es nun, die Flugblätter so umzuschreiben, dass sie die Adressaten wirklich erreichten.

**SPIEGEL:** Auch eine Form von Propaganda.

**Stern:** Ja, aber für einen guten Zweck.

»Wir waren von einem einzigen Gedanken besetzt: Wir wollten unsere Familien retten.«

**SPIEGEL:** Und wie kamen Sie mit dem Krieg selbst in Berührung?

**Stern:** In Camp Ritchie wurde uns vor allem beigebracht, wie man deutsche Kriegsgefangene vernehmen muss. Das sollten wir dann später hinter der Front machen. Übrigens nicht wie in Guantanamo. Die Bedrohung der Gefangenen oder gar Folter waren strikt verboten.

**SPIEGEL:** Und daran haben Sie sich auch gehalten?

**Stern:** Ja, mit einer Ausnahme. Wir drohten den deutschen Gefangenen zuweilen damit, dass wir sie an den sowjetischen Verbündeten ausliefern würden. Was übrigens nie geschah, aber eine sehr wirksame Drohung war. Im weiteren Kriegsverlauf habe ich mir in Frankreich eine sowjetische Uniform angezogen und mich in ein Vernehmungszelt gesetzt, an dem ein Schild »Sowjetischer Verbindungsoffizier« montiert war. Ich habe mir noch ein paar sowjetische Orden ans Revers geheftet und führte meine Vernehmungen nun als Kommissar Krukow.

**SPIEGEL:** Das wurde nicht durchschaut?

**Stern:** Nur selten, ich mischte ein paar russische Brocken ins Deutsche und wurde meistens mit großem Respekt behandelt.

**SPIEGEL:** Wann waren Sie nach Europa gekommen?

**Stern:** 1944. Drei Tage nach der Invasion in der Normandie ist auch unser Team dort gelandet. Die Kämpfe waren zum großen Teil schon beendet, aber ich hatte trotzdem Angst. Ich konnte nämlich kein Blut sehen – keine gute Voraussetzung für einen Soldaten, wie Sie sich denken können. Aber

die Ankunft in der Normandie hat mir diese Zimmerlichkeit auf einen Schlag genommen. Der Anblick verstümelter Leichen links und rechts des Weges hat mich geheilt, wenn man das so sagen darf.

**SPIEGEL:** Sie selbst mussten aber nicht kämpfen?

**Stern:** Kaum. Wir bekamen lange Fragebögen von den kämpfenden Einheiten, die alles Mögliche über die Einsatzstärke und Bewaffnung des Feindes in Erfahrung bringen wollten. Eine wichtige Frage drehte sich zum Beispiel um die Fähigkeit zum Gaskrieg, die man bei den Deutschen immer noch vermutete. Und so fragte ich damals eine große Gruppe von Gefangenen: »Wie viele von euch tragen noch Gasmasken? Wie viele von euch mussten in einer Gaskammer ihre Schutzausrüstung testen?« Es meldeten sich so wenige, dass ich an die Armeeführung berichten konnte: Die Deutschen sind vielleicht defensiv auf einen Gaskrieg vorbereitet, die Anwendung von Kampfgasen scheint aber nicht geplant zu sein. Das war eine wichtige Information.

**SPIEGEL:** Sie waren damals 23 Jahre alt und standen nun gleichaltrigen deutschen Soldaten gegenüber, die Ihre Sprache sprachen ...

**Stern:** Um ehrlich zu sein: einige nicht ganz so gut wie ich.

**SPIEGEL:** War es für Sie nicht ein merkwürdiges Gefühl, diese jungen Deutschen als Feinde betrachten zu müssen?

**Stern:** Nein, überhaupt nicht. Wir Emigranten in der Armee waren von einem einzigen Gedanken beseelt: Wir wollten unser früheres Vaterland und unsere Familien, soweit sie noch lebten, vor weiteren Verfolgungen schützen und retten. Das war eine alles andere überwältigende Idee.

**SPIEGEL:** Was wussten Sie am Ende des Krieges vom Schicksal Ihrer Eltern und Ihrer Geschwister?

**Stern:** Nur dass sie deportiert worden waren. Ich hatte noch einen letzten Brief von ihnen aus Warschau erhalten.

**SPIEGEL:** Wann haben Sie vom Holocaust erfahren?

**Stern:** Erst 1946, nach meiner Rückkehr in die USA.

**SPIEGEL:** Das heißt, dass Sie bei der Ankunft in der Normandie noch nicht wussten, dass zu diesem Zeitpunkt bereits Millionen Juden umgebracht worden waren, darunter wohl auch schon Ihre Familie?

**Stern:** Nein.

**SPIEGEL:** Aber Sie werden geahnt haben, dass Schreckliches geschehen war.

**Stern:** Aber ja! Aber das waren Ängste, die uns vor allem nachts heimsuchten. Und eine Gewissheit gab es noch nicht. Nur Hoffnung. Aber die ist bekanntlich trügerisch.

**SPIEGEL:** Herr Professor Stern, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



# Jugend als Bürde

**Filmkritik** Damals, vor der sexuellen Revolution, als die Liebe noch komplizierter war als heute: »Am Strand« nach dem Roman von Ian McEwan

Kinostart: 21. Juni

Es gibt Geschichten, die kann man sich nicht ausdenken, nicht einmal wenn man Ian McEwan ist, der britische Bestsellerautor: so die Geschichte, als McEwan einmal seinem Sohn Greg bei den Hausaufgaben helfen wollte. Greg musste einen Aufsatz schreiben, eine Interpretation des Romans »Liebeswahn«. Ian McEwan glaubte das Buch recht gut zu kennen, er hat es immerhin selbst geschrieben, und



Darsteller Ronan, Howle in »Am Strand«: »Der Geschlechtsverkehr begann 1963«

so gab er seinem Sohn ein paar Tipps. Das Ergebnis? Greg bekam von seiner Lehrerin die Note »ausreichend«.

Schriftsteller, das zeigt diese Anekdote, sind nicht unbedingt die besten Interpreten ihrer eigenen Werke. Und: Sobald ein Buch veröffentlicht ist, gehört es nicht mehr dem Autor allein. Es gehört den Lesern.

Trotzdem interpretiert McEwan nun erneut eines seiner früheren Bücher, diesmal mit großem Aufwand. Er hat seinen Roman »Am Strand« in ein Drehbuch verwandelt, das der Theaterregisseur Dominic Cooke verfilmt hat. Cookes Kinodebüt ist zugleich ein Geburtstagsgeschenk für den Autor: Am 21. Juni wird Ian McEwan 70 Jahre alt.

Ein gutes Drehbuch ist eine Mischung aus Poesie und Gebrauchsanweisung. Die Adaption von Romanen für einen Film, das sei jedoch häufig »ein Akt der Zerstörung«, sagt McEwan, weil stark gekürzt werden muss. Bei »Am Strand«, eher eine Novelle als ein Roman, ist der Drehbuchautor McEwan mit der Vorlage des Schriftstellers McEwan allerdings sehr behutsam umgegangen. Natürlich ist die Sexszene noch drin, wenn auch ein bisschen anders als im Roman.

»Am Strand«, das Buch und nun der Film, erzählt eine Liebesgeschichte. Sie beginnt, wo Liebesgeschichten normalerweise enden: mit der Hochzeitsnacht. Florence (Saoirse Ronan) und Edward (Billy Howle) haben gerade geheiratet. Nun wartet das Brautpaar in einer Hotelsuite mit Blick auf den Chesil Beach und den Ärmelkanal darauf, dass das sogenannte Eheleben anfangen kann. »Neben an sah man durch die offene Tür ein ziemlich schmales Himmelbett«, heißt es im Roman gleich auf der ersten Seite.

Aber noch sind Florence und Edward nicht allein. Zwei Kellner servieren das Abendessen, eine elend lange Prozedur, Nervosität bei allen Beteiligten, im Film eine Szene von wunderbar absurder Situationskomik. Die dramatische Wendung, die kurz bevorsteht, das Geheimnis, das Florence quält und bei Berührungen zurückweichen lässt, all das lässt sich allenfalls errahnen.

Erst nach und nach, in vielen Rückblenden, lernt man Florence und Edward kennen. Und wenn Liebe bedeutet, dass man alles über den anderen erfahren möchte, dann ist man als Zuschauer sehr schnell sehr verliebt in dieses Paar.

Florence und Edward sind beide Anfang zwanzig, sie haben beide studiert, sie Musik, er Geschichte. Sie spielt Geige wie ein Profi und träumt von Auftritten mit ihrem Streichquartett in der Wigmore Hall in London, er hört lieber Chuck Berry. Seit über einem Jahr sind Florence und Edward zusammen. Doch miteinander geschlafen haben die beiden noch nie, auch nicht früher mit anderen Partnern. Halb so wild, wenn sie nur darüber reden könnten.

»Am Strand« spielt im England des Jahres 1962. »Zu jener Zeit«, schreibt Ian McEwan im Roman, »empfand man Jungsein noch als Bürde, als ein Kainsmal der Bedeutungslosigkeit, einen leicht peinlichen Zustand, der mit der Hochzeit ein Ende fand.«

»Am Strand« ist also auch ein Historienfilm, eine Erinnerung daran, wie mühsam die jetzt wieder einmal mythisch verklärten 68er in Wahrheit in die Gänge kamen. »Der Geschlechtsverkehr begann 1963«, spottete einst der Autor Philip Larkin in einem Gedicht. »Am Strand« zeigt das Vorspiel der sexuellen Revolution.

McEwans Roman bezieht seine Spannung auch daraus, dass er die Hochzeitsnacht aus zwei Perspektiven schildert. Als Florence und Edward merken, dass dieselbe Situation bei ihnen völlig unterschiedliche Empfindungen auslöst, ist es fast zu spät.

In einem Film sind derartige Ambivalenzen etwas schwieriger darstellbar; was man sieht, wirkt meist eindeutig. Dafür glaubt man hier, die Gedanken der Figuren lesen zu können, vor allem die der großartigen Hauptdarstellerin. Saoirse Ronan, eine in New York geborene Irin – die Aussprache ihres Vornamens klappt besser nach drei Pints Guinness –, begeisterte das Publikum bereits als 13-Jährige in der Verfilmung von McEwans Roman »Abbitte«. Mittlerweile war sie schon dreimal für einen Oscar nominiert, in diesem Jahr für »Lady Bird«. Ronan ist 24, die Jodie Foster ihrer Generation.

Ian McEwan hat die Arbeit an dem Film offenbar gefallen. Inzwischen hat er bereits einen weiteren seiner Romane adaptiert, »Kindeswohl«, mit Emma Thompson als Familienrichterin, Kinostart Ende August.

Es gibt eben Geschichten, die kann sich nur Ian McEwan ausdenken. Martin Wolf



Video  
Ausschnitte  
aus  
»Am Strand«

spiegel.de/  
sp252018film  
oder in der App  
DER SPIEGEL

# DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · Mail [spiegel@spiegel.de](mailto:spiegel@spiegel.de)

## Impressum

**HERAUSGEBER** Rudolf Augstein  
(1923–2002)

**CHEFREDAKTEUR**  
Klaus Brinkbäumer (V.i.S.d.P.)

**STELLV. CHEFREDAKTEUR**  
Susanne Beyer, Dirk Kurbjuweit,  
Alfred Weinzierl

**HAUPTSTADTBÜRO** Leitung: René Pfister,  
Michael Sauga, Christiane Hoffmann  
(stellv.). Redaktion Politik und Wirtschaft:  
Nicola Abé, Dr. Melanie Amann, Markus  
Dettmer, Veit Medick, Ann-Katrin Müller,  
Ralf Neukirch, Cornelia Schmergal,  
Christoph Schult, Anne Seith, Gerald  
Trautetter. Autoren, Reporter: Markus  
Feldenkirchen, Konstantin von Hammer-  
stein, Christoph Hickmann, Christian  
Reiermann, Marcel Rosenbach

**DEUTSCHLAND** Leitung: Cordula Meyer,  
Dr. Markus Verbeet. Redaktion: Laura  
Backes, Katrin Elger, Michael Fröhling-  
dorf, Hubert Gude, Charlotte Klein,  
Miriam Olbrisch, Andreas Ulrich, Michael  
Wulzinger. Meldungen: Annette Bruhns.  
Autoren, Reporter: Jan Fleischhauer,  
Annette Großbongardt, Julia Jüttner,  
Beate Lakotta, Bruno Schrep (frei), Katja  
Thimm, Dr. Klaus Wegreife

Berliner Büro Leitung: Frank Hornig.  
Redaktion: Maik Baumgärtner, Sven Becker,  
Sven Röbel, Michael Sontheimer (frei),  
Andreas Wassermann, Wolf Wiedemann-  
Schmidt. Autoren, Reporter: Stefan Berg,  
Martin Knobbe

**WIRTSCHAFT** Leitung: Armin Mahler,  
Susanne Amann (stellv.), Markus Brauck  
(stellv.). Redaktion: Simon Hage, Isabell  
Hülßen, Alexander Jung, Nils Klawitter,  
Alexander Kühn, Guido Mingels, Martin  
U. Müller, Ann-Kathrin Nezik, Simone  
Salden. Autoren, Reporter: Hauke Goos,  
Michaela Schiefel

**AUSLAND** Leitung: Britta Sandberg,  
Juliane von Mittelstaedt (stellv.), Mathieu  
von Rohr (stellv.). Redaktion: Fiona Ehlers,  
Katrin Kuntz, Jan Puhl, Tobias Rapp,  
Raniah Salloum, Samiha Shafy, Helene  
Zuber. Autoren, Reporter: Marian Blasberg,  
Clemens Höges, Susanne Koellb, Dietmar  
Pieper, Christoph Reuter

**WISSENSCHAFT UND TECHNIK** Leitung:  
Rafaela von Bredow, Olaf Stampf.  
Redaktion: Dr. Philip Bette, Manfred  
Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika  
Hackenbroch, Guido Kleinhubert,  
Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar  
Schmundt, Frank Thaddeus, Christian  
Wüst. Autor: Jörg Blech

**KULTUR** Leitung: Sebastian Hammelehle.  
Redaktion: Tobias Becker, Lars-Olav Beier,  
Anke Dürr, Ulrike Knöfel, Katharina  
Stegemann, Claudia Voigt, Martin Wolf,  
Takis Würger. Autoren, Reporter: Georg  
Diez, Dr. Martin Doerry, Lothar Gorris,  
Wolfgang Höbel, Dr. Nils Minkmar, Elke  
Schmitter, Volker Weidemann

**GESELLSCHAFT** Leitung: Matthias Geyer,  
Özlem Gezer (stellv.). Redaktion: Maik  
Großekathöfer, Barbara Hardinghaus,  
Felix Hutt, Maren Keller, Timofey Neshitov,  
Dialika Neufeld, Claas Relotius, Jonathan  
Stock. Autoren, Reporter: Uwe Buse, Ullrich  
Fichtner, Jochen-Martin Gutsch (frei), Marc  
Huyer, Alexander Smolczyk, Barbara Supp

**SPORT** Leitung: Udo Ludwig. Redaktion:  
Thilo Neumann, Gerhard Pfeil, Antje  
Windmann, Christoph Winterbach

**INVESTIGATIVREPORTER** Rafael Busch-  
mann, Jürgen Dahlkamp, Günther Latsch,  
Jörg Schmitt (investigativ-reporter@  
spiegel.de). Koordination SPIEGEL ONLINE:  
Jörg Diehl, Koordination SPIEGEL TV:  
Roman Lehberger

**SONDERTHEMEN** Leitung: Dr. Susanne  
Weingarten, Dr. Eva-Maria Schnurr (stellv.).  
Redaktion: Markus Deggerich, Uwe  
Klufmann, Joachim Mohr, Bettina Musall,  
Dr. Johannes Saltzwedel, Sandra Schulz.  
Autorin: Marianne Wellershoff

**KOORDINATION MEINUNG** Markus  
Feldenkirchen, Christiane Hoffmann

**SPIEGEL PLUS** Alexander Neubacher

**DEIN SPIEGEL** Leitung: Detlef Hance,  
Bettina Stiebel. Redaktion: Antonia Bauer,  
Claudia Beckshebe, Alexandra Schulz,  
Marco Wedig

**CHEF VOM DIENST** Anke Jensen,  
Thomas Schäfer

**Schlussredaktion:** Gesine Block; Christian  
Albrecht, Gertred Alfeld, Ulrike Boßerhoff,  
Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula  
Junger, Dörte Karsten, Sylke Kruse,  
Katharina Lükens, Stefan Moos, Reimer  
Nagel, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck,  
Sebastian Schulz

**Produktion:** Petra Thormann, Reinhard  
Wilms; Kathrin Beyer, Michele Bruno,  
Sonja Friedmann, Linda Grimmerke, Petra  
Gronau, Ursula Overbeck, Britta Romberg,  
Martina Treumann, Rebecca von Hoff,  
Katrin Zabel

**BILDREDAKTION** Leitung: Michaela  
Herold, Claudia Jeczawitz (stellv.); Tinka  
Dietz, Sabine Döttling, Torsten Feldstein,  
Thorsten Gerke, Andrea Huss, Elisabeth  
Kolb, Petra Konopka, Matthias Krug,  
Parvin Nazemi, Peer Peters, Anke Wellnitz  
Mail: [bildred@spiegel.de](mailto:bildred@spiegel.de)

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth,  
Tel. +1 917 3998184

**GRAFIK UND MULTIMEDIA** Leitung:  
Jens Radü. Grafik-Team: Cornelia Baumer-  
mann, Thomas Hammer; Ludger Bollen,  
Max Heber, Anna-Lena Kornfeld, Ferdi-  
nand Kuchlmayr, Gernot Matzke, Cornelia  
Plauter, Michael Walter.  
Multimedia-Team: Olaf Heuser, Alexander  
Epp, Birgit Großekathöfer, Roman Höfner,  
Marco Kasan, Bernhard Riedmann

**LAYOUT** Leitung: Jens Kuppi, Reinhilde  
Wurst; Michael Abke, Lynn Dohrmann,  
Claudia Franke, Bettina Fuhrmann,  
Ralf Geilhufe, Kristian Heuer, Elsa  
Hundertmark, Louise Jessen, Nils Küppers,  
Annika Loebel, Leon Lotzschütz,  
Sebastian Raulf, Florian Rauschenberger,  
Barbara Rödiger

**TITELBILD** Leitung: Katja Kollmann,  
Johannes Unselt (stellv.); Suze Barrett,  
Iris Kuhlmann

## REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

**BERLIN** Alexanderufer 5, 10117 Berlin;  
Deutsche Politik, Wirtschaft  
Tel. 030 886688-100, Fax 886688-111;  
Deutschland, Ressort, Wissenschaft, Kultur,  
Gesellschaft Tel. 030 886688-200,  
Fax 886688-222

**DRESDEN** Steffen Winter, Wallgäßen 4,  
01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0,  
Fax 26620-20

**DÜSSELDORF** Frank Dohmen,  
Lukas Eberle, Fidelius Schmid, Jägerhof-  
straße 19–20, 40479 Düsseldorf,  
Tel. 0211 86679-01, Fax 86679-11

**FRANKFURT AM MAIN** Matthias Bartsch,  
Tim Bartz, An der Welle 5,  
60322 Frankfurt am Main,  
Tel. 069 9712680, Fax 97126820

**KARLSRUHE** Dietmar Hipp, Waldstraße  
36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737,  
Fax 9204449

**MÜNCHEN** Anna Clauß, Dinah Deckstein,  
Jan Friedmann, Martin Hesse,  
Rosental 10, 80331 München,  
Tel. 089 4545950, Fax 45459525

## REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

**BANGALORE** Laura Höflinger, 811,  
10th A Main Road, Suite No. 114, 1st Floor,  
Bangalore – 560 038

**BOSTON** Johann Grolle, 25 Gray Street,  
02138 Cambridge, Massachusetts,  
Tel. +1 857 9197115

**BRÜSSEL** Peter Müller,  
rue Le Titien 28, 1000 Brüssel,  
Tel. +32 2 2306108, Fax 2311436

**ISTANBUL** Maximilian Popp,  
Tel. +90 5413971567

**KAPSTADT** Bartholomäus Grill,  
P.O. Box 15614, Vlaeberg 8018, Kapstadt,  
Tel. +27 21 4261191

**KIEW** Luteranska wul. 3, kw. 63,  
01001 Kiew, Tel. +38 050 3839135

**LONDON** Jörg Schindler,  
26 Hanbury Street, London E1 6QR,  
Tel. +44 203 4180610,  
Fax +44 207 0929055

**MADRID** Apartado Postal Número 100 64,  
28080 Madrid, Tel. +34 650652889

**MOSKAU** Christian Esch, Glasowskij  
Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau,  
Tel. +7 495 22849-61, Fax 22849-62

**NEW YORK** Philipp Oehmke, 10 E 40th  
Street, Suite 3400, New York, NY 10016,  
Tel. +1 212 2217583, Fax 3026258

**PARIS** Julia Amalia Heyer,  
137 Rue Vieille du Temple, 75003 Paris,  
Tel. +33 1 58625120, Fax 42960822

**PEKING** Bernhard Zand, P.O. Box 170,  
Peking 100101, Tel. +86 10 65323541,  
Fax 65325453

**RIO DE JANEIRO** Jens Glüsing,  
Caixa Postal 56071, AC Urca,  
22290-970 Rio de Janeiro-RJ,  
Tel. +55 21 2275-1204

**ROM** Walter Mayr, Largo Chigi 9,  
00187 Rom, Tel. +39 06 6797522,  
Fax 6797768

**SAN FRANCISCO** Thomas Schulz,  
1 Post Street, Suite 2750, San Francisco,  
CA 94104, Tel. +1 212 2217583

**TEL AVIV** Alexander Osang, Hashahaf 20,  
P.O. Box 8387, 6803466 Tel Aviv-Yafo,  
Tel. +972 3 6835339

**TOKIO** Dr. Wieland Wagner, Asagaya  
Minami 2-31-15 B, Suginami-ku,  
Tokio 166-0004, Tel. +81 3 6794 7828

**Warschau** P.O. Box 31,  
ul. Waszyngtona 26, 03-912 Warschau,  
Tel. +48 22 6179295

**WASHINGTON** Christoph Scheuermann,  
1202 National Press Building, Washington,  
D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222,  
Fax 3473194

**DOKUMENTATION** Leitung: Dr. Hauke  
Janssen, Cordelia Freiwald (stellv.), Peter  
Wahle (stellv.); Zahra Akhgar, Dr. Susmita  
Arp, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke,  
Johannes Eltzschig, Klaus Falkenberg,  
Catin Fandja, Dr. André Geicke, Thorsten  
Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg,  
Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Kurt  
Jansson, Stefanie Jockers, Michael Jürgens,  
Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek,  
Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac,  
Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-  
Wiesner, Rainer Lübbert, Sonja Maaß,  
Nadine Markwaldt, Dr. Andreas Meyhoff,  
Gerhard Minich, Cornelia Moormann,  
Tobias Mützel, Bernd Musa, Nicola Naber,  
Claudia Niesen, Sandra Öfner, Dr. Vasilios  
Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch,  
Thomas Riedel, Andrea Sauerbier,  
Maximilian Schäfer, Marko Scharlow,  
Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-  
Ahrens, Mario Schmidt, Andrea  
Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler,  
Meike Stapf, Rainer Staudhammer,  
Tusko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte,  
Rainer Zimm, Dr. Marc Theodor, Andrea  
Tholl, Nina Ulrich, Ursula Wamser, Peter  
Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning  
Winkelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

**NACHRICHTENDIENSTE** AFP, AP,  
dpa, Los Angeles Times / Washington Post,  
New York Times, Reuters, sid

**SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN  
GMBH & CO. KG**

Verantwortlich für Anzeigen:  
André Pätzold

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 72  
vom 1. Januar 2018  
Mediaunterlagen und Tarife:  
[www.spiegel.media](http://www.spiegel.media)

Verantwortlich für Vertrieb:  
Christoph Hauschild

Verantwortlich für Herstellung:  
Silke Kassuba

Druck:  
Stark Druck,  
Pforzheim

**VERLAGSLEITUNG** Jesper Doub  
**GESCHÄFTSFÜHRUNG** Thomas Hass

## Service

### Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg  
[www.spiegel.de/leserbriefe](http://www.spiegel.de/leserbriefe), Fax: 040 3007-2966  
Mail: [leserbriefe@spiegel.de](mailto:leserbriefe@spiegel.de)

Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch  
gern per Mail entgegen: [hohlspiegel@spiegel.de](mailto:hohlspiegel@spiegel.de)

### Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und  
Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen  
folgende Wege zur Verfügung:  
Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1,  
20457 Hamburg  
Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«  
Mail (Kontakt über Website): [www.spiegel.de/investigativ](http://www.spiegel.de/investigativ)  
Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung,  
wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine  
PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können.  
Der dazugehörige Fingerprint lautet:  
6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

### Redaktioneller Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966  
Mail: [leserservice@spiegel.de](mailto:leserservice@spiegel.de)

### Nachdruckrechte / Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken

Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit  
schriftlicher Genehmigung des Verlags.  
Für Deutschland, Österreich, Schweiz:  
Mail: [lizenzen@spiegel.de](mailto:lizenzen@spiegel.de), Telefon: 040 3007-3540  
Fax: 040 3007-2966  
Für alle anderen Länder: The New York Times Syndicate  
Mail: [ilaria.pargoni@nytimes.com](mailto:ilaria.pargoni@nytimes.com), Telefon: +1 212 556-5118

**Nachbestellungen** SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre  
sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und  
SPIEGEL WISSEN können unter [www.amazon.de/spiegel](http://www.amazon.de/spiegel)  
versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt  
werden.

**Historische Ausgaben** Historische Magazine Bonn  
[www.spiegel-antiquariat.de](http://www.spiegel-antiquariat.de) Telefon: 0228 9296984

**Abonnement für Blinde** Audio Version, Deutsche  
Blindenstudienanstalt e. V. Telefon: 06421 606265  
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde  
Telefon: 069 9551240

### Abonnementspreise

Inland: 52 Ausgaben € 249,60  
Studenten Ausland: 52 Ausgaben € 171,60  
Auslandspreise unter [www.spiegel.de/ausland](http://www.spiegel.de/ausland)  
Mengenpreise auf Anfrage.

**Abonnentenservice** Persönlich erreichbar  
Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr  
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg  
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070  
Mail: [aboservice@spiegel.de](mailto:aboservice@spiegel.de)

### Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an:  
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg –  
oder per Fax: 040 3007-3070, [www.spiegel.de/abo](http://www.spiegel.de/abo)

Ich bestelle den SPIEGEL

☐ für € 4,80 pro gedruckte Ausgabe  
☐ für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper  
beträgt € 0,60) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.  
Der Bezug ist zur nächstreichbaren Ausgabe kündbar.  
Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt  
nur in Deutschland.  
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu  
AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter  
[www.spiegel.de/agb](http://www.spiegel.de/agb)

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP18-003, SD18-008 (Upgrade)



**INTERNET** [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de)  
**REDAKTIONSBLOG** [spiegel.de/spiegelblog](http://spiegel.de/spiegelblog)  
**TWITTER** @derspiegel  
**FACEBOOK** facebook.com/derspiegel

DER SPIEGEL (USPS no 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known  
Office of Publication: German Language Publications Inc, 153 S Dean St, Englewood NJ  
07631, 1-855-457-6397. Periodicals postage is paid at Paramus NJ 07652. Postmaster:  
Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood NJ 07631.



# Nachrufe



IRISH INDEPENDENT / EYEVINE / LAIF

## Anthony Bourdain, 61

Bestelle montags keinen Fisch, außer im Luxusrestaurant – anderswo liegt er womöglich schon vier Tage lang im Kühlschrank. Vergiss Chili con Carne, darin verkochen die Köche das alte Zeug. Iss nicht in einem Lokal, wo die Toiletten dreckig sind, die Küche ist wahrscheinlich auch nicht besser. Tipps wie diese kamen von Anthony Bourdain, dem manischen amerikanischen Koch, Kolumnisten und Autor, der als Tellerwäscher anfang – ursprünglich um sich Geld für Drogen zu verdienen. »Geständnisse eines Küchenchefs: Was Sie über Restaurants nie wissen wollten«, so hieß das im Jahr 2000 erschienene Buch, das ihn berühmt machte. Weil die Geschichten gut waren, Kochen war Hitze, schlechtes Benehmen, Witz, Sex, Drugs, Rock 'n' Roll. Weil er Dinge weitererzählte, die andere Küchenchefs nie verraten hätten. Und weil er sich ernsthaft für das Essen interessierte. Als Abenteurer und Geschichten-erzähler stellte er im Fernsehen Mahlzeiten aus fremden Ländern vor. Mit Zuneigung und Respekt begegnete er Menschen, die Dinge wie Schweineohren oder Hammelhoden essen oder servieren. Gewöhnliche Lokale mit Könnern am Herd, das war es, was er weltweit suchte und fand. Anthony Bourdain wurde am 8. Juni in einem Hotel in Kaysersberg Vignoble im Elsass tot aufgefunden. BSU

## Gena Turgel, 95

Die Autorin und Zeitzeugin wurde als Gena Goldfinger 1923 in eine jüdische Familie mit neun Kindern hineingeboren. Ihr Vater, ein Textilhändler aus Krakau, verpasste den Zeitpunkt, um vor der Invasion der Nazis in die USA zu fliehen. Die meisten ihrer Verwandten fielen dem Holocaust zum Opfer, Gena Turgel überlebte. Doch auch sie wurde von den Deutschen deportiert, war Gefangene in den Konzentrationslagern Auschwitz, Buchenwald und Bergen-Belsen. Dort pflegte sie die im Sterben liegende Anne Frank. Nach dem Krieg emigrierte Turgel an der Seite ihres künftigen Mannes, eines britischen Fallschirmjägers, der zu den Befreiern von Bergen-Belsen gehörte, nach Großbritannien. Nachdem sie ihre Erinnerungen an den Holocaust als Buch veröffentlicht hatte, erhielt die elegante und selbstsichere Turgel von Königin Elizabeth II. den Britischen Verdienstorden. Gena Turgel starb am 7. Juni. CLV

## Danny Kirwan, 68

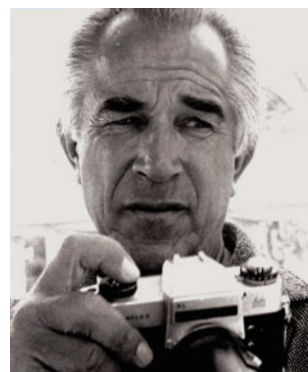
Die Popgeschichte ist nicht nur reich an Helden, sondern auch an tragischen Nebendarstellern, an vergessenen Figuren, die dennoch ihren Moment der Größe hatten. Eine solche Figur war Danny Kirwan. Der Gitarrist, Sänger und Songschreiber stieß 1968 zu Fleetwood Mac, als die noch eine von vielen etwas rumpelig klingenden britischen Bluesrockbands waren. Kirwan, damals 18 Jahre alt, galt als Wunderkind, mit ihm setzte die Gruppe an zum musikalischen Höhenflug, zum freieren Spiel irgendwo zwischen Blues, Rock, Folk und ein bisschen Jazz. Sie veröffentlichte die Kifferhymne »Albatross« und dann ihr bestes Album, »Then Play On«. Es folgte der Absturz: Die Bandlegende erzählt von heftigem Streit, viel zu viel Alkohol und einem LSD-Trip, der Kirwan seine seelische Gesundheit gekostet habe. Was exakt davon stimmt, ist schwer nachprüfbar. Gewiss ist, 1972 warf die Band Kirwan raus, nicht allzu lang bevor sie zu einer der Supergruppen der Siebziger mutierte. Kirwans frühere Kollegen wurden mit dem monströs erfolgreichen Album »Rumours« Multimillionäre, er selbst zog sich nach ein paar erfolglosen Soloplaten aus dem Musikgeschäft zurück und lebte zwischenzeitlich vier Jahre lang in einem Obdachlosenheim. Danny Kirwan starb am 8. Juni in London. SHA



PHOTO SHOT / PICTURE ALLIANCE

## David Douglas Duncan, 102

Als das New Yorker Whitney Museum dem US-Fotografen 1972 eine Ausstellung widmete, war er bereits ein reifer Mann von 56 Jahren. US-Zeitungen bewunderten ihn dafür, dass er drei Kriege und einen großen Teil der Welt fotografisch dokumentiert hatte, er war mit seiner Kamera in fernen Ländern wie Afghanistan, Marokko und Deutschland gewesen – und immer wieder im Atelier von Picasso. Die »International Herald Tribune« erinnerte damals, im Juni 1972, daran, dass er aus den Kriegen in Korea und Vietnam nicht nur Fotos, sondern auch ein geschädigtes



RAY FISHER / LIFE IMAGES COLL. / GETTY IMAGES

Gehör und andere Beeinträchtigungen mitgebracht habe. Er wollte immer so dicht wie möglich am Geschehen sein. Nach Lektüre des Artikels, der auch das ergauende und sich ausdünnende Haar Duncans erwähnte, konnten die Leser kaum den Eindruck gewonnen haben, dass dieser gefeierte Altmeister einen großen Teil seines Lebens erst noch vor sich hatte. Duncan war als Fotograf ein Autodidakt, er hatte einen Universitätsabschluss in Zoologie und Spanisch, ging dann zu den Marines, wurde Kriegsberichterstatte. In den vergangenen Jahrzehnten lebte er in Südfrankreich, wurde ein typischer Europäer und schimpfte über Trump. David Douglas Duncan starb am 7. Juni in Grasse. UK

## Der Nimmerreiter

● Wenn **Michael Jackson**, der neben Elvis wohl berühmteste tote Popmusiker der Welt, mit einer Ausstellung geehrt wird, darf auf keinen Fall museale Stille herrschen. Ende Juni eröffnet die National Portrait Gallery in London »On the Wall«, eine Hommage an Jackson, der am 29. August 60 Jahre alt geworden wäre. Es werden viele Porträts zu sehen sein, schließlich ist er dem Museum zufolge die »am häufigsten abgebildete kulturelle Persönlichkeit«. Auf einer Aufnahme des Fotografen David La-Chapelle schreitet er etwa über einen Pfad aus Leuchtkästen, auf einem Gemälde sitzt er, in einer Rüstung, hoch zu Ross – Kitsch, wie Jackson ihn mochte. Die ehrwürdige Institution hat aber auch DJs eingeladen, die an diversen Abenden auflegen werden. Sie alle interpretieren den Sänger auf ihre Art, so wie es einst eben die Bildkünstler taten. Am Ende werden viele Gäste den Eindruck haben, es habe mehr als einen Jackson gegeben. Und trifft das nicht zu? Millionen Menschen haben ihre eigene Version von ihm vor Augen (und Ohren). Viele verbinden Erinnerungen mit seiner Musik, nicht wenige wundern sich über sein Leben auf seinem Nimmerland-Anwesen. Vor neun Jahren starb er, und in diesem Sommer wird sich die halbe Welt fragen, wie er wohl seinen 60. gefeiert hätte. Auch dieses Gedenken ist Ausdruck einer gewissen Unsterblichkeit. **UK**



OLBRIGHT COLLECTION, BERLIN. COURTESY OF STEPHEN FRIEDMAN GALLERY, LONDON AND SEAN KELLY GALLERY, NEW YORK



CHRISTOPH HARDT / GEISLER-FOTOPRES / PICTURE ALLIANCE

## Goldenes Missverständnis

● Fast nichts ist so verletzlich wie die Eitelkeit. Der Schriftsteller und Entertainer **Heinz Strunk**, 56, berichtet von einer Begegnung, die ihn nachdenklich gestimmt hat – und die auch den SPIEGEL nicht kaltlassen kann. Sie ereignete sich im Ostseebad Heiligendamm, im Frühstücksraum des Grand Hotel,

einst Schauplatz des G-8-Gipfels. Strunk, eine großflächig tätowierte Kiezzgestalt mit Ludenbrille, goldener Uhr, goldenem Kettchen, bittet den Kellner, ihm einen SPIEGEL zu bringen. Der Kellner stutzt. »Einen Spiegel?« Und formt mit den Händen einen runden Standspiegel. »Irre Vorstellung«, findet Strunk. »Ein ebenso eitler wie durchgeknallter Gast, vor sich statt einer Tasse Kaffee einen großen Spiegel, in dem

er sich wohlwollend betrachtet.« Auch das eine irre Vorstellung: ein Grand Hotel, in dem man den SPIEGEL nicht kennt. Nachlesen lassen wird sich die Eitelkeitsanekdote in Strunks Textsammlung »Das Teemännchen«, die Ende August bei Rowohlt erscheint. Sein Buch, sagt Strunk ganz unbescheiden, sei »eine Art Fortschreibung« von Botho Strauß' »Paare Passanten« – aber »in modern«. **TOB**



## Sie hat genug

● Noch nie saßen so viele Frauen im französischen Parlament wie heute. Seit vergangenem Jahr stellen sie 224 der insgesamt 577 Abgeordneten, ein Rekord. Das reicht aber offenbar immer noch nicht aus, um Sexismus in der Politik einzudämmen. Die Umweltstaatssekretärin **Brune Poirson**, 35, muss sich nun schon zum zweiten Mal über das Machogehabe mancher Parlamentarier ärgern. Poirson ist typisch für die neue Politiker-generation der Bewegung »La République en Marche« des Präsidenten Emmanuel Macron: Sie ist in Washington geboren, in Südfrankreich aufgewachsen und hat eine internationale Karriere in London, Boston und Neu-Delhi vorzuweisen. Bei den Parlamentswahlen gewann sie als völlig unbekannte Kandidatin gegen



SIPA PRESS / ACTION PRESS

den Front National. In der Nationalversammlung muss sie natürlich mit der Kritik der Opposition umgehen, doch manche vergeifen sich dabei in der Ausdrucksweise. Im Februar hatten sich Republikaner bei einer ihrer Reden demonstrativ die Ohren zugehalten. Vor Kurzem rief dann noch der sozialistische Abgeordnete Christian Hutin dazwischen, als sie die Vorgängerregierung kritisierte: »Ce n'est pas vrai, ma poule!« (etwa: »Falsch, mein Schätzchen!«). Hutin musste sich anschließend bei ihr entschuldigen. Mit Sexismus habe das nichts zu tun,

verteidigte er sich: »Das sage ich doch zu jedem, ob Junge oder Mädchen.« Poirson hat jedenfalls endgültig genug; sie fand das erniedrigend und sei keinesfalls »sein Schätzchen«. In Zukunft wolle sie sich so etwas nicht mehr bieten lassen. PE

## Leicht erhitzbar

● Mit nackten Füßen hat die Bremer Bürgerschafts-abgeordnete der Grünen **Kai-Lena Wargalla**, 33, Parlamentspräsident Christian Weber (SPD) aus der Fassung gebracht. Die Grüne mit türkis gefärbten Haaren war während der jüngsten Hitzewelle barfuß zur Plenarsitzung erschienen – und verbreitete dies über Twitter: »Ich bin im klimatisierten Plenarsaal und kann berichten, dass der Teppich dort außerordentlich barfußfreundlich ist.« Neben Wargalla zeigte sich auch ein Abgeordneter der Linken ungewohnt freizügig: in kurzer Hose und Flipflop-Latschen. Bürgerschaftspräsident Weber sah offenbar die Würde des Hohen Hauses in Gefahr und beantragte im

Parlamentsvorstand, in die Hausordnung eine Kleider-vorschrift aufzunehmen. Aber nur die CDU stimmte dafür. Als Kompromiss will der Vorstand jetzt rechtzeitig zur Bremer Wahl 2019 einen »Verhaltenskodex« als Handreichung für die Abgeordneten entwerfen – knapp 33 Jahre nach der legendären Verteidigung des Grünen Joschka Fischer zum hessischen Umweltminister in Turnschuhen. STG



LUKAS KLOSE



OLAF MALZAHN / DER SPIEGEL

## Die Augenzeugin

### »Man ist ganz normal«

In Lübeck gibt es seit vorigem Jahr die Kulturtafel. Arme können als Kulturgäste kostenlos Konzerte besuchen, ins Theater oder in die Oper gehen. Susanne Kamin, 53, Hartz-IV-Empfängerin, hat sich anfangs geschämt – jetzt nutzt sie das Angebot regelmäßig.

● »Vor sieben Jahren bin ich schwer erkrankt und konnte nicht mehr arbeiten. Ich lebe nun von Hartz IV. Theater- oder Konzertbesuche kann ich mir nicht leisten. Dabei bin ich sehr kulturinteressiert und ging, als ich noch als Arzthelferin gearbeitet habe, gern und regelmäßig in Museen, Theater oder zu Konzerten.

Im vorigen August habe ich dann von der Kulturtafel gehört. Anfangs habe ich mich nicht getraut. Ich dachte, da musst du dich als Hartz-IV-Empfängerin outen, und die Leute gucken dich komisch an. Das fällt mir schwer, deshalb lasse ich mich auch für diesen Beitrag lieber nur von hinten fotografieren.

Doch schließlich war die Lust, wieder mal ins Theater zu gehen, größer als Angst und Scham. Kristine Goddemeyer von der Kulturtafel hat mir dann alles erklärt. Jeder, der in Lübeck wohnt und ein geringes Einkommen hat, kann Kulturgast werden. Nicht benötigte oder zurückgegebene Karten werden von den Einrichtungen oder Privatpersonen gespendet und dann von der Kulturtafel vergeben. Der Kulturgast holt sie dann einfach an der Kasse ab. Sie sind auf seinen Namen hinterlegt, niemand muss sich als Hilfsbedürftiger ausweisen. Man ist ein ganz normaler Besucher.

Zwei Wochen später bekam ich dann den Anruf von der Kulturtafel: Karten für ein Stück in einem Lübecker Privattheater. Es war ein vergnüglicher Abend, und zum ersten Mal hatte ich nach Jahren das Gefühl, wieder am öffentlichen Leben teilnehmen zu können.

Seitdem bin ich regelmäßiger Kulturgast, einmal im Monat habe ich Karten. Vorletzten Freitag war ich bei einem Klarinetenkonzert, davor im Theater bei einem Stück von Elfriede Jelinek, nicht gerade einfache Kost. Aber so bewegt man sich aus seiner eigenen Welt heraus und beschäftigt sich mit anderen Dingen. Es schafft eine gewisse Leichtigkeit im Kopf.« Aufgezeichnet von Andreas Wassermann



## »Wir lesen Ihre Zeilen nicht in einem Geschichtsbuch über das Europa der Zwanziger- und Dreißigerjahre, sondern im Jahr 2018! Müssen wir die Geschichtslektion nochmals lernen?«

Peter W. Hendl, Dachau (Bayern)

### Hört auf die Bürger

**Nr. 24/2018** Ich bin das Volk – Das Zeitalter der Autokraten

Machen Sie diesen Text zum Startpunkt für eine Plattform oder eine Kampagne für weitere Artikel! Vielleicht wachen einige westliche Länder ja auf, wenn ihnen derart drastisch vor Augen geführt wird, wie zaghaft, abwartend, aussitzend, dilettantisch, stets mit erhobenem moralischem Zeigefinger und im Ergebnis häufig mit gravierenden Fehlleistungen die Politiken der noch verbliebenen westlichen liberalen Demokratien sind; und dass wenig Zeit ist, noch etwas zu ändern.

Hartmut Krauß, Bielefeld (NRW)

Wir haben aus den vielen Kommentaren in der Vergangenheit, die das Phänomen der Hinwendung zu diktatorischen Regierungsformen zu erklären versuchen, entnommen, dass die selektive Verteilung des Wohlstands zugunsten weniger und zu Lasten der Mehrheit ein Grund für die Tendenz ist, radikale, nationalistische und egoistische Parteien zu wählen. Mir fehlt jeder rationale politische Ansatz unserer, aber auch anderer westlicher Regierungen, um hier gegenzusteuern.

Niels Genzmer, Bad Nauheim (Hessen)

In Ihrer Analyse der bedrohten Demokratien haben Sie eines übersehen: Schuld am Zustand der liberalen Demokratien ist ihre Transformation in neoliberale Demokratien in den letzten 30 Jahren. Statt sozialer Marktwirtschaft und Verantwortung beherrschen heute gnadenlose Profitorientierung und das Recht des Stärkeren den politischen und ökonomischen Diskurs. Internationale Beratungskonzerne haben nicht nur die Parteien im Sinne der globalen Player »gestreamlined«, sondern auch öffentliche Institutionen und staats-, ergo volkseigene Betriebe privatisiert, reguliert und auf Effizienz getrimmt. Herausgekommen sind das bekannte Chaos (siehe BER und Bundeswehr), ein zunehmendes Gefühl der Machtlosigkeit und himmelschreiende soziale Ungerechtigkeit. Macht es wie der SPIEGEL jüngst mit seiner bemerkenswerten Leserkonferenz: Schmeißt die McKinseys raus, und hört wieder darauf, was die Bürger wollen. Das ist liberale Demokratie.

Detlef Arlt, Bad Oldesloe (Schl.-Holst.)

Während die Regime in Polen, Ungarn, Russland, in der Türkei und auch den USA eigentlich nur durch die Zersplitterung und Unentschlossenheit ihrer Gegner im eigenen Lande und international überleben können, ist der Fall Chinas ein grundsätzlich anderer: Strategischer Weitblick und ein klarer Plan, der strikte Wille zur Modernisierung und die Effizienz der Umsetzung führen zum Erfolg und damit zur zunehmenden Verunsicherung des Westens. Die Lehre kann also nur sein, dass Freiheit des politischen Systems, Gleichheit vor dem Gesetz und Solidarität (»Brüderlichkeit«) der sozialen Marktwirtschaft nicht nur konsequent verteidigt und weiterentwickelt werden müssen, sondern dass dies dringend mit den erwähnten chinesischen Tugenden gekoppelt werden muss. Deutschland braucht in vielen Bereichen eine grundlegende Modernisierung.

Dr. Rudolf Winkel, Bad Kreuznach (Rhl.-Pf.)



Präsident Putin, Kirchenführer Kirill

Es ist der EU durchaus möglich, den Autokratien die Mitgliedschaft zu entziehen. Es bedarf dazu einer Neugründung der EU mit nur wenigen Teilnehmern, die sich klar zu den Grundwerten der liberalen Demokratie bekennen. Die andere Möglichkeit wäre, den Ausschluss von Polen und Ungarn nicht getrennt voneinander zu beschließen, weil dann immer einer der beiden dagegenstimmen kann. Man könnte aber beide Länder in einem gemeinsamen Verfahren ausschließen, sofern die Aussicht besteht, dass dann die Einstimmigkeit der übrigen Mitglieder erreicht wird.

Rainer Hüls, Hamburg

Der Beitrag erinnert mich an die (damals als Witz gemeinten) Äußerungen von Intellektuellen in den Sechzigerjahren, sie sagten: »Die Optimisten lernen Russisch, die Pessimisten lernen Chinesisch.«

Frank Leschhorn, München

### Zermürbendes Männer-Bashing

**Nr. 23/2018** Die Suche nach einem neuen Männerbild

Für Väter und (Ehe-)Männer tun sich angesichts des immer diffuseren Männer- und Vaterrollenbildes so viele Fallen auf, dass es schon an Akrobatik grenzt, wenn man diese umgeht. Wer dann noch mit den nahezu ausschließlich weiblich besetzten Institutionen aus dem Feld der Familienpolitik in Form von Jugendämtern, Erziehungsseinrichtungen oder Familiengerichten konfrontiert wurde, kann leicht den Eindruck gewinnen, dass Frauen im Missbrauch von Macht nicht minder talentiert sind als Männer.

Guido Esser, Seefeld (Bayern)

Ich bin seit 51 Jahren glücklich verheiratet mit einer sehr willensstarken Frau, wir haben zwei Töchter und drei Enkelkinder. Ich werde in der Familie oft als »Frauenverstehrer« verspottet. Es ist mit den Frauen ganz einfach. Mann muss ihnen zuhören können, ihnen das Gefühl geben, ernst genommen zu werden, und sie in ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Entwicklung unterstützen und fördern. Das war und ist bis heute mein Lebenselixier als Mann. Da muss ich wahrlich nicht wissen, ob ich ein Mann bin.

Henning Kloth, Potsdam

Männer sind zwar häufiger bei Selbstmordversuchen »erfolgreich«, dafür gibt es dreimal so viele von Frauen! Auch wenn man diese häufig als Hilferufe einstuft, sind Frauen doch nicht weniger verzweifelt als die Männer. Dazu: Wie viele Männer sind im Vergleich zum umgekehrten Fall Opfer von Frauen? Wie viele Frauen nutzen ihre Macht aus, um Männer ins Bett zu bekommen? Wie viele Frauen verlassen ihre Kinder und Partner? Das eigentliche Problem ist leider immer noch vor allem männlichen Geschlechts.

Sophie Seitz, Köln

Ich habe auch erst nach Jahren psychotherapeutische Hilfe in Anspruch genommen, nachdem ich von meiner alkoholkranken Frau immer wieder geschlagen wurde. Inzwischen bin ich glücklich geschieden und habe eine mehrjährige Therapie hinter mir. Der Bericht hat mich stark berührt.

Burkhard Henze, Hannover



Männer sind körperlich stärker und Frauen emotional. Das Problem beginnt genau da, wo beide versuchen, ihre jeweilige Stärke zu missbrauchen. Diese Erkenntnis, in Tateinheit mit Respekt und Neugier, führt raus aus der Irritation. Wenn Männer ihre Angst vor überbordender Emotion verlieren und sich auf ihre coolen Stärken wie Klarheit, Entschlossenheit und Mut besinnen (jaaa, das ist sie, die positive männliche Selbstermächtigung, nur zu, meine Herrn), dann freuen sich Frauen, insbesondere intellektuelle, ganz besonders.

Susanne Elten, München

So berechtigt und dringend notwendig die #MeToo-Bewegung auch ist, pflichte ich dem Autor absolut bei, dass die Geschlechterdebatte allzu oft ideologisch geführt wird. Ich bin ein 43-jähriger Mann, der sich genauso um den Haushalt und unsere Kinder kümmert wie meine Frau. Ich bin kein Harvey Weinstein, und trotzdem fühle ich mich oft im Visier. Undifferenziertes Männer-Bashing ist nicht nur für uns Männer zermürend, die wir uns täglich in unserer Familie und an unserem Arbeitsplatz um die Gleichstellung von Männern und Frauen bemühen, langfristig wird es destruktiv für unsere Gesellschaft sein.

Géza Terner, Wien (Österreich)

## Wir schaden uns selbst

**Nr. 23/2018** Donald Trump zwingt die Europäer in einen Handelskrieg, unter dem vor allem Deutschland leiden könnte

Warum so pessimistisch? Vielleicht führt der Handelsstreit mit den USA zu einem heilsamen Schock, der die Menschheit von einer übertriebenen Ex- und Importabhängigkeit befreit und zu einer Entflechtung des globalen Finanzkasinos beiträgt. In anderen Fällen ist man doch auch bereit, Herausforderungen als Chancen zu begreifen.

Manfred Julius Müller, Flensburg



Stahlwerk in Duisburg

Man kann doch nicht abstreiten, dass die USA mit ihrer seit Jahren stark defizitären Handelsbilanz ein Problem lange vor sich hergeschoben haben. Mit Vergeltungsmaßnahmen schaden wir uns nur selbst. Warum nehmen wir zum Beispiel auf amerikanische Autos viermal (!) so viel Zoll, wie die USA für deutsche Autos verlangen?

Michael Karl-Eberhard Ströhlein, Ansbach (Bayern)

## Daten und Dinge verbinden

**Nr. 23/2018** Endet mit der Digitalisierung die Erfolgsgeschichte des deutschen Ingenieurs?

Bachelor-Studierende kommen oft mit wenig Vorwissen an die Hochschulen, nur eine Minderheit kann programmieren. Im Fach »Informatik für Maschinenbau« muss ich einfachstes Basiswissen vermitteln, viel mehr passt nicht in den Zeitplan. Themen wie Industrie 4.0 kommen bestenfalls für Master-Studierende infrage.

Prof. Dr.-Ing. Thomas Mechlinski, Münster

Die Qualität von Ingenieuren liegt ja gerade darin, dass und wie sie Theorie und Praxis oder: Daten und Dinge verbinden, sie verändern die konkrete Welt. Daran werden sie inzwischen durch zahlreiche, rein bürokratische Zwischenebenen gehindert. Digitalisierung ist das kleinere Problem, wenn sie richtig angewendet wird.

Dipl.-Ing. Achim Schülller, Darmstadt

Statt wichtiger theoretischer Grundlagen wie Strömungslehre und Thermodynamik lernen Studenten heute Fächer wie Interkulturelle Kommunikation und Projektmanagement. Das ist wohl auch eine notgedrungene Reaktion auf die nachlassenden mathematischen Kenntnisse von Abiturienten. Aber gerade der neue Ingenieurstypus mit Digitalkompetenz braucht für seine hochkomplexen Berechnungen belastbare theoretische Grundlagen.

Helmut Heusler, Bickenbach (Hessen)

## Sozialkompetenz vermisst

**Nr. 23/2018** Wie die SPIEGEL-Redaktion vom Dialog mit kritischen Lesern lernt

Unverständlich die Formulierung: »Donald Trump und Wladimir Putin allerdings werden wir auch zukünftig kritisch begleiten ...« Hatte irgendjemand auf der Leserkonferenz vorgeschlagen, das etwa nicht zu tun? Ein einstimmig vorgetragener Vorschlag auf der Leserkonferenz lautete, zugespitzt formuliert, der SPIEGEL solle sich nicht täglich von Trump am Nasenring durch die Medienmanege ziehen lassen; tatsächlich scheint doch seine Medienstrategie aufzugehen: Alle Medien berichten täglich über seine Twitterei.

Hartmut Krauß, Bielefeld (NRW)

Ich habe noch keine Organisation, Vereinigung oder Institution getroffen, die so ehrlich und auf so hohem Niveau mit sich selbst ringt. Aus meiner Lebenserfahrung weiß ich, wie hoch dabei der Anteil der Hauptverantwortlichen sein muss. Hier ist es mir ein persönliches Bedürfnis, Ihnen Dank zu sagen. Bitte lassen Sie nicht nach, »zu sagen, was ist«, und unserem Land den richtigen Weg zu beschreiben.

Jürgen Fritsch, Frankfurt (Oder)



Teilnehmer der Leserkonferenz

Ich bin beeindruckt, mit welcher Intensität Sie sich um die Fragen Ihrer Leser kümmern, doch wundere ich mich, wie schwer es Ihnen offenbar fällt, den Kern der Problematik zu erkennen. Sie erklären, dass sich der SPIEGEL gewandelt habe. Eventuell haben Sie mit den entsprechenden Umstrukturierungen eine Blase geschaffen, innerhalb derer die eigene Meinung als Nabel der Welt gilt? Ich vermisste in vielen Texten eine differenzierte Sozialkompetenz, die über das Spektrum der Journalistenschulen hinausgeht, und ich vermisste historisches Kontextwissen. Schauen Sie, warum die Russen so handeln, wie sie es tun. Versuchen Sie herauszufinden, warum viele Italiener nicht so über Europa denken, wie es Ihre Redakteure gern hätten.

Klaus-Dieter Felsmann, Vierlinden (Brandenb.)

## Freiheit durch Aufklärung

**Nr. 23/2018** Ulrich Wickert über nationale Identität

Bei Ihrer Suche nach deutscher Identität und Kultur ist etwas verloren gegangen, das für Europa besonders ist: die Aufklärung. Sie hat es erreicht, dass die trennenden und gewalttätigen religiösen Systeme in den Hintergrund gedrängt und weitgehend entmachtet wurden. Ohne die Aufklärung hätten wir weder unsere Freiheiten noch unseren Wohlstand. Dieses Fundament ist uns viel zu wenig bewusst und wird durch die große Zahl der zu uns kommenden stark religiösen Menschen infrage gestellt. Wir müssen auf dieser Basis unsere Interessen klar formulieren.

Helmut Lambert, Bonn

Genau dieses unbestimmte Nationalgefühl hat die Deutschen seit je ausgezeichnet, die wesentlich länger als ihre europäischen Nachbarn an ihrer regionalen Heimat hingen. Kaum war eine überregionale Gemeinschaftsidentität geboren, wuchs sie sofort ins Grenzenlose. Wir kommen offensichtlich besser zurecht, wenn wir uns nicht an diese Krebsgeschwulst klammern.

Dr. Brigitte Halewitsch, Köln

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe ([leserbriefe@spiegel.de](mailto:leserbriefe@spiegel.de)) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) zu archivieren.

Aus dem »Freiburger Wochenbericht«:  
»Gegen die Frau, die bereits mehrfach  
in psychiatrischer Behandlung  
gewesen ist, wird nun wegen Verdachts  
der Kindeserziehung ermittelt.«



Aus dem »Allgäuer Anzeigebblatt«

Aus dem »Südkurier«: »Beim 2:1 nach  
Verlängerung hatte Manuel  
Neuer gleich viermal weit außerhalb  
des Stadions in Harakiri-Manier  
geklärt, wäre er bei den Aktionen nur  
ein bisschen zu spät gekommen,  
wäre ein Platzverweis logische Folge  
gewesen.«



Anzeige in der »ADAC Motorwelt«

Aus der »Westdeutschen Zeitung«  
über Unwetterfolgen:  
»Wasser schoss aus Gummideckeln,  
Bäume stürzten um.«

## Tagesausflug nach Kiel mit Seebestattung

Aus der »Neuen Westfälischen«

Von der Website Katholisch.de:  
»Nach vier Jahren geht Ende Juni  
die Amtszeit von Annette  
Schavan als deutsche Botschafterin  
beim Heiligen Stuhl zu Ende.«

## Betrunkene mit Fahnen unterwegs

Aus der »Cottbuser Rundschau«

JETZT IM HANDEL:

# EDITION DIGITALI- SIERUNG



## Sechs disruptive Trends, die Manager kennen müssen

INTERNET DER DINGE  
AUGMENTED REALITY  
KÜNSTLICHE INTELLIGENZ  
ONLINEPLATTFORMEN  
DROHNEN  
BLOCKCHAIN



Auch als digitale Ausgabe erhältlich:  
harvardbusinessmanager.de



**Harvard  
Business  
manager**

EDITIONEN

## Zitat

Der »Tagesspiegel« zu einem Bericht von  
SPIEGEL ONLINE (»Mit harter  
Hand«, 15. Mai 2018) über die Erziehung  
des AfD-Abgeordneten Jens Maier:

Nach einer Lesung in der Bibliothek für  
Konservatismus erzählte kürzlich im klei-  
nen Kreis einer der Verantwortlichen der  
Wochenzeitung »Junge Freiheit«, Sprach-  
rohr der neuen Rechten, wie verzweifelt  
er sei. Er schaffe es nicht, dem Sohn das  
»Soldatische«, also das Männliche, beizu-  
bringen – weil man in »postheroischen Zei-  
ten« lebe. Ebenfalls kürzlich lachte die hal-  
be Nation darüber, als der SPIEGEL den  
Sohn eines AfD-Politikers zitierte, der aus-  
plauderte, wie sehr der Vater sich abmühe,  
ihn nicht »verweichlichen« zu lassen. Er  
habe ihn auch geschlagen – ein Vater-Chol-  
eriker im Alltag. Der Vater reiste dem-  
nach mit dem Sohn nach Berlin-Neukölln,  
um ihn abzuschrecken und abzu härten  
von einer, wie es im Pegida-Jargon heißt,  
»links-grün versifften Gesellschaft«, in der  
Mann nicht mehr weiß, wer er ist.

## Der SPIEGEL berichtete ...

... in »Unser täglich Plastik« (Nr. 23/2018)  
darüber, wie Kunststoffreste von Lebens-  
mittelverpackungen über Biogasanlagen  
und Klärwerke in die Umwelt gelangen:

Die Landesumweltminister sind auf der  
Umweltministerkonferenz letzte Woche  
in Bremen den Anträgen der grünen Mi-  
nister von Schleswig-Holstein und Baden-  
Württemberg zur Reduzierung des Plas-  
tikeintrags in die Umwelt gefolgt. Künftig  
soll sichergestellt werden, dass nur noch  
entpackte und fremdstofffreie Lebensmit-  
telabfälle in die Kompostierung oder Ver-  
gärung dürfen. Die Bundesregierung wur-  
de zudem aufgefordert, die Grenzwerte  
für Kunststoffanteile in Düngemitteln so  
weit wie praktisch möglich abzusenken.

## Ehrung

Mit dem Titel »Goodbye, Europe!« (Nr.  
20/2018) gewinnt der SPIEGEL zum dritten  
Mal in Folge den Wettbewerb  
»Cover des Monats« des  
Branchenblatts »new busi-  
ness«. Jurorin Katrin Niesen,  
Executive Creative Director  
bei der Peter Schmidt Group:  
»Diese Person zeigt nicht nur  
den Mittelfinger, sie ist der  
Mittelfinger.« Peter Brawand von Bra-  
wandRieken Communications hebt hervor:  
»Fuck off, Europe! Klare Ansage aus den  
USA, klarer Konter aus Hamburg.«

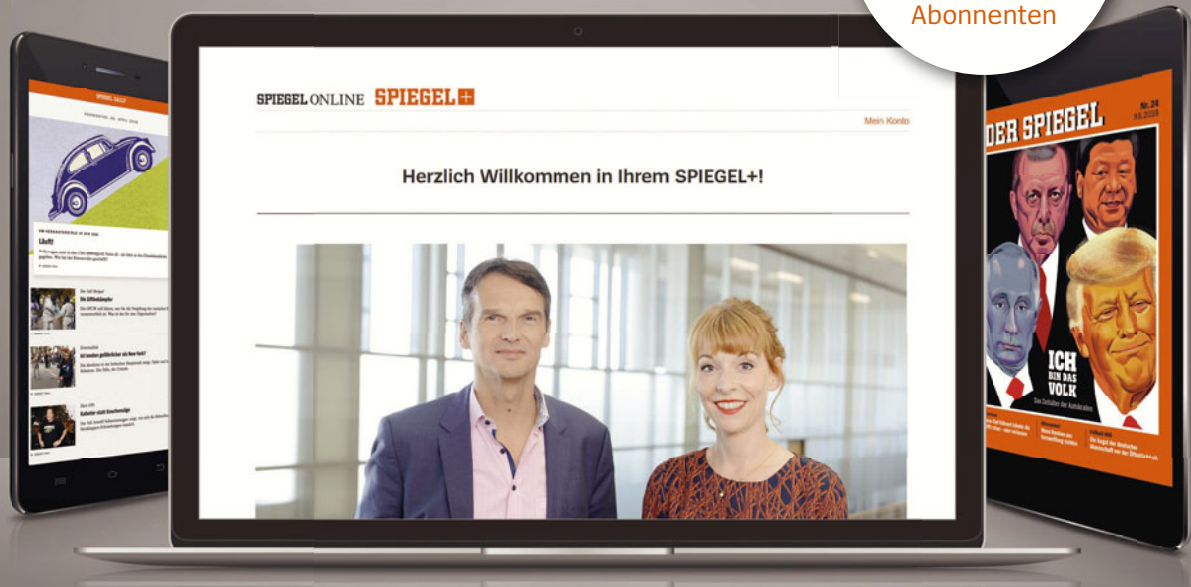




# SPIEGEL+

Mit SPIEGEL+ nutzen Sie die ganze digitale Welt des SPIEGEL und sind überall umfassend informiert.

**Nur  
€ 0,70**  
für Print-  
Abonnenten



#### Daily Update

Am Abend – der Überblick mit exklusiven Texten als Newsletter oder Push-Nachricht.

#### SPIEGEL+ auf SPIEGEL ONLINE

Voller Zugriff auf alle Inhalte: exklusive Reportagen, besondere Artikel. Gutes lesen. Mehr verstehen.

#### DER SPIEGEL digital

Das wöchentliche Magazin digital – ab freitags, 18 Uhr. Inkl. Archiv, E-Books und mehr.

**Ja, ich möchte SPIEGEL+ 4 Wochen gratis testen!**

**Jetzt mehr entdecken:  [abo.spiegel.de/upgrade](https://abo.spiegel.de/upgrade)**

Der Opel

# INSIGNIA

- Klassenbestes LED Matrix Licht
- Automatischer Notbremsassistent mit Fußgängererkennung
- Park & Go Premium inkl. 360-Grad-Kamera



Jetzt Probe fahren!

Die genannten Ausstattungen sind teilweise optional bzw. in höheren Ausstattungslinien verfügbar.  
Abb. zeigt Sonderausstattung.



DIE ZUKUNFT GEHÖRT ALLEN